



Die Abwertung der Anderen.

Eine europäische Zustandsbeschreibung
zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung

Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann

Impressum

ISBN 978-3-86872-641-1

Herausgegeben von

Nora Langenbacher
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

Autorin und Autoren

Professor Dr. Andreas Zick
Dr. Beate Küpper
Andreas Hövermann

Redaktionelle Bearbeitung

Nora Langenbacher

Lektorat

Eva Fenn

Gestaltung

Meintrup, Grafik Design

Druck

bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Copyright 2011 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Vorwort	9
Vorwort der Autor/innen	11
Zusammenfassung	14

1 Europa zwischen Toleranz und Menschenfeindlichkeit: Ausgangsbeobachtungen und Projektanlage	17
--	-----------

1.1	Außenseiter/innen in Europa – die Adressat/innen von Menschenfeindlichkeit	22
1.2	Die Diskriminierung der „Anderen“	25
1.3	Vorurteile als Kernelement rechtsextremer und -populistischer Ideologien	28

2 Vorurteile und Menschenfeindlichkeit	31
---	-----------

2.1	Grundverständnis von Vorurteilen	31
2.2	Drei Schritte zum Vorurteil	32
2.3	Offene und versteckte Vorurteile	35
2.4	Funktionen von Vorurteilen	37
2.5	Individuelle und gesellschaftliche Folgen von Vorurteilen	39
2.6	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	42

2.7	Untersuchte Elemente der Gruppenbezogenen	
	Menschenfeindlichkeit	44
2.7.1	Fremdenfeindlichkeit.....	45
2.7.2	Rassismus	45
2.7.3	Antisemitismus	46
2.7.4	Islamfeindlichkeit.....	46
2.7.5	Sexismus	47
2.7.6	Homophobie.....	47

3 Methode 49

3.1	Fragebogenkonstruktion und Vortests.....	49
3.2	Erfassung der einzelnen Elemente Gruppenbezogener	
	Menschenfeindlichkeit	51
3.3	Skalenbildung.....	53
3.4	Stichproben	56
3.5	Berücksichtigte Länder	57

4 Das Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Europa 60

4.1	Fremdenfeindlichkeit	62
4.2	Antisemitismus.....	65
4.3	Rassismus.....	67
4.4	Islamfeindlichkeit	69
4.5	Sexismus.....	72
4.6	Homophobie	74

5 Ideologische Konfigurationen	77
---------------------------------------	-----------

5.1	Zusammenhänge zwischen den untersuchten Vorurteilen.....	79
5.2	Index der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	83
5.3	Zusammenhang mit anderen Komponenten rechtsextremer Einstellungen.....	85

6 Demographie der Abwertung	90
------------------------------------	-----------

6.1	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in verschiedenen Altersgruppen.....	90
6.1.1	Ergebnisse differenziert nach Vorurteilstypen.....	91
6.1.2	Ergebnisse differenziert nach Ländern.....	92
6.2	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in verschiedenen Bildungsgruppen	95
6.2.1	Ergebnisse differenziert nach Vorurteilstypen.....	95
6.2.2	Ergebnisse differenziert nach Ländern.....	96
6.3	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Männern und Frauen.....	97
6.3.1	Ergebnisse differenziert nach Vorurteilstypen.....	98
6.3.2	Ergebnisse differenziert nach Ländern.....	99
6.4	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in verschiedenen Einkommensgruppen.....	101
6.4.1	Ergebnisse differenziert nach Vorurteilstypen.....	102
6.4.2	Ergebnisse differenziert nach Ländern.....	103
6.5	Zusammenfassung.....	104

7 Politische Einstellungen und Menschenfeindlichkeit	107
7.1 Politische Orientierung	107
7.2 Politisches Interesse.....	111
7.3 Politische Machtlosigkeit.....	113
7.4 Extreme politische Meinungen	115
7.5 Zusammenfassung.....	116
8 Die Folgen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit für die Integration von Einwander/innen	119
8.1 Zwischen Integration und Separation.....	120
8.2 Angebot und Verweigerung gesellschaftlicher Teilhabe.....	127
8.3 Integrationsaussichten	130
8.4 Diskriminierung und Distanz.....	133
8.5 Gewaltbereitschaft	137
8.6 Zusammenfassung.....	141
9 Erklärungs- und Schutzfaktoren	143
9.1 Soziale Motive: Eine funktional-motivationale Perspektive auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	144
9.2 Soziales Kapital und soziale Einbindung.....	148
9.2.1 Indikatoren des sozialen Kapitals und der sozialen Einbindung.....	149
9.2.2 Ergebnisse zu sozialem Kapital und sozialer Einbindung	157

9.3	Ideologische Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit	161
9.3.1	Indikatoren der ideologischen Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit.....	162
9.3.2	Ergebnisse zu ideologischer Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit.....	172
9.4	Ökonomische Benachteiligung	176
9.4.1	Indikatoren der ökonomischen Benachteiligung	178
9.4.2	Ergebnisse zur ökonomischen Benachteiligung	181
10	Resümee mit Ausblick	186
10.1	Ungleichwertigkeiten.....	189
10.2	Analyse, Prävention & Intervention	195
Anhang		200
Glossar		205
Abkürzungsverzeichnis		209
Literatur.....		210
Autorin und Autoren		218
Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus		219

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

die EU-Grundrechtecharta unterstreicht „die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität“ und verbietet Diskriminierungen „wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Weltanschauung, der Zugehörigkeit zu nationalen Minderheiten, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung.“

Die Basis der Menschenrechte und ein vielseitiges, tolerantes und multikulturelles Selbstbild Europas sind nicht nur für den Schutz von Minderheiten essenziell. Sie sind zudem Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratiefestigkeit in Europa. Maßgeblich dabei ist nicht nur die bloße Akzeptanz des „Anderen“: Ob sich Europa für oder gegen Toleranz und Vielfalt entscheidet, hängt von der tatsächlichen Integration heterogener Gruppen ab.

Dabei gibt das Ausmaß von Vorurteilen gegenüber beispielsweise Migrant/innen, Muslim/innen, Homosexuellen oder Arbeitslosen Aufschluss darüber, wie es um den Willen der Europäer/innen zu gegenseitiger Akzeptanz und Anerkennung steht. Zusätzlich zur alltäglichen Diskriminierung, wie sie u.a. die Europäische Grundrechteagentur dokumentiert, attestieren auch die zunehmenden Erfolge rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen eine eklatante Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Gerade zu Krisenzeiten schafft es die extreme Rechte vielerorts, mit Ausgrenzungsparolen und vermeintlich einfachen Antworten zu punkten. Mit Blick auf Wahlerfolge in Ländern wie Schweden, Dänemark, Österreich, den Niederlanden und Ungarn drängt sich die Frage auf, wie es um unsere demokratischen Grundwerte in Europa bestellt ist.

Wie halten es die Europäer/innen also mit menschenrechtlich verbrieften Werten wie Toleranz, interkultureller Vielfalt und Solidarität? Wie verbreitet sind Vorurteile gegenüber dem vermeintlich „Anderen“? Und inwieweit sind wir

bereit, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten auf Augenhöhe zu akzeptieren und gleichberechtigt zu beteiligen? Was bedeutet dies für Politik und Gesellschaft?

Mit dieser Analyse zum Ausmaß von Vorurteilen, Intoleranz und antidemokratischen Einstellungen in acht Ländern Europas möchte das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zum gesellschaftspolitischen Diskurs über demokratiegefährdende Tendenzen in Europa leisten. Wir hoffen, dass von dieser ebenso aufschlussreichen wie besorgniserregenden „Europäischen Zustandsbeschreibung“ konstruktive Impulse für die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für mehr Demokratie ausgehen werden.

Unser herzlicher Dank gilt der Autorin und den Autoren der Studie Dr. Beate Küpper, Prof. Dr. Andreas Zick und Andreas Hövermann. Gedankt sei ebenfalls allen weiteren Beteiligten, die zu dieser Publikation beigetragen haben. Diesen Band sowie weitere Informationen zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie auch online unter <http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de>.

Nora Langenbacher
Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“
Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung

Intoleranz und Diskriminierung sind Gefahren für den Zusammenhalt pluraler und demokratischer Gesellschaften. Sie zeigen an, inwieweit die Mehrheit bereit ist, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten und vermeintlich ‚Andere‘ oder ‚Fremde‘ als gleichberechtigte Mitglieder zu akzeptieren und zu beteiligen, oder im Gegenteil, sie von gleichberechtigter Teilhabe auszuschließen. Ihr sichtbarster Ausdruck ist das Vorurteil. Damit bieten Indikatoren der Intoleranz, wie Vorurteile, antidemokratische Einstellungen und die Bereitschaft, andere zu diskriminieren, sensible Messinstrumente der sozialen Kohäsion einer Gesellschaft.

Die Betrachtung der Intoleranz gegenüber Gruppen, ihrer Abwertung und Diskriminierung ist für die Selbstreflexion einer Gesellschaft und den Schutz von Gruppen äußerst wichtig. Damit einhergehen sollte aber auch der Blick darauf, dass die Intoleranz gegenüber einer Gruppe in der Regel mit der Abwertung anderer Gruppen einhergeht. Das hat Europa vor vielen Jahren erkannt, als das Jahr gegen Rassismus ausgerufen wurde. Mit der Deklaration der Europäischen Kommission in Amsterdam 1997 befürwortete die Europäische Union, gemeinsame Anstrengungen gegen Vorurteile und Diskriminierung zu unternehmen. Sie bezieht sich dabei auf Personen und Personengruppen, die aufgrund von ethnischen Merkmalen oder ihrer kulturellen Herkunft, ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer geschlechtlichen Orientierung, ihres Alters oder aufgrund einer Behinderung Opfer von Vorurteilen und Diskriminierung werden.

Umso überraschender ist es, dass bislang wenig über das allgemeine Ausmaß an Vorurteilen gegenüber verschiedenen Gruppen in den Ländern Europas bekannt ist. Eine vergleichbare Datengrundlage auf Basis einheitlicher methodischer Zugänge fehlte bislang.

Dieses Buch liefert erstmals in umfassender Weise Befunde aus vergleichbaren Daten über das Ausmaß an Vorurteilen und Diskriminierung gegenüber unterschiedlichen Adressat/innengruppen in acht ausgewählten Ländern Europas.

Zugrunde liegen die im Rahmen eines Forschungsprojekts der Universität Bielefeld gewonnenen Ergebnisse zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Europa* (GFE-Europe). Die repräsentativen Daten bieten zudem die Möglichkeit, mögliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen einzelnen Ländern zu analysieren.

Das Ziel dieser Publikation ist es, diese Daten für die nationale wie auch internationale wissenschaftliche und insbesondere gesellschaftspolitische Auseinandersetzung zugänglich und nutzbar zu machen. Dabei stehen weniger theoretische Zugänge als vielmehr die politische Diskussion über Vorurteile und Diskriminierungsabsichten im Vordergrund. Wenn Europa der Meinung ist, dass Vorurteile, Stereotype und diskriminierende Mentalitätsbestände in einzelnen Mitgliedsländern die Demokratie gefährden oder sogar zersetzen, dann können die Ergebnisse der vorliegenden Publikation als sowohl aufschlussreicher als auch besorgniserregender Lagebericht zugrunde gelegt werden. Anhand der vorliegenden Daten und Analysen hoffen wir, neue Anstöße für die europäische Diskussion zu liefern und die bisher oftmals fehlende empirische Evidenz bereitzustellen.

Unser besonderer Dank gilt der *Friedrich-Ebert-Stiftung*. Sie hat die vorliegende Auswertung und Analyse ermöglicht, damit somit unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse hoffentlich in eine breite gesellschaftspolitische Diskussion Eingang finden können. Hier danken wir ganz besonders *Nora Langenbacher* für ihre konzeptionelle Begleitung und redaktionelle Überarbeitung der Studie.

Weiterer Dank gilt der Medienwissenschaftlerin und Lektorin *Eva Fenn* für die sprachliche Überarbeitung und formale Vereinheitlichung dieses Berichts. Sie hat dazu beigetragen, dass unsere wissenschaftlichen Texte auch für ein fachfremdes Publikum gut lesbar und verständlich sind, – ein wichtiges Anliegen auch der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie hat mit hohem Aufwand und unter widrigen Umständen uns zu jeder Phase dieses Berichts kompetent unterstützt.

Unser Dank gilt auch *Carina Wolf* für ihre wertvolle Unterstützung bei der Datenaufbereitung und den studentischen Hilfskräften *Silke Grygier*, *Lisa Beckmann*, *Judith Raum* und *Marie-Luise Alders*, die diese Publikation versiert und klug unterstützt haben.

Dem vorliegenden Band liegen Daten zugrunde, welche in einem umfangreichen internationalen Forschungsvorhaben der Universität Bielefeld erhoben wurden (siehe S. 21). An dieser Stelle möchten wir daher auch unserem *Team* für dessen großartigen Einsatz bei der Entwicklung und Umsetzung als auch unseren *Förderer/innen* für ihre finanzielle Unterstützung der Workshops und der Datenerhebung danken (s. auch Kapitel 1).

Auf Basis von Telefonumfragen einer repräsentativen Stichprobe von jeweils 1 000 Befragten in acht europäischen Ländern wurden das Ausmaß, wichtige Determinanten und mögliche Ursachen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit untersucht. Mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden hierbei abwertende Einstellungen und Vorurteile gegenüber solchen Gruppen bezeichnet, die als ‚anders‘, ‚fremd‘ oder ‚unnormale‘ definiert werden und denen ein untergeordneter sozialer Status zugewiesen wird. Diesbezüglich werden in der vorliegenden Studie fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, islamfeindliche, sexistische und homophobe Einstellungen untersucht. Als zentrale Ergebnisse lassen sich festhalten:

- ▶ Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in Europa weit verbreitet. Das Ausmaß ist in den Niederlanden vergleichsweise gering, in Polen und Ungarn hingegen vergleichsweise hoch. Hinsichtlich der Fremdenfeindlichkeit, der Islamfeindlichkeit und des Rassismus existieren nur geringfügige Unterschiede zwischen den Ländern, im Ausmaß an Antisemitismus, Sexismus und Homophobie unterscheiden sich die Länder dagegen deutlich.
- ▶ Rund die Hälfte aller europäischen Befragten ist der Ansicht, es gebe zu viele Zuwanderer/innen in ihrem Land. Zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden und über 70 Prozent in Polen meinen, Juden/Jüdinnen versuchten heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind. Rund ein Drittel glaubt an eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen verschiedener Ethnien. Rund die Hälfte und mehr verurteilen den Islam pauschal als eine Religion der Intoleranz. Die Mehrheit in Europa vertritt zudem sexistische Einstellungen, die auf eine traditionelle Rollenverteilung setzten, und fordert, dass Frauen ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen sollten. In den Niederlanden vertreten mit nur rund einem Drittel vergleichsweise wenige Befragte sexistische Einstellungen. Gleiche Rechte werden Homosexuellen von zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden bis hin zu 88 Prozent der Befragten in Polen verweigert; diese finden es keine gute Sache, Ehen zwischen zwei Frauen beziehungsweise zwei Männern zu erlauben.

- ▶ Diese auf den ersten Blick sehr unterschiedlichen Vorurteile sind miteinander verbunden: Diejenigen, die sich abwertend gegenüber einer Gruppe äußern, werten mit recht großer Wahrscheinlichkeit auch andere Gruppen ab. Vorurteile erscheinen manchmal singulär, sie sind aber eng mit anderen Vorurteilen verbunden.
- ▶ Mit der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind drei ideologische Orientierungen besonders verbunden: der Autoritarismus – eine auf Recht und Ordnung sowie Disziplin setzende Grundhaltung; die Soziale Dominanzorientierung – die Befürwortung von sozialen Hierarchien zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘; und die Ablehnung von Diversität – eine generell ablehnende Haltung gegenüber Vielfalt von Kulturen, Ethnien und Religionen innerhalb eines Landes.
- ▶ Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt mit dem Alter zu, und mit besserer Bildung und höherem Einkommen ab; Männer und Frauen unterscheiden sich in ihren Einstellungen kaum.
- ▶ Allgemeine politische Einstellungen sind nur zum Teil relevant: Diejenigen, die sich politisch eher rechts positionieren, sich politisch machtlos fühlen, eine starke Führerfigur wünschen und die Todesstrafe befürworten, sind im Durchschnitt menschenfeindlicher. Das politische Interesse ist kaum relevant für die Verbreitung von Vorurteilen.
- ▶ Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss nicht auf der Ebene der Einstellung bleiben. Sie kann Folgen für das Handeln haben. Dies wurde mit Bezug auf Einwanderer/innen untersucht. Diejenigen, die schwache Gruppen abwerten, sprechen sich mit größerer Wahrscheinlichkeit gegen die Integration von Einwander/innen aus, verweigern ihnen eher eine gleichberechtigte politische Teilhabe und sind eher bereit, Einwanderer/innen zu diskriminieren und ihnen mit Gewalt zu begegnen.
- ▶ Die wichtigsten Erklärungsfaktoren von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind neben einer autoritären und hierarchiebefürwortenden Grundhaltung außerdem das subjektive Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen und das Gefühl der Orientierungslosigkeit in der heutigen Zeit. Auch ein geringes Einkommen und das Gefühl der Benachteiligung spielen eine Rolle.

- ▶ Die wichtigsten Schutzfaktoren vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind das Vertrauen in andere Menschen, das Gefühl, feste Freundschaften schließen zu können, der Kontakt mit Einwander/innen, und vor allem eine positive Grundhaltung gegenüber Diversität. Religiosität schützt hingegen nicht vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, und allgemeine Werthaltungen, die Sicherheit und Universalismus betonen, spielen kaum eine Rolle.

1. Europa zwischen Toleranz und Menschenfeindlichkeit: Ausgangsbeobachtungen und Projektanlage

Die Länder und Kulturen in Europa sind vielfältig und heterogen in ihrer ethnischen, religiösen und sozialen Zusammensetzung. Mit der Globalisierung der Märkte, der weltweiten Migration und den neuen Kommunikationswegen wird sich dieser Trend nicht aufhalten lassen, auch wenn rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte immer wieder versuchen, die Bürger/innen gegen die Akzeptanz von kultureller Heterogenität aufzuhetzen und zu mobilisieren.

Die Vielfalt in Europa war und ist ein objektiver Tatbestand und zugleich ein Wesensmerkmal und Zukunftsprojekt. Menschen mit unterschiedlichem kulturellen, ethnischen und religiösen Hintergrund, Männer und Frauen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, mit und ohne körperliche Besonderheiten, mit unterschiedlichem Lebensstil und aus unterschiedlichen ökonomischen Milieus leben in Europa zusammen.

Die Zukunft Europas hängt dabei nicht nur von der Vielfalt und deren Akzeptanz, sondern auch von der Qualität der Integration heterogener Gruppen ab. Das wiederum ist eine Frage der Anerkennung der Gleichwertigkeit von Gruppen. Mehr und mehr fordern bislang am Rande stehende und untergeordnete soziale Gruppen diese Gleichwertigkeit ein. Sie verlangen Mitsprache, Teilhabe und Unterstützung für ihre je eigene Identität und ihre kulturellen Merkmale. Wie friedlich und gleichberechtigt, aber eben auch konfliktgeladen, die Beziehungen und das Miteinander von Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen ist und sein wird, hängt von der generellen Haltung der bisher dominanten Gruppen und Mehrheiten gegenüber Vielfalt sowie von deren Bereitschaft ab, Gleichwertigkeit und Integration anzuerkennen.

Dabei hat Europa drei grundsätzliche Fragen zu beantworten, welche die menschenrechtlich verbrieften, in der Realität jedoch selten erreichte Gleichwertigkeit von Menschen in Gesellschaften maßgeblich bestimmen:

- Welche Gruppen werden als Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert?

- Wie gleichberechtigt ist die Teilhabe von beispielsweise Einwander/innen, religiösen Minderheiten, Frauen, Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung oder einer körperlichen Einschränkung?
- Welches Ausmaß an Ein- und Unterordnung wird gefordert und wie wird mit Außenseiter/innen umgegangen?

Der erste Punkt ist eine Frage der Toleranz: In welchem Ausmaß sind Heterogenität und Vielfalt in Europa erwünscht beziehungsweise toleriert? Die zweite Frage folgt der ersten, denn sie zielt auf die soziale Ordnung ab. Sie fragt danach, wie stark Hierarchien zwischen sozialen Gruppen, oder aber Egalität und Gleichwertigkeit, angestrebt und akzeptiert werden. Die dritte Frage berührt das Verhältnis von Individuen und Gruppen und beschäftigt sich damit, wie sehr sich der/die Einzelne in die soziale Ordnung ein- und unterzuordnen hat und inwieweit Außenseiter/innen und Ausreißer/innen gegenüber disziplinierend oder liberal begegnet werden soll.

Die sichtbare und unsichtbare Abwertung und Zurückweisung sowie der Ausschluss von sozialen Gruppen, die *wir* als ‚anders‘ bezeichnen und verorten, sind Indikatoren für Antworten auf diese drei Fragestellungen. Hier kommt die Macht des Vorurteils ins Spiel. Die Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Migrant/innen, Muslim/innen, schwarzen Menschen, Juden/Jüdinnen, die Abwertung von Frauen, Homosexuellen, behinderten, armen oder arbeitslosen Menschen sind ein Indiz dafür, ob sich Gesellschaften für Toleranz, Vielfalt und Integration entscheiden, oder dagegen. Vorurteile gegen Einwanderer/innen, Juden/Jüdinnen, Schwarze, und zunehmend auch gegenüber Muslim/innen sind dabei ein wesentlicher Bestandteil rechtsextremer beziehungsweise rechtspopulistischer Einstellungen (Decker & Brähler 2006, Zick & Küpper 2009). In rechtsextremer oder rechtspopulistischer Propaganda schwingen zudem häufig auch sexistische und homophobe Untertöne mit. Obdachlose Menschen und Menschen mit Behinderung werden Opfer von Gewalttäter/innen, die nicht selten zumindest unterschwellig rechtsextreme Einstellungen teilen oder sich sogar von rechtsextremen Ideologien zu diesen Gewalttaten ermuntert fühlen.

Europa hat sich lange schwer damit getan, die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Formen und Facetten von Vorurteilen und Diskriminierung ernst zu nehmen und nach gemeinsamen Handlungsstrategien gegen diese zu suchen. Im Rahmen des Europäischen Jahrs gegen Rassismus 1997

wurde schließlich Artikel 13 in die Deklaration von Amsterdam aufgenommen, der dazu aufruft, gegen unterschiedliche Vorurteile und Diskriminierungen vorzugehen:

„...the Council [...] may take appropriate action to combat discrimination based on sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation.“

Der Kampf gegen das, was wir als Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit betrachten, ist damit seit 13 Jahren erklärtes politisches Ziel des Europäischen Rates. Bei der Umsetzung dieser Zielvorgaben nahmen einige Länder eine Vorreiterrolle ein, andere taten und tun sich außerordentlich schwer. Das gilt insbesondere in Bezug auf die vorurteilsbasierte Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt (Chopin & Gounari 2010). Die europäische Vorgabe ließ sich scheinbar nicht leicht in nationales Recht und Gesetz umwandeln. Und individuelle Meinungen, wie sie Vorurteile ausdrücken, lassen sich schon gar nicht verordnen.

So wundert es wenig, dass Menschen nach wie vor aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit diskriminiert werden, wenn es um gleiche Chancen beim Zugang und der Teilhabe zu beispielsweise Bildung, Gesundheit, Wohnen oder Arbeit geht. Während aber einige Länder große Fortschritte in ihren Bemühungen um die Gleichstellung von beispielsweise Frauen und Homosexuellen in den vergangenen Jahren verzeichnen, werden gleiche Rechte und Chancen andernorts nach wie vor vielen Gruppen durch die strukturellen Bedingungen oder auch ganz offen in Regelungen und Gesetzgebungen erschwert, vorenthalten oder gar verweigert.

In Bezug auf die sogenannte Hasskriminalität (*hate crime*) lässt sich Ähnliches wie für die Diskriminierung beobachten. Trotz ihrer Zusagen an die OSCE liegen aus vielen europäischen Ländern keine oder unvollständige Statistiken über vorurteilsbasierte Gewalttaten, oder auch Hasskriminalität, vor (Human Rights First 2009). Das liegt unter anderem daran, dass Hasskriminalität in den nationalen Gesetzgebungen (noch) nicht gesondert aufgeführt wird oder implementiert ist. Eine weitere mögliche Ursache ist ein fehlendes Problembewusstsein für die vorurteilsbasierte Hasskriminalität, sodass entsprechende Fälle eventuell nicht als solche gelistet werden.

Und schließlich ist ein Grund auch darin zu sehen, dass gegenüber Vorurteilen eine gewisse Ignoranz besteht. Vorurteile, welche die Gruppenbezogene Men-

schenfeindlichkeit konstituieren, werden als individuelle Einstellungen oder Mentalitäten betrachtet und im öffentlichen Raum als wenig relevant für die Bestimmung der demokratischen Kultur beurteilt. Dabei wird allzu leicht übersehen, dass demokratiegefährdende extremistische und populistische Gruppen und Bewegungen gewissermaßen von Vorurteilen leben; dem Rechtsextremismus ist das Vorurteil zu eigen. Wenn Toleranz gegenüber Differenz und Vielfältigkeit sowie die Akzeptanz von Pluralität wesentliches Fundament demokratischer Gesellschaften sind, dann ist deren Aushöhlung durch Agitation eine ernstzunehmende Bedrohung dieses Fundaments. Verbreitete Vorurteile, die Gruppen abwerten und von gleichwertiger Teilhabe ausschließen, lassen Demokratie zur Makulatur verkommen.

Vorurteile torpedieren zugleich die Bemühungen um Vielfalt, Gleichwertigkeit und Integration. Sie gestalten sich als zähes Ringen und werden immer wieder von Rückschlägen getroffen, infolgedessen die Feindlichkeit gegenüber Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit dominiert. Politische Akteur/innen, Meinungsmacher/innen, die Medien, aber auch die einzelnen Bürger/innen Europas müssen sich kritisch fragen, inwieweit sie Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eventuell unbemerkt Vorschub leisten, sie zulassen, oder ihr sogar den Weg bereiten. Die derzeit in Europa grassierende Feindlichkeit gegenüber Menschen mit muslimischen Glauben macht deutlich, dass hier auch jene beteiligt sind, die Vorurteile eigentlich ablehnen, ob gewollt oder ungewollt. Auch jene in politischen Ämtern und öffentlichen Rollen sind Menschen und als solche vor Vorurteilen nicht gefeit. Folgt man diesen Annahmen, liegt es nahe, das Ausmaß und die Verbreitung von Vorurteilen in Europa einmal genau unter die Lupe zu nehmen.

Vorgehen und Aufbau der Publikation

Der vorliegende Band dokumentiert, wie es gemessen an den Einstellungen und Überzeugungen der Bevölkerung um Toleranz, Vielfalt und Integration in Europa bestellt ist. Er liefert in dieser Hinsicht eine europäische Zustandsanalyse, die als Diskussionsgrundlage dienen soll. Mehr als zehn Jahre nach der ambitionierten Vorgabe, die sich Europa selbst gesetzt hat, untersucht dieser Band anhand wissenschaftlicher Kriterien, wie es heute um das Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Europa steht. Anhand von Umfragedaten aus acht europäischen Ländern dokumentieren wir die Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Migrant/innen, Schwarzen, Juden/Jüdinnen, Muslim/innen, Frauen und homosexuellen Menschen. Diese Gruppen sind nicht

nur quantitativ relevant, sondern bestimmen auch maßgeblich den Diskurs über den Umgang mit ‚Anderen‘ und ‚Fremden‘. Die Auswahl dieser Gruppen ist keinesfalls vollständig und den Grenzen des Umfangs einer solchen Studie geschuldet. Europa leidet unter vielen weiteren Vorurteilen, die sich im Alltag eingenistet haben. Nicht berücksichtigen konnten wir zum Beispiel Vorurteile gegenüber Obdachlosen, Armen, übergewichtigen und behinderten Menschen sowie vielen weiteren Außenseitergruppen, die als ungleichwertig gelten.

Grundlage der Analyse sind telefonische Interviews von 1 000 repräsentativ ausgewählten Befragten ab 16 Jahren je Land, die im Herbst und Winter 2008 im Rahmen der Studie *Group-based Enmity in Europe* durchgeführt wurden. Beteiligte Länder waren Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Italien, Portugal, Polen und Ungarn. Die Auswahl der Länder deckt unterschiedliche geographische Regionen ab, und berücksichtigt alte wie junge EU-Mitgliedsstaaten. Die Anzahl der ausgewählten Länder war zwangsläufig auch durch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel begrenzt. Die Studie wurde gemeinsam mit einem internationalen und interdisziplinären Team renommierter Expert/innen der Vorurteils- und Surveyforschung konzipiert und durchgeführt und durch private Stiftungen gefördert.¹

Im Folgenden geben wir zunächst einen kurzen Überblick über jene Adressatengruppen, bezüglich welcher in dieser Studie Vorurteile erhoben wurden. Dabei gehen wir vor allem auf die jeweiligen Bevölkerungsanteile dieser sogenannten Fremdgruppen (*outgroups*) in den untersuchten Ländern ein. Denn daraus wird deutlich, dass die Verbreitung von Vorurteilen gegenüber einer

1 Die Projektname und -leitung hatten die beiden Erstautoren dieses Bandes inne. Des Weiteren gehörten zum Team: Frankreich: Dr. Nonna Mayer, CERI, Sciences Po Paris/Dr. Guillaume Roux, University of Grenoble; Deutschland: Prof. Ulrich Wagner, University of Marburg; Carina Wolf, University of Bielefeld; Ungarn: Prof. Antal Örkeny/Luca Váradi, Eötvös Loránd University of Budapest; Italien: Prof. Alberto Voci, University of Padua; Niederlande: Dr. Bertjan Doosje/Prof. Roel Meertens/Anja Zimmermann, University of Amsterdam; Polen: Prof. Pavel Boski/Marta Penczek, Polish Academy of Sciences, University of Warsaw; Großbritannien: Prof. Miles Hewstone/Dr. Katharina Schmid, University of Oxford; Portugal: Prof. Jorge Vala/Dr. Alice Ramos/Cicero Pereira, University of Lisbon. Finanziell gefördert wurde das Projekt durch die Compagnia di San Paolo, die VolkswagenStiftung, die Freudenberg Stiftung, die Groeben Stiftung sowie zwei weitere private Stiftungen. Ausdrücklich danken möchten wir Christian Petry, Prof. Piero Gastaldo und Dr. Wilhelm Krull, die uns unverhoffte Türen geöffnet haben, sowie der Amadeu Antonio Stiftung für ihre beständige Unterstützung. Das Projekt wurde außerdem durch das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld gefördert, das Sondermittel für Personal und Ausstattung bereitgestellt hat.

bestimmten Gruppe kaum etwas mit ihrer tatsächlichen zahlenmäßigen Präsenz zu tun hat beziehungsweise objektiven Tatsachen nicht angemessen ist. Bevor wir zu den Ergebnissen kommen, skizzieren wir, was wir unter Vorurteilen verstehen, wie diese sich äußern und welche Konsequenzen sie haben. Am Ende des Bandes betrachten wir schließlich besonders wichtige Einflussfaktoren, die menschenfeindliche Einstellungen begünstigen beziehungsweise diesen vorbeugen können.

1.1 Außenseiter/innen in Europa – die Adressat/innen von Menschenfeindlichkeit

Im Fokus der vorliegenden Studie stehen die Einstellungen der Europäer/innen gegenüber Migrant/innen, Schwarzen, Juden/Jüdinnen, Muslim/innen, Frauen und homosexuellen Menschen. Gegen diese und weitere Gruppen richtet sich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und sie sind es, die oftmals Opfer von gezielter Diskriminierung und struktureller Benachteiligung werden. Weiterhin sind diese Gruppen im Besonderen Zielscheibe rechtspopulistischer Propaganda und rechtsextremer Angriffe. Dabei operieren Rechtsextremisten und -populisten oft mit dem Überfremdungsargument oder dem Argument, dass die Kultur dieser Gruppen nicht in die eigene Kultur passen würde. Im Folgenden liefern wir einige objektive Fakten zu diesen Gruppen. Wir berichten auch über Diskriminierungserfahrungen, um kenntlich zu machen, wie sehr Vorurteile verletzen.

Das sollte Europa vor allem hinsichtlich der Vorurteile gegenüber *Zuwanderer/innen* interessieren, denn Europa ist der Kontinent mit der weltweit stärksten Einwanderung. Jährlich emigrieren rund zwei Millionen Menschen nach Europa, fast ebenso viele verlassen Europa wieder. Die innereuropäische Migration ist sogar noch höher. Die Einwanderungsquote, das heißt der Prozentsatz der Einwanderer/innen in einem Land, variiert in den hier berücksichtigten Ländern von 1,3 Prozent in Polen bis 12,2 Prozent in Großbritannien (vgl. Tab. 1).

Die Einwander/innen bilden keineswegs eine homogene Gruppe, sondern kommen aus sehr unterschiedlichen Ländern. In *Großbritannien* stammen viele Einwanderer/innen aus den ehemaligen Kolonien Indien, Pakistan und der Karibik. Neuerdings immigrieren auch viele Arbeitsmigrant/innen aus Polen dorthin. In der *Bundesrepublik Deutschland* bilden Einwanderer/innen aus der Türkei, die als Gastarbeiter kamen und blieben, die größte Einwanderungsgruppe. Darüber hinaus stammen viele Einwanderer/innen aus den Ländern der früheren Sowjet-

union und aus benachbarten osteuropäischen Ländern; als Aussiedler/innen haben sie die deutsche Staatsbürgerschaft. Eine dritte Einwanderungsgruppe in Deutschland bilden die ehemaligen Gastarbeiter aus südeuropäischen EU-Ländern sowie ihre Kinder und Enkelkinder. In *Frankreich* hat ein Großteil der Einwanderer/innen nordafrikanische Wurzeln, viele stammen aus der ehemaligen Kolonie Algerien und haben die französische Staatsbürgerschaft. In den *Niederlanden* leben viele Einwanderer/innen aus den ehemaligen Kolonialländern Indonesien und Surinam, zudem haben viele Menschen marokkanische und türkische Wurzeln. In *Italien* ist die Einwanderungsquote deutlich geringer, hier leben vor allem Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika und Arbeitsmigrant/innen aus Rumänien. Nach dem Jugoslawienkrieg wandern zudem vermehrt Menschen aus den Balkanstaaten nach Italien ein. Als ehemaliges Kolonialland hat auch *Portugal* eine starke Einwanderung aus Afrika zu verzeichnen. Seit einigen Jahren ist Portugal zudem für Arbeitsmigrant/innen aus der Ukraine attraktiv. Die offiziellen Statistiken weisen für *Polen* nur eine sehr geringe Einwanderung aus. Viele temporäre Arbeitsmigrant/innen kommen aus dem benachbarten osteuropäischen Raum, um beispielsweise in der Landwirtschaft zu arbeiten. In *Ungarn* stammt ein Großteil der Einwanderer/innen aus ehemals ungarischen Gebieten der Nachbarländer Rumänien, der Ukraine, Serbien und der Slowakei. Diese Menschen werden in Ungarn nicht als Ausländer/innen, sondern als Menschen ungarischer Abstammung wahrgenommen. Sie sind damit mit den Spätaussiedler/innen aus den Gebieten der früheren Sowjetunion in Deutschland vergleichbar. Diese werden aufgrund ihrer deutschen Staatsbürgerschaft in offiziellen Statistiken nicht als Ausländer/innen gezählt. Empirische Studien zeigen jedoch, dass sie in der Bevölkerung häufig trotzdem als Ausländer/innen angesehen werden (Zick et al. 2001). Dies gilt oft auch für Einwander/innen aus ehemaligen Kolonien, die teilweise ebenfalls juristisch keine Ausländer/innen sind, aber dennoch von den Alteingesessenen als solche betrachtet werden.

Inwieweit Menschen von den Einheimischen als Ausländer/innen oder Fremde wahrgenommen werden, ist folglich nicht unbedingt von ihrer Staatsbürgerschaft oder Herkunft abhängig. Innerhalb eines Landes können Menschen, auch wenn sie die entsprechende Staatsbürgerschaft besitzen, schon lange in einem Land leben oder dort geboren sind, trotzdem von der Mehrheit der Bevölkerung als Migrant/innen, Ausländer/innen oder Fremde wahrgenommen werden. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sie als Mitglied einer als fremd definierten Gruppe identifiziert werden, das heißt, einer Gruppe, die in ethnischer, kultureller oder religiöser Hinsicht als ‚anders‘ kategorisiert und mit negativen Stereotypen belegt wird.

Besonders Einwanderer/innen, die keiner christlichen Religion angehören, werden auf dem überwiegend christlichen Kontinent Europa schnell als Außen-seiter/innen wahrgenommen. In den beobachteten Ländern gibt es verhältnis-mäßig wenige Menschen mit nicht-christlicher Religion, allerdings liegen hier nur Schätzungen und keine verlässlichen Zahlen vor. Von den in unserer Studie berücksichtigten europäischen Ländern leben in Frankreich mit einem Bevölke-rungsanteil von circa 10 Prozent die meisten *Muslim/innen*. In Deutschland und den Niederlanden erreichen die Muslim/innen einen Bevölkerungsanteil von 6 bis 7 Prozent und in Großbritannien haben 4 Prozent der Bevölkerung einen muslimischen Glauben. In Portugal, Polen und Ungarn leben verhältnismäßig wenige Muslim/innen, ihr Bevölkerungsanteil liegt unter einem Prozent (vgl. Tab. 1). Insgesamt leben in der Europäischen Union schätzungsweise rund 1,12 Millionen *Juden/Jüdinnen* (Della Pergola 2010). Mit rund einer halben Million hat Frankreich mit Abstand die größte jüdische Bevölkerung. In allen anderen untersuchten Ländern liegt der Bevölkerungsanteil der Juden/Jüdinnen unter einem Prozent und ist in Portugal und Polen besonders gering.

Tab. 1: Bevölkerungsanteile der Migrant/innen und Muslim/innen in Europa (Angaben in Prozent)

	Muslim/ innen ^a	Migrant/ innen ^b	wichtige Herkunftsländer
Deutschland	7	12,3	Türkei, frühere Sowjetunion, Osteuropa
Großbritannien	4	9,1	Südostasien, Pakistan, Karibische Inseln, Polen
Frankreich	10	10,4	Nordafrika, v.a. Algerien
Niederlande	6	10,1	Indonesien, Surinam, Marokko, Türkei
Italien	2,1	4,3	Balkanstaaten, u.a. Rumänien; Afrika
Portugal	0,14	7,3	Afrika, Kapverdische Inseln, Ukraine
Polen	0,07	1,8	Osteuropa, v.a. Ukraine
Ungarn	0,03	3,1	Rumänien, Bulgarien, insbesondere ehemalige ungarische Gebiete

a Kettani (2010), Prozentangabe auf Basis der in einem Land lebenden Bevölkerung unabhängig von der Staatszugehörigkeit. Die Angaben sind etwas höher als jene, die sich nach der Bevölkerung mit Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes berechnen.

b Anteil der im Ausland geborenen Personen an der Gesamtbevölkerung (Muenz 2006; auf Basis von Daten der OECD)

Als Adressat/innen einer Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit berücksichtigen wir auch *Menschen mit homosexueller Orientierung*. Obwohl Kirche und Staat einen regen moralischen und juristischen Diskurs um Homosexuelle führen, gibt es über ihren statistischen Anteil in der Bevölkerung bisher keine verlässlichen Zahlen. Der Bevölkerungsanteil homosexueller Männer und Frauen wird im Allgemeinen auf circa 5 Prozent geschätzt. Allerdings leben von diesen längst nicht alle ihre Homosexualität offen aus. Deutlich mehr Menschen, die sich nicht als homosexuell bezeichnen würden, geben in einigen Umfragen an, sich bereits zu einer Person ihres eigenen Geschlechts hingezogen gefühlt zu haben.

Eine wesentliche Kategorie, auf der Vorurteile und Stereotypen im Alltag basieren, ist das Geschlecht. Die mangelnde Gleichstellung von Männern und *Frauen* in allen Bereichen des Lebens ist ein anhaltendes Thema, denn Frauen sind strukturell noch immer massiv benachteiligt. Anders als die bisher genannten Gruppen sind Frauen, obgleich sie ebenfalls Ziel von Vorurteilen und Diskriminierung sind, keine Minderheit. In den meisten hier berücksichtigten Ländern sind Frauen sogar tendenziell leicht in der Mehrheit.

1.2 Die Diskriminierung der „Anderen“

Im Auftrag der Europäischen Kommission ist im Jahr 2008 ein umfangreicher Sonderbericht über die Diskriminierung von Gruppen erschienen. Auf Basis der Daten des Eurobarometers² wurde ermittelt, wie viele Menschen sich als Minderheit empfinden und wie verbreitet die Erfahrung von Diskriminierung ist. Die folgenden Zahlen sind dem *Special Eurobarometer 296: Discrimination in the EU 2008* entnommen. Sie umschreiben das Ausmaß der Diskriminierung jener Gruppen, bezüglich welcher in dieser Studie Vorurteile beziehungsweise Meinungen erhoben wurden. Dabei basieren die im Folgenden berichteten Befunde ebenfalls auf Befragungen. Darin spiegeln sich also subjektive Wahrnehmungen, Einschätzungen und gegebenenfalls berichtete Erfahrungen wider, und zwar sowohl der betroffenen Minderheiten als auch der jeweiligen Mehrheiten.

2 Das Eurobarometer ist eine seit 1973 regelmäßig durchgeführte Meinungsumfrage in allen EU-Mitgliedsländern im Auftrag der Europäischen Kommission. Themenschwerpunkte sind unter anderem Umweltschutz und Klimawandel, Gesundheit, Kultur, Armut und sozialer Ausschluss, Menschenrechte und Gleichstellung sowie die Integration von Minderheiten (http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm, letzter Aufruf am 10.01.2011).

Zur Bedeutung der subjektiven Wahrnehmung

Die subjektive Sicht auf die Welt, auch jene auf die Diskriminierung, ist nicht unbedingt identisch mit einer objektiv messbaren Lage. Wenn es um Vorurteile und Diskriminierungen geht, dann verweisen Institutionen und Personen bisweilen darauf, dass diese einer objektiven Basis entbehren. Das ist eine Fehleinschätzung. *Erstens* sind die subjektiven Eindrücke und Wahrnehmungen von Bürger/innen – sogenannte ‚weiche Daten‘ – für die Analyse des Zustands demokratisch verfasster Gesellschaften nicht nur aufschlussreich, sondern geradezu unabdingbar. Demokratien brauchen die Übereinkunft in Werten und Normen, und Verletzungen sind nicht allein auf objektive Fakten reduzierbar. Soziale Einstellungen und Überzeugungen, kollektive Emotionen und Diskriminierungserfahrungen zeigen das Klima und die Kräfte des Zusammenhalts an und signalisieren, wo Konflikte und Probleme vorliegen oder sich entwickeln können. In die subjektiven Sichtweisen auf Gesellschaft spielen immer individuelle Interpretationen, der jeweils relevante Ausschnitt der sozialen Wirklichkeit, Grundhaltungen und viele weitere Aspekte hinein. *Zweitens* ist mit Blick auf die Diskriminierung festzuhalten, dass die subjektiv berichtete oder wahrgenommene Diskriminierung mit der objektiv messbaren Diskriminierung nicht zwingend übereinstimmt. Jedoch ist der subjektive Anteil nicht von objektiven Fakten zu trennen. Beide Facetten sind relevant. Beispielsweise kann die persönliche Betroffenheit dazu führen, das eigentliche Ausmaß an Diskriminierung zu überschätzen. Oder umgekehrt kann mangelnde Aufmerksamkeit, geringes Interesse und Gewöhnung dazu führen, vorhandene Diskriminierung zu übersehen oder nicht als solche zu erkennen. Wenn es quasi ‚normal‘ ist, dass Kinder mit Migrationshintergrund eine geringe Schulbildung erhalten, kommen viele gar nicht erst auf die Idee, dass hier eventuell eine systematische, individuell oder institutionelle Diskriminierung eine Rolle spielen könnte. Wenn bestimmte Diskriminierungen, wie die von Frauen und Homosexuellen, so tief in unserer Gesellschaft verankert sind, dass sie sich in Gesetzen niederschlagen – zum Beispiel das Privileg der Ehe für heterosexuelle Beziehungen –, erkennen eventuell viele diese gar nicht als solche und verstehen sie als Teil unserer Kultur.

Kontakt zu Fremdgruppen: Laut dem Eurobarometer geben 61 Prozent der Europäer/innen an, Freunde oder Bekannte zu haben, die einen anderen Glauben vertreten als sie selbst. Ebenso mehr als die Hälfte, nämlich jeweils 55 Prozent der Europäer/innen, gibt an, Menschen mit einer Behinderung oder einem anderen ethnisch-kulturellen Hintergrund zu kennen. Mit 34 Prozent zählt ein Drittel der Europäer/innen homosexuelle Menschen zu ihrem Freundes- und Bekanntenkreis. Die jüngeren und höher gebildeten Befragten berichten häufiger über Kontakte mit Menschen eines anderen ethnisch-kulturellen Hintergrunds, ebenso diejenigen, die in städtischen Gebieten leben oder die selbst einer kulturellen Minderheit angehören. Zugleich ordnet sich mit 87 Prozent die große Mehrheit der Befragten keiner sozialen Minderheitengruppe zu. Das sind deutlich weniger, als aufgrund der statistisch angenommenen Bevölkerungsanteile ethnischer und religiöser Minderheiten, Homosexueller und Menschen mit Behinderung eigentlich angenommen werden kann.

Angenommene Gründe für Diskriminierung: Insgesamt gehen viele Europäer/innen davon aus, dass Minderheiten in Europa diskriminiert werden. So nehmen 62 Prozent der Befragten an, dass Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft verbreitet ist, 51 Prozent erkennen die sexuelle Orientierung als Grund für Diskriminierung und 42 Prozent vermuten eine weit verbreitete Diskriminierung aufgrund der Religion oder des Glaubens. 45 Prozent meinen, behinderte Menschen würden diskriminiert und 36 Prozent machen das Geschlecht für Diskriminierung verantwortlich. 29 Prozent, also fast ein Drittel der Befragten, wurde nach eigenen Angaben in den letzten zwölf Monaten Zeuge von Diskriminierung einer anderen Person, insbesondere aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit. Besonders viele der niederländischen und deutschen Befragten teilen diese Erfahrung, gefolgt von Briten und Ungarn. Die Befragten in Portugal und Polen haben nach eigenen Angaben dagegen relativ selten erlebt, wie andere diskriminiert wurden. Dabei hat sich ein enger Zusammenhang zwischen beobachteter Diskriminierung und eigener Diskriminierungserfahrung gezeigt.

Diskriminierungserfahrung: Im Durchschnitt berichten 15 Prozent der europäischen Befragten, in den vergangenen zwölf Monaten selbst Opfer von Diskriminierung oder Beleidigung wegen ihres Geschlechts, einer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung, ihres ethnischen Hintergrunds, ihrer Religion oder ihres Alters geworden zu sein. Auffällig viele in Österreich teilen diese Erfahrung, gefolgt von den italienischen und ungarischen Befragten. Aber auch in Großbritannien und Frankreich liegt der Anteil der Befragten, die Erfahrung

mit eigener Diskriminierung haben, über dem europäischen Durchschnitt. In Deutschland, den Niederlanden, Portugal und Polen liegt der Anteil derer, die schon einmal selbst Opfer von Diskriminierung wurden, unter dem europäischen Durchschnitt. Mit 23 Prozent berichten Menschen, die außerhalb Europas geboren wurden, besonders häufig von Diskriminierung aufgrund ihres ethnischen Hintergrunds, gefolgt von jenen, die zwar aus Europa, aber nicht aus Ländern der EU stammen und jenen, die in einem anderen Land als ihrem ursprünglichen Heimatland leben.

Maßnahmen gegen Diskriminierung: 48 Prozent der europäischen Befragten sind der Ansicht, in ihrem Land würde nicht genug gegen Diskriminierung getan. Vor allem diejenigen, die Diskriminierung für weit verbreitet halten, äußern häufig diese Meinung. Nur 11 Prozent glauben, es würde genug gegen Diskriminierung unternommen. Ein Teil der Europäer/innen ist offensichtlich in Bezug auf Diskriminierung sensibilisiert und fordert infolgedessen größere Maßnahmen gegen sie, während der andere Teil keine Diskriminierung wahrnimmt und deshalb auch ihre Bekämpfung für ausreichend hält. Die Sensibilität der Befragten für Diskriminierung hängt stark davon ab, ob sie selbst schon einmal diskriminiert wurden, aber auch davon, ob sie die Diskriminierung von Personen aus dem näheren Bekanntenkreis bereits beobachtet haben. Sie ist bei den jüngeren, den besser gebildeten Menschen und denjenigen, die in urbanen Regionen leben, stärker ausgeprägt. Zwischen den europäischen Ländern bestehen jedoch große Unterschiede hinsichtlich der Sensibilität der Befragten.

Eine wesentliche Gruppe, welche die Diskriminierung von Gruppen leugnet und Maßnahmen gegen Diskriminierung torpediert, sind Menschen, die rechts-extrem orientiert sind oder rechtspopulistische Sichtweisen vertreten. Sie bedienen sich der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, um die Diskriminierung der zuvor genannten Gruppen zu rechtfertigen. Im Folgenden schildern wir, wie der Extremismus und Populismus mit Vorurteilen zusammenhängt.

1.3 Vorurteile als Kernelement rechtsextremer und -populistischer Ideologien

Es existieren viele Definitionen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, die teils sich überschneidende, teils unterschiedliche konstituierende Elemente aufzählen. Weitgehend übereinstimmend wird die Abwertung von Fremdgruppen als wesentlicher Bestandteil rechtsextremer oder rechtspopulistischer Ein-

stellungen genannt.³ Nach Heitmeyer (1987) basieren rechtsextreme Orientierungen auf einer Ideologie der Ungleichheit einerseits und andererseits – in Abgrenzung zum Rechtspopulismus – auf der Akzeptanz von Gewalt. Die Ideologie der Ungleichheit zeige sich in der Abwertung anderer, in einer nationalistischen Selbstübersteigerung, in rassistischen Kategorien, in einer sozialdarwinistischen Einstellung, in einem totalitären Normverständnis und in der Betonung von Homogenität der eigenen Gruppe. Die Gewaltakzeptanz gründet sich auf die Überzeugung, dass Gewalt ein legitimes Mittel zur Regulation von Konflikten ist (vgl. auch Zick & Küpper 2009).

Auf Basis quantitativer und qualitativer Daten aus acht europäischen Ländern ermittelten de Weerd & Hentges im *SIREN-Projekt* die folgenden vier Faktoren als Kernelemente rechtspopulistischer Einstellungen: Fremdgruppenabwertung, Eigengruppenaufwertung, Autoritarismus und Zurückweisung der Institutionen repräsentativer Demokratie (Hentges et al. 2003, de Weerd et al. 2004). Nach Heitmeyer (2002) konstituiert sich der Rechtspopulismus im Wesentlichen durch Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und durch einen auf Recht und Ordnung ausgerichteten, aggressiven Autoritarismus (vgl. auch Klein, Küpper & Zick 2009). Eine Konsensusgruppe von Sozialwissenschaftler/innen rund um die Leipziger Wissenschaftler Decker und Brähler (2006) definierte den Rechtsextremismus als ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Element Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich in den Dimensionen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, nationaler Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.⁴

An diese Begriffsverständnisse anschließend vertreten wir die Auffassung, dass die Abwertung von als ‚fremd‘ definierten Gruppen eine zentrale Dimension rechtsextremer beziehungsweise rechtspopulistischer Einstellungskonglomerate darstellt. Mit Blick auf die Fremdenfeindlichkeit sind das vor allem der

3 Wir beschränkten uns in der Darstellung auf Definitionen, die Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Einstellungskonglomerate verstehen. Abweichend davon werden beide Begriffe insbesondere in der Politikwissenschaft als Bezeichnung für Bewegungen, Gruppierungen, Parteien, Einzelakteure oder politische Strömungen verwendet. Auch in der dortigen Begriffsverwendung gilt die Abwertung von Fremdgruppen in der Regel als ein wichtiges Element.

4 Dieser Rechtsextremismus-Definition folgen beispielsweise die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland; zuletzt erschienen: Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010 (Decker et al. 2010)

Antisemitismus und der Rassismus. Die aktuellen Entwicklungen in vielen europäischen Ländern weisen darauf hin, dass auch die Islamfeindlichkeit zu einem zentralen Bestandteil rechtsextremer oder -populistischer Einstellungen geworden ist. In rechtsextremer und teilweise auch rechtspopulistischer Propaganda findet sich zudem die Abwertung von Frauen und Homosexuellen. Die Abwertung dieser Gruppen gehört daher zu den Bestandteilen des Rechtsextremismus, wenn sie auch (noch) nicht zu deren Kernaspekten zählt. Zum Rechtspopulismus scheinen sie auf jeden Fall zu gehören.

Welche Vorurteile extremistische Gruppen in den verschiedenen Ländern Europas jeweils zitieren und als Urteile postulieren, hängt von dem historischen und kulturellen Entwicklungskontext der Gruppe und ihren Ungleichwertigkeit-sideologien ab. Häufig trifft es jedoch in allen Ländern ähnliche Gruppen, gegen die Rechtsextreme Stimmung machen: Einwander/innen, Schwarze, Juden/Jüdinnen und Muslim/innen, Frauen und Menschen mit homosexueller Orientierung sind diesbezüglich die wesentlichen Zielgruppen in allen von uns beobachteten Ländern. In Vorurteilen und in der durch sie konstituierten Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind die extremistischen und populistischen Bewegungen in Europa vereint. Die Intoleranz gegenüber Anderen und Fremden, aber auch einheimischen Gruppen, denen Regel- und Normalitätsbrüche unterstellt werden, ist ein enorm wichtiges propagandistisches Instrument, das Menschen anzieht, die Ressentiments teilen, und dem Zusammenhalt dient. Die Macht des Vorurteils ist in Europa weitaus einflussreicher als weithin angenommen, denn sie durchsetzt den sozialen Alltag. Im Folgenden skizzieren wir, worin genau diese Macht besteht und was Vorurteile so gefährlich macht.

2. Vorurteile und Menschenfeindlichkeit

In diesem Kapitel skizzieren wir das Grundverständnis von Vorurteilen und gehen auf die Konzeption der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) ein, auf der alle Analysen beruhen. Zunächst beschreiben wir, wie wir Vorurteile definieren, welche Ausdrucksformen sie annehmen können, welche sozialen Funktionen sie erfüllen und welche Konsequenzen sie haben. Wir nehmen dabei eine sozialpsychologische Perspektive ein und verstehen Vorurteile als soziale Einstellungen, die in der Wechselwirkung von individuellen Ursachen und Umweltfaktoren zustande kommen. Individuen haben Vorurteile, weil sie durch ihren Kontext dazu gebracht werden. Auch wenn wir den Blick hauptsächlich auf die Individuen und ihre Einstellungen, Wahrnehmungen, Gefühle und Interpretationen legen, gehen wir außerdem davon aus, dass sich diese in sozialen Diskursen widerspiegeln, in die Vorurteile häufig eingebettet sind und die Vorurteile transportieren. Aktuelle politische Diskussionen lassen sich auf der Grundlage des folgenden Vorurteilkonzepts besser verstehen. Im Anschluss an die Vorurteilsskizze stellen wir das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vor, das die verschiedenen sozialen Vorurteile in einen Gesamtzusammenhang stellt. Das Konzept wurde von Wilhelm Heitmeyer (Heitmeyer 2002) entworfen und seitdem von anderen Wissenschaftler/innen weiterentwickelt und empirisch überprüft (Zick et al. 2008).⁵

2.1 Grundverständnis von Vorurteilen

Die Vorurteilsforschung versteht Vorurteile als negative Einstellungen gegenüber Gruppen oder Personen allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit (Allport 1954). Dieser Perspektive folgend definiert Aboud Vorurteile als „eine ver-

5 Das Projekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland* hat eine Laufzeit von 10 Jahren (2002–2011). Die Meinungen der Deutschen zu markierten Gruppen werden jährlich in einer repräsentativen Telefonumfrage erhoben. Parallel dazu wird im zweijährigen Abstand eine Panel-Studie durchgeführt, in der dieselben Befragten erneut interviewt werden. Die Studie wird unter anderem von Regionalanalysen in spezifischen Sozialräumen und einem interdisziplinär ausgerichteten Graduiertenkolleg begleitet. Die Ergebnisse werden in der jährlich im Suhrkamp-Verlag erscheinenden Reihe *Deutsche Zustände* (hg. von Wilhelm Heitmeyer) vorgestellt; siehe auch www.uni-bielefeld.de/ikg.

einheitliche, stabile und konsistente Tendenz, in einer negativen Art und Weise gegenüber Mitgliedern einer bestimmten bestimmten ethnischen Gruppe zu reagieren“ (1988, S. 6), was wir auf jegliche andere Gruppe erweitern würden. Eine Person wird demnach nicht aufgrund ihrer persönlichen Eigenschaften abgewertet, sondern schlicht deshalb, weil sie als Mitglied einer sogenannten Fremdgruppe (*outgroup*) kategorisiert wird. Dabei ist vollkommen unerheblich, inwieweit sich diese Person selbst als Mitglied dieser Gruppe ansieht oder ob sich diese Gruppenmitgliedschaft an Fakten festmachen lässt. Ausschlaggebend ist allein die Zuweisung der Person, welche die Vorurteile hegt oder äußert. Ein Beispiel dafür ist die Kategorisierung einer Person als Ausländer/in. Für fremdenfeindliche Vorurteile gegenüber dieser Person spielt es in der Regel keine Rolle, ob sie vielleicht de facto die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, in Deutschland geboren ist oder jemals in einem anderen Land gelebt hat.

In der Vorurteilsforschung besteht weitgehend Konsens darüber, dass sich Vorurteile als generalisierte negative Einstellungen gegenüber Gruppen und Personen vor dem Hintergrund der eigenen Gruppenzugehörigkeit ergeben und sich allein auf die Tatsache stützen, dass diese Gruppen Fremdgruppen sind beziehungsweise diese Personen einer Fremdgruppe angehören (Allport 1954, Zick 1997).

Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und viele weitere Vorurteile sind somit keine Charaktereigenschaft, sondern soziale Einstellungen, die durch den Kontext ihrer Träger zu verstehen sind. Als soziale Einstellungen haben Vorurteile eine kognitive, eine affektive und gegebenenfalls auch eine verhaltensbezogene Dimension. Sie sind als Einstellungen erlernbar, aber auch veränderbar, auch wenn dies bei tief verankerten Einstellungen oft ein schwieriges und langwieriges Unterfangen ist.

2.2 Drei Schritte zum Vorurteil

Ein Vorurteil entsteht in einem dreistufigen Prozess: 1) der Kategorisierung, 2) der Stereotypisierung und 3) der Bewertung, das heißt der affektiven Aufladung.

Die erste Stufe bildet die *Kategorisierung*. Sie ist ein fundamentaler kognitiver Prozess, der nahezu automatisch abläuft und es Individuen erleichtert, die komplexen Informationen aus der Umwelt zu verstehen und nachzuvollziehen. Individuen kategorisieren ihre materielle Umwelt, Pflanzen, Tiere und ebenso

auch Menschen. Sie unterscheiden Personen danach, ob sie ihrer Eigengruppe (*ingroup*) oder einer Fremdgruppe (*outgroup*) angehören, unabhängig davon, welche konkreten Merkmale sie heranziehen, um Eigen- und Fremdgruppe zu definieren. Nach welchen Merkmalen wir Menschen kategorisieren, hängt ganz wesentlich davon ab, welche uns gerade zugänglich sind; das heißt auf welche Merkmale sich unsere Aufmerksamkeit richtet beziehungsweise welche Merkmale uns gerade besonders präsent sind. Situationsabhängig kategorisieren wir beispielsweise Menschen nach Geschlecht oder wenden auf diese das Alter als relevante Kategorie an, vielleicht kategorisieren wir sie auch nach Alteingesessenen oder Einwander/innen. Dabei spielen unter anderem die Medien eine maßgebliche Rolle, die unsere Aufmerksamkeit steuern und auf spezifische Merkmale lenken, zum Beispiel auf das Merkmal Muslim/Nicht-Muslim.

Ob das Label ‚Ausländer‘, ‚Muslim‘ oder ‚Jude‘, ‚Frau‘, ‚homosexuell‘ oder ‚Behinderung‘ als kategorisierendes Merkmal herangezogen wird, hängt erheblich von der Umwelt der Personen ab, von den Debatten, die in ihrem engeren Umfeld und in der Öffentlichkeit geführt werden. Auch im politischen Diskurs ist beobachtbar, dass dort fortwährend Kategorien verhandelt und bewertet werden. Kategorien und ihre Verwendung sind jedoch an sich noch keine Vorurteile, dazu müssen sie erst die beiden folgenden Prozesse durchlaufen. Vorurteile sind vor diesem Hintergrund immer gruppenbezogen. Sie drücken die Position von Individuen als Angehörige von Kategorien gegenüber Personen oder Gruppen aus, die einer anderen Kategorie angehören.

Auf der zweiten Stufe, der *Stereotypisierung*, schreiben wir Menschen in Abhängigkeit ihrer Gruppenzugehörigkeit bestimmte Eigenschaften zu, wir stellen uns diese quasi als bestimmte ‚Typen‘ vor. Diese Stereotype lassen sich als „die kleinen Bilder, die wir in unseren Köpfen herumtragen“, verstehen (Lippmann 1922: zitiert nach Aronson, Wilson & Akert 2004, S. 485). Stereotype beinhalten die Generalisierung über eine Gruppe von Menschen, das heißt wir schreiben diesen gleiche Eigenschaften zu, ungeachtet dessen, dass sie tatsächlich sehr unterschiedlich sein können. Die innerhalb einer Kultur vorhandenen Stereotype sind sich bemerkenswert ähnlich, sehr resistent und schwer veränderbar. Bei der Stereotypisierung lassen sich der Fremdgruppen- und der Eigengruppen-Heterogenitätseffekt beobachten. Diese Begriffe umschreiben das Phänomen, dass uns Mitglieder von Fremdgruppen alle gleich erscheinen, während wir die Mitglieder unserer eigenen Gruppe als recht unterschiedlich wahrnehmen. Der Schritt der Stereotypisierung erfolgt allerdings nicht zwangsläufig. Wir haben die Möglichkeit, bewusst innezuhalten und unsere Stereo-

type zu überdenken und zu revidieren (Devine 1989). Stereotype sind aber auch keine Vorurteile im Sinne generalisierter negativer Einstellungen, die der Abwertung dienen. Mit der Stereotypisierung von anderen geht auch eine Selbst-Stereotypisierung einher: In dem Maße, in dem wir andere abgrenzen, weisen wir uns selbst stereotype Eigenschaften der Eigengruppe zu (Zick 2005).

Erst auf der dritten Stufe zum Vorurteil, der *Bewertung*, werden schließlich die nach Gruppen kategorisierten Menschen unter anderem auf Basis der zugewiesenen Stereotype bewertet. In der Regel neigen Gesellschaftsmitglieder dazu, die eigene Gruppe eher positiv und Mitglieder von Fremdgruppen eher negativ zu bewerten. Das ist dem Streben nach einer positiven sozialen Identität geschuldet und dient letztlich dazu, den eigenen Selbstwert zu erhalten oder aufzuwerten (Tajfel & Turner 1979). Die Favorisierung der Eigengruppe ist dabei nicht nur auf eine positive Bewertung beschränkt, sondern äußert sich auch in ganz realer Bevorzugung und Begünstigung, nicht nur der eigenen Person, sondern auch völlig unbekannter Mitglieder der Eigengruppe.

Die Abwertung einer Fremdgruppe ist ein einfaches Mittel, positive soziale Identität zu gewinnen. Darüber hinaus kann durch die Identifikation und Abwertung einer Fremdgruppe auch der Zusammenhalt innerhalb der eigenen Gruppe gestärkt werden. Besonders prototypisch lässt sich dies beispielsweise bei Fans einer Fußballmannschaft beobachten, die die andere Mannschaft verhöhnen und sich selbst feiern. Übersteigter Nationalismus und nationaler Chauvinismus sind im politischen Kontext Ausdrucksformen der Verbindung von übertriebener Identifikation und der Abwertung von anderen Gruppen, hier von Angehörigen einer anderen Nation. Hinter Vorurteilen verbirgt sich zudem die implizite Annahme: Alle Mitglieder der Fremdgruppe sind gleich, sie sind anders und auch schlechter als die Eigengruppe.

Es gibt natürlich auch positive Vorurteile gegenüber Gruppen, die theoretisch ebenso zur Ungleichwertigkeit beitragen. Da sie aber für die Betroffenen keinen Nachteil mit sich bringen, sind sie weniger problematisch und stehen seltener im Fokus der Forschung. Schon mehr wissenschaftliches Interesse gilt den Vorurteilen, die nur auf den ersten Blick positiv scheinen, jedoch durchaus negative Konsequenzen für die Betroffenen haben. Beispiele für diese oberflächlich positiven Vorurteile sind die Unterstellungen, dass Frauen besonders emotional sind oder Männer besonders rational. Beides mag im privaten Bereich unproblematisch sein, dient aber zugleich dazu, Diskriminie-

rung beispielsweise bei der Besetzung von Führungspositionen zu legitimieren. Solche benevolenten Vorurteile gehören in die Klasse der modernen oder subtilen Vorurteile, um die es unter anderem im folgenden Abschnitt gehen wird.

2.3 Offene und versteckte Vorurteile

Vorurteile können sich offen und direkt oder auf subtile, indirekte und versteckte Weise äußern. Ein wesentliches Beispiel ist die Ablehnung oder Verweigerung von Sympathie für eine bestimmte Fremdgruppe, oder die Übertreibung vermeintlicher kultureller Unterschiede (Pettigrew & Meertens 1995). Subtile Vorurteile bestehen aus einer Reihe von Argumentationsmustern, die sich bei näherem Blick allerdings ähneln, ganz gleich, gegen welche Adressatengruppe sich die Vorurteile richten. So werden beispielsweise Fremdgruppen immer wieder ähnliche negative Eigenschaften unterstellt: Dummheit, Faulheit und Trägheit, Ungepflegtheit, körperliche Schwäche und psychische Instabilität, Kriminalität, Hinterhältigkeit und Durchtriebenheit. Vorurteile drücken sich auch darin aus, wenn mit zweierlei Maß gemessen wird, also das, was bei der Fremdgruppe moniert wird, bei der Eigengruppe ignoriert oder als unwichtig abgetan wird. Ein Beispiel hierfür ist, wenn etwa Muslimen vorgeworfen wird, gegen die Gleichstellung der Geschlechter zu sein, während eine Befürwortung traditioneller Rollenverteilungen in der eigenen Mehrheitsgesellschaft nicht angeprangert wird. Außerdem ist es Vorurteilen zu eigen, alle Mitglieder einer Gruppe für die Tat eines Einzelnen zur Verantwortung zu ziehen, beispielsweise alle Muslim/innen für Terroranschläge von radikalen Minderheiten oder von Einzeltäter/innen.

Traditionelle Vorurteile lassen sich als *offene Vorurteile* verstehen, die in der Regel eine eindeutig negative, generalisierte Einstellung ausdrücken. Sie weisen einer Gruppe eindeutig negative Eigenschaften zu. Oft wird den Adressat/innen von Vorurteilen unterstellt, die Eigengruppe zu bedrohen, etwa ihnen die Arbeitsplätze wegzunehmen. Sie äußern sich auch darin, dass privater Kontakt zu Mitgliedern einer Fremdgruppe offen abgelehnt wird. Zudem beinhalten offene Vorurteile häufig Schuldzuweisungen. So wird vielen Gruppen beispielsweise unterstellt, durch ihr Verhalten an den Vorurteilen oder sogar ihrer Verfolgung selbst schuld zu sein. Fremdgruppen werden häufig auch für politische, ökonomische oder soziale Misereen verantwortlich gemacht und damit als Sündenbock funktionalisiert.

In den letzten Jahrzehnten haben sich in Europa jedoch starke soziale Normen der Toleranz und des Antirassismus verbreitet, welche die offene Äußerung von Vorurteilen zunehmend hemmen. Inwieweit diese jedoch im Alltag präsent und wirkungsmächtig sind, ist von Land zu Land und von Milieu zu Milieu unterschiedlich. Zudem lassen sich dabei deutliche Unterschiede in Bezug auf die Adressatengruppen beobachten: Was gegenüber der einen Gruppe nicht laut gesagt werden darf, wird gegenüber einer anderen Gruppe gesellschaftlich (noch) als akzeptiert wahrgenommen.

Doch auch wenn soziale Normen der Toleranz von vielen Menschen geteilt werden, bleiben oft negative Emotionen gegenüber bestimmten Gruppen bestehen. Die negative Bewertung bestimmter Gruppen ist häufig so tief im kulturellen Gedächtnis und Wissen verankert und in die individuelle Sozialisation eingebrannt, dass negative Emotionen Bestand haben. So können beispielsweise selbst Personen, die den Antisemitismus eigentlich zurückweisen, dennoch latente Vorbehalte gegenüber Juden/Jüdinnen haben, weil sie in ihrer Kindheit von antisemitischen Einstellungen ihrer Umgebung geprägt wurden.

Moderne Vorurteile, welche die öffentliche Norm unterlaufen, entwickeln sich insbesondere dann, wenn traditionelle Vorurteile geächtet oder gehemmt sind (Zick 1997). Sie beinhalten eher *subtil versteckte* Formen der Abwertungen, die nicht so einfach als Abwertungen erkennbar sind, und/oder werden über Umwege kommuniziert. In modernen Vorurteilen drücken sich Stereotype in einer höflicheren Art und Weise aus, wie etwa in der Aussage, eine Gruppe sei doch nicht so leistungsstark oder sie vertrete nun völlig andere und unvereinbare Werte in Bezug auf Bildung oder die Gleichstellung von Mann und Frau. Subtile Vorurteile drücken sich auch darin aus, dass positive Gefühle wie Sympathie, Mitleid oder Bewunderung gegenüber einer Fremdgruppe verneint oder verweigert werden. Dabei besteht keine offene Abneigung dieser gegenüber, aber auch keine besondere Sympathie, was es Mitgliedern dieser Fremdgruppe erschwert, persönlich als Individuum gemocht zu werden. Moderne Vorurteile können sich auch in einer Überbetonung individueller Gleichheit ausdrücken. Häufig wird auf Gleichheit verwiesen, um Forderungen nach Maßnahmen zur Verbesserung von Chancen spezifischer Gruppen eine Absage zu erteilen. Strukturelle Chancenungleichheiten und Diskriminierungen werden dabei übersehen oder verleugnet, beispielsweise bei der Ablehnung von speziellen Frauenquoten mit dem Verweis darauf, dass sich individuelle Leistung durchsetze. Übersehen wird dabei, dass die entscheidenden Strukturen aber

von Männern gemacht sind, an den Bedürfnissen von Männern orientiert sind und von Männern dominiert werden.

Vorurteile können sowohl bewusst und kontrolliert geäußert werden, als auch unbewusst und nahezu automatisch Einfluss nehmen, ohne dass sich die Akteur/innen darüber im Klaren sind. In diesem Fall werden Vorurteile nicht willentlich, sondern in Form von landläufigen, tradierten Meinungen geäußert, die ohne großes Nachdenken weitergetragen werden. Darunter fallen auch verletzende Bezeichnungen für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel für schwarze Menschen oder Frauen. Es gilt sich bewusst zu machen, dass auch diese unwillentlichen und gedankenlosen Vorurteile mit negativen Konsequenzen für die Opfer verbunden sind. Gleiches gilt für die Vorurteile, die mehr oder weniger direkt in Mediendarstellungen und -berichten symbolisch kommuniziert werden, etwa Bilder gewaltbereiter muslimischer Jugendlicher oder rücksichtsloser israelischer Soldaten.

2.4 Funktionen von Vorurteilen

Vorurteile sind besonders hartnäckig, wenn sie sozialpsychologische Funktionen erfüllen, also für Gruppen und Personen einen sozialen und individuellen Nutzen haben. Diese Funktionen sind soziale, weil Vorurteile weniger für Individuen relevant sind als vielmehr für die Integration von Menschen in Gruppen, Nationen und Kulturen (Zick, Küpper & Heitmeyer 2010). Es lassen sich fünf wesentliche soziale Funktionen von Vorurteilen benennen.

1. Vorurteile schaffen ein ‚Wir‘-Gefühl. Die wohl wichtigste Funktion des Vorurteils wie auch der extremistischen Einstellungen und Ideologien besteht darin, dass sie Bindung herstellen. Die Abgrenzung zu anderen schafft soziale Identität und Zusammengehörigkeit innerhalb der Eigengruppe. Politische Propaganda spielt aus diesem Grund immer wieder auf die Karte der Vorurteile und des Rassismus (Mendelberg 2001). Durch die Abwertung von Minderheiten rückt die Bedeutung der eigenen Gruppe in den Mittelpunkt. Indem sie die nationale oder ethnische Eigengruppe als gefährdet darstellen, präsentieren sich die Akteur/innen als Retter. Andere Probleme wie etwa Arbeitslosigkeit oder ungerechte Verteilung von Ressourcen geraten so aus dem Fokus der Aufmerksamkeit oder schlimmer noch, werden mit der Bedrohung durch ‚die Fremden‘ erklärt.

2. Vorurteile dienen der Selbstwerterhaltung und -steigerung. Diese Funktion ist unmittelbar mit der ersten verbunden. Je stärker die anderen im Vergleich zur eigenen Gruppe abgewertet werden, desto positiver ist jener Selbstwert, der durch die Identifikation mit Gruppen gewonnen wird.

3. Vorurteile bieten Kontrolle, sie legitimieren Hierarchien. Vorurteile beinhalten häufig Rechtfertigungen für eine bestehende soziale Ordnung. Sie erklären, warum einige Gruppen über mehr Wohlstand und Macht verfügen als andere und tragen damit zum Status quo sozialer Hierarchien bei oder sind sogar dabei behilflich, diese auszubauen. Dies zeigt sich besonders deutlich in althergebrachten rassistischen Vorstellungen über Schwarze oder auch sexistischen Ansichten über Frauen. Diese verweisen auf den besonderen Charakter oder gar biologische Unterschiede, um untergeordnete Positionen von Schwarzen und Frauen festzuschreiben. Vorurteile werden daher auch als legitimierende Mythen zur Herstellung und Aufrechterhaltung gruppenbasierter Hierarchien verstanden (Sidanius & Pratto 1999). Als überlieferte Mythen sind sie weit verbreitet und sozial geteilt. So kommt es dazu, dass auch untergeordnete Gruppen Vorurteilen, selbst gegenüber der eigenen Gruppe, zustimmen, und zwar genau aus den oben genannten Gründen: Vorurteile stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl mit der dominanten Gruppe und erklären – auch um den Preis eines geringeren Selbstwertes – warum sie in einer untergeordneten Position sind. Sie halten somit Wissen bereit, was uns zur nächsten sozialen Funktion führt.

4. Vorurteile bieten ‚Wissen‘ und ‚Orientierung‘. Vorurteile geben einen Bezugsrahmen an die Hand, um die Welt zu verstehen. Das Vorurteil wirkt insbesondere dort, wo die gesellschaftlichen Zusammenhänge unverständlich oder unbegreiflich sind. Aus diesem Grund werden Vorurteile gerade in krisenhaften Situationen beispielsweise bei Finanzkrisen, Naturkatastrophen oder Missernten entwickelt oder abgerufen, da in solchen Situationen das Bedürfnis nach Erklärung besonders groß ist. Tief verwurzelte Stereotype, Allerweltsweisheiten und Überlieferungen über eine bestimmte Gruppe dienen als Ersatz für faktisches Wissen, gerade dann, wenn nur wenig echtes Wissen über diese Gruppe vorhanden ist. Dieses vermeintliche, stereotypenbasierte Wissen steuert wiederum die Wahrnehmung von Gruppen in realen Situationen. So wird Information über eine Gruppe, wie zum Beispiel die Einwander/innen, oft passend zu vorhandenen Stereotypen wahrgenommen und selektiert. Das kann sich auch in Medienberichten zeigen, deren Macher selbst bei der Auswahl und Präsentation von Informationen mit stereotyper Brille arbeiten.

5. *Vorurteile zeigen an, wem vertraut werden kann und wem nicht.* Das Wissen, das Vorurteile transportieren, beinhaltet auch die Information, welche Personen und Gruppen vertrauenswürdig sind oder welchen besser misstraut werden sollte. Das soziale Vorurteil erfüllt somit eine vertrauensfördernde Funktion und lehrt zugleich Misstrauen.

2.5 Individuelle und gesellschaftliche Folgen von Vorurteilen

Vorurteile gegenüber Menschen, die aufgrund ihrer zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ‚fremd‘ oder ‚anders‘ definiert werden, sind nicht einfach nur mögliche, individuelle Meinungen unter vielen. Sie können vielmehr weitreichende, negative Konsequenzen für die Opfer und für das gesellschaftliche Klima insgesamt nach sich ziehen.

Bislang wurden Vorurteile als Einstellungen betrachtet. Zwar können sie eine Verhaltenskomponente haben, aber als Einstellungen müssen sie nicht unbedingt Handlungen und Reaktionen hervorrufen. Vorurteile als komplexe Ideologien können quasi im Raum der Ideologien verbleiben, ohne auf der Ebene der objektiven Verhältnisse etwas zu verändern. Dennoch sind Einstellungen für Handlungen im realen Raum in mehrfacher Hinsicht relevant.

Aus der Einstellungsforschung ist bekannt, dass Einstellungen zu Handlungen führen können. Dies gilt auch für Vorurteile. Zwar führen sie nicht zwangsläufig und unmittelbar zu Diskriminierung, aber sie können die Grundlage und vor allem Rechtfertigung von Diskriminierung oder sogar Gewalt sein. Je stärker eine Person etwas befürwortet, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie auch vorhat, es zu tun. Sind die Umstände günstig, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Einstellungen in die Tat umsetzt. Das wird vor allem in der sogenannten Hasskriminalität (*hate crime*) deutlich. Dann werden Adressat/innen von Vorurteilen zum Opfer von Gewalt, allein weil sie als Mitglieder einer als ‚fremd‘ definierten Gruppe identifiziert werden, etwa wegen ihrer Hautfarbe, ihrer homosexuellen Orientierung, einer Behinderung oder Obdachlosigkeit. Auch Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich kann durch Vorurteile begründet sein, wenn etwa eine Frau sich Freiheiten genommen hat, die ihr aus landläufiger Sicht nicht zustehen, weil sie eine Frau ist. Ein weniger drastisches, aber dennoch folgenreiches Beispiel ist die Bevorzugung von Akademikerkindern in Schulen, weil Lehrer/innen diese Kinder von vornherein als leistungsstärker und leistungsmotivierter bewerten.

Formen der Diskriminierung

Unter Diskriminierung lässt sich negatives, ungerechtfertigtes oder ausgrenzendes Verhalten gegenüber Mitglieder einer Adressatengruppe verstehen, allein weil sie als Mitglied dieser Gruppe identifiziert werden (Gaertner & Dovidio 1986). Diskriminierung findet sich in drei Formen:

Erstens gibt es die *unmittelbar* diskriminierende Handlung durch einen Akteur/eine Akteurin. Diese Form zeigt sich beispielsweise in Entscheidungen etwa bei der Arbeitsplatz- oder Wohnungsvergabe, bei der Angehörige einer Gruppe, zum Beispiel der nationalen Eigengruppe, bevorzugt und Mitglieder einer Fremdgruppe, zum Beispiel Einwanderer/innen, wegen ihrer Gruppenzugehörigkeit benachteiligt werden. Unmittelbare Diskriminierung äußert sich auch aus sozialer Distanz, etwa wenn ein Mitglied einer Fremdgruppe als Ehepartner für das eigene Kind oder als Nachbar/in abgelehnt wird, oder Eltern ihr Kind nicht mit ‚Ausländerkindern‘ gemeinsam zur Schule schicken wollen. Gerade bei der Schulwahl dienen Vorurteile oft geradeheraus zur Rechtfertigung einer ungleichwertigen Bildungskarriere, indem sie etwa auf vermeintlich große kulturelle oder religiöse Unterschiede oder die mangelnde Leistungsfähigkeit oder Motivation von Kindern mit Migrationshintergrund verweisen. Diskriminierung kann sich aber auch ganz unmittelbar physisch äußern. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn Personen Distanz gegenüber stigmatisierten Gruppen im öffentlichen Raum einnehmen.

Zweitens kann sich *Diskriminierung in Strukturen* von Institutionen, Organisationen oder Unternehmen zeigen. Dort bestehende Regeln, Vorschriften, Gesetze oder Abläufe können manche Gruppen bevorzugen, andere benachteiligen. Setzt eine Schule stark auf elterliche Mitwirkung und Unterstützung zum Beispiel bei den Hausaufgaben, dann sind automatisch jene Schüler/innen benachteiligt, deren Eltern dies nicht leisten können; sei es, weil sie die Sprache schlecht beherrschen, sei es, weil sie selbst keinen guten Bildungsabschluss haben. Legen Lehrer/innen großen Wert auf korrekte Rechtschreibung in allen Fächern, haben es Schüler/innen, welche die Landessprache nicht als Muttersprache gelernt haben, ebenfalls deutlich schwerer. Firmen, die wichtige Fortbildungstermine in den Abend legen, benachteiligen jene Angestellte in ihrer Karriere, die kleine Kinder betreuen müssen – dies sind in der Regel überwiegend Frauen. Auch die strukturelle Diskriminierung ist letztlich von Menschen gestaltet und wird von Einzelnen mitgetragen. Sie spiegelt sich in der individuellen Unterstützung diskriminierender Strukturen, beispielsweise in der Wahl von Parteien, die gegen Einwanderer/innen mobil machen, oder in

der Befürwortung besonderer Polizeimaßnahmen gegenüber Menschen aufgrund ihrer spezifischen Gruppenzugehörigkeit.

Drittens kann sich Diskriminierung auch in der Form von *Schikanierung* (*harassment*) ausdrücken. Hier geht es um die Herabwürdigung von Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit oder darum, eine Umgebung zu schaffen, die Personen aufgrund bestimmter Merkmale demütigt, erniedrigt, einschüchtert oder beleidigt.

Vorurteile als Legitimation von Ungleichwertigkeit

Vorurteile bieten nicht nur die Grundlage für späteres Handeln, sondern begünstigen Diskriminierung, Ausgrenzung oder sogar Gewalt, indem sie *Rechtfertigungen* anbieten (Sidanius & Pratto, 1999). Sie liefern Gründe für vorhandene Ungleichwertigkeiten. Vorurteile verweisen etwa auf eine ‚natürliche Ordnung‘ beziehungsweise auf vermeintliche biologische Unterschiede oder ‚typische‘ Charaktereigenschaften, die bestimmte Gruppen für über- oder untergeordnete Positionen auf der sozialen Leiter empfehlen.

Vorurteile setzen zudem soziale *Normen*. Sie definieren, was als geläufig, ordentlich, gewissermaßen als ‚normal‘ gilt. Im politischen Kontext können Vorurteile, etwa auch jene von Politiker/innen und anderen Entscheidungsträger/innen, sogar Einfluss auf Regelwerke, Vorschriften und Gesetzgebungen haben, die individuelles diskriminierendes Handeln erschweren oder erleichtern. Vorurteile, die in Bezugsgruppen wie in der Familie, der Partei, im Verein oder Freundeskreis geteilt werden, bereiten den Boden für die eigene Einstellung und die Bereitschaft, diese in Handlung umzusetzen. Gruppen, die rechtsextreme Gewalt ausüben, berufen sich auf Vorurteile. Solange Vorurteile auch außerhalb der extremen Gruppen von weiten Teilen der Gesellschaft getragen werden, können sie ihre Handlungen damit rechtfertigen, schließlich nur das umzusetzen, was ohnehin alle denken (Wahl 2003).

Folgen für die Opfer von Vorurteilen

Vorurteile ziehen auch aufseiten der Opfer Konsequenzen nach sich. Für die Opfer wirkt sich das Erleben von Vorurteilen negativ auf ihr psychisches und physisches Wohlbefinden, aber auch auf ihre Leistungen und ihren Erfolg im Leben aus. Forschungsergebnisse zeigen, dass das Erleben von Vorurteilen und Diskriminierung die eigene Selbstachtung zerstört und zur Selbststigmatisierung führen kann (zum Beispiel Williams & Williams-Morris 2000). Von ihren

schulischen Leistungen her schätzen sich beispielsweise schwarze Schüler/innen in den USA schlechter ein als ihre weißen Mitschüler/innen, ungeachtet ihrer tatsächlichen Leistung. Zudem wird das dauerhafte Erleben von Vorurteilen als Bedrohung wahrgenommen. Um dieser Bedrohung zu entgehen und um nicht ständig gegen bestehende Vorurteile ankämpfen zu müssen, verhalten sich Opfer von Vorurteilen in einigen Fällen entsprechend der ohnehin verbreiteten Stereotype. So werden Vorurteile letztlich zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung (vgl. auch Zick & Küpper 2010).

Vorurteile dienen also nicht nur dazu, de facto bestehende Diskriminierung auf Basis von Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu rechtfertigen, sondern sie tragen auch dazu bei, entsprechende diskriminierende Strukturen und Denkweisen herzustellen und aufrechtzuerhalten. Vorurteile konstituieren Weltbilder und schaffen Realitäten. Damit spiegeln sie sich letztlich in der Verteilung von Macht, Einfluss und Geld, in dem Zugang zu Bildung und Wohnraum, in Gesundheit und vielem mehr. Das im Folgenden beschriebene Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit greift diese Gedanken auf.

2.6 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Mit dem Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stellen wir die gruppenspezifischen Vorurteile in einen Gesamtzusammenhang antidemokratischer Mentalitäten. Wir sprechen von *Menschenfeindlichkeit*, weil diese das Wesen des Vorurteils zum Ausdruck bringt und hinter den singulären Urteilen liegt. Wir sprechen von *Gruppenbezogen*, um der genannten Beobachtung Rechnung zu tragen, dass es bei Vorurteilen um Abgrenzungen zwischen Gruppen geht, nicht um eine persönliche Mislaunigkeit oder Misanthropie.

Unterschiedliche Vorurteile, zum Beispiel Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus, werden als Elemente eines Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit⁶ verstanden. Wir sprechen von einem

6 Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist mit den Konzepten des Rassismus und Ethnozentrismus (z.B. Sumner 1906) verwandt, aber nicht identisch. In Anlehnung an die Vorurteilsforschung verwenden wir den Begriff Rassismus in enger Auslegung als Vorurteil gegenüber schwarzen Menschen beziehungsweise allgemein gegenüber Menschen aufgrund ethnisch-physischer Marker. Zudem halten wir es für sinnvoll den Begriff des Ethnozentrismus von Vorurteilen gegenüber Gruppen konzeptuell zu trennen. Es ist eine empirische Frage, inwieweit eine Überhöhung der eigenen ethnischen Gruppe mit einer negativen Bewertung von anderen ethnischen Gruppen einhergeht oder auch unabhängig davon sein kann (Bizumic et al. 2009).

Syndrom, um deutlich zu machen, dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Adressatengruppen miteinander verknüpft sind. Gordon Allport, der Begründer der modernen Vorurteilsforschung, bemerkte bereits in 1950er Jahren:

*„One of the facts of which we are most certain is that people who reject one out-group will tend to reject other out-groups. If a person is anti-Jewish, he is likely to be anti-Catholic, anti-Negro, anti any out-group.“
(1954, S. 68)*

Auch wir nehmen an, dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Adressatengruppen miteinander in Zusammenhang stehen, gehen aber darüber hinaus. Wir gehen zudem davon aus, dass unterschiedliche Vorurteile aus einem gemeinsamen Kern gespeist werden. Dieser lässt sich nach Heitmeyer (2002) als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit identifizieren. Personen, die diese Ideologie teilen, werten unterschiedliche Fremdgruppen ab, unabhängig davon, um welche Fremdgruppe es sich handelt.

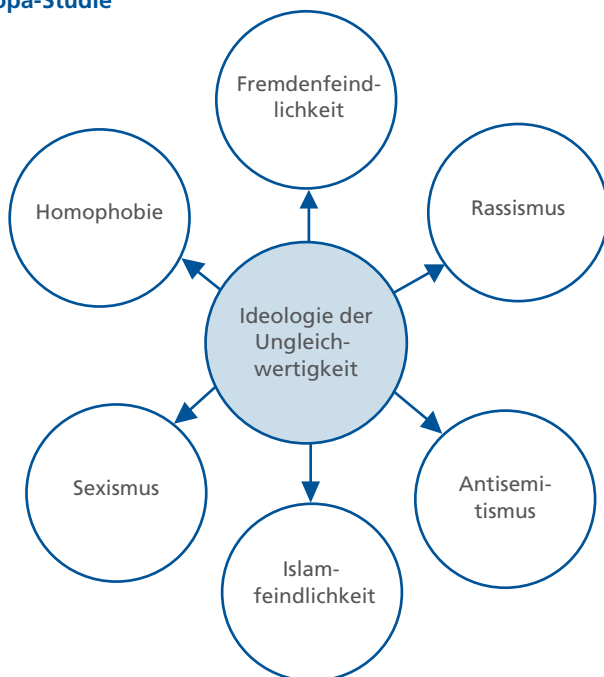
Wir verstehen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit also als eine generalisierte Abwertung von Fremdgruppen, die im Kern von einer Ideologie der Ungleichwertigkeit bestimmt ist.

Im Rahmen des deutschen Projekts zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit konnten wir diese Annahmen tatsächlich empirisch bestätigen (Zick et al. 2008). In dieser Analyse hatten wir das Konstrukt der Sozialen Dominanzorientierung (Sidanius & Pratto 1999, vgl. Kap. 5.3) als Indikator für eine Ungleichwertigkeitsideologie verwendet. Wir konnten zeigen, dass Personen, die Hierarchien zwischen sozialen Gruppen generell gutheißen, eher zur Abwertung einiger spezifischer Gruppen tendieren. Adorno und Kolleg/innen (1950) gingen in ihrer Konzeption des Syndroms der autoritären Persönlichkeit ebenso davon aus, dass Autoritarismus mit Vorurteilen gegenüber einer Reihe unterschiedlicher Gruppen einhergeht (vgl. auch Decker & Brähler 2010, hier Kap. 9.3). Auch diesbezüglich konnten wir nachweisen, dass neben der Sozialen Dominanzorientierung auch der konzeptuell und empirisch eng verwandte Autoritarismus den Kern Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mitbestimmt (Küpper & Zick 2005).

2.7 Untersuchte Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist grundsätzlich ein offenes Konzept, in das gegebenenfalls auch Vorurteile gegenüber weiteren Adressatengruppen in Abhängigkeit soziopolitischer und kultureller Entwicklungen integriert werden können, zum Beispiel Vorurteile gegenüber Sinti und Roma. Im Rahmen des Forschungsprojekts *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa*, das dieser Analyse zugrunde liegt, wurden folgende Vorurteile als Elemente eines Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit untersucht: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie (vgl. Abb. 1). Die Begrenzung der Auswahl auf diese Elemente ist demnach weniger der Konzeption geschuldet, sondern aus Kapazitäts- und empirischen Gründen erfolgt (mehr dazu in Kap. 3). Im Folgenden werden wir unser Begriffsverständnis der hier berücksichtigten sozialen Vorurteile kurz erläutern.

Abb. 1: **Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Europa-Studie**



2.7.1 Fremdenfeindlichkeit

Die Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Personen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen kulturellen Gruppenzugehörigkeit. Fremd müssen die Adressat/innen der Vorurteile dabei gar nicht sein, sie werden nur als solche wahrgenommen; der Begriff ist daher problematisch, wenn man damit die Fremdheit bestimmter Gruppen objektiv festlegen möchte (Zick 1997). Meist werden Einwanderer/innen aus anderen Ländern als Fremde definiert. Dabei laden längst nicht alle Herkunftsländer gleichermaßen zu negativen Vorurteilen ein. In Westeuropa scheint es derzeit vor allem Vorurteile gegenüber Menschen aus anderen Kulturkreisen zu geben, womit insbesondere dunkelhaarige Menschen aus muslimischen Ländern gemeint sind. Hingegen sind beispielsweise gegenüber Schweden derzeit eher positive Vorurteile verbreitet. An diesem Beispiel werden drei bereits genannte Merkmale des Vorurteils deutlich: Erstens, ist die Kategorisierung von Personen als Fremde flexibel und kann unter Umständen auch Menschen aus dem Nachbardorf treffen. Zweitens sind Vorurteile kontextabhängig. Das heißt, es hängt unter anderem vom jeweiligen Ort und der historischen Zeit ab, gegen welche Fremde sich die Fremdenfeindlichkeit richtet. Und drittens zeigt sich hier, dass Fremdenfeindlichkeit eng mit den Elementen Rassismus und Islamfeindlichkeit verknüpft ist.

2.7.2 Rassismus

Der Rassismus beschreibt in unserer Studie die menschenfeindliche Abwertung von Gruppen und Personen, die nach biologischen oder quasi-natürlichen Merkmalen als minderwertig definiert sind. Menschen werden aufgrund ihrer äußerlichen ethnischen Merkmale als Schwarze, Weiße, Latinos oder Asiat/innen definiert und aufgrund dieser Merkmale werden ihnen bestimmte Charaktereigenschaften und Fähigkeiten zugewiesen. In der westlichen Welt, wo ‚Weiße‘ in der Mehrheit sind, werden ‚Weiße‘ in der Regel aufgewertet und Menschen mit anderen ethnisch-physischen Markern abgewertet. Aber auch in Regionen mit nicht-weißer Mehrheit werden Menschen nach ethnischen Markern, häufig nach der Dunkelheit ihrer Hautfarbe, kategorisiert und qualifiziert. Der Verweis auf natürliche, biologische und genetische Unterschiede findet sich aber nicht nur im Rassismus. Auch der Sexismus und Antisemitismus und die Biologisierung von Kultur – kulturelle Differenzen werden auf die Natur von Gruppen zurückgeführt – sind rassistisch geprägt. In Europa scheint die kulturell-religiös begründete Feindlichkeit gegen Muslim/innen in jüngster Zeit ebenfalls biologistisch-rassistische Züge anzunehmen. Dennoch möchten wir

nicht alle Vorurteilsformen als rassistisch definieren. Als ein Element der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beziehen wir uns in dieser Erhebung auf einen ‚offenen, direkten Rassismus‘, welcher der äußeren Merkmale bedarf.

2.7.3 Antisemitismus

Im Antisemitismus vereinen sich religiöse, vermeintlich biologische und kulturelle Merkmale, aufgrund derer Menschen als Juden/Jüdinnen kategorisiert und abgewertet werden. Wir definieren Antisemitismus im Folgenden als soziales Vorurteil gegenüber Juden/Jüdinnen, weil sie Juden/Jüdinnen sind. Seine besondere Kraft scheint unter anderem darin zu bestehen, dass er sich auf vielfältige Weise rechtfertigen und zur Diskriminierung heranziehen lässt. Er wird politisch (die ‚jüdische Weltverschwörung‘), weltlich (‚der Wucherjude‘), religiös (‚Juden als Gottesmörder‘) und rassistisch (‚der jüdische Charakter‘) begründet. Die Definition des Antisemitismus als soziales Vorurteil ist unter anderem in der amerikanischen Forschung zum Antisemitismus gebräuchlich (Zick 2010a). Andere, vor allem europäische Autor/innen plädieren für eine breitere, umfassendere Definition des Antisemitismus, die über das soziale Vorurteil gegenüber Juden/Jüdinnen hinausgeht und Komponenten wie Anti-Amerikanismus, Anti-Kapitalismus oder Anti-Modernismus miteinschließt. Unseres Erachtens ist eine engere Definition des Antisemitismus als soziales Vorurteil hilfreich, die Ausdrucksformen, die Dynamik und die Funktion von Antisemitismus konkret und unter Einbeziehung von Forschungsergebnissen über andere Vorurteile zu analysieren. Es ist eine empirische Frage, inwieweit der Antisemitismus mit anderen Ideologien einhergeht. Wesentlich ist, dass er die Ungleichwertigkeit zwischen Gruppen – die Europäer/innen und die Juden/Jüdinnen – markiert und zementiert. Antisemitismus ist eine Abwertung von Juden/Jüdinnen, weil sie Juden/Jüdinnen sind.

2.7.4 Islamfeindlichkeit

Die Islamfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen muslimischen Glaubens oder ganz allgemein gegen den Islam, unabhängig davon, inwieweit die Betroffenen religiös sind oder welcher spezifischen islamischen Glaubensrichtung sie angehören. Treffender wäre eigentlich der Begriff der Muslimenfeindlichkeit, der sich aber bisher noch nicht durchgesetzt hat, da es hier nicht um die Ablehnung einer Glaubensrichtung geht, sondern um die Abwertung von Menschen, die dieser Glaubensrichtung zugeordnet werden. In etlichen europäischen Ländern, in die viele Zuwanderer/innen aus muslimischen Ländern einwandern,

scheint die Tendenz zu bestehen, Einwanderer/innen mit Muslim/innen nahezu gleichzusetzen und umgekehrt alle Muslim/innen als Einwanderer/innen wahrzunehmen, ungeachtet ihres Geburtsortes oder ihrer Staatsangehörigkeit. Ähnlich wie Juden/Jüdinnen werden auch Muslim/innen häufig nicht als integraler Bestandteil der einheimischen Mehrheitsgesellschaft betrachtet, sondern als ‚Fremde‘. Die Islamfeindlichkeit bedient sich der Abwertung des Islams, um Muslim/innen abzuwerten, weil sie Muslim/innen sind.

2.7.5 Sexismus

Sexismus basiert auf der Vorstellung einer Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, die Ungleichwertigkeit zwischen den Geschlechtern begründet. Männer und Frauen werden mit Verweis auf vermeintlich biologische Fakten unterschiedliche Charaktereigenschaften, Fähigkeiten und Neigungen zugeschrieben, die in ihrer Konsequenz erklären und rechtfertigen, warum Frauen im Durchschnitt weniger Macht, Einfluss, Vermögen oder Zugangschancen als Männer haben. Der traditionelle Sexismus, der sich in klar abwertenden Stereotypen über Frauen äußert, ist heutzutage in vielen europäischen Ländern verpönt. Doch dort, wo die normativen Schwellen herabgesetzt sind – an Stammtischen, in Fußballstadien etc. – bricht er nach wie vor nicht selten in Sprüchen und Witzen hervor. Salonfähiger sind dagegen moderne Facetten des Sexismus. So erfreuen sich etwa evolutionäre Erklärungen für Geschlechterunterschiede großer Beliebtheit in öffentlichen Debatten. Im wissenschaftlichen Gewand werden traditionelle Vorurteile reproduziert, indem Beobachtungen geschlechtertypischen Verhaltens auf biologische Faktoren zurückgeführt werden. Kulturelle, das heißt erlernte und durch die äußeren Strukturen bedingte, Erklärungen werden dabei unterbelichtet. Stattdessen wird über die Natur von Frauen und Männern so spekuliert, dass die untergeordnete Statusposition von Frauen, wie sie sich in Spitzenpositionen oder Einkommensgefällen manifestiert, naturalisiert wird.

2.7.6 Homophobie

Homophobie bezeichnet Vorurteile gegen und die Abwertung von Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung. Homophobie äußert sich beispielsweise, wenn homosexuellen Menschen Moral abgesprochen und gleiche Rechte verweigert werden, etwa das Recht zu heiraten, zu erben oder Kinder zu adoptieren. Der Begriff Homophobie ist umstritten, weil er eine Phobie postuliert, die nicht die Merkmale einer neurotischen Angst trägt. Vorurteile wer-

den dadurch zur Krankheit reduziert. Wir sind der Meinung, dass die phobische (krankhafte) Angst weder die einzige noch die treibende Kraft des Vorurteils gegen Menschen mit gleichgeschlechtlicher Liebesorientierung ist. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass unter Homophobie häufig nur Vorurteile gegen lesbische und schwule Menschen gefasst werden, nicht aber Vorurteile gegenüber beispielsweise Transgender-Menschen. Diesbezüglich erscheint es angemessener, von ‚sexuellem Vorurteil‘ zu sprechen. Wir verwenden diesen Begriff dennoch für die Abwertung von homosexuellen Menschen, um der geleisteten Forschungsarbeit auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen.

Nach diesen theoretischen und konzeptionellen Überlegungen schildern wir im folgenden Kapitel das methodische Vorgehen der empirischen Studie, die wir zur Analyse der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Europa durchgeführt haben.

3. Methode

Der hier vorgestellte Bericht basiert auf einer Befragung im Rahmen des Forschungsprojekts *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa* (GMF-Europa-Survey). Das Projekt wurde von internationalen Expert/innen auf Initiative und unter wissenschaftlicher Leitung des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung im Herbst und Winter 2008/09 in acht europäischen Ländern durchgeführt. In jedem Land wurde eine repräsentative Anzahl der Bevölkerung mit einem Mindestalter von 16 Jahren telefonisch interviewt.⁷ Um eine bestmögliche Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden in allen Ländern die gleichen Methoden, Stichprobenziehungen und Erhebungszeiträume berücksichtigt.

Die Studie umfasst die Länder *Großbritannien, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Italien, Portugal, Polen und Ungarn*, berücksichtigt also sowohl alte als auch neue EU-Mitgliedsstaaten. Die acht Länder unterscheiden sich teilweise erheblich in Integrationspolitik, Einwanderungsgeschichte und -quote sowie in allgemeinem Wohlstand. Eine Wiederholung der Befragung unter Berücksichtigung weiterer Länder wäre äußerst interessant, gerade da die Wirtschafts- und Finanzkrise in den letzten 2 Jahren viele europäische Länder hart getroffen hat, was sich regelhaft in menschenfeindlichen und antidemokratischen Tendenzen niederschlägt.

3.1 Fragebogenkonstruktion und Vortests

Für das telefonische Interview wurde ein Fragebogen entwickelt, der die Vorurteile gegenüber verschiedenen Adressatengruppen zuverlässig (reliabel) und valide erfasst. Es wurden zudem wesentliche Ursachen- und Einflussfaktoren der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gemessen. Dazu gehören Ideologien, politische Einstellungen, Sichtweisen auf die eigene wirtschaftliche, politische und soziale Lage sowie sogenannte Schutzfaktoren, die Vorurteilen vorbeugen, wie Empathie, interkulturelle Kontakte oder das Motiv, Gruppen

7 Die Befragung wurde in unserem Auftrag von TNS Infratest und Partnerinstituten in den jeweiligen Ländern durchgeführt.

nicht menschenfeindlich zu beurteilen. Bei der Konzeption des Fragebogens bestand die Herausforderung darin, unter Berücksichtigung verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und Perspektiven eine Reihe der wichtigsten Konstrukte auszuwählen und dabei den Fragebogen angemessen kurz zu halten. Auf Basis des theoretischen Hintergrunds wurden Konstrukte vorgeschlagen, die in länderübergreifenden interdisziplinären Expertengruppen zur Diskussion gestellt und überarbeitet wurden. Insgesamt haben wir versucht, die Konstrukte ausgewogen in Tiefe und Breite zu erfassen; das heißt eine facettenreiche Erfassung der Vorurteile und verschiedener möglicher Einflussfaktoren auf Basis unterschiedlicher theoretischer Ansätze zu gewährleisten, ohne die kognitiven und zeitlichen Kapazitäten der Befragten zu überfordern. Wir haben die Konstrukte zudem im Hinblick auf ihren möglichen Beitrag zur Vorurteils- und Diskriminierungsforschung, praktischen Anwendung und politischen Intervention ausgewählt.

Bei kulturvergleichenden Untersuchungen gilt es stets abzuwägen, ob über alle Länder hinweg vergleichbare Konstrukte und Aussagen erfasst werden oder ob kultur- oder länderspezifische Besonderheiten im Vordergrund stehen (zum kulturvergleichenden Forschungsansatz vgl. auch Zick 2010). In vorliegender Studie haben wir uns für Ersteres entschieden. Während mehrerer Workshops wählte ein internationales interdisziplinäres Team die Konstrukte aus, diskutierte die dazugehörigen *Items* (Aussagen) und fasste diese in einem englischen Ausgangsfragebogen zusammen.

Die Konstrukte und die dazugehörigen Aussagen wurden anhand der folgenden Kriterien ausgewählt:

- Sie basieren auf einer aus interdisziplinärer Sicht fundierten und innovativen theoretischen Grundlage.
- Die Skalen und Einzelaussagen sind bereits erprobt und haben sich bewährt.
- Sie gewährleisten interkulturelle Verständlichkeit und Relevanz.

Den Ausgangsfragebogen übersetzten zwei Mitglieder des Teams unabhängig voneinander in ihre jeweilige Landessprache. Die Übersetzungen wurden dann wiederum abgeglichen, diskutiert und gegebenenfalls nochmals überarbeitet. Die Entwicklung des Fragebogens war sehr zeitaufwendig, aber entscheidend für die Sicherung der Qualität der Messungen.

Das Interviewmaterial haben wir im Herbst 2006 in den acht teilnehmenden Ländern und zudem in Schweden einem Vortest unterzogen, an dem pro Land 150 Personen teilnahmen. Ziel dieses Vortests war, einen geeigneten Fragebogen für die Hauptstudie zusammenzustellen. Sowohl der Fragebogen als Ganzes als auch einzelne *Items* wurden auf Qualität, Verständlichkeit, Akzeptanz und statistische Eignung hin überprüft. Der Vortestfragebogen enthielt mehr *Items*, als letztlich in der Hauptstudie verwendet werden sollten. Die Erhebung des Vortests erfolgte über Interviews mit einer durchschnittlichen Dauer von 45 Minuten.

Nach den Ergebnissen des Vortests wurde der Fragebogen teilweise revidiert, einige *Items* ausgetauscht und neu übersetzt. Der neue Fragebogen wurde abermals einem Vortest unterzogen und hinsichtlich seiner Gesamtlänge überarbeitet. Der endgültige Fragebogen beinhaltete schließlich 120 *Items*, die in jedem Land zweimal vorgetestet worden waren.

Die hier zugrunde liegenden Daten wurden dann im Herbst 2008 mittels standardisierter Telefoninterviews erhoben. Die Befragung wurde als CATI-Survey (CATI = *Computer Assisted Telephone Interviews*, siehe Glossar) durchgeführt. Die Interviews der Hauptstudie dauerten durchschnittlich 35 Minuten. Die Befragung war freiwillig und die Daten wurden anonym gespeichert.

3.2 Erfassung der einzelnen Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Der Fragebogen enthielt schließlich *Items* zur Messung von Vorurteilen gegenüber folgenden (Minderheits-)Gruppen: *Einwanderer/innen*, *Juden/Jüdinnen*, *schwarzen Menschen*, *Muslim/innen*, *Frauen* und *homosexuellen Menschen*.⁸ In den Interviews wurden die Teilnehmenden zu ihren Einstellungen, Emotionen und Erfahrungen hinsichtlich dieser Gruppen sowie zu ideologischen Grundüberzeugungen und allgemeinen Werten befragt. Stets miterhoben wurden außerdem demographische Angaben zu ökonomischem Status, Alter, Geschlecht

8 Darüber hinaus wurden auch *Items* zur Messung von Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderung und Obdachlosen erfasst. Leider ist die Erfassung nicht so gelungen, dass eine kulturelle Vergleichbarkeit gewährleistet ist. Daher finden Vorurteile gegenüber diesen beiden Gruppen im vorliegenden Bericht keine Berücksichtigung.

und Bildung der Befragten sowie ihre Einschätzung, wie sich ihre finanzielle Lage zukünftig entwickeln wird. Der vorliegende Band berichtet über eine Auswahl der erfassten Indikatoren.

Die Vorurteile und abwertenden Einstellungen gegenüber den Bezugsgruppen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurden in der Regel über solche *Items* erhoben, die sich bereits in vorausgehenden Studien über Vorurteile bewährt hatten. Etliche der zuvor in nationalen Studien erfolgreich eingesetzten *Items* waren jedoch für den Kulturvergleich ungeeignet; beispielsweise machten sie nicht in allen Ländern Sinn, wurden nicht überall verstanden oder stießen in einigen Ländern sogar auf Empörung.⁹ Für andere Konstrukte gab es noch keine Erhebungsinstrumente, weswegen wir einige *Items* speziell für diese Erhebung neu konstruiert haben.

Für einige ausgewählte Vorurteile haben wir eine differenziertere Erfassung gewählt, die verschiedene Aspekte der Abwertung spezifischer Gruppen einschließt.

Wir haben nicht nur negative, sondern an ausgewählten Stellen auch positive Einstellungen gegenüber den hier berücksichtigten Gruppen abgefragt. Da uns Vorurteile als negative Einstellungen interessierten, sind die meisten Aussagen dieser Befragung auch negativ formuliert. Dieses Übergewicht an negativen Formulierungen bringt die Gefahr von Antworttendenzen bei den Befragten mit sich, der durch vereinzelte, positive Formulierungen entgegengewirkt wurde. Diese halten die Befragten dazu an, genau hinzuhören und sich zu jeder Aussage eine Meinung zu bilden, was verhindert, dass Befragte einfach durchgehend allen Aussagen zustimmen oder sie ablehnen. Zudem könnten die Befragten einen sehr negativen Fragebogen als ärgerlich oder störend empfinden. Davon abgesehen ist die Erhebung positiver Einstellungen für die Untersuchung der jeweiligen Konstrukte nicht minder interessant, wobei wir beachten, dass ein negatives Item und dessen positives Pendant nicht un-

9 Beispielsweise wurden etliche Aussagen über Muslim/innen, die in den westeuropäischen Ländern Alltagsmeinungen widerspiegeln, von vielen Befragten in Ungarn im Vortest nicht verstanden, da die Einwanderung von Muslim/innen dort kaum öffentlich diskutiert wird. Einige antisemitische Vorurteilsaussagen stießen in Frankreich und den Niederlanden auf großen Widerstand bis hin zum Abbruch der Interviews, sodass wir auf deren Erhebung in der Hauptstudie verzichten mussten.

bedingt die gleiche, sondern auch zwei verschiedene Dimensionen eines Konstrukts abbilden können. Dennoch erschien es uns sinnvoll, für jedes Konstrukt zumindest ein positives Item in den Fragebogen aufzunehmen.

Anfangs stand zur Diskussion, neben den oben genannten Bezugsgruppen von Vorurteilen noch weitere Abwertungsdimensionen mit dazugehörigen *Items* in den Fragebogen aufzunehmen. Im Gespräch waren hier Vorurteile gegenüber übergewichtigen Personen, gegenüber an AIDS erkrankten Personen sowie gegenüber Sinti und Roma. Doch haben wir aus Gründen der Interviewlänge darauf verzichten müssen, ebenso wie auf die Erfassung von vielen weiteren möglichen Erklärungsfaktoren für Vorurteile (Zick 1997).

Zum Zeitpunkt der Erhebung wurde in Frankreich eine hitzige Debatte um Meinungsumfragen im Allgemeinen geführt. Darin lautete ein Vorwurf, dass Kategorien wie Einheimische oder Einwanderer/innen sowie Vorurteile durch die Befragung selbst erst geschaffen werden. Es war zu befürchten, dass die französische Öffentlichkeit Meinungsumfragen zum Thema Vorurteile zur damaligen Zeit besonders kritisch gegenüber stand. Aus diesem Grund haben wir im französischen Fragebogen einige *Items* so umformuliert, dass sie positive Einstellungen gegenüber Minderheiten messen, und auf andere ganz verzichtet.

3.3 Skalenbildung

Für jeden einzelnen Indikator eines Vorurteils (item) haben wir die Zustimmung oder Ablehnung erfasst. Dafür sollten die Befragten angeben, inwieweit sie einer Aussage zustimmen. Dafür konnten sie zumeist, sofern nicht anders angegeben, aus vier Antwortkategorien wählen („stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“). Diesen Antwortausprägungen wurden schließlich Zahlenwerte zugeordnet, wobei ein hoher Zustimmungswert einer hoch menschenfeindlichen Aussage entspricht. Positiv formulierte Aussagen wurden so umgepolt, dass anschließend eine Ablehnung der positiven Aussagen für ein höheres Ausmaß an Menschenfeindlichkeit spricht. Die einzelnen Aussagen, die als Indikator für ein jeweiliges Vorurteil dienen, wurden nach statistischer Überprüfung jeweils zu einer Mittelwertskala zusammengefasst. Diese kann wiederum einen Wert von 1 bis 4 einnehmen und beruht auf mindestens zwei *Items* des dazugehörigen Konstrukts. Skalen bieten in der Regel eine zuverlässigere Information als ein-

zelne Indikatoren, da sie den Einfluss zufälliger Fehler oder individueller Missverständnisse auf die Gesamtergebnisse ausgleichen.

In Äquivalenzprüfungen¹⁰ wurde sichergestellt, dass die Bedeutung der einzelnen Vorurteile und die unterschiedlichen Sprachversionen der Aussagen in allen Ländern gleich verstanden werden. Diese kulturelle Vergleichbarkeit ist bei allen Vorurteilstypen gewährleistet, ausgenommen der Vorurteile gegenüber Obdachlosen und Menschen mit Behinderung, die deswegen im vorliegenden Bericht nicht berücksichtigt werden. Im Anschluss an die Häufigkeitsanalysen haben wir stets zunächst für Europa und dann für jedes Land einzeln analysiert, inwieweit die verschiedenen Vorurteilstypen untereinander korrelieren. Dabei wurden in der Regel die zusammengefassten Skalen und, falls statistisch notwendig, einzelne *Items* verwendet.

Zur Skalenbildung haben wir jeweils zwei bis vier Aussagen, die als Indikator für ein jeweiliges Vorurteil herangezogen werden können und deren Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit gegeben war, zu einer Mittelwertskala zusammengefasst. Das bedeutet, wir haben den Antwortausprägungen Zahlenwerte zugeordnet, diese addiert und durch die Anzahl der Aussagen geteilt.¹¹

Methodenkritik

Aus repräsentativen Befragungen lassen sich nützliche und wichtige Informationen sowohl für die wissenschaftliche Analyse als auch für gesellschaftliches und politisches Handeln gewinnen. Dennoch stößt diese Methode auch an Grenzen: Durch quantitative Befragungen können wir Häufigkeiten und Mittelwerte sowie Erkenntnisse über Zusammenhänge und Prädiktoren erfahren, sie gewähren uns allerdings keine Einblicke in die Gedanken, Gefühle und Erfahrungen von Einzelpersonen. Sie geben uns einen Überblick über die durchschnittliche Ausprägung bestimmter Vorurteile und Einstellungen, von der sich im Einzelfall jedoch individuelle Abweichungen ergeben können.

10 Alle Skalen wurden mithilfe konfirmatorischer Faktorenanalysen und multipler Gruppenvergleiche geprüft; das heißt, es wurde der Zusammenhang zwischen den einzelnen Aussagen, die ein Vorurteil erfassen sollen, simultan getestet.

11 Dabei wurden die *Items* zunächst so gepolt, dass ein hoher Zustimmungswert einer hoch menschenfeindlichen Aussage entspricht. Umgepolt wurden: Fremdenfeindlichkeit, Item 4; Antisemitismus, Item 10; Islamfeindlichkeit, Item 22; Homophobie, Item 28 und 29. (vgl. Kap. 4 für *Items* und Nummerierung).

Weiterhin erfassen Befragungen nur die Einstellungen und Vorurteile, welche die Befragten dem/der Interviewenden mitteilen. Diese geäußerten Vorurteile verraten uns nichts über die Persönlichkeit oder über die dahinter liegenden Motive der Befragten. Wir verstehen Vorurteile nicht als Charaktereigenschaft, sondern als sozial geteilte negative Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen. Wenn beispielsweise eine Person einer antisemitischen oder rassistischen Aussage zustimmt, schließen wir daraus nicht, dass sie als Person antisemitisch oder rassistisch ist, also auf eine stabile und unveränderbare Eigenschaft. Wir nehmen vielmehr an, dass diese negativen Einstellungen veränderbar sind. Personen können über Vorurteile reflektieren, lernen, dass Abwertungen Diskriminierung und Ungleichwertigkeiten begünstigen oder erkennen, potentiell selbst von Vorurteilen und ihren negativen Konsequenzen betroffen zu sein. Sie können Mitgefühl für die Opfer von Vorurteilen entwickeln, neues Wissen über eine abgewertete Gruppe vermittelt bekommen oder eigenen Selbstwert ohne die Abwertung anderer aufbauen.

Neben tatsächlichen Einstellungen und Vorurteilen können viele weitere Faktoren die Antworten einer Person beeinflussen. In einer persönlichen Befragung ist die Zustimmung zu negativen Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen von sozialen Normen abhängig. Verzerrte Antworten können sich ergeben, wenn der/die Befragte dazu neigt, sozial erwünscht, also den sozialen Normen einer Gesellschaft entsprechend, zu antworten. So äußern Befragte in der Interviewsituation sehr wahrscheinlich weniger Vorurteile als in privatem Rahmen, besonders wenn das soziale und gesellschaftliche Umfeld Vorurteile gegenüber Minderheiten stark ächtet. Es gibt zudem viele außerhalb der unmittelbaren Interviewsituation liegende Gründe dafür, dass sich eine Person mit einer sehr negativen beziehungsweise positiven Stimmung oder unkonzentriert und unmotiviert in die Befragung begibt. Schließlich besteht auch die Möglichkeit, dass Befragte eine Aussage anders verstehen, als sie gemeint ist. All diese Faktoren können Antworten beeinflussen.

In der Vorurteilsforschung wird versucht, diesen Problemen zu begegnen, indem in Umfragen möglichst viele Personen befragt werden, sodass vereinzelte Verzerrungen sich kaum in den Gesamtergebnissen niederschlagen. Zudem stützt sich die Analyse bevorzugt auf Skalen und nicht auf einzelne *Items*. Mittelwertskalen bestehen aus mehreren *Items* zur Messung des gleichen Konstrukts, sodass einzelne Missverständnisse darin ausgeglichen werden.

3.4 Stichproben

In jedem Land wurden insgesamt 1 000 Personen mit einem Mindestalter von 16 Jahren über (Festnetz-)Telefonstichproben befragt. Die repräsentativen Stichproben wurden anhand der jeweiligen Bevölkerungszusammensetzung ausgewählt. Die Haushalte wurden vorher kontaktiert und die Zielperson über das *über das Next-Birthday-, Last-Birthday-Verfahren* oder den Schweden-schlüssel (*Kish-Selection-Grid*) ausgewählt. Abweichungen der Stichproben von der Demographie der Bevölkerung wurden durch Gewichtungen ausgeglichen. Im Ergebnis können wir Daten von insgesamt 8026 europäischen Bürger/innen berichten, die circa 270 Millionen Europäer/innen mit einem Mindestalter von 16 Jahren repräsentieren. Die Stichproben schließen nur Personen ein, die über die Staatsbürgerschaft des jeweiligen Landes verfügen, in dem die Befragung durchgeführt wurde.

Tab. 2: **Stichproben**

Land	N	Anteil der Männer (in Prozent)	Anteil der Frauen (in Prozent)	Durchschnitts- alter	Anzahl der Befragten ohne Migrations- hintergrund bis in die dritte Generation (in Prozent)
Deutschland	1000	48.3	51.7	48.4	84.3
Großbritannien	1000	48.3	51.7	46.8	79.4
Frankreich	1007	48.0	52.0	46.5	68.1
Niederlande	1011	49.0	51.0	46.3	91.3
Italien	1001	48.1	51.9	47.6	97.4
Portugal	1007	47.8	52.2	46.6	92.6
Polen	1000	47.7	52.3	44.2	91.8
Ungarn	1000	44.5	55.5	46.4	90.4
Gesamt	8026	47.7	52.30	46.6	86.9

Tabelle 2 verdeutlicht, wie sich die Stichproben demographisch zusammensetzen. Den offiziellen Bevölkerungsstatistiken entsprechend haben in allen Ländern etwas mehr Frauen als Männer an der Befragung teilgenommen. Das

durchschnittliche Alter beträgt knapp 47 Jahre, in Polen ist die Stichprobe mit 44 Jahren durchschnittlich am jüngsten und in Deutschland mit 48 Jahren am ältesten. Insgesamt verfügen 84 Prozent aller europäischen Befragten über keinen Migrationshintergrund bis in die dritte Generation, allerdings unterscheiden sich die Länder diesbezüglich erheblich. In Frankreich hat fast ein Drittel der Befragten einen Migrationshintergrund, in Italien sind es dagegen weniger als 3 Prozent.

3.5 Berücksichtigte Länder

Die untersuchten Länder Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Italien, Portugal, Polen und Ungarn unterscheiden sich in Integrationspolitik, Einwanderungsgeschichte und -quote sowie in allgemeinem Wohlstand und bestehender sozialer Ungleichheit. In diesen Ländern werden zudem jeweils unterschiedliche Diskurse um Toleranz und Gleichwertigkeit von Gruppen geführt sowie Richtlinien und Gesetze gegen Diskriminierung verschiedenartig umgesetzt und implementiert. Diese Unterschiede sind unter Umständen auch für die länderspezifische Verbreitung von Vorurteilen relevant.

Im Erhebungsjahr 2008 liegt das Bruttoinlandsprodukt in Portugal, Polen und Ungarn unter dem europäischen Durchschnitt, in den übrigen Ländern darüber, und ist in den Niederlanden besonders hoch (vgl. Tab. 3). Die Wirtschaftskrise hatte in den meisten Ländern noch keine dramatischen Spuren hinterlassen. Sie deutete sich jedoch in Deutschland, Frankreich, Ungarn und den Niederlanden mit einem durchweg recht schwachen Wachstum an, in Portugal war derzeit überhaupt kein Wachstum und in Großbritannien und Italien sogar ein Rückgang des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen. Lediglich in Polen ist die Wachstumsrate mit 5,1 Prozent auffällig hoch. Soziale Ungleichheit, gemessen am *Gini-Index*¹² zur Einkommensverteilung, herrscht vor allem in Portugal und Großbritannien, in Ungarn dagegen kaum. Die Arbeitslosenquote liegt in Deutschland, Frankreich, Portugal, Polen und Ungarn zwischen 7 und 8 Pro-

12 Der *Gini-Index* ist ein Maß für die Ungleichheit der Einkommensverteilung in einem Land. Ein Wert von 0 würde bedeuten, dass alle Menschen in einem Land über genau das gleiche Einkommen verfügen; ein Wert von 100 hieße, dass nur eine Person das gesamte Einkommen besäße. Die Ungleichheit in einem Land ist umso höher, je näher der Wert an 100 liegt (vgl. <http://www.businessdictionary.com/definition/gini-index.html>; letzter Aufruf am 20.12.2010).

zent, in Italien lag sie derzeit knapp darunter. In den Niederlanden gibt es mit weniger als 3 Prozent vergleichsweise die wenigsten Arbeitslosen.

Die tatsächlichen Wirtschaftsdaten spiegeln sich ansatzweise in den subjektiven Einschätzungen wider, die die Befragten über die wirtschaftliche Lage in ihrem Land äußern, weichen jedoch auch häufig davon ab. In fast allen Ländern wird die wirtschaftliche Situation mehrheitlich negativ beurteilt. In Italien, Portugal und Ungarn schätzen sogar über 90 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Situation in ihrem Land als eher oder sogar sehr schlecht ein, in Großbritannien knapp unter 90 Prozent. In Deutschland beurteilen etwas weniger Befragte, aber immerhin fast 61 Prozent, die wirtschaftliche Lage als negativ, in Polen sind es knapp 56 Prozent. Nur in den Niederlanden ist die Stimmung in dieser Hinsicht mehrheitlich positiv.

Tab. 3: **Ausgewählte Indikatoren für Wohlstand und soziale Gleichheit**

	BIP in KKS im europäischen Vergleich, 2008 ^a (EU-27 = 100)	Wachstumsrate des realen BIP, 2008 ^b (in Prozent)	Gini-Index, 2008 ^c	saisonbereinigte Arbeitslosenquote, Mai 2008 ^d (in Prozent)	Negative Einschätzung der wirtschaftlichen Situation im Lande ^e (in Prozent)
Deutschland	116	1,0	.30	7,2	60,5
Großbritannien	115	-0,1	.34	5,3	89,2
Frankreich	107	0,2	.28	7,6	84,1
Niederlande	134	1,9	.28	2,8	40,0
Italien	104	-1,3	.31	6,8	91,6
Portugal	78	0,0	.36	7,6	92,4
Polen	56	5,1	.32	7,2	55,6
Ungarn	64	0,8	.25	7,7	90,6

a Bruttoinlandsprodukt (früher Bruttosozialprodukt) pro Kopf in Kaufkraftstandards im Jahr 2008 (Eurostat. *BIP pro Kopf in KKS*: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsieb010&plugin=1>; letzter Aufruf am 10.01.2011).

b Eurostat. *Wachstumsrate des realen BIP*: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020>; letzter Aufruf am 10.01.2010.

- c Eurostat. *Gini-Koeffizient*: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tessi190&plugin=1>; letzter Aufruf am 10.01.2011.
- d Eurostat. *Pressemitteilungen 97/2009* vom 2. Juli 2009: <http://www.eds-destatis.de/de/press/press-rel09.php?m=press>; letzter Aufruf am 10.01.2011.
- e Prozentsatz derer, die die wirtschaftliche Situation in ihrem Land als schlecht oder sehr schlecht einstufen und davon ausgehen, dass sich die eigene finanzielle Situation zukünftig verschlechtert (Angaben basierend auf dem GMF-Europa-Survey 2008; vgl. auch Kap. 9.4).

Im Herbst und Winter 2008 wurde jeweils eine repräsentative Stichprobe von 1 000 Personen ab 16 Jahren in acht europäischen Ländern telefonisch interviewt. Die Interviews wurden in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Italien, Portugal, Polen und Ungarn durchgeführt. Die berücksichtigten Länder unterscheiden sich unter anderem in allgemeinem Wohlstand und sozialer Ungleichwertigkeit, in Migrationsgeschichte und -quote, in den rechtsextremistischen Tendenzen und aktuellen Debatten um Einwanderung und den Schutz für Minderheiten. Der standardisierte Fragebogen enthielt vorgetestete und für den interkulturellen Vergleich taugliche Fragen. Zur Erfassung eines Elements der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden jeweils mehrere Aussagen verwendet, zu denen die Befragten mittels einer 4-stufigen Skala ihre Zustimmung beziehungsweise Ablehnung angeben konnten. Die Aussagen zu einem Vorurteil wurden zu einer Mittelwertskala zusammengefasst, nachdem sie auf ihre kulturvergleichende Reliabilität geprüft worden waren.

4. Das Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Europa

In diesem Kapitel berichten wir über das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, konkret an Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie in den acht untersuchten Ländern. Für jede dieser Abwertungsdimensionen zeigt zunächst eine Tabelle an, wie häufig die europäischen Befragten den dazugehörigen Vorurteilsaussagen (*Items*) zugestimmt haben. Hierfür haben wir für jedes einzelne Land den Prozentsatz derjenigen, die einer Aussage „eher“, und jener, die einer Aussage „voll und ganz“ zugestimmt haben, summiert.¹³

In einem zweiten Schritt haben wir analysiert, welche statistischen Unterschiede im Ausmaß der einzelnen Vorurteile zwischen den Ländern bestehen. Dies wurde anhand der Mittelwertausprägung jedes Vorurteils, das heißt der gemittelten Skalen aus jeweils zwei bis vier dazugehörigen *Items*, geprüft. Die Mittelwertunterschiede zwischen den Ländern werden in den Abbildungen illustriert.

Hinweise zur Lektüre und Interpretation der Tabellen und Abbildungen

1. Die Unterschiede in den Prozentwerten, welche die Länder hinsichtlich eines einzelnen *Items* aufweisen, sind nicht zwangsläufig auch statistisch signifikante Unterschiede. Erst anhand der Mittelwertskalen – gebildet aus mehreren Einzelindikatoren eines Vorurteils – wurden die Unterschiede im Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie zwischen den acht Ländern mithilfe univariater Varianzanalysen auf Signifikanz geprüft.¹⁴ Das heißt, es wurde statistisch getestet, ob die Mittelwerte mit hoher Wahrscheinlichkeit tatsächliche (und

13 Die ausführlichen Häufigkeitstabellen mit allen vier Antwortkategorien finden sich im Anhang.

14 Es können sich hier leichte Abweichungen zu Werten an anderer Stelle ergeben, an denen zunächst multivariate Varianzanalysen berechnet wurden. Aufgrund einzelner fehlender Werte können die Stichprobengrößen, und damit auch die berichteten Mittelwerte, leicht variieren.

nicht nur zufällige) Unterschiede zwischen den Ländern spiegeln. In den Abbildungen sind die Mittelwertausprägungen dargestellt.

2. Auch für die Abbildungen über Mittelwerte gilt, dass augenscheinliche Unterschiede nicht zwingend statistisch signifikante Unterschiede sind. Erst die danach durchgeführten *Post-hoc*-Tests¹⁵ zeigen, ob sich ein länderspezifisches Ausmaß statistisch signifikant von dem in einem anderen Land unterscheidet. Die *post-hoc* geprüften Unterschiede sind unter den Abbildungen der Mittelwerte ausgewiesen. Unterschiede mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von über 5 Prozent gelten als statistisch nicht signifikant und sind dort nicht aufgeführt. So bedeutet beispielsweise die Angabe NL, GB < D, I, dass das Ausmaß eines Vorurteils in den Niederlanden und Großbritannien signifikant geringer ist als in Deutschland und Italien. Das Ausmaß der Zustimmung von Befragten in den Niederlanden und Großbritannien unterscheidet sich hingegen nicht. NL, GB, D < D, I würde bedeuten, dass die Zustimmung in Deutschland auf mittlerem Niveau liegt und sich weder von der in den Niederlanden und Großbritannien, noch von der in Italien unterscheiden.
3. Besonders wichtig ist uns der Hinweis, dass sich das Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie innerhalb eines Landes *nicht* miteinander vergleichen lässt. Die einzelnen Vorurteile wurden mit jeweils unterschiedlichen Indikatoren erfasst, deren Aussagen in Thematik, Wortwahl, Direktheit und Schärfe verschieden sind. Wir können somit feststellen, ob beispielsweise der Antisemitismus in Italien oder Portugal ein größeres Ausmaß annimmt, allerdings nichts darüber aussagen, ob in Italien mehr Antisemitismus als Islamfeindlichkeit vorherrscht, da beide Vorurteile unterschiedlich gemessen wurden.

Wir haben uns bemüht, vorliegenden Bericht auch für eine fachfremde Leserschaft verständlich zu gestalten. Statistische Begriffe und verwendete Methoden, die uns bei der Darstellung der Ergebnisse unerlässlich erschienen, werden im Glossar erläutert.

15 *Post-hoc*-Tests sind Einzelvergleiche zwischen jeweils zwei Ländern, um im Nachhinein zu prüfen, ob sich die Ausprägung eines Vorurteils in einem Land signifikant von der in einem anderen Land unterscheidet. Hier wurde das statistische Verfahren nach Duncan gewählt.

4.1 Fremdenfeindlichkeit

Die Fremdenfeindlichkeit wurde über vier Aussagen erfasst, die zum Teil auch in anderen Studien verwendet wurden (vgl. Tab. 4, *Items* 1 bis 4). Die Aussagen umfassen den allgemeinen Eindruck von zu vielen Einwander/innen in einem Land, das Gefühl, durch Einwanderer/innen selbst fremd im eigenen Land zu werden, und die Wahrnehmung einer möglichen Konkurrenz mit Einwander/innen auf dem Arbeitsmarkt. Außerdem haben wir mit der Einschätzung, dass Einwanderer/innen eine Bereicherung für die eigene Kultur seien, auch positive Einstellungen gegenüber Einwander/innen erhoben. Dieses Item wurde später so umkodiert, dass höhere Werte eine Ablehnung der Aussage spiegeln. Zwei weitere Aussagen ergänzen die Beobachtung der Fremdenfeindlichkeit, wurden aber aus Kapazitätsgründen lediglich in einer zufälligen Hälfte der Befragten erfasst und gingen deshalb nicht in die Mittelwertskala „Fremdenfeindlichkeit“ ein.

Tab. 4: **Fremdenfeindliche Aussagen (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
1	Es gibt zu viele Zuwanderer in (jew. Land).	50,0	62,2	40,3	46,0	62,5	59,6	27,1	58,7
2	Durch die vielen Zuwanderer hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	37,6	45,8	31,0	37,7	27,0	19,1	19,4	44,6
3	Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten (jew. Bevölkerung) mehr Recht auf eine Arbeit haben als Zuwanderer.	42,4	50,3	29,5	24,7	55,9	58,2	74,1	71,2
4	Zuwanderer bereichern unsere Kultur.	75,0	71,2	70,8	74,9	61,0	73,7	64,2	57,0
Zusätzliche Items in einer Zufallshälfte der Stichprobe:									
5	Zuwanderer sind eine Belastung für unser Sozialsystem.	40,8	60,2	54,7	20,3	31,7	42,5	45,8	77,2
6	Wir brauchen Zuwanderer, um die Wirtschaft am Laufen zu halten.	60,7	59,5	66,1	64,5	70,7	68,1	42,4	24,2

Aus Tabelle 4 wird deutlich, dass rund die Hälfte aller europäischen Befragten sich einig ist, dass es zu *viele Zuwanderer/innen* in ihren Ländern gibt. Dieser gesamteuropäische Trend lässt sich annähernd auf die einzelnen Nationen übertragen, mit Abweichungen von etwa zehn Prozentpunkten nach oben und unten. Einzig Polen sticht mit einem Zustimmungswert von 27 Prozent heraus. Dort werden Zuwanderer/innen vergleichsweise in geringerem Maß als zu viele beziehungsweise als Problem wahrgenommen.

Ebenfalls etwa die Hälfte aller europäischen Befragten wünscht sich ein *Arbeitsplatzvorrecht für Einheimische* in Krisenzeiten. Im Ländervergleich zeichnen sich hier allerdings deutlich größere Unterschiede im Antwortverhalten ab. In den osteuropäischen Ländern Polen und Ungarn fordern etwa drei Viertel der Befragten ein Arbeitsplatzvorrecht für Einheimische bei Stellenmangel, wohingegen sich in Frankreich und den Niederlanden rund ein Viertel dafür ausspricht. Etwa ein Drittel aller europäischen Befragten fühlt sich wie ein *Fremder im eigenen Land*. Auf Länderebene kennen dieses Gefühl in Großbritannien mit 46 Prozent und in Ungarn mit 45 Prozent deutlich mehr, in Portugal und Polen mit jeweils etwa 19 Prozent deutlich weniger der Befragten.

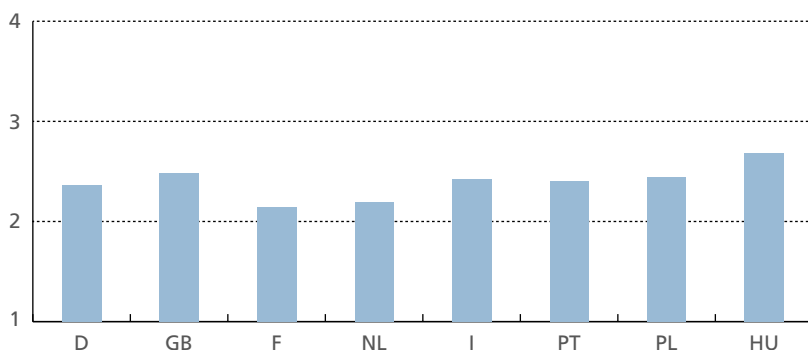
Ein Gegengewicht zu diesen negativen Einstellungen bilden die knapp 70 Prozent aller europäischen Befragten, die in Zuwanderer/innen eine *Bereicherung für die eigene Kultur* sehen. Deutschland, die Niederlande und Portugal übertreffen diesen Wert sogar, dort empfinden jeweils rund drei Viertel der Befragten Zuwanderer/innen als bereichernd für die eigene Kultur. Auch in Ungarn, Italien und Polen äußern sich jeweils mehr als die Hälfte der Befragten positiv in dieser Hinsicht. Die Wahrnehmung von Zuwanderer/innen als kulturelle Bereicherung scheint mit den klaren Dominanzansprüchen, die in den anderen Aussagen zum Ausdruck kommen, nicht im Widerspruch zu stehen. Hier drückt sich eine gewisse Ambivalenz aus, die Vorurteilen durchaus zu eigen ist.

Diese zeigt sich auch deutlich in den beiden Aussagen, die per Zufallsverfahren der Hälfte der Stichprobe vorgelegt wurden (vgl. Tab. 4, Item 5 und 6). Aus den Zahlen wird deutlich, dass eine Mehrheit in Europa Zuwanderer/innen als *Belastung für das Sozialsystem* ansieht. Dabei fällt Ungarn mit einem besonders hohen Zustimmungswert von 77 Prozent auf. In Italien und den Niederlanden bejahten 32 bzw. 20 Prozent der Befragten diese Aussage. In Italien, Portugal, Frankreich und den Niederlanden werden die *positiven Effekte der Zuwanderung für die Wirtschaft* im eigenen Land mehrheitlich anerkannt. In

Polen sehen 42 Prozent die Notwendigkeit, Zuwanderer/innen aus wirtschaftlichen Gründen aufzunehmen, in Ungarn sind es 24 Prozent.

In einem weiteren Schritt haben wir anhand der Mittelwertskalen geprüft, inwieweit sich die länderspezifischen Dimensionen der Fremdenfeindlichkeit tatsächlich signifikant unterscheiden. Die nachfolgende Abbildung fasst die bereits aufgezeigten, teilweise nur leichten Unterschiede in den Zustimmungsraten zu einem verdichteten Eindruck über das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit in den acht Ländern zusammen (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Fremdenfeindlichkeit im europäischen Vergleich (Mittelwertskala)



Skala: 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“; Unterschied zwischen den Ländern: $F(7,7508) = 51.00$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: $F, NL < D, PT, I < PT, I, PL < I, PL, GB < HU$.

Wie es sich bereits in den Häufigkeitsanalysen angedeutet hat, weist Ungarn die signifikant höchsten Fremdenfeindlichkeitswerte auf. Knapp darunter liegen die Mittelwerte von Großbritannien, Polen und Italien. In Deutschland und Portugal erreicht die Fremdenfeindlichkeit vergleichsweise eine etwas geringere Dimension. Die signifikant geringste Fremdenfeindlichkeit ist in Frankreich und den Niederlanden zu erkennen. Es sei noch einmal betont, dass sich die Länder im Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit absolut gesehen nur geringfügig unterscheiden.

4.2 Antisemitismus

Antisemitismus wurde mit vier Aussagen erfasst, die ebenfalls zum Teil bereits in andere Studien Eingang gefunden haben (vgl. Tab. 5, *Items* 7 bis 10). Die verwendeten Aussagen stehen für traditionellen und sekundären Antisemitismus. Sie umfassen den anti-jüdischen Konspirationsmythos, Juden/Jüdinnen hätten zu viel Einfluss, sowie die Umkehr von Opfern zu Tätern durch die Unterstellung, Juden/Jüdinnen würden einen Vorteil daraus ziehen, in der Vergangenheit Opfer von Verfolgung gewesen zu sein. Hier schwingt auch das uralte antisemitische Stereotyp vom ‚gewinnsüchtigen Juden‘ mit. Eine weitere Aussage wirft Juden/Jüdinnen Illoyalität vor und unterstellt, sie würden sich einzig um ihresgleichen kümmern. Auch hier haben wir eine positive Einstellung erfasst, die Juden/Jüdinnen als Bereicherung der Kultur empfindet; dieses Item wurde später wiederum so umkodiert, dass höhere Werte für eine Ablehnung der Aussage stehen. Darüber hinaus wurden zwei Aussagen mit aufgenommen, die einen über Israel kommunizierten Antisemitismus erfassen; beide *Items* gingen allerdings nicht in die Mittelwertskala „Antisemitismus“ ein.

Tab.5: **Antisemitische Aussagen (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
7	Juden haben in (jew. Land) zu viel Einfluss.	19,7	13,9	27,7	5,6	21,2	19,9	49,9	69,2
8	Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.	48,9	21,8	32,3	17,2	40,2	52,2	72,2	68,1
9	Juden im Allgemeinen kümmern sich um nichts und niemanden außer um ihre eigene Gruppe.	29,4	22,5	25,8	20,4	26,9	54,2	56,9	50,9
10	Juden bereichern unsere Kultur.	68,9	71,5	60,6	71,8	49,7	51,9	51,2	57,3

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Zusätzliche Items in der gesamten Stichprobe:									
11	Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man Juden nicht mag.	35,6	35,9	-	41,1	25,1	48,8	55,2	45,6
12	Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.	47,7	42,4	-	38,7	37,6	48,8	63,3	41,0

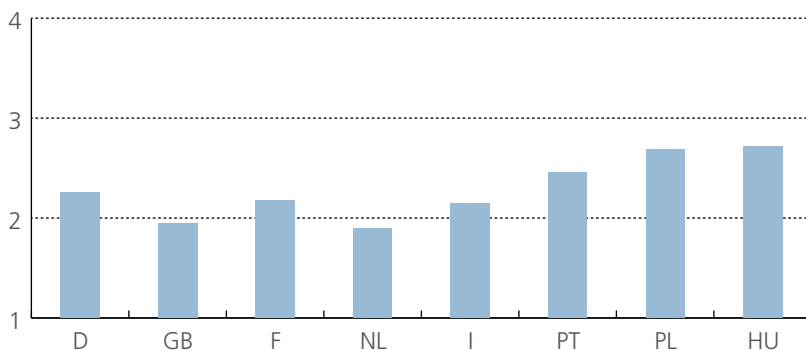
Die Europäer/innen reagierten auf die antisemitischen Vorurteilsaussagen länderspezifisch sehr unterschiedlich (vgl. Tab. 5). Knapp die Hälfte der polnischen Bevölkerung und 69 Prozent der ungarischen Befragten glauben, dass *Juden/Jüdinnen zu viel Einfluss* ausüben. In Großbritannien teilen 14 Prozent und in den Niederlanden 6 Prozent diese Einschätzung. Ebenso verhält es sich bei den Aussagen 8 und 9, die *Juden/Jüdinnen Eigenschaften wie Raffgier und Egoismus* zuschreiben. Erneut zeichnet sich hier für Polen und Ungarn eine hohe Zustimmung ab, aber auch über die Hälfte der portugiesischen Befragten schließt sich diesen Aussagen an. In den Niederlanden und Großbritannien beurteilt rund ein Fünftel der Befragten *Juden/Jüdinnen* als vorteilnehmend und eigennützig. In allen erhobenen Ländern äußert sich überdies ein Großteil der Bevölkerung positiv hinsichtlich der Aussage, *Juden/Jüdinnen* seien eine *Be-reicherung für ihre Kultur*.

Zwei weitere Aussagen zur aktuellen *Politik Israels* (vgl. Tab. 5, Item 11 und 12) lieferten folgendes Bild: Etwa die Hälfte der Befragten in Portugal, Polen und Ungarn sehen antisemitische Ressentiments im politischen Vorgehen Israels begründet. Bis zu 40 Prozent der Befragten in allen teilnehmenden Ländern bestätigen die drastische Einschätzung, die israelische Regierung führe einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser. In Polen sind 63 Prozent der Befragten dieser Ansicht.

Die Analyse der Mittelwertskala, gebildet aus den ersten vier *Items*, bestätigt statistisch den Eindruck aus der vorausgehenden Darstellung (vgl. Abb. 3). In Polen und Ungarn erfahren antisemitische Vorurteile signifikant die höchste Zustimmung, das Ausmaß des Antisemitismus in Portugal liegt leicht darunter. In

Deutschland ist der Antisemitismus ebenfalls signifikant deutlicher ausgeprägt als in den anderen westeuropäischen Ländern mit Ausnahme Portugals. In Italien und Frankreich sind antisemitische Einstellungen insgesamt vergleichsweise weniger verbreitet als im europäischen Durchschnitt. In Großbritannien und den Niederlanden ist der Antisemitismus vergleichsweise am geringsten ausgeprägt.

Abb.3: **Antisemitismus im europäischen Vergleich (Mittelwertskala)**



Skala: 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“; Unterschied zwischen den Ländern: $F(7,7233) = 204.07$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: NL, GB < I, F < D < PT < PL, HU.

4.3 Rassismus

Die beiden Aussagen zur Erfassung von Rassismus beziehen sich auf die Unterscheidung zwischen Menschen mit heller und dunkler Hautfarbe, auf die Zuweisung ‚natürlicher‘ Unterschiede und die Ablehnung einer Ehe zwischen verschiedenen Ethnien (vgl. Tab. 6, Item 13 und 14). Aus diesen beiden Aussagen wurde die Mittelwertskala „Rassismus“ gebildet. Durch drei zusätzliche Aussagen wurde in einer Zufallshälfte der Gesamtstichprobe außerdem ein generalisierter Rassismus erfasst, der einige Kulturen und Völker als höherwertig, andere als minderwertig einstuft.

An eine *natürliche Hierarchie* zwischen schwarzen und weißen Völkern glaubt rund ein Drittel aller europäischen Befragten. Prozentual stimmen rund 40

Prozent der portugiesischen, polnischen und ungarischen Befragten dieser Äußerung zu, in Italien sind knapp 19 Prozent der Befragten dieser Auffassung. Der Anteil der Befragten, die sich *gegen eine Heirat* zwischen Schwarzen und Weißen aussprechen, liegt in den untersuchten Ländern zwischen knapp 5 und 30 Prozent. In den Niederlanden und in Italien plädiert demnach rund jeder Zehnte und in Deutschland, Großbritannien und Frankreich jeder Siebte gegen eine Heirat zwischen schwarzen und weißen Menschen. In Portugal und Polen sind 18 und 24 Prozent der Befragten der Meinung, dass Schwarze und Weiße besser nicht heiraten sollten, in Ungarn sind es 30 Prozent.

Tab.6: **Rassistische Aussagen (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
13	Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern.	30,5	34,6	38,5*	32,4	18,7	45,1	41,6	41,8
14	Schwarze und Weiße sollten besser nicht heiraten.	13,5	10,6	13,6*	4,7	7,5	17,9	23,5	30,3
Zusätzliche Items in Zufallshälfte der Stichprobe:									
15	Manche Kulturen sind anderen klar überlegen.	41,6	20,1	29,4	37,9	28,6	61,3	49,4	38,5
16	Wir müssen unsere eigene Kultur vor dem Einfluss anderer Kulturen schützen.	51,9	59,2	54,8	54,1	49,4	70,1	69,0	78,5
17	Manche Völker sind begabter als andere.	45,0	27,5	25,0	43,6	31,2	57,1	50,4	53,8

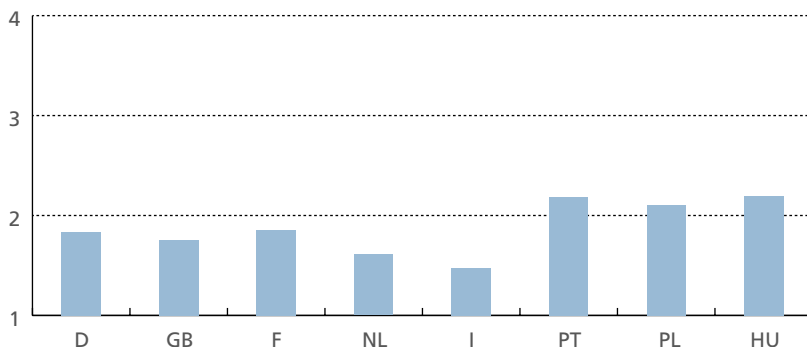
* In Frankreich wurde hier die positive Formulierung verwendet (zur Begründung vgl. Kap. 3.2) und nach der Zustimmung zu den Aussagen „Es gibt keine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern“ und „Es ist kein Problem, wenn Schwarze und Weiße heiraten“ gefragt. Der Wert für Frankreich gibt an, wie viel Prozent der Befragten diesen Aussagen „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zugestimmt hat. Die *Items* wurden später umkodiert, sodass die Ablehnung dieser positiven Aussagen in die Berechnung einging.

Das Gefühl, die eigene *Kultur* vor Einflüssen anderer Kulturen bewahren zu müssen, herrscht in allen Ländern vor; in Polen, Portugal und vor allem in Un-

garn ist dieses Gefühl besonders ausgeprägt. Dort meint auch eine Mehrheit der Befragten, dass Völker unterschiedlich begabt sind. In Polen sind knapp die Hälfte und in Portugal 61 Prozent der Befragten der Meinung, manche Kulturen seien anderen überlegen. In Frankreich, Großbritannien und Italien teilt jeder Dritte bis Vierte diese Auffassung.

Wir haben die beiden ersten rassistischen Aussagen zu einer Skala aufaddiert und daraus länderspezifische Mittelwerte ermittelt (vgl. Abb. 4). Rassismus grassiert signifikant am stärksten in Portugal und Ungarn, gefolgt von Polen. Auch in Deutschland und Frankreich sind rassistische Einstellungen weiter verbreitet als in Großbritannien und den Niederlanden. Signifikant am niedrigsten ist das Ausmaß des Rassismus in Italien.

Abb. 4: **Rassismus im europäischen Vergleich (Mittelwertskala)**



Skala: 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“; Unterschied zwischen den Ländern: $F(7,7417) = 116.56$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: $I < NL < GB < D$, $F < PL < PT$, HU .

4.4 Islamfeindlichkeit

Nach statistischer Prüfung gingen drei Aussagen in die Mittelwertskala „Islamfeindlichkeit“ ein (vgl. Tab. 7, *Items* 18 bis 20). Diese erfassen den pauschalen Eindruck, es gebe zu viele Muslim/innen im jeweiligen Land, die Unterstellung, Muslim/innen stellten zu viele Forderungen, und die generelle Abwertung des Islams als eine Religion der Intoleranz. In einer zufälligen Stichprobe wurden darüber hinaus vier weitere Aussagen erhoben. Diese beinhalten eine positive

Einstellung, die Muslim/innen als Bereicherung für das eigene Land empfindet und die Unterstellung, dass große kulturelle Unterschiede zwischen Einheimischen und Muslim/innen bestehen, gerade was das Frauenbild anbetrifft. Außerdem haben wir die pauschale Unterstellung aufgenommen, dass Muslim/innen Terrorismus unterstützen und gutheißen.

In den meisten Ländern hält eine Mehrheit den Islam für eine *Religion der Intoleranz*, lediglich in Großbritannien und den Niederlanden liegt die Zustimmung bei knapp unter 50 Prozent der Befragten. In nahezu allen Ländern ist zudem über die Hälfte der Befragten der Ansicht, Muslim/innen würden *zu viele Forderungen* stellen. Nur Portugal bildet eine Ausnahme, dort teilt rund ein Drittel der Befragten diese Auffassung. Die Aussage, es gebe *zu viele Muslim/innen* im Land, wird von etwas mehr als einem Viertel der portugiesischen Befragten bejaht und in Frankreich ist rund jeder Dritte dieser Meinung. In Deutschland, Großbritannien, Italien und den Niederlanden sind es über 40 Prozent der Befragten, die zu viele Muslim/innen in ihrem Land beklagen, in Ungarn rund 60 Prozent.

Tab. 7: **Islamfeindliche Aussagen (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
18	Es gibt zu viele Muslime in (jew. Land).	46,1	44,7	36,2	41,5	49,7	27,1	47,1	60,7
19	Muslime in (jew. Land) stellen zu viele Forderungen.	54,1	50,0	52,8	51,8	64,7	34,4	62,3	60,0
20	Der Islam ist eine Religion der Intoleranz.	52,5	47,2	52,3*	46,7	60,4	62,2	61,5	53,4
Zusätzliche Items in der gesamten Stichprobe:									
22	Die muslimische Kultur passt gut nach (jew. Land).	16,6	39,0	49,8	38,7	27,4	50,1	19,0	30,2
23	Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten.	76,1	81,5	78,8	78,2	82,2	72,1	72,1	76,8
24	Viele Muslime betrachten islamistische Terroristen als Helden.	27,9	37,6	-	29,2	28,5	30,3	30,2	39,3
25	Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus gerechtfertigt.	17,1	26,3	23,3*	19,9	21,5	22,4	26,0	29,6

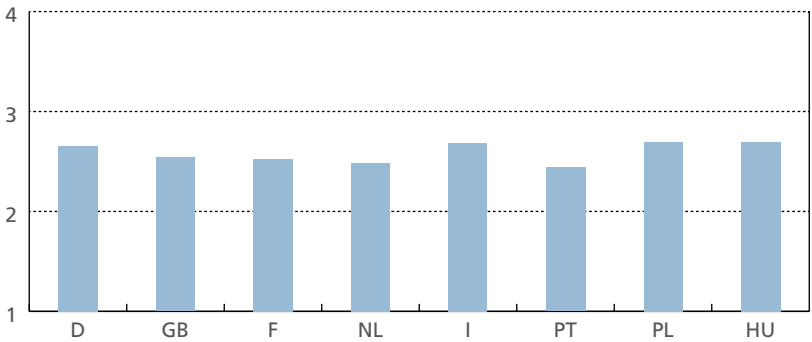
- * In Frankreich wurde hier die positive Formulierung verwendet (zur Begründung vgl. Kap. 3.2) und nach der Zustimmung zu den Aussagen „Der Islam ist eine Religion der Toleranz“ und „Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus nicht gerechtfertigt“ gefragt. Der Wert für Frankreich gibt an, wie viel Prozent der Befragten diesen Aussagen „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zugestimmt hat. Die *Items* wurden später umkodiert, sodass die Ablehnung dieser positiven Aussagen in die Berechnung einging.

Den Befragten wurden außerdem vier weitere Aussagen vorgelegt (vgl. Tabelle 7, *Items* 22 bis 25), die eine vermutete kulturelle Differenz und eine unterstellte Affinität von Muslimen zum Terrorismus erfassen. Empirisch hängen diese *Items* eng mit der Islamfeindlichkeit zusammen, lassen sich jedoch besser als eigenständige Konstrukte verstehen. Aus inhaltlichen wie auch empirischen Gründen wurden diese vier *Items* daher nicht bei der Bildung des Messinstruments der Islamfeindlichkeit berücksichtigt.

In Portugal und Frankreich äußert rund die Hälfte der Bevölkerung, die *muslimische Kultur passe gut* in ihr Land. In Polen finden knapp 17 Prozent der Befragten, die muslimische Kultur sei mit ihrer eigenen kompatibel, in Deutschland sind es 19 Prozent. Eine Mehrheit von über 70 Prozent der Befragten in Europa kann insbesondere das *muslimische Frauenbild* mit eigenen Werten nicht vereinbaren. Rund ein Drittel in allen erhobenen Ländern denkt, dass Muslim/innen islamistische Terroristen als Helden verehren, vergleichsweise etwas weniger nehmen an, dass *islamistischer Terror* in der muslimischen Gesellschaft moralischen Rückhalt findet. In Deutschland und in den Niederlanden stimmen hier etwas weniger als 20 Prozent zu, in Ungarn knapp 30 Prozent.

Die drei ersten islamfeindlichen Aussagen wurden zu einer Skala aufaddiert, die das unterschiedliche Ausmaß der Islamfeindlichkeit in den untersuchten Ländern verdeutlicht (vgl. Abb. 5). Es fällt auf, dass sich die europäischen Befragten in ihrer Ablehnung von Muslim/innen und des Islams weitgehend einig sind. Die Dimension islamfeindlicher Haltungen in Deutschland, Italien, Ungarn und Polen ist ähnlich stark ausgeprägt und signifikant am höchsten. Nur geringfügig weniger islamfeindlich äußern sich die Befragten in Frankreich und Großbritannien. In Portugal ist das Ausmaß der Islamfeindlichkeit vergleichsweise am geringsten ausgeprägt. Absolut unterscheiden sich die acht Länder in der Verbreitung islamfeindlicher Vorurteile dennoch nur gering.

Abb. 5: Islamfeindlichkeit im europäischen Vergleich (Mittelwertskala)



Skala: 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“; Unterschied zwischen den Ländern: $F(7,6932) = 14.97, p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: PT, NL < NL, F, GB < D, I, HU, PL.

4.5 Sexismus

Sexismus wurde über die Befürwortung einer traditionellen Rollenverteilung erhoben (vgl. Tab. 8, Item 26 und 27). Diese kann in ihrer Konsequenz zu einer Benachteiligung von Frauen und einer Bevorteilung von Männern führen, beispielsweise bei der Verteilung von Macht, Einfluss, Geld sowie Chancen und Zugangsmöglichkeiten zu Bildung oder Karriereposten.

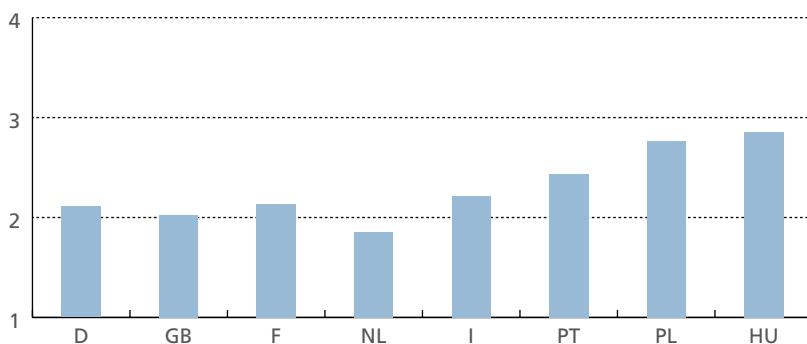
Tab. 8: Sexistische Aussagen (Zustimmung in Prozent)

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
26	Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen.	52,7	53,2	57,0	36,4	63,2	67,9	87,2	88,4
27	Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten Männer mehr Recht auf eine Arbeit haben als Frauen.	12,0	15,0	13,0	14,9	21,0	25,2	28,7	36,1

Sexistische Einstellungen sind in den untersuchten Ländern sehr unterschiedlich verbreitet. In Polen und Ungarn fordern über 80 Prozent, in Italien und Portugal über 60 Prozent der Befragten, dass Frauen ihre Rolle als *Ehefrau und Mutter* ernster nehmen sollten. Aber auch in den übrigen Ländern propagiert rund die Hälfte der Interviewten dieses traditionelle Rollenbild. In Polen und Ungarn beanspruchen 36 und 29 Prozent ein *Arbeitsplatzvorrecht für Männer* bei Stellenmangel, in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien billigen zwischen 12 und 15 Prozent eine solche Ungleichbehandlung bei der Jobvergabe. In Italien und Portugal stimmen hier 21 und 25 Prozent der Befragten zu.

Anhand der Mittelwerte, die aus diesen beiden Aussagen berechnet wurden, lässt sich die länderspezifische Verbreitung sexistischer Einstellungen folgendermaßen beschreiben (vgl. Abb. 6).

Abb. 6: **Sexismus im europäischen Vergleich (Mittelwertskala)**



Skala: 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“; Unterschied zwischen den Ländern: $F(7,7504) = 178.56$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: $NL < GB < D$, $F < I < PT < PL < HU$.

In Ungarn erfährt der Sexismus die signifikant höchste Zustimmung unter den Befragten, gefolgt von Polen, wo Sexismus zwar signifikant weniger ausgeprägt, gleichwohl aber sehr weit verbreitet ist. Dann folgen Portugal und Italien mit einem jeweils signifikant geringeren Ausmaß an Sexismus, beide Länder liegen allerdings noch über dem europäischen Durchschnitt. Signifikant darunter liegen die statistisch gleich hohen Mittelwerte von Deutschland und Frankreich. Etwas geringeren Zuspruch erhalten sexistische Aussagen in Großbritannien, signifikant am geringsten ist der Sexismus in den Niederlanden ausgeprägt.

4.6 Homophobie

Die Homophobie wurde über die Ablehnung von zwei positiv formulierten Aussagen erhoben (vgl. Tab. 9, Item 28 und 29). Erfasst wurde die Zustimmung beziehungsweise Ablehnung von Eheschließungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern. Außerdem haben wir danach gefragt, inwieweit Homosexualität etwas Unmoralisches anhaftet. Der Prozentsatz zeigt an, wie viele Befragte homosexuelle Menschen Gleichwertigkeit verweigern.

Tab. 9: **Homophobe Aussagen (Ablehnung in Prozent)**

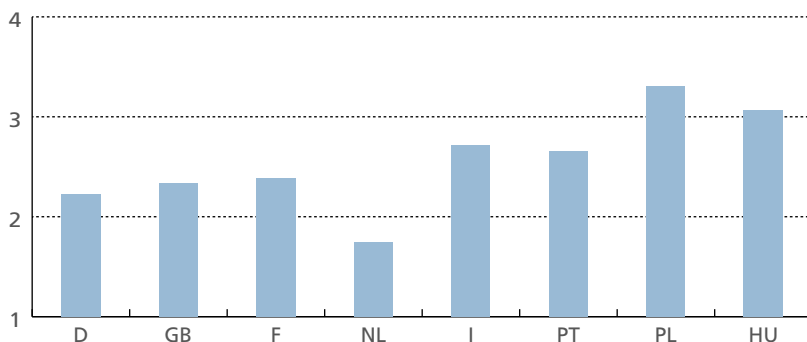
Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
28	Es ist eine gute Sache, Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern zu erlauben.	39,7	42,1	52,3	17,0	64,1	62,4	88,2	69,3
29	Es gibt nichts Unmoralisches an Homosexualität.	38,0	37,2	36,2	16,5	42,5	44,0	75,8	67,7

Während knapp 90 Prozent der polnischen und rund zwei Drittel der portugiesischen, italienischen und ungarischen Befragten *gleichgeschlechtliche Ehen* ablehnen, werden diese in den Niederlanden von 17 Prozent nicht akzeptiert. In Deutschland, Großbritannien und Frankreich sind zwischen 40 und 50 Prozent der Befragten gegen eine gesetzliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen. Ähnlich unterschiedlich antworten die Länder auf die Aussage, dass der Homosexualität nichts *Unmoralisches* anhaftet. Mehr als drei Viertel der polnischen Befragten schließen sich dieser Aussage nicht an, sie empfinden Homosexualität also als unmoralisch ebenso wie rund zwei Drittel der ungarischen Interviewten. Dagegen wird Homosexualität in den Niederlanden vergleichsweise selten als anstößig wahrgenommen, nämlich von jedem Sechsten. In den anderen Ländern wird besagte Aussage von 36 bis zu 44 Prozent der Befragten abgelehnt.

Die Analyse der Mittelwertskala, gebildet aus den beiden Aussagen, bestätigt statistisch, was sich in vorausgehender Beschreibung bereits angedeutet hat (vgl. Abb. 7): Während Homophobie in Polen und Ungarn am stärksten

ausgeprägt ist, erreicht diese in den Niederlanden mit Abstand das geringste Ausmaß. In Deutschland sind homophobe Einstellungen ebenfalls relativ wenig verbreitet. Im Vergleich dazu sind die Mittelwerte für Großbritannien und Frankreich zwar höher, liegen jedoch noch unter dem europäischen Durchschnitt. Signifikant stärker homophob antworten die Befragten in Portugal und Italien, dennoch ist Homophobie dort noch weitaus weniger verbreitet als in Ungarn und vor allem Polen.

Abb. 7: Homophobie im europäischen Vergleich (Mittelwertskala)



Skala: 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“; Unterschied zwischen den Ländern: $F(7,7504) = 178.56$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: $NL < D < GB$, $F < PT$, $I < HU < PL$.

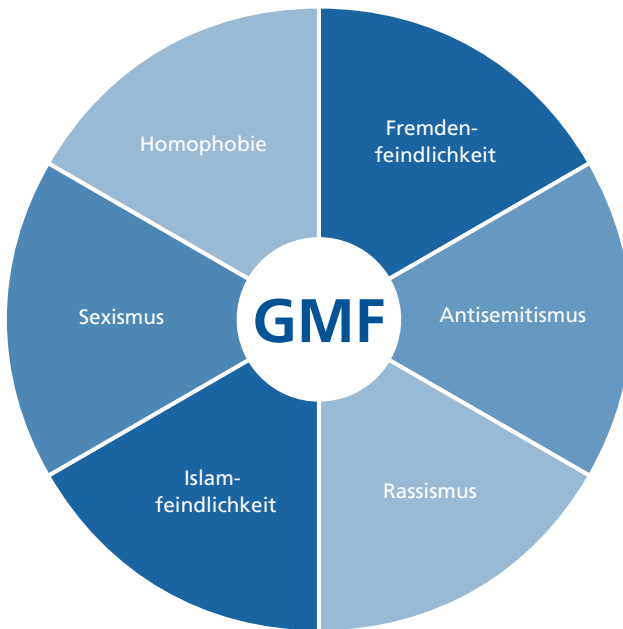
Abwertende Einstellungen gegenüber den hier berücksichtigten Adressatengruppen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind in Europa weit verbreitet. Auffallend einig sind sich die Europäer/innen in ihrer Ablehnung von Einwanderer/innen und Muslim/innen. Hingegen unterscheiden sie sich im Ausmaß an Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie teilweise erheblich. Die Befragten in den *Niederlanden* äußern sich insgesamt am wenigsten abwertend; lediglich die Islamfeindlichkeit ist dort ähnlich stark ausgeprägt wie in den anderen Ländern. In *Frankreich* erfahren Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit

im Vergleich zu den anderen Ländern weniger Zustimmung; dennoch ist das Ausmaß auch hier bemerkenswert. In *italien* dagegen ist im Vergleich zu den übrigen westeuropäischen Ländern ein höheres Ausmaß an Fremden- und Islamfeindlichkeit sowie Homophobie erkennbar, während Rassismus auffallend geringen Zuspruch erhält. In *ro britannien* erreicht die Fremdenfeindlichkeit ein verhältnismäßig hohes Ausmaß. Wie auch in den Niederlanden ist der Antisemitismus dort im Vergleich zu den anderen Ländern weniger verbreitet, dennoch vertreten auch dort besorgniserregend viele Befragte antisemitische Einstellungen. In *e tschland* offenbart sich ein relativ hohes Ausmaß an Islamfeindlichkeit, ansonsten entspricht das Antwortverhalten weitgehend dem europäischen Mittel, liegt aber mit Blick auf einige schwache Gruppen höher als in den anderen westeuropäischen Ländern. In *Port gal, Polen nd ngarn* ist gleichermaßen eine relativ starke Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus nachweisbar. Für Polen und Ungarn ist zudem ein hohes Ausmaß an Homophobie und Islamfeindlichkeit festzustellen, in Portugal sind islamfeindliche Haltungen vergleichsweise weniger verbreitet. Im europäischen Vergleich fallen die osteuropäischen Länder Ungarn und Polen durch eine hohe Ablehnung aller angesprochenen Minderheiten auf.

5. Ideologische Konfigurationen

Wie in Kapitel 2 ausgeführt verstehen wir Vorurteile gegenüber Zuwanderer/innen, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Juden/Jüdinnen, Muslim/innen, Frauen und Homosexuellen als Elemente eines *Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF) (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: **Die sechs Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit**



Diese theoretische Konzeption impliziert einen engen empirischen Zusammenhang zwischen den einzelnen Vorurteilen. Wir gehen also davon aus, dass Befragte, die zur Abwertung einer der Gruppen neigen (z.B. der Zuwanderer/innen), vermutlich auch eher dazu tendieren, die übrigen Gruppen (Juden/Jüdinnen, Muslim/innen, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Frauen und Homosexuelle) abzuwerten. Dies gilt sicherlich nicht für jeden Einzelfall, aber es sollten sich zumindest für den Durchschnitt aller Befragten signifikante und

deutliche Zusammenhänge nachweisen lassen. Wir nehmen damit auch an, dass all diese Vorurteile durch eine einzige Dimension repräsentiert werden, die wir als Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bezeichnen.

Im Rahmen der Untersuchungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurde dieser Zusammenhang für Deutschland bereits empirisch nachgewiesen (Zick et al. 2008). Entsprechend werden wir nun für den europäischen Kontext prüfen, inwieweit die genannten Abwertungsdimensionen empirisch miteinander zusammenhängen und es gerechtfertigt ist, sie zu einem gemeinsamen Konstrukt der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zusammenzufassen.

Daran anschließend gehen wir der Frage nach, inwieweit andere, theoretisch verwandte Konstrukte mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit korrespondieren. Entlang der Literatur zu rechtsextremen und rechtspopulistischen Einstellungen sowie der Konzeption eines Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit prüfen wir hierfür den Zusammenhang zwischen der Abwertung schwacher Gruppen und den Konstrukten Autoritarismus, Soziale Dominanzorientierung und Ablehnung von Diversität, die in diesem Zuge auch genauer erläutert werden.

Was bedeuten Zusammenhänge und Korrelationen?

Ein Zusammenhang drückt die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit aus, mit der eine Person nicht nur einem Konstrukt (hier einem Vorurteil), sondern zugleich auch einem anderen Konstrukt zustimmt, beziehungsweise beide ablehnt. Dieser Zusammenhang wird mithilfe von Korrelationen ermittelt. Ein Korrelationskoeffizient r kann Werte von -1 (perfekter negativer Zusammenhang) bis $+1$ (perfekter positiver Zusammenhang) annehmen. Ein Wert von 0 bedeutet, dass kein Zusammenhang besteht. Korrelationen bis $r = .3$ gelten als eher schwach; das heißt, recht viele Befragte stimmen nur dem einen Konstrukt zu, ohne zugleich dem anderen zuzustimmen. Eine Korrelation von $r = .3$ bis $r = .5$ verweist auf einen moderaten Zusammenhang. Eine Korrelation von $r > .5$ gilt als hoher Zusammenhang; das heißt, viele Befragte stimmen zugleich beiden Konstrukten zu, beziehungsweise lehnen beide ab. Das Signifikanzniveau zeigt die Wahrscheinlichkeit an, inwieweit der ermittelte Zusammenhang tatsächlich gilt oder es sich um ein zufälliges Ergebnis handelt (siehe Glossar).

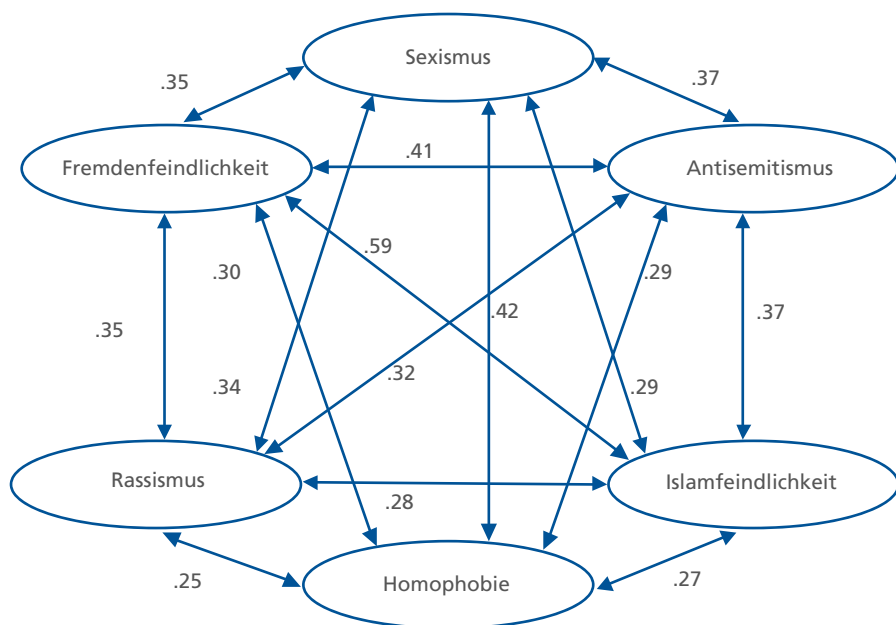
5.1 Zusammenhänge zwischen den untersuchten Vorurteilen

Wie angenommen korrelieren die sechs Vorurteile statistisch signifikant auf mittlerem bis hohem Niveau ($r = .25$ bis $.59$; vgl. Abb. 9). In den westlichen Industriestaaten Großbritannien, den Niederlanden, Deutschland, Italien und Frankreich konnten wir besonders hohe Zusammenhänge feststellen (vgl. Tab. 10). Menschen hegen also häufig nicht nur gegen eine spezifische Gruppe Vorurteile, sondern lehnen gleichzeitig auch weitere, auf den ersten Blick ganz unterschiedliche Gruppen ab. Diejenigen, die gegenüber Zuwanderer/innen pauschal abwertende Einstellungen vertreten, werten mit einiger Wahrscheinlichkeit auch Juden/Jüdinnen, Muslim/innen, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Homosexuelle und Frauen ab.

Ein besonders hoher Zusammenhang zeichnet sich in Europa zwischen *Fremden- & Islamfeindlichkeit* ab ($r = .59$). Viele der europäischen Befragten, die Zuwanderer/innen abwerten, vertreten zugleich auch pauschale negative Einstellungen gegenüber Muslim/innen oder dem Islam. Dies ist in besonderem Maße in den westlichen Industriestaaten Großbritannien ($r = .71$), Frankreich ($r = .69$) und den Niederlanden ($r = .66$), aber auch in Italien und Deutschland ($r > .55$) zu beobachten. Mit Ausnahme Italiens stammt in diesen Ländern ein vergleichsweise hoher Anteil der Zuwanderer/innen aus muslimischen Ländern und es werden dort teilweise heftige Integrationsdebatten geführt, die Zuwanderer/innen und Muslim/innen häufig in einem Atemzug nennen oder gleichsetzen, obwohl ein beachtlicher Anteil der Zuwanderer/innen aus nicht-muslimisch geprägten Ländern stammt.

Auch zwischen *Fremdenfeindlichkeit & Antisemitismus* stellt sich über alle Länder hinweg ein signifikanter und moderater Zusammenhang heraus ($r = .41$). Auch hier geht bei vielen Befragten die Abwertung von Zuwanderer/innen Hand in Hand mit der Abwertung von Juden/Jüdinnen. In den einzelnen Ländern reichen die Zusammenhänge von $.25$ in Portugal bis $.49$ in Deutschland.

Abb. 9: **Zusammenhänge zwischen den sechs Vorurteilsdimensionen in Europa**



Alle Korrelationen sind hoch signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau.

Darüber hinaus ist auch der recht hohe Zusammenhang zwischen *Sexismus* & *Homophobie* auffällig ($r = .42$). Die beiden Dimensionen hängen mit .45 in Großbritannien und den Niederlanden besonders eng zusammen, hingegen ist in Ungarn und Polen mit .22 und .19 nur ein schwacher Zusammenhang erkennbar. Dort geht die Abwertung homosexueller Menschen folglich nicht unbedingt auch mit einer Abwertung von Frauen einher. In Großbritannien und den Niederlanden, wie auch in mehreren anderen Ländern, stehen viele Befragte der Gleichstellung von Homosexuellen und der von Frauen entweder gleichermaßen vorbehaltlos gegenüber, oder sie sprechen sich gegen die

Gleichstellung sowohl von Homosexuellen als auch von Frauen aus. Recht wenige Befragte befürworten die Gleichstellung einer der beiden Gruppen und verweigern die Gleichstellung der jeweils anderen. In Bezug auf den Zusammenhang von Sexismus und den übrigen Vorurteilen ist bemerkenswert, dass hier nicht wie bei den anderen Bezugsgruppen der Status einer Minderheit entscheidend ist, da Frauen zahlenmäßig keine Minderheit sind. Für den niedrigeren sozialen Status, den Frauen mit anderen als ungleich definierten Gruppen gemeinsam haben, ist hier offensichtlich die nach wie vor weit verbreitete Vorstellung von der Ungleichwertigkeit der Frau ausschlaggebend.

Eine nennenswerte Korrelation besteht außerdem zwischen *Antisemitismus* & *Islamfeindlichkeit*, die für Europa insgesamt bei .37 liegt. In den einzelnen Ländern variiert der Zusammenhang zwischen .23 in Ungarn und .46 in Frankreich und ist abermals in den westeuropäischen Ländern stärker ausgeprägt, mit Ausnahme Portugals. Das heißt, ein beträchtlicher Teil der Befragten in diesen Ländern wertet entweder Juden/Jüdinnen und Muslim/innen zugleich oder eben keine dieser Minderheiten ab, während sich bei Befragten in Ungarn und Portugal eher spezifische Abwertungsmuster entweder gegen Juden/Jüdinnen oder Muslim/innen beobachten lassen.

Nur ein geringer Zusammenhang zeigt sich in Europa insgesamt zwischen *Rassismus* & *Islamfeindlichkeit* ($r = .28$), länderspezifisch bewegt sich die Ausprägung zwischen .12 in Frankreich und .39 in den Niederlanden. Vergleichsweise viele Befragte wenden sich also spezifisch entweder gegen Schwarze oder gegen Muslim/innen. Der Zusammenhang zwischen Rassismus und Antisemitismus ist in Europa ebenfalls relativ schwach ausgeprägt ($r = .32$), in Frankreich mit .21 am geringsten und in Großbritannien mit .37 am deutlichsten ausgeprägt. So richten sich die Vorurteile vieler europäischer Befragter auch in diesem Fall eher gruppenspezifisch entweder gegen Schwarze oder gegen Juden/Jüdinnen. Zwischen Homophobie und Rassismus beziehungsweise Islamfeindlichkeit bestehen in Europa mit .25 und .27 ebenfalls insgesamt eher lockere Zusammenhänge.

In Frankreich zeigen sich für den Rassismus, der sich gegen schwarze Menschen wendet, vergleichsweise schwache Zusammenhänge mit den anderen Vorurteilstypen. Ein möglicher Grund dafür ist, dass in Frankreich vergleichsweise viele Menschen mit schwarzer Hautfarbe leben und somit entsprechend viele Schwarze bei der Befragung teilgenommen haben.

Tab. 10: Zusammenhänge zwischen den GMF-Elementen in den einzelnen Ländern

		Antisemitismus	Rassismus	Islamfeindlichkeit	Sexismus	Homophobie
Fremdenfeindlichkeit	D	.49	.41	.55	.35	.26
	GB	.41	.39	.71	.34	.36
	F	.47	.23	.69	.31	.25
	NL	.35	.42	.66	.39	.20
	I	.35	.35	.60	.30	.34
	PT	.24	.40	.30	.36	.16
	PL	.44	.40	.29	.41	.29
	HU	.34	.31	.40	.25	.20
Antisemitismus	D		.30	.40	.33	.23
	GB		.35	.38	.27	.32
	F		.22	.46	.35	.21
	NL		.30	.33	.28	.19
	I		.27	.34	.27	.14
	PT		.26	.25	.17	.09
	PL		.29	.29	.34	.24
	HU		.27	.22	.11	.14
Rassismus	D			.33	.38	.22
	GB			.38	.38	.42
	F			.12	.13	.12
	NL			.39	.40	.27
	I			.35	.31	.19
	PT			.20	.41	.21
	PL			.22	.35	.14
	HU			.24	.26	.09
Islamfeindlichkeit	D				.23	.24
	GB				.35	.37
	F				.25	.20
	NL				.40	.26

		Antisemitismus	Rassismus	Islamfeindlichkeit	Sexismus	Homophobie
Islamfeindlichkeit	I				.31	.36
	PT				.15	.09 (ns)
	PL				.23	.13
	HU				.15	.03 (ns)
Sexismus	D					.35
	GB					.49
	F					.29
	NL					.45
	I					.37
	PT					.38
	PL					.19
	HU					.21

Alle Korrelationen sind mindestens signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau, ausgenommen jene mit dem Zusatz ns (= nicht signifikant).

5.2 Index der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Die insgesamt engen Zusammenhänge zwischen den sechs unterschiedlichen Vorurteilen legen nahe, dass sie durch eine gemeinsame Dimension der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit repräsentiert werden können. Deshalb haben wir die sechs hier berücksichtigten Abwertungsdimensionen zu einem Messwert, dem *GMF-Index*, zusammengefasst. Dieser berechnet sich als Mittelwert der sechs GMF-Elemente, drückt also die Intensität Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf Basis der Einzelausprägungen der sechs Vorurteile aus.

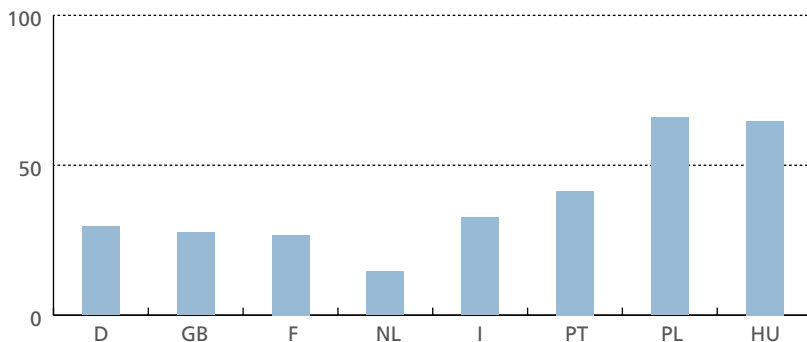
$$\text{GMF-Index} = \text{Fremdenfeindlichkeit} + \text{Rassismus} + \text{Antisemitismus} + \text{Islamfeindlichkeit} + \text{Sexismus} + \text{Homophobie} / 6$$

Die interne Konsistenz (Reliabilität) eines derartigen Indexes aus Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie lässt sich empirisch für Europa mit einem Cronbachs Alpha von $\alpha = .76$

(siehe Glossar), auf Länderebene mit einer internen Konsistenz von $\alpha = .62$ in Ungarn bis $\alpha = .79$ in Großbritannien, hinreichend bestätigen. Das bedeutet, alle sechs Vorurteile hängen in allen Ländern insgesamt so eng miteinander zusammen, dass sie sich auf einer einzigen Dimension der Gruppebezogenen Menschenfeindlichkeit abbilden lassen.¹⁶

Der *GMF-Index als Mittelwert* der genannten sechs Vorurteile kann einen Wert von 1 bis 4 einnehmen. Werte über 2.5 sprechen dafür, dass eine Person menschenfeindlichen Aussagen insgesamt häufiger zustimmt als sie diese ablehnt. Das ist über alle acht Länder hinweg bei 38 Prozent aller Befragten der Fall. Abbildung 10 verdeutlicht das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den einzelnen Ländern: In den Niederlanden ist es mit 15 Prozent am geringsten. In Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien neigt rund jeder Dritte bis Vierte, in Portugal sogar 41 Prozent zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In Ungarn und Polen ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei knapp zwei Dritteln der Befragten feststellbar und somit am weitesten verbreitet.

Abb. 10: **GMF in den einzelnen Ländern (Prozentwerte)**



16 Eine Faktoren- oder Hauptachsenanalyse der sechs Elemente extrahiert einen Faktor mit dem Eigenwert von 2,8 und einer aufgeklärten Varianz von 46 Prozent. Darüber hinaus haben wir das GMF-Syndrom mithilfe konfirmatorischer Faktorenanalysen und multipler Gruppenvergleiche auch für die Passung und Vergleichbarkeit in allen Ländern erfolgreich nachvollziehen können (Küpper, Zick & Wolf 2010). Das Modell mit metrischer Invarianz hat eine akzeptable Passung, das heißt, das GMF-Syndrom lässt sich für alle Länder einzeln nachweisen und in allen Ländern ist ein ähnliches Verständnis der Vorurteile gegeben; CFI = .911; AIC = 4444; RMSA = .023; P-Close = 1; Chi2/df = 5.21. Die interne Konsistenz des aus den sechs GMF-Elementen gebildeten GMF-Indexes beträgt in den einzelnen Ländern: GB: $\alpha = .79$, D: $\alpha = .75$, F: $\alpha = .79$, NL: $\alpha = .76$, I: $\alpha = .74$, PT: $\alpha = .66$, PL: $\alpha = .71$, HU: $\alpha = .62$.

5.3 Zusammenhang mit anderen Komponenten rechts-extremer Einstellungen

Wie in Kapitel 1.3 diskutiert gelten weitere Konstrukte als zentrale Bestandteile rechtsextremer oder rechtspopulistischer Einstellungen. Die sozialpsychologische Vorurteilsforschung hat einige dieser Konstrukte nicht als konstituierende Elemente, sondern als Einfluss- beziehungsweise Erklärungsfaktoren diskutiert und empirisch bestätigt. Im Folgenden prüfen wir, inwieweit einige ausgewählte ideologische Grundüberzeugungen tatsächlich mit der Abwertung von schwachen Gruppen in Verbindung stehen. Die Auswahl der Konstrukte ist theoretisch begründet und durch den Zuschnitt der Datengrundlage begrenzt. Wir können einige ideologische Bausteine, die in der Rechtsextremismusforschung als relevant und als theoretisch eng mit der Abwertung verknüpft diskutiert werden, nicht berücksichtigen, da sie hier nicht erfasst wurden.

Zunächst folgt eine kurze Beschreibung der Konstrukte, die hier Berücksichtigung fanden. Die ersten beiden, der *Autoritarismus* und die *Soziale Dominanzorientierung*, haben sich bereits in zahlreichen Untersuchungen als besonders erklärungskräftig für die Neigung zur Abwertung von schwachen Gruppen erwiesen (Duckitt & Sibley 2006; Zick et al. 2008). Darüber hinaus haben wir als Drittes untersucht, inwieweit Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit einer generellen *Ablehnung von Diversität* zusammenhängt.

Der *Autoritarismus* beschreibt die Neigung zu, und Befürwortung von Unterwürfigkeit und Gehorsam gegenüber Autoritäten (Adorno et al. 1950, Altemeyer 1988). Diese Haltung beinhaltet eine aggressive *Law-and-Order-Mentalität*, die Normabweichung sanktioniert sehen möchte. Der Zusammenhang von Autoritarismus und Vorurteilen wurde bereits 1950 von Adorno und Kolleg/innen vermutet und mittlerweile in zahlreichen empirischen Studien bestätigt (z.B. Stellmacher 2004; auch Decker et al. 2010). Je stärker eine Person zum Autoritarismus neigt, desto wahrscheinlicher wertet sie schwache Gruppen ab, die von der vorherrschenden beziehungsweise gesetzten oder wahrgenommenen Norm abweichen. Die Abweichung von der Norm

kann sich an ganz unterschiedlichen Merkmalen festmachen, etwa an der Hautfarbe, dem kulturellen oder religiösen Hintergrund, dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung oder dem Lebensstil.

Die *Soziale Dominanzorientierung (SDO)* beschreibt die Befürwortung und Ablehnung gruppenbasierter Hierarchien (Sidanius & Pratto 1999). Personen mit einer hohen SDO finden es beispielsweise gerechtfertigt, dass einige Gruppen ganz oben, andere ganz unten in der Gesellschaft stehen, und möchten, dass diese soziale Rangordnung auch so bleibt. Personen mit niedriger SDO bevorzugen Gleichheit zwischen sozialen Gruppen. Auch hier haben zahlreiche empirische Studien bestätigt, dass Personen, die eine hierarchische Ordnung der Gesellschaft grundsätzlich befürworten, eher zu Vorurteilen neigen. Zick et al. (2008) konnten empirisch nachweisen, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kern von SDO, gewissermaßen von einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, bestimmt ist

Die *Ablehnung von Diversität* beschreibt, inwieweit Personen kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt in der Gesellschaft gutheißen. Personen, die Diversität ablehnen und eine homogene Gesellschaft basierend auf gleichen Werten und Traditionen wünschen, neigen eher zu Vorurteilen (Zick & Küpper 2010).

Die Konstrukte wurden mit jeweils zwei Aussagen erfasst. Tabelle 11 führt auf, wie häufig die europäischen Befragten diesen zugestimmt haben. Hierfür wurde der Prozentsatz derjenigen, die einer Aussage „eher“ und jener, die einer Aussage „voll und ganz“ zugestimmt haben, addiert.

Eine hohe Neigung zu *Autoritarismus* ist in allen hier untersuchten Ländern recht einheitlich erkennbar. In Großbritannien, den Niederlanden, Portugal und Ungarn vertreten über 90 Prozent der Befragten die Auffassung, es sollte härter gegen Unruhestifter vorgegangen werden, um Recht und Ordnung zu bewahren. In Italien sind zwei Drittel der Befragten dieser Meinung. Rund 80 Prozent in allen Ländern, in Portugal sogar 94 Prozent, sprechen sich außerdem dafür aus, dass Schüler/innen in der Schule vor allem lernen sollten, was Disziplin bedeutet.

Eine Neigung zu *Sozialer Dominanzorientierung* ist unter den europäischen Befragten dagegen nur mäßig verbreitet. In den meisten westlichen Ländern meinen jeweils unter 20 Prozent der Befragten, untergeordnete Gruppen sollten an ihrem Platz bleiben. In Frankreich antworten 7 Prozent, dass sich an der sozialen Hierarchie nichts ändern solle. In den osteuropäischen Ländern sowie Italien und Portugal schließen sich zwischen 24 und 29 Prozent der Befragten dieser Aussage an. In den osteuropäischen Ländern Ungarn und Polen halten es zudem rund 40 Prozent der Befragten für eine gute Sache, wenn einige Gruppen in der Gesellschaft an der Spitze, andere weiter unten stehen. In Frankreich, Großbritannien und Italien ist jeder Fünfte dieser Ansicht.

In allen Ländern außer Portugal und Polen befürwortet mindestens die Hälfte bis zu zwei Dritteln der Befragten eine religiöse *Vielfalt* im eigenen Land, in Ungarn sind es drei Viertel der Befragten. Ein Gegengewicht hierzu bilden die Befragten, die für einheitliche Sitten und Gebräuche plädieren. In Deutschland und Frankreich spricht sich rund ein Drittel der Befragten dafür aus, in Polen meinen mit drei Vierteln der Befragten vergleichsweise viele, dass es besser sei, wenn in ihrem Land fast alle dieselben Sitten und Gebräuche teilten.

Tab. 11: **Aussagen zu theoretisch verwandten Konstrukten (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Autoritarismus									
1	Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifter vorgehen.	79,2	92,0	76,8	91,7	65,3	91,6	84,1	95,7
2	In der Schule sollten Schüler vor allem lernen, was Disziplin bedeutet.	81,3	88,3	87,6	78,8	85,0	94,0	82,0	84,7
Soziale Dominanzorientierung									
5	Untergeordnete Gruppen sollten an ihrem Platz bleiben.	19,4	13,2	6,7	15,6	26,9	23,9	24,9	28,5
6	Es ist vermutlich eine gute Sache, wenn einige Gruppen in der Gesellschaft an der Spitze, andere weiter unten stehen.	26,5	18,5	14,3	22,8	14,5	20,4	40,2	40,8

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Diversität									
7	Es ist besser für ein Land, wenn es eine Vielfalt unterschiedlicher Religionen gibt. ¹⁶	65,8	62,5	65,7	58,9	53,5	43,6	43,0	75,6
8	Es ist besser für ein Land, wenn fast alle dieselben Sitten und Gebräuche haben.	36,6	42,5	36,7	40,5	48,9	61,7	74,6	57,1

Anschließend haben wir die Aussagen der drei Konstrukte jeweils zu einer Mittelwertskala zusammengefasst und untersucht, inwieweit sie mit dem GMF-Index korrelieren (vgl. Tab. 12). Wir konnten über alle europäischen Länder hinweg signifikante Zusammenhänge zwischen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Autoritarismus ($r = .40$), Sozialer Dominanzorientierung ($r = .42$) sowie einer negativen Haltung gegenüber Diversität ($r = .45$) feststellen. Befragte, die schwache Gruppen abwerten, vertreten also mit einiger Wahrscheinlichkeit auch weitere ideologische Grundüberzeugungen, die gegen die Gleichwertigkeit verschiedener Gruppen sprechen.

Tab. 12: Zusammenhänge der Konstrukte mit GMF

		Autoritarismus	Soziale Dominanzorientierung	Ablehnung von Diversität
GMF	EU	.40	.42	.45
	D	.53	.46	.43
	GB	.44	.42	.52
	F	.50	.36	.49
	NL	.44	.50	.51
	I	.56	.47	.50
	PT	.11	.46	.40
	PL	.42	.30	.36
	HU	.24	.18	.32

Alle Korrelationen sind hoch signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau.

17 Für die Bildung der Mittelwertskala haben wir dieses Item so umkodiert, dass hohe Werte für eine Ablehnung von Diversität sprechen.

Diese signifikanten positiven Zusammenhänge bestehen ausnahmslos in allen Ländern (vgl. Tab. 12). In den *westlichen Industrieländern* Großbritannien, Deutschland, Italien und den Niederlanden sind die Korrelationen zwischen den ideologischen Grundüberzeugungen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besonders hoch.¹⁸ Vereinzelte Auffälligkeiten finden sich in Frankreich und Portugal: In Frankreich korreliert Soziale Dominanzorientierung weniger stark mit dem GMF-Syndrom als die anderen beiden Konstrukte. In Portugal ist ein auffällig schwacher Zusammenhang zwischen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Autoritarismus nachweisbar ($r = .11$). In den *osteuropäischen Ländern* Polen und Ungarn zeichnen sich tendenziell schwächere, aber dennoch signifikante Zusammenhänge ab. Insgesamt lässt sich in allen Ländern ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen den drei Konstrukten und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bestätigen.

Die sechs Vorurteile Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie, die kulturübergreifend gut und vergleichbar erfasst werden konnten, hängen signifikant und substantiell miteinander zusammen. Sie lassen sich nach statistischer Prüfung in allen Ländern zu einem gemeinsamen Index Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenfassen. Der Index macht noch einmal deutlich: Das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist in den Niederlanden vergleichsweise gering, in Polen und Ungarn hingegen auffallend hoch. Ideologische Grundhaltungen, die Gleichwertigkeit, Liberalität und Pluralität infrage stellen, wie der Autoritarismus, die Soziale Dominanzorientierung und die Ablehnung von Diversität, hängen eng mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammen. In Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden und Italien ist der Zusammenhang besonders hoch, in Portugal und Ungarn in der Tendenz etwas schwächer.

18 Bandbreite der bivariaten Korrelationen zwischen GMF und den ideologischen Grundüberzeugungen: Autoritarismus: $r = .24$ in Ungarn bis $r = .56$ in Italien; Italien (Portugal $r = .11$); Soziale Dominanzorientierung; $r = .18$ in Ungarn bis $r = .50$ in den Niederlanden; Ablehnung von Diversität: $r = .32$ in Ungarn bis $r = .52$ in Großbritannien.

6. Demographie der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

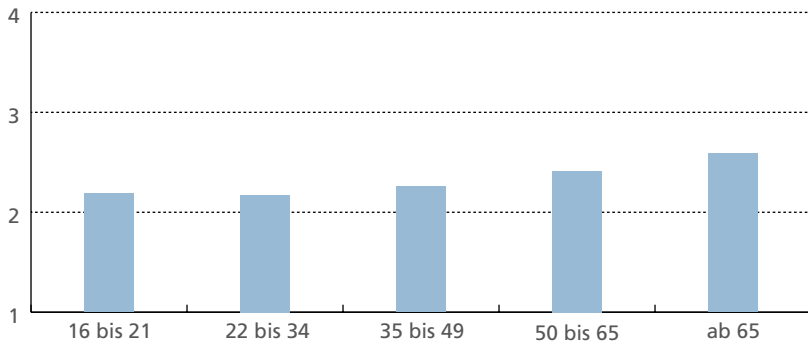
In diesem Kapitel untersuchen wir das Ausmaß der Abwertung in Abhängigkeit von den demographischen Variablen Alter, Bildung, Geschlecht und Einkommen. Wir haben in mehreren Schritten analysiert, in welchem Umfang die sechs Elemente des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) unter den entsprechenden Bevölkerungsgruppen in den acht europäischen Ländern verbreitet sind.

Für jede demographische Variable haben wir zunächst die GMF-Mittelwerte, also die durchschnittliche Zustimmung bezüglich aller sechs Vorurteilstypen, für die entsprechenden Gruppen ermittelt und mit dem im vorigen Kapitel dargestellten Abwertungsindex in Beziehung gesetzt. Die Ergebnisse sind in der jeweils ersten Abbildung über alle acht Länder hinweg und jeweils zum Abschluss noch einmal länderweise differenziert dargestellt. Darüber hinaus haben wir das Ausmaß aller sechs Elemente noch einmal getrennt auf ihren Zusammenhang zur jeweiligen demographischen Variable analysiert. Die statistisch bedeutsamen Mittelwertsunterschiede sind unter den Abbildungen ausgewiesen.

6.1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in verschiedenen Altersgruppen

Wie sehr schlägt sich das Alter der europäischen Befragten im Ausmaß ihrer Abwertung nieder? In Abbildung 11 zeigt sich hier ein nahezu linearer Zusammenhang. Für alle Altersgruppen ab 22 Jahren aufwärts gilt: Je älter die Befragten sind, desto stärker werten sie Andere ab. Einzig die jüngsten Befragten, die 16- bis 21-Jährigen, fallen aus der Reihe. Sie äußern sich augenscheinlich häufiger abwertend als die nächstältere Altersgruppe. Statistisch signifikant unterscheidet sich ihr GMF-Mittelwert jedoch nicht von dem der 22- bis 34-Jährigen. Die 35- bis 49-Jährigen, die 50- bis 65-Jährigen und die über 65-Jährigen äußern sich wiederum signifikant häufiger menschenfeindlich als die jeweils nächstjüngere Alterskohorte.

Abb. 11: GMF in Europa nach Alter (Mittelwerte)

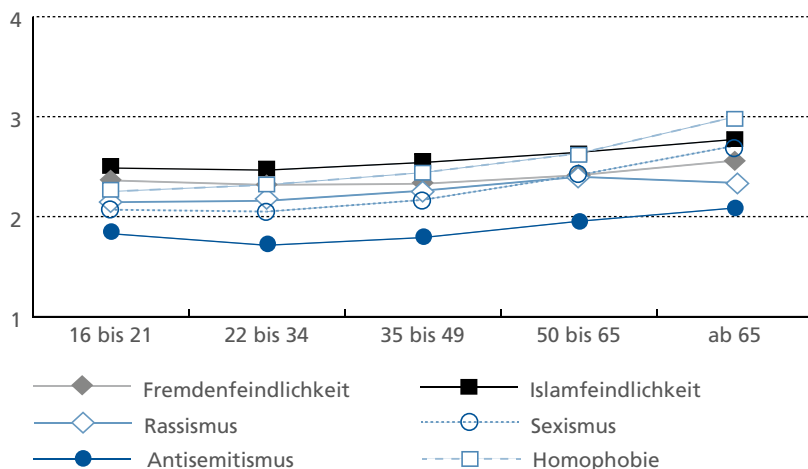


Unterschied nach Alter: $F(4,7488) = 143.11$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: $22-34, 16-21 < 35-49 < 50-65 < ab\ 65$.

6.1.1 Ergebnisse differenziert nach Vorurteilstypen

Was sich für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit insgesamt angedeutet hat, bestätigt sich auch für die einzelnen Elemente (vgl. Abb. 12). Im Großen und Ganzen gilt auch hier: Je älter die Befragten sind, desto häufiger äußern sie Vorurteile gegenüber allen hier berücksichtigten Gruppen. Die Altersgruppen der über 50-jährigen Befragten fallen durch eine besonders hohe Neigung zur Abwertung auf. Die ältesten Befragten, also die über 65-Jährigen, neigen signifikant häufiger zu Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamfeindlichkeit, vor allem auch zu Sexismus und Homophobie, gefolgt von den 50- bis 65-Jährigen. Eine Ausnahme bildet der Antisemitismus. Hier stimmen die 50- bis 65-Jährigen signifikant stärker zu als die über 65-Jährigen. Die Altersverteilung rassistischer Einstellungen weicht ebenfalls leicht von diesem Trend ab. Hier zeigen die jüngsten Befragten der 16- bis 21-Jährigen eine signifikant höhere Abwertung als die nächstälteren Befragten der 22- bis 34-Jährigen. Letztgenannte Altersgruppe äußert sich auch für die übrigen Vorurteilsdimensionen auffallend selten abwertend. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Sexismus sind in dieser Kohorte am geringsten ausgeprägt.

Abb. 12: Soziale Vorurteile in Europa nach Alter (Mittelwerte)



Unterschiede nach Altersgruppen:

Fremdenfeindlichkeit $F(4,7478) = 27.72$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: 22–34, 35–49, 16–21 < 16–21, 50–65 < ab 65.

Antisemitismus $F(4,7207) = 31.51$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: 16–21, 22–34 < 35–49 < ab 65 < 50–65.

Rassismus $F(4,7387) = 52.51$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: 22–34 < 35–49, 16–21 < 50–65 < ab 65. Islamfeindlichkeit $F(4,6906) = 32.46$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: 22–34, 16–21 < 16–21, 35–49 < 50–65 < ab 65.

Sexismus $F(4,7474) = 148.12$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: 22–34, 16–21 < 35–49 < 50–65 < ab 65.

Homophobie $F(4,7370) = 108.70$, $p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: 16–21, 22–34 < 35–49 < 50–65 < ab 65.

6.1.2 Ergebnisse differenziert nach Ländern

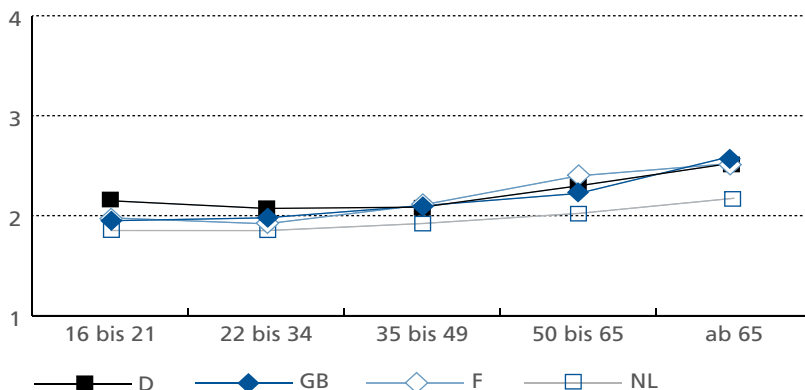
Auch innerhalb der einzelnen Länder ist zu beobachten, dass das Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit zunehmendem Alter ansteigt. In Großbritannien äußern sich die über 65-Jährigen, in Deutschland bereits die über 50-Jährigen auffallend stark abwertend im Vergleich zu den Befragten jüngeren Alters, insbesondere was die fremdenfeindlichen, islamfeindlichen und rassistischen Aussagen angeht. In Deutschland ist jedoch auch das hohe Ausmaß an Sexismus und Homophobie unter den 16- bis 21-Jährigen auffällig.

In Frankreich und Italien zeichnet sich für die älteren Altersgruppen zwar ebenfalls ein linearer Alterszusammenhang ab, der sich jedoch nicht für die jünger-

ten Befragten fortsetzt. In Italien äußern die jüngsten Befragten der 16- bis 21-Jährigen etwa genauso häufig Vorurteile wie die 35- bis 65-Jährigen und sind damit wesentlich menschenfeindlicher eingestellt als ihre nächstältere Altersgruppe der 22- bis 34-Jährigen. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus sind bei den jüngsten Italiener/innen besonders stark ausgeprägt. Auch in Frankreich antwortet die jüngste Altersgruppe abwertender als ihre 22- bis 34-jährigen Landesgenossen, bei den jüngsten Franzosen/Französisinnen ist der Rassismus auffällig weit verbreitet. Ansonsten antworten in Frankreich vor allem die über 50-Jährigen deutlich abwertender als die französischen Befragten unter 50 Jahren.

In den Niederlanden fällt die Zustimmung zu menschenfeindlichen Äußerungen insgesamt zwar verhältnismäßig niedrig aus, doch bleibt der lineare Zusammenhang zwischen Alter und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erhalten. So antworteten auch hier die über 65-jährigen Befragten hinsichtlich aller sozialen Vorurteile am häufigsten abwertend. Die einzige Abweichung von diesem Trend bilden die 16- bis 21-jährigen Niederländer/innen, die sich hinsichtlich der fremdenfeindlichen Vorurteile auffällig häufig zustimmend äußern.

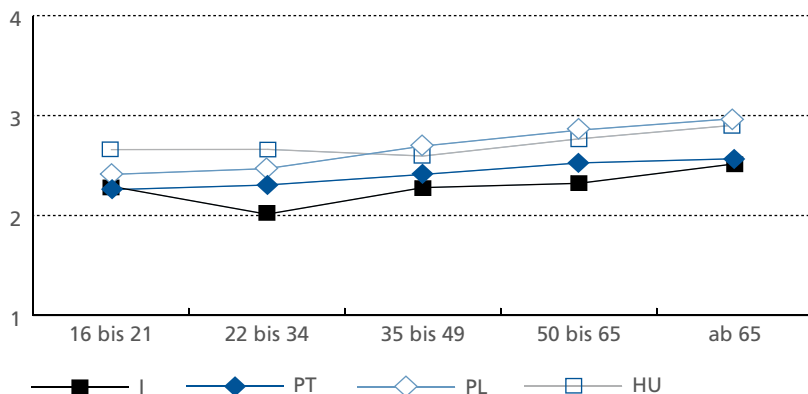
Abb. 13: Ländervergleich der GMF-Mittelwerte nach Alter I



In Portugal und Ungarn unterscheiden sich die Altersgruppen im Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ebenfalls eher gering, insgesamt

ist aber auch dort eine Linearität erkennbar. Während Gleiches in Portugal auch für die einzelnen Abwertungsdimensionen gilt, ergibt sich für die einzelnen Vorurteilstypen in Ungarn ein differenzierteres Bild. Ältere Befragte antworten dort eindeutig häufiger sexistisch, homophob und antisemitisch, mit nur einer Einschränkung: Die ältesten Befragten der über 65-Jährigen äußern sich gegenüber Juden/Jüdinnen vergleichsweise selten abwertend. Erwähnenswert in Ungarn ist außerdem die auffallend weite Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus unter den jüngsten Befragten. In Polen ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei allen Befragten über 35 Jahren auffallend stark ausgeprägt. Einzig die beiden jüngsten Altersgruppen setzen sich durch eine signifikant niedrigere Abwertung von allen älteren Befragten ab. In Polen setzt sich diese Linearität auch für die einzelnen Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit fort. In Italien neigen jüngere Erwachsene zwischen 22 und 35 Jahren am wenigsten, die Ältesten ab 65 Jahren am meisten zu GMF.

Abb. 14: **Ländervergleich der GMF-Mittelwerte nach Alter II**



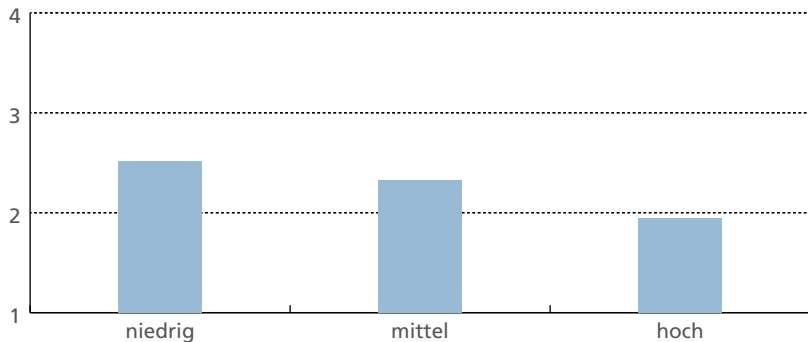
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt in allen Ländern mit dem Alter zu.

6.2 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in verschiedenen Bildungsgruppen

Inwieweit ist die Bereitschaft zu Abwertung eine Frage der Bildung? Die europäischen Bildungssysteme sind sehr vielfältig und nur bedingt miteinander vergleichbar. Deshalb ordnen wir die Teilnehmenden dieser Erhebung in drei Gruppen ein und unterscheiden zwischen den Befragten mit einem vergleichsweise niedrigen, einem mittleren und einem hohen Schulabschluss. Diese Einteilung erfolgte nicht anhand des absoluten Bildungsniveaus Europas, sondern jeweils relativ in der untersuchten Landesstichprobe. So repräsentiert jede der drei Bildungsgruppen in etwa ein Drittel der Bevölkerung.

Die für diese drei Bildungsgruppen ermittelten GMF-Mittelwerte in Abbildung 15 zeigen: Je niedriger das Bildungsniveau der Befragten ist, desto stärker werten sie ab.

Abb. 15: GMF in Europa nach Bildung (Mittelwerte)

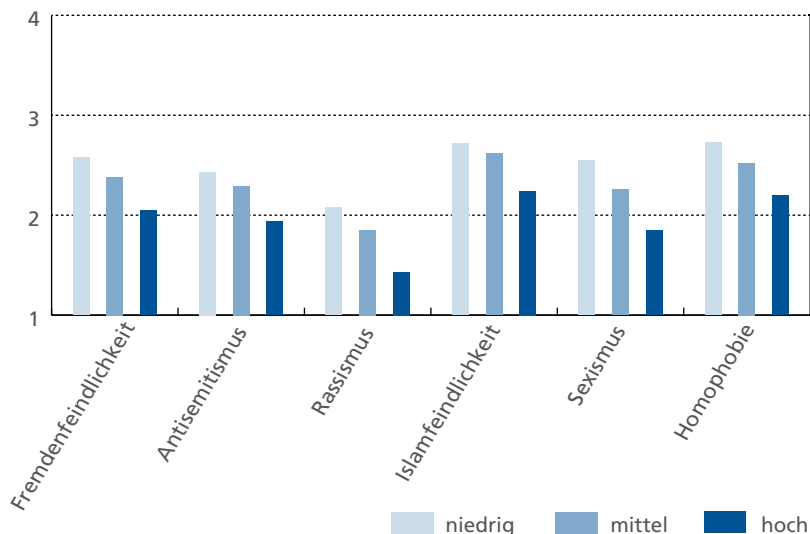


Bildung $F(2, 7144) = 541.88, p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: hoch < mittel < niedrig.

6.2.1 Ergebnisse differenziert nach Vorurteilstypen

Dieser Zusammenhang lässt sich auch für jede einzelne der sechs Abwertungsdimensionen bestätigen (vgl. Abb. 16). Befragte mit vergleichsweise niedrigem Bildungsstand erweisen sich als fremdenfeindlicher, antisemitischer, rassistischer, islamfeindlicher, sexistischer und homophober als höher Gebildete.

Abb. 16: **Soziale Vorurteile in Europa nach Bildung (Mittelwerte)**



Unterschiede zwischen Bildungsgruppen:

Fremdenfeindlichkeit $F(2, 7134) = 256.02, p < .001$; Antisemitismus $F(2, 6871) = 221.34, p < .001$;

Rassismus $F(2, 7053) = 329.18, p < .001$; Islamfeindlichkeit $F(2, 6583) = 162.01, p < .001$;

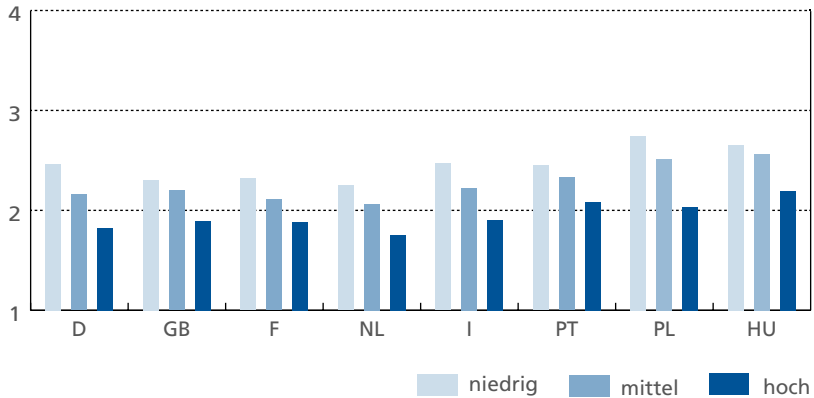
Sexismus $F(2, 7136) = 313.60, p < .001$; Homophobie $F(2, 7028) = 120.19, p < .001$;

Alle *post-hoc*-Vergleich: hoch < mittel < niedrig

6.2.2 Ergebnisse differenziert nach Ländern

Auch in der nach Ländern differenzierten Auswertung zeigt sich dieser Trend (vgl. Abb. 17). In allen untersuchten Ländern gilt sowohl für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit insgesamt als auch für die einzelnen Abwertungsdimensionen: je niedriger der Bildungsstand, desto stärker die Abwertung. Erwähnenswert ist zudem, dass die Differenz zwischen den GMF-Mittelwerten der Hochgebildeten und der Befragten mit mittlerem Bildungsniveau in allen Ländern größer ist als die Differenz zwischen den GMF-Mittelwerten der Niedriggebildeten und der Befragten mit mittlerem Bildungsniveau. Insbesondere in Ungarn, Großbritannien und Portugal ist der Unterschied im Antwortverhalten zwischen Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss auffallend gering. Es sind also vor allem die Hochgebildeten, die vergleichsweise seltener zu Vorurteilen neigen.

Abb. 17: **Ländervergleich der GMF-Mittelwerte nach Bildung**



Unterschied nach Bildungsgruppen:

Deutschland $F(2, 866) = 79.80, p < .001$; Großbritannien $F(2, 902) = 56.40, p < .001$;

Frankreich $F(2, 810) = 42.60, p < .001$; Niederlande $F(2, 943) = 80.72, p < .001$;

Italien $F(2, 933) = 92.61, p < .001$; Portugal $F(2, 943) = 156.34, p < .001$;

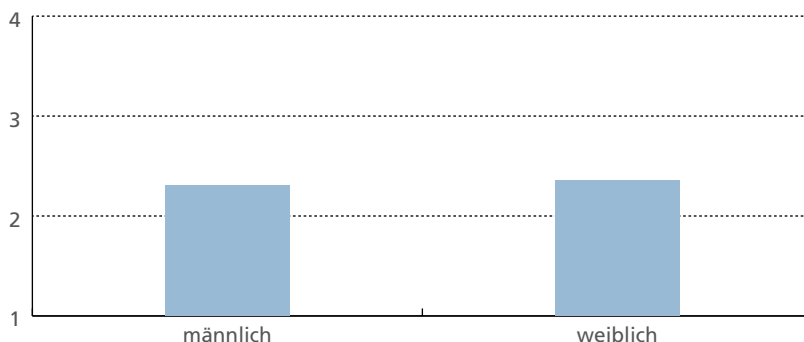
Polen $F(2, 827) = 92.61, p < .001$; Ungarn $F(2, 899) = 39.99, p < .001$.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt mit besserer Bildung ab.

6.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Männern und Frauen

Stimmen Frauen oder Männer häufiger abwertenden Aussagen gegenüber schwachen Gruppen zu? Wir haben die Antworten aller europäischen Befragten differenziert nach Geschlecht ausgewertet. Die daraus resultierenden GMF-Mittelwerte in Abbildung 18 zeigen, dass Frauen sich durchschnittlich häufiger abwertend äußern als Männer.

Abb. 18: **GMF in Europa nach Geschlecht (Mittelwerte)**



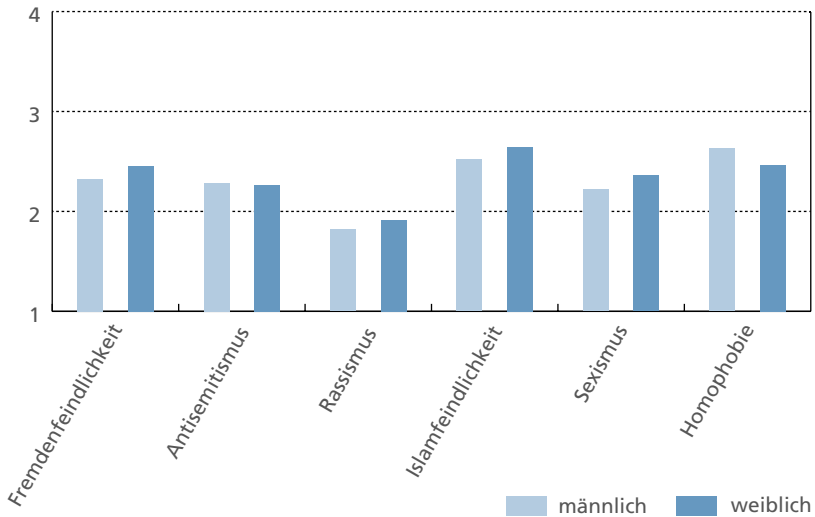
Geschlecht $F(1, 7523) = 17.88, p < .001$.

6.3.1 Ergebnisse differenziert nach Vorurteilstypen

Der differenzierte Blick auf die einzelnen Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit offenbart im Wesentlichen ein ähnliches Muster (vgl. Abb. 19). Frauen sind im Durchschnitt signifikant fremdenfeindlicher, rassistischer, islamfeindlicher und sexistischer als Männer. Kein Unterschied zeigt sich im Antisemitismus. Männer antworten lediglich bezüglich der Homophobie signifikant abwertender als Frauen.

Ein möglicher Grund für die weitere Verbreitung von Vorurteilen unter Frauen besteht darin, dass sie in der repräsentativen Stichprobe durchschnittlich etwas älter sind und zugleich über niedrigere Bildungsabschlüsse verfügen. Um diese Vermutung zu überprüfen, haben wir den Einfluss von Alter und Bildung herausgerechnet. Der beobachtete Einfluss des Geschlechts verringert sich dann tatsächlich, der Trend aus der ursprünglichen Analyse bleibt jedoch weiterhin signifikant bestehen. Das unterschiedliche Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter Männern und Frauen ist also nicht alleine auf die Alters- und Bildungsunterschiede in der Stichprobe zurückzuführen.

Abb. 19: Soziale Vorurteile in Europa nach Geschlecht (Mittelwerte)



Unterschied zwischen Männern und Frauen:

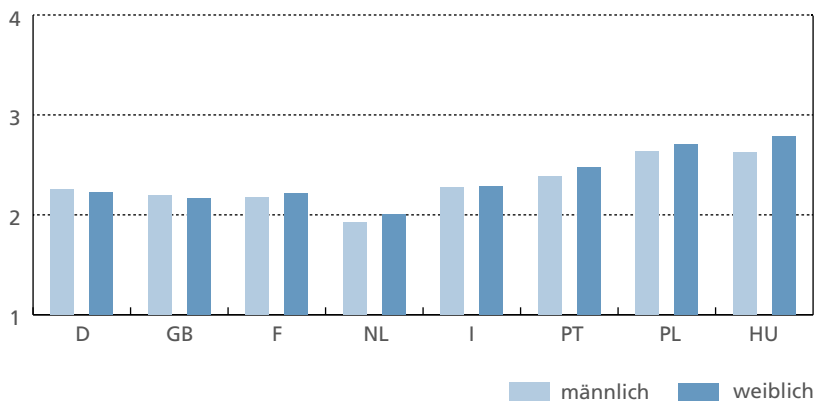
Fremdenfeindlichkeit $F(1, 7513) = 58.02, p < .001$; Antisemitismus $F(1, 7239) = 1.45, ns$;
 Rassismus $F(1, 7422) = 27.05, p < .001$; Islamfeindlichkeit $F(1, 6937) = 46.39, p < .001$;
 Sexismus $F(1, 7509) = 47.10, p < .001$; Homophobie $F(1, 7405) = 45.66, p < .001$.

6.3.2 Ergebnisse differenziert nach Ländern

Auch in den einzelnen Ländern sind es meistens die Frauen, die abwertender antworten als ihre männlichen Landsleute. Allerdings sind die Geschlechterunterschiede innerhalb der Länder unterschiedlich ausgeprägt (vgl. Abb. 20). Insgesamt unterscheidet sich in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien das Ausmaß der Abwertung unter Männern und Frauen nicht signifikant. Betrachten wir dort jedoch die einzelnen Vorurteilsdimensionen, werden einzelne Unterschiede sichtbar. In allen vier Ländern äußern sich männliche Befragte häufiger homophob als weibliche. Unter weiblichen Befragten sind in Großbritannien und Deutschland dagegen islamfeindliche Vorurteile weiter verbreitet und in Italien Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Sexismus stärker ausgeprägt. Die Französisinnen antworten häufiger fremdenfeindlich, antisemitisch, rassistisch und islamfeindlich als ihre männlichen Landsleute.

In den Niederlanden, Portugal, Polen und Ungarn hegen bereits laut GMF-Index weibliche Befragte eindeutig mehr Vorurteile als männliche. Dieses Bild bestätigt sich zumeist auch für die einzelnen Dimensionen: In allen vier Ländern antworten Frauen fremdenfeindlicher, sexistischer und islamfeindlicher als Männer, in Portugal, Polen und Ungarn darüber hinaus sogar rassistischer. Lediglich in Ungarn und Polen ist der Antisemitismus unter den männlichen Befragten stärker ausgeprägt. Anders als in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien äußern sich die Frauen in diesen vier Ländern zudem häufiger homophob als ihre männlichen Landsleute.

Abb. 20: **Ländervergleich der GMF-Mittelwerte nach Geschlecht**



Geschlechterunterschied nach Ländern:

Deutschland $F(1, 914) = .921$, ns; Großbritannien $F(1, 987) = .877$, ns;

Frankreich $F(1, 913) = 1.51$, ns; Niederlande $F(1, 967) = 6.84$, $p < .01$;

Italien $F(1, 965) = .23$, ns; Portugal $F(1, 944) = 17.97$, $p < .001$; Polen $F(1, 913) = 4.64$, $p < .05$;

Ungarn $F(1, 906) = 19.06$, $p < .001$.

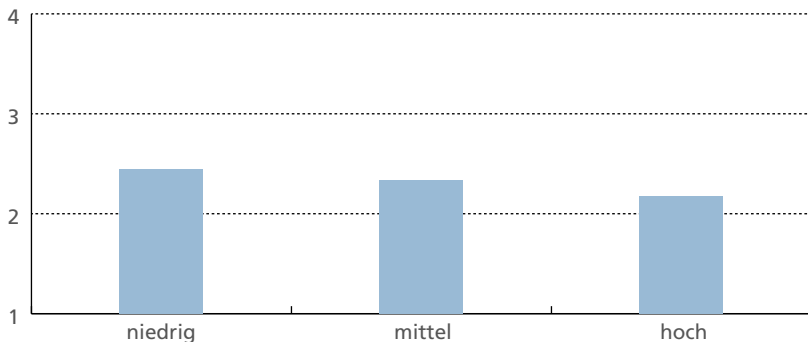
Männer und Frauen unterscheiden sich nur geringfügig im Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

6.4 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in verschiedenen Einkommensgruppen

Inwieweit ist die Abwertung schwacher Gruppen von den Einkommensverhältnissen der Befragten abhängig? Wie die Bildungssysteme variieren auch die Einkommen in den europäischen Ländern teilweise erheblich. Deshalb haben wir auch hier künstliche Kategorien gebildet und die Befragten in Gruppen mit vergleichsweise niedrigen, mittleren und hohen Einkommen eingeteilt. Auch an dieser Stelle erfolgt die Einteilung nicht anhand des absoluten Einkommensniveaus, sondern jeweils relativ in der untersuchten Landestichprobe. So repräsentiert jede der drei Einkommensgruppen ungefähr ein Drittel der Bevölkerung.

Die errechneten Mittelwerte in Abbildung 21 offenbaren einen linearen Zusammenhang: Befragte mit niedrigen Einkommen neigen stärker zu Abwertung als jene mit mittleren oder hohen Einkommen.

Abb. 21: **GMF in Europa nach Einkommen (Mittelwerte)**



Unterschied nach Einkommen: $F(2, 5718) = 110.44, p < .001$; *Post-hoc*-Vergleich: hoch < mittel < niedrig.

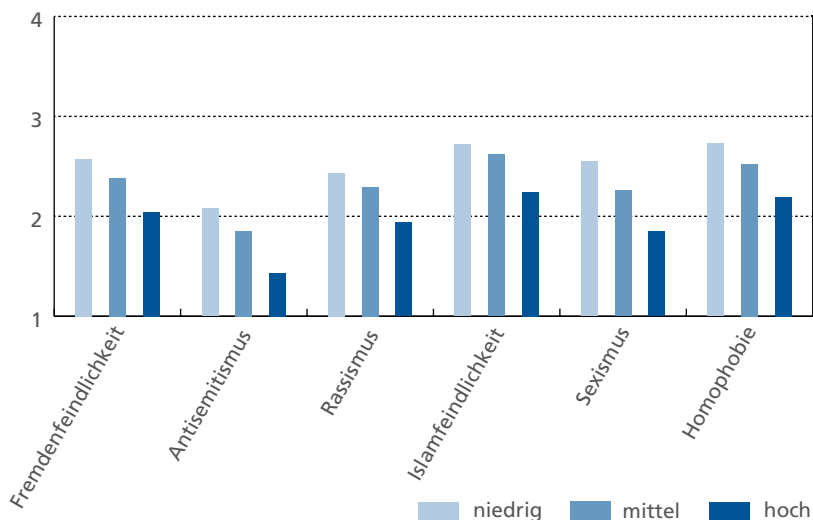
Einkommen und Bildung der Befragten hängen eng miteinander zusammen. Um Aufschluss darüber zu erhalten, inwieweit Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf Einkommen und inwieweit auf Bildung zurückführbar ist, haben wir in einer zweiten Analyse (hier nicht abgebildet) den Einfluss der Bildung

und Alter herausgerechnet. In der Tat verringert sich dann der beobachtete Einfluss des Einkommens, der Trend aus der ursprünglichen Analyse bleibt jedoch weiterhin signifikant bestehen. Ungeachtet der Bildung tendieren Menschen mit niedrigeren Einkommen also durchschnittlich eher zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als jene mit höheren Einkommen.

6.4.1 Ergebnisse differenziert nach Vorurteilstypen

Dieser Trend zeigt sich auch für alle sechs Einzeldimensionen (vgl. Abb. 22): Je geringer das Einkommen der Befragten, desto fremdenfeindlicher, antisemitischer, rassistischer, islamfeindlicher, sexistischer und homophober sind ihre Einstellungen. Dies lässt sich hinsichtlich aller sozialen Vorurteile nahezu für alle Einkommensstufen als statistisch signifikant bestätigen. Lediglich hinsichtlich des Rassismus unterscheiden sich die Antworten der Befragten mit niedrigen Einkommen nicht signifikant von jenen der Befragten mit mittleren Einkommen.

Abb. 22: **Soziale Vorurteile in Europa nach Einkommen (Mittelwerte)**



Unterschied nach Einkommen:

Fremdenfeindlichkeit $F(2,5712) = 105.70$, $p < .001$; Antisemitismus $F(2,5552) = 51.52$, $p < .001$;

Rassismus $F(2,5648) = 44.73$, $p < .001$; Islamfeindlichkeit $F(2,5328) = 28.90$, $p < .001$;

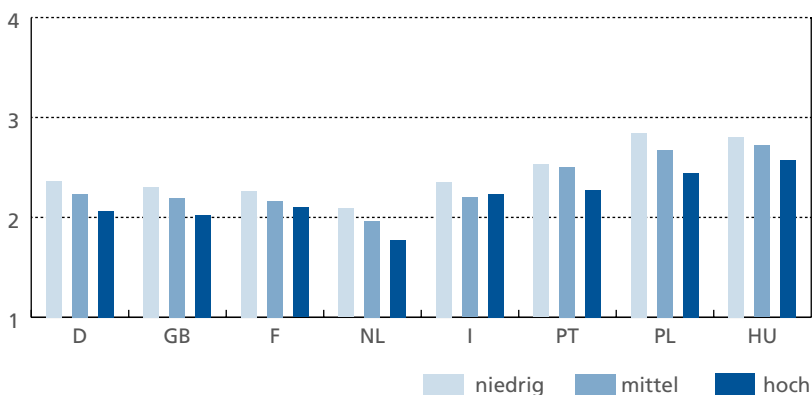
Sexismus $F(2,5712) = 93.76$, $p < .001$; Homophobie $F(2,5657) = 21.73$, $p < .001$;

Alle *post-hoc*-Vergleiche hoch < mittel < niedrig mit Ausnahme Rassismus: hoch < mittel, niedrig.

6.4.2 Ergebnisse differenziert nach Ländern

Der lineare Trend zunehmender Vorurteile bei abnehmendem Einkommen zeigt sich in fast allen Ländern: je niedriger das Einkommensniveau, desto stärker die Abwertung. Vereinzelte Abweichungen bestehen in Italien, Frankreich, Portugal und Ungarn. In Frankreich und Italien unterscheiden sich die Befragten mit hohen Einkommen nicht signifikant von denen mit mittleren. In Ungarn und Portugal zeigen sich keine Unterschiede zwischen den Befragten mit niedrigen und denen mit mittleren Einkommen.

Abb. 23: **Ländervergleich der GMF-Mittelwerte nach Einkommen**



Unterschied nach Einkommen:

Deutschland $F(2,785) = 21.05$, $p < .001$; Großbritannien $F(2,782) = 16.51$, $p < .001$;

Frankreich $F(2,809) = 7.00$, $p < .001$; Niederlande $F(2,828) = 29.30$, $p < .001$;

Italien $F(2,367) = 2.76$, ns; Portugal $F(2,610) = 41.26$, $p < .001$; Polen $F(2,728) = 49.28$, $p < .001$;

Ungarn $F(2,788) = 12.93$, $p < .001$.

Dargestellte Unregelmäßigkeiten werden greifbarer, wenn wir die einzelnen Elemente differenziert betrachten. In Ungarn und Frankreich wird die Linearität hinsichtlich des Rassismus aufgehoben: Während in Ungarn die Befragten mittleren Einkommens sich am häufigsten rassistisch äußern, antworten in Frankreich die Befragten mit niedrigen Einkommen am wenigsten rassistisch. In Italien verkehrt sich die Linearität hinsichtlich der Homophobie gar vollständig ins Gegenteil: Je höher das Einkommen der Befragten, desto homophober sind sie eingestellt. Keine signifikanten Unterschiede zwischen den Einkommens-

gruppen bestehen dagegen hinsichtlich der Homophobie und Islamfeindlichkeit in Frankreich, hinsichtlich des Antisemitismus und Sexismus in Italien, und ebenfalls hinsichtlich der Islamfeindlichkeit in Portugal.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt mit niedrigerem Einkommen zu.

6.5 Zusammenfassung

Das Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hängt deutlich von einigen demographischen Merkmalen ab. So steigt mit zunehmendem Alter die Feindseligkeit gegenüber schwachen Gruppen – das gilt für alle untersuchten Elemente und für alle berücksichtigten Länder. Besonders hoch ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei den über 65-Jährigen, bei den 22- bis 34-Jährigen ist sie besonders niedrig. Eine Ausnahme dieses Trends ist in Ungarn zu beobachten: Hier ist das Ausmaß an Antisemitismus bei den Ältesten vergleichsweise geringer ausgeprägt. In vielen Ländern ist der Trend in der jüngsten Altersgruppe der 16- bis 22-Jährigen besorgniserregend: Diese Gruppe tendiert in Italien, Ungarn und Frankreich sowie in der Tendenz auch in Polen und Portugal deutlich stärker zu Rassismus als die mittleren Altersgruppen. In Italien, ähnlich auch in Ungarn, ist in dieser jüngsten Altersgruppe auch die Neigung zu Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit auffallend hoch. Im Vergleich zu den mittleren Altersgruppen zeigt sich in Deutschland bei den jüngsten Befragten eine leichte Tendenz zu mehr Sexismus, Homophobie und Islamfeindlichkeit. In den Niederlanden ist der gleiche Trend hinsichtlich der Fremdenfeindlichkeit zu beobachten. Zudem fällt Portugal dadurch auf, dass sich hier die Verbreitung der meisten Vorurteile in allen Altersgruppen kaum unterscheidet, einzig die Vorurteile gegenüber Frauen und Homosexuellen nehmen mit dem Alter deutlich zu.

Mit zunehmender Bildung sinkt das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dieser Trend ist eindeutig und offenbart sich bei allen sechs hier erfassten Vorurteilen. Vor allem die Hochgebildeten sind deutlich weniger menschenfeindlich, während sich diejenigen mit mittlerem Bildungsniveau teilweise

nicht signifikant von jenen mit niedrigem Bildungsniveau im Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unterscheiden.

Darüber hinaus zeigt sich, dass sich das Einkommen auf das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auswirkt. Dieser Einfluss hat auch dann Bestand, wenn die Bildung mitberücksichtigt, der Einfluss von Bildung also neutralisiert wird. Bei nahezu allen GMF-Elementen zeigt sich ein Anstieg der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit abnehmendem Einkommen. Lediglich beim Rassismus zeigt sich kein Unterschied zwischen Befragten mit mittlerem und niedrigem Einkommen, wobei aber auch hier jene mit höherem Einkommen die geringste Zustimmung zeigen. Auf Länderebene werden weitere Abweichungen von diesem gesamteuropäischen Trend erkennbar: In Frankreich neigen diejenigen mit den niedrigsten Einkommen am wenigsten zu Rassismus. In Italien steigt die Homophobie deutlich mit dem Einkommen: Diejenigen mit den höchsten Einkommen werten Homosexuelle also am stärksten ab. Keine signifikante Rolle spielt das Einkommen dort für das Ausmaß an Antisemitismus und Sexismus. In Portugal ist die Höhe des Einkommens irrelevant für die Ausprägung der Islamfeindlichkeit und in Frankreich wirkt sich das Einkommen nicht signifikant auf das Ausmaß an Islamfeindlichkeit und Homophobie aus.

Das Geschlecht ist für das Ausmaß der Abwertung schwacher Gruppen weitgehend unbedeutend. Frauen neigen geringfügig stärker zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, auch wenn wir berücksichtigen, dass Frauen in den Stichproben durchschnittlich etwas älter sind und über etwas geringere Bildungsabschlüsse verfügen. Frauen neigen etwas eher als Männer zu fremdenfeindlichen, rassistischen, islamfeindlichen und – das mag zunächst überraschen – auch zu sexistischen Einstellungen, während Männer eher als Frauen zur Homophobie neigen. Es muss aber betont werden, dass die absoluten Unterschiede zwischen Männern und Frauen insgesamt sehr gering sind. In den Niederlanden, Portugal, Polen und Ungarn sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern etwas stärker ausgeprägt. In allen Ländern zeigt sich bei den Frauen vor allem eine höhere Neigung zu Islam- und Fremdenfeindlichkeit, hinsichtlich Letztgenanntem bilden die weiblichen Befragten in Deutschland jedoch eine Ausnahme.

Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hängt von demographischen Merkmalen ab. Mit zunehmendem Alter steigt die Feindseligkeit gegenüber schwachen Gruppen – das gilt für alle untersuchten Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und für alle berücksichtigten Länder. Allerdings gibt die Entwicklung bei den 16- bis 22-Jährigen in einigen Ländern Anlass zur Sorge. Mit zunehmender Bildung hingegen sinkt die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in allen Ländern. Mit der Bildung verknüpft ist häufig das Einkommen. So sinkt die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ebenfalls mit steigendem Einkommen, wobei sich dieser Effekt auch unabhängig von der Bildung zeigt. Auf Länderebene zeigen sich hier allerdings einige bemerkenswerte Ausnahmen im Detail. Das Geschlecht spielt hingegen nur eine sehr untergeordnete Rolle. In der Tendenz neigen Frauen in nahezu allen Ländern mehr zu Fremden- und Islamfeindlichkeit, zum Teil auch mehr zu Rassismus und Sexismus als ihre männlichen Landsleute; Männer neigen in den meisten Ländern etwas häufiger zur Abwertung homosexueller Menschen.

7. Politische Einstellungen und Menschenfeindlichkeit

In diesem Kapitel untersuchen wir, inwieweit die Bereitschaft zur Abwertung schwacher Gruppen durch allgemeine politische Einstellungen bestimmt ist. Dabei untersuchen wir zunächst die politische Selbstverortung der Befragten und ihre Haltung zur Europäischen Union (7.1). Dann interessiert uns, wie es um ihr grundsätzliches Politikinteresse bestellt ist, wie wichtig ihnen politische Mitbestimmung ist und wie häufig sie an Wahlen teilnehmen (7.2). Zudem wollen wir wissen, inwiefern die Befragten ein Gefühl der politischen Machtlosigkeit verspürt haben (7.3) und schließlich, ob sie extremen politischen Einstellungen wie der Befürwortung der Todesstrafe oder der Forderung eines starken Führers im eigenen Land etwas abgewinnen können (7.4). Wir berichten über die Zustimmungsraten zu den Indikatoren politischer Orientierung und gehen jeweils anschließend auf den Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein.

7.1 Politische Orientierung

Zur Ermittlung der allgemeinen politischen Orientierung haben wir das klassische Verfahren der Selbstverortung im Rechts-links-Spektrum verwendet. Wir haben die Befragten gebeten, sich mittels einer Skala, die von 0 bis 10 das Spektrum von links nach rechts abbildet, einzuordnen. Damit wird nicht erfasst, was die Befragten unter ‚links‘ oder ‚rechts‘ in einem jeweiligen Land und zu einer jeweiligen Zeit verstehen. Die Selbstverortung überschneidet sich partiell mit der Wahl von Parteien, die als ‚links‘ oder ‚rechts‘ gelten, ist aber nicht identisch damit.¹⁹ Traditionell verorten sich die Anhänger von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien eher im linken Spektrum, jene von konservativen Parteien eher im rechten Spektrum. Welche Parteien dies konkret sind, variiert von Land zu Land und über die Zeit. Diese einfache politische Selbstverortung

19 Das Wahlverhalten bei den Wahlen des Europaparlaments im Jahre 2004 hing eng mit der politischen Selbstverortung im Rechts-links-Spektrum zusammen. Dabei war allerdings relevant, wie eindeutig sich die Parteien im Rechts-links-Spektrum einordnen ließen (Freire, Lobo & Magalhães 2009).

lässt zudem keine differenzierten Schlüsse auf die politische Haltung zu, auch lässt sich aus dieser nicht unbedingt eine eindeutige Meinung zu konkreten politischen Themen ableiten.

Tabelle 13 führt für jedes der untersuchten Länder auf, wie viel Prozent der Befragten sich politisch als weit rechts oder weit links eingestuft haben. Dazu haben wir (für politisch ganz rechts) all diejenigen Befragten addiert, die sich mindestens den Skalenwert 8 zugeordnet haben, beziehungsweise (für politisch ganz links) jene, deren Skalenwert nicht höher als 2 gewesen ist.

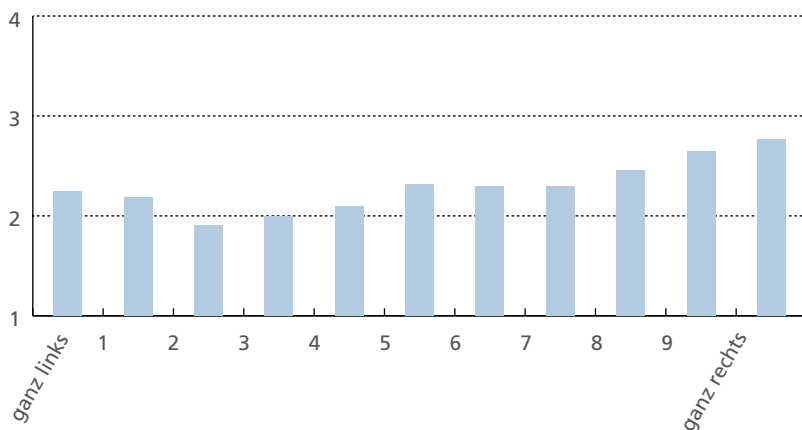
Tab. 13: **Aussagen zu politischer Orientierung (Angaben in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
1a	Politische Selbsteinschätzung (Anteil der politisch rechts Orientierten)	8,8	7,4	13,5	12,0	19,3	12,8	7,7	11,9
1b	Politische Selbsteinschätzung (Anteil der politisch links Orientierten)	6,6	8,3	11,3	5,0	13,6	12,5	6,9	8,7
1c	Politische Selbsteinschätzung (Anteil derjenigen, die sich politisch in der Mitte verorten)	68,8	66,2	56,2	57,6	47,4	60,5	61,4	68,4
2	Ruft die Europäische Union bei Ihnen im Allgemeinen ein (sehr positives – sehr negatives) Bild hervor? (Anteil derjenigen mit negativem Bild)	25,0	36,0	21,8	16,1	11,8	18,2	15,3	20,4

In Polen, Großbritannien und Deutschland liegt der Anteil derjenigen, die sich selbst *politisch rechts* verorten, jeweils unter 10 Prozent. In Italien orientieren sich hingegen knapp 20 Prozent politisch rechts. Extrem *links im politischen Spektrum* ordnen sich insgesamt weniger Befragte ein. In den Niederlanden, in Deutschland, Polen, Großbritannien und Ungarn liegen diese unter 10 Prozent. In Frankreich, Italien und Portugal sehen sich etwas mehr Befragte politisch links außen, aber auch hier nie über 14 Prozent. Die große Mehrheit der Befragten in allen Ländern verortet sich in der politischen Mitte (Skalenwerte 4 bis 6)); dies sind noch mehr, berücksichtigt man die Befragten, die moderat links (3) oder moderat rechts (7) einstufen.

Bei der Analyse, inwieweit sich die politische Selbsteinschätzung im Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit abzeichnet, wird ein nahezu linearer Zusammenhang deutlich ($r = .24$): Je weiter rechtsgerichtet sich die Befragten einschätzen, desto stärker ist ihre Abwertung von schwachen Gruppen. Die Linearität wird allerdings von den extrem linksgerichteten Befragten durchbrochen. Wie Abbildung 24 offenbart, sind Vorurteile auch bei denjenigen, die sich innerhalb des politischen Spektrums ganz links anordnen, verhältnismäßig weit verbreitet. Sie äußern sich generell stärker abwertend als diejenigen, die sich moderat links der Mitte verorten. Ihr Ausmaß an Menschenfeindlichkeit unterscheidet sich damit nicht von dem Ausmaß jener, die sich in der politischen Mitte und moderat rechts einordnen. Das größte Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit findet sich allerdings im rechten Spektrum.

Abb. 24: **Ausmaß von GMF nach politischer Selbsteinschätzung**



Der beschriebene Trend zeigt sich in allen untersuchten Ländern außer in Polen, wie Tabelle 14 verdeutlicht. Darin wird auch sichtbar, dass in den Niederlanden, Italien und Deutschland der Zusammenhang zwischen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und einer politischen Selbstverortung im rechten Spektrum besonders stark ausgeprägt ist.

Die *Einstellung zur Europäischen Union* wurde mithilfe einer 5-stufigen Skala erfasst, in der 1 für eine sehr negative und 5 für eine sehr positive Haltung

gegenüber der EU steht. Die Mehrheit der europäischen Befragten sieht die EU durchaus positiv (vgl. Tab. 13). In Italien, den Niederlanden, Polen und Portugal äußern sich jeweils unter 20 Prozent der Befragten negativ über die EU. Die deutschen und britischen Befragten stehen der EU deutlich skeptischer gegenüber; in Deutschland hat jeder Vierte, in Großbritannien mindestens jeder Dritte ein negatives Bild von der EU.

Es zeichnet sich die leichte Tendenz ab, dass Befragte, die gegenüber der EU eine negative Haltung einnehmen, eher zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit neigen. Allerdings ist dieser Zusammenhang recht locker ($r = .19$; vgl. Tab. 14). Besonders in Frankreich und Portugal ist eine negative Einstellung gegenüber der EU vergleichsweise schwach mit der Abwertung schwächer Gruppen verknüpft. In Großbritannien tritt dieser Zusammenhang noch am deutlichsten hervor.

Tab. 14: Zusammenhänge der politischen Orientierung mit GMF

		Politische Selbsteinschätzung ‚rechts‘	Negative Einstellung zur EU
GMF	EU	.24**	.19**
	D	.40**	.20**
	GB	.23**	.37**
	F	.28**	.11**
	NL	.40**	.20**
	I	.38**	.28**
	PT	.17**	.16**
	PL	.06	.24**
	HU	.13**	.24**

Korrelationen. * signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau; ** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; *** signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau, keine Angabe bedeutet nicht signifikant.

7.2 Politisches Interesse

Über drei Aussagen haben wir erhoben, wie stark sich die Befragten für Politik interessieren, wie wichtig es ihnen ist, auf die politische Lösung gesellschaftlicher Probleme Einfluss zu nehmen, und ob sie regelmäßig zur Wahl gehen (vgl. Tab. 15).

Tab. 15: **Aussagen zu politischem Interesse (Angaben in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
3	Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? (Anteil der Desinteressierten)	25,1	34,6	43,5	34,8	40,9	52,8	43,8	58,2
4	Ist es für Sie (gar nicht – sehr) wichtig mit zu beeinflussen, auf welche Art und Weise Probleme unserer Gesellschaft gelöst werden? (Anteil derjenigen, die es unwichtig finden)	8,4	6,0	6,2	9,5	14,9	13,4	10,9	40,8
5	Gehen Sie regelmäßig wählen? (Anteil der Nichtwähler/innen)	7,0	10,3	2,5	3,1	1,8	6,3	9,2	6,1

Zunächst sollten sie ihr generelles *Politikinteresse* auf einer 4-stufigen Skala bestimmen, wobei 1 für überhaupt kein und 4 für ein ausgeprägtes Interesse an Politik steht. In Ungarn und Portugal äußert jeweils über die Hälfte der Befragten, sich nicht für politische Belange zu interessieren. Aber auch in Polen, Frankreich und Italien wird bei über 40 Prozent eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber Politik deutlich. In den Niederlanden und Großbritannien antwortet etwa ein Drittel, in Deutschland etwa ein Viertel der Befragten, kein oder nur wenig Interesse an Politik zu haben. In Deutschland interessieren sich somit mit 75 Prozent bei Weitem die meisten Befragten für Politik.

Außerdem haben wir danach gefragt, wie wichtig es den Befragten ist, auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme *Einfluss nehmen* zu können (vgl. Tab.

15). Auf einer 4-stufigen Skala konnte die Möglichkeit der Einflussnahme mit 1 als unwichtig bis zu 4 als sehr wichtig eingestuft werden. In Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Polen liegt der Anteil derjenigen, die keinen Wert auf politische Einflussnahme legen, zwischen 6 und 11 Prozent. In Portugal und Italien sind es mit 13 und 15 Prozent etwas mehr Befragte, die es als gar nicht oder nicht so wichtig ansehen, bei politischen Entscheidungen mitzubestimmen. Dennoch, im Umkehrschluss ist auch in diesen Ländern politische Einflussnahme für die große Mehrheit wichtig. Anders in Ungarn, wo mit knapp 41 Prozent auffällig viele Befragte es als unbedeutend ansehen, auf die politische Lösung gesellschaftlicher Probleme Einfluss zu nehmen. Der Wunsch nach politischer Mitbestimmung ist hier bedeutend schwächer verbreitet als in allen anderen untersuchten Ländern.

Schließlich haben wir unsere Interviewpartner noch gefragt, ob sie regelmäßig *zur Wahl gehen*. Wir ziehen hier als Indikator für politisches Interesse also nicht die tatsächliche Nichtwählerquote heran, sondern ausschließlich die Angaben der Befragten. Tabelle 15 führt für jedes Land den Anteil derjenigen auf, die nach eigener Aussage nie zur Wahl gehen. In Italien, Frankreich und in den Niederlanden geben sich 2 bis 3 Prozent der Befragten als Nichtwähler/innen aus, in Portugal, Polen, Ungarn und Deutschland zwischen 6 und 9 Prozent. Lediglich in Großbritannien nehmen knapp über 10 Prozent nie an Wahlen teil. Insgesamt ist der Anteil der – nach eigenen Angaben – Nichtwähler/innen in allen untersuchten Ländern aber relativ einheitlich als gering einzustufen.²⁰

Tab. 16: **Zusammenhänge des politischen Interesses mit GMF**

		Generelles Politikinteresse	Relevanz polit. Einflussnahme	Bereitschaft zur Wahlbeteiligung
GMF	EU	-.22**	-.03	-.06*
	D	-.18**	-.02	-.14**
	GB	-.18**	-.01	.03

20 Bei einer Interpretation der Abweichung zu offiziellen Nichtwählerquoten ist zu beachten, dass in der Regel Informationen über den Prozentsatz von Nichtwähler/innen zu einer spezifischen Wahl vorliegen. Hier haben wir wahlübergreifend nach der regelmäßigen Teilnahme gefragt.

		Generelles Politikinteresse	Relevanz polit. Einflussnahme	Bereitschaft zur Wahlbeteiligung
GMF	F	-.25**	.13**	.03
	NL	-.17**	-.03	-.05
	I	-.31**	-.07	-.09**
	PT	-.26**	-.05	-.04
	PL	-.07*	.13**	.01
	HU	-.04	.05	.00

Korrelationen. * signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau; ** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; *** signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau, keine Angabe bedeutet nicht signifikant.

Im Gegensatz zum Politikinteresse stehen der Wunsch nach politischer Einflussnahme und die Wahlbeteiligung nur in einem schwachen bis gar keinem Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (vgl. Tab. 16). Das heißt, Nichtwähler/innen und Befragte, die keinen Wert auf politische Mitbestimmung legen, neigen nicht mehr als andere dazu, sich menschenfeindlich zu äußern. Einzelne Ausnahmen zeigen sich auf Länderebene: In Frankreich und Polen hängt die Wichtigkeit der politischen Einflussnahme mit der GMF-Skala zusammen: Je wichtiger den französischen und polnischen Befragten die politische Einflussnahme ist, desto höher ist ihre Menschenfeindlichkeit. In Deutschland und Italien zeigt sich ein leichter Zusammenhang der Wahlbeteiligung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Je seltener die deutschen Befragten zur Wahl gehen, desto häufiger äußern sie Vorurteile. Das generelle Politikinteresse hängt hingegen europaweit signifikant mit der Abwertung schwacher Gruppen zusammen ($r = -.22$). Je weniger sich die europäischen Befragten für Politik interessieren, desto stärker neigen sie zu Vorurteilen. Dieser Zusammenhang lässt sich relativ einheitlich für alle Länder bestätigen, nur in Ungarn ist er nicht signifikant. In Italien dagegen ist dieser Zusammenhang besonders ausgeprägt.

7.3 Politische Machtlosigkeit

Für Deutschland wurde das Gefühl der politischen Machtlosigkeit in vorausgehenden Untersuchungen bereits als wichtiger Prädiktor für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bestätigt (Klein & Hüpping 2008). Um zu überprüfen,

ob dies auch für andere europäische Länder gilt, haben wir die Befragten mit zwei Aussagen konfrontiert, die dieses Gefühl zum Ausdruck bringen (vgl. Tab. 17). Vorausgeschickt sei, dass wir im Rahmen dieser Analysen lediglich den persönlichen *Eindruck politischer Machtlosigkeit* erfasst haben.

In allen Ländern haben die Befragten mehrheitlich das Gefühl, von Politikern nicht gehört zu werden. In Großbritannien und Deutschland teilen rund zwei Drittel, in Frankreich und Italien rund drei Viertel und in Portugal, Polen und Ungarn über 80 Prozent der Befragten dieses Gefühl. In den Niederlanden meint rund ein Drittel der Befragten, dass die Regierung sich nicht darum kümmert, was sie denken. Auch die zweite Aussage, keinen Einfluss auf die Pläne der Regierung zu haben, erhält unter den Befragten in Europa großen Zuspruch. In Portugal stimmt ein Drittel der Befragten dieser zu, in den Niederlanden knapp 40 Prozent. In Frankreich, Deutschland und Großbritannien herrscht bei etwa zwei Dritteln der Befragten der Eindruck vor, politisch keinen Einfluss zu haben. In Polen und Italien sind über 80 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Leute wie sie keinen Einfluss mehr darauf haben, was die Regierung tut.

Tab. 17: **Aussagen zu politischer Machtlosigkeit (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
6	Politiker kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken.	66,6	64,2	71,0	34,6	76,5	80,5	87,3	82,4
7	Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	64,6	64,4	59,7	39,3	81,1	33,5	80,4	50,2

Wir haben die beiden Aussagen zu einer Mittelwertskala zusammengefasst und mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Beziehung gesetzt. Wir konnten einen mittleren, signifikant positiven Zusammenhang in Europa feststellen ($r = .31$). Diejenigen, die sich politisch machtlos fühlen, neigen also eher zur Abwertung schwacher Gruppen als diejenigen, die meinen, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können. Dieser Zusammenhang lässt sich für alle untersuchten Länder bestätigen, ist in Polen, Ungarn und Frankreich

mit knapp .20 jedoch schwächer und mit .38 und .35 in Großbritannien und den Niederlanden stärker ausgeprägt.

7.4 Extreme politische Meinungen

Abschließend haben wir zwei extreme politische Aussagen erhoben (vgl. Tab. 18), die eng mit dem Konzept des Autoritarismus verknüpft sind. Erste betrifft die *Todesstrafe*, die durch die Charta der Grundrechte der EU beziehungsweise die Europäische Menschenrechtskonvention verboten ist. Wir haben die Befragten nun mit der Forderung konfrontiert, dass diese in ihrem Land wieder eingeführt werden sollte. In Deutschland, Italien und den Niederlanden würden knapp 20 Prozent der Befragten eine Wiedereinführung der Todesstrafe begrüßen. In Portugal und Frankreich spricht sich jeweils ein Drittel, in Großbritannien 44 Prozent der Befragten dafür aus. Ausgesprochen hoch fällt die Zustimmung in Polen und Ungarn aus. Dort haben rund zwei Drittel der Bevölkerung keine Einwände gegen eine Wiedereinführung der Todesstrafe.

Die zweite Aussage berührt die *Sehnsucht nach einem starken Führer* im eigenen Land, die in den Niederlanden bei 23 Prozent der Befragten und in Deutschland bei knapp einem Drittel der Befragten verbreitet ist. In Italien, Großbritannien und Frankreich sehnen sich zwischen 38 und 43 Prozent nach einem Führer, der die Geschicke des Landes mit starker Hand regiert. Am größten ist die Zustimmung jedoch in Ungarn, Polen und Portugal, wo sich über die Hälfte der Befragten eine starke Führerfigur wünscht.

Tab. 18: **Extreme politische Meinungen**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
8	Die Todesstrafe sollte in (jew. Land) wieder eingeführt werden.	19,0	44,4	33,8	19,4	19,6	33,0	61,9	69,8
9	Was ein Land am meisten braucht, ist ein starker Mann an der Spitze, der sich weder um das Parlament noch Wahlen schert.	32,3	41,8	43,2	23,1	38,2	62,4	60,8	56,6

Zwischen diesen beiden Aussagen und dem Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen sich deutlich positive Korrelationen (vgl. Tab. 19).

Tab. 19: **Zusammenhänge von extremen politischen Meinungen mit GMF**

		Befürwortung der Todesstrafe	Sehnsucht nach starker Führerfigur
GMF	EU	.45	.43
	D	.36	.40
	GB	.47	.34
	F	.49	.40
	NL	.36	.43
	I	.31	.45
	PT	.30	.37
	PL	.21	.35
	HU	.28	.23

Alle Korrelationen sind hoch signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau.

Je eher Befragte die Todesstrafe befürworten ($r = .45$) oder sich einen starken Führer wünschen ($r = .43$), desto stärker hegen sie Vorurteile gegenüber schwachen Gruppen. Diese positiven Zusammenhänge lassen sich in allen erhobenen Ländern als signifikant bestätigen. Auffällig hoch sind die Zusammenhänge der Befürwortung der Todesstrafe mit der Verbreitung von Vorurteilen in Frankreich und Großbritannien.

7.5 Zusammenfassung

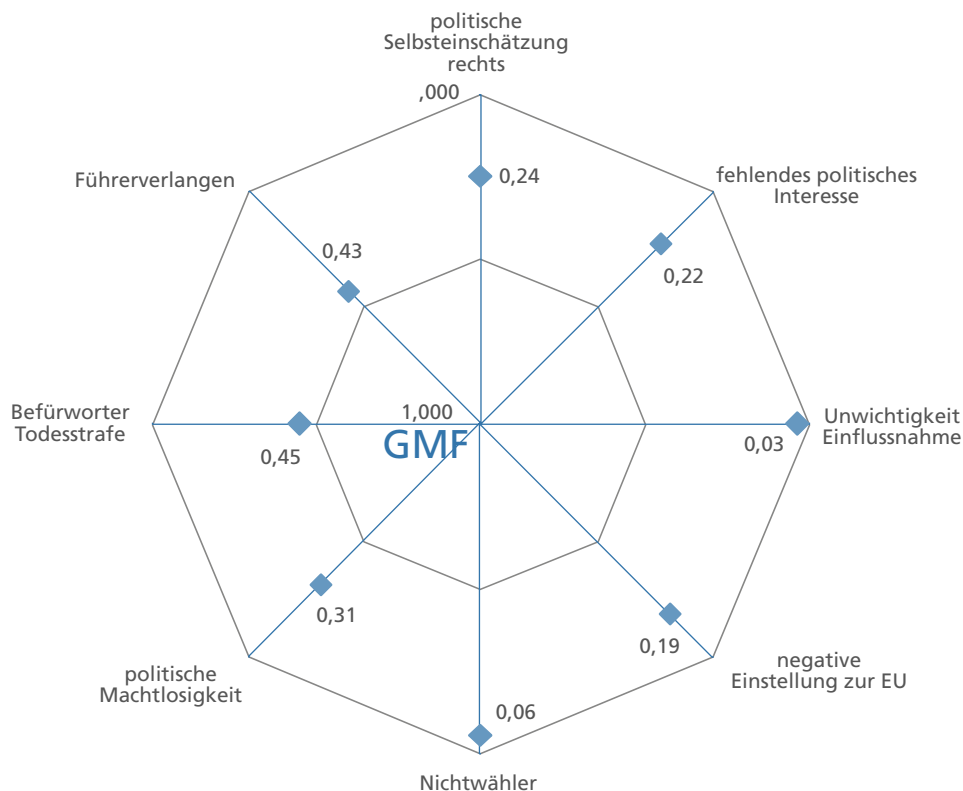
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich bestimmte politische Einstellungen durchaus auf die Bereitschaft, schwache Gruppen abzuwerten, auswirken, aber längst nicht alle (vgl. Abb. 25). Was die politische Orientierung anbetrifft, ist der Zusammenhang recht eindeutig: Je weiter rechts sich die Befragten

im *politischen Spektrum* einordnen, desto stärker hegen sie Vorurteile gegenüber den hier berücksichtigten Adressatengruppen. Allerdings hat sich im Vergleich zu der Verbreitung von Vorurteilen innerhalb der moderaten Linken gezeigt, dass auch unter den Befragten im ganz linken Spektrum Vorurteile verhältnismäßig weit verbreitet sind. So neigen die Befragten, die sich als extrem links bezeichnen, ebenso sehr zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie diejenigen, die sich der politischen Mitte zuordnen. Der Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und der Verbreitung von Vorurteilen findet sich in allen Ländern, wobei er in den Niederlanden, Italien, Deutschland und Frankreich besonders eng ist. Ähnliches gilt für die Zusammenhänge zwischen einem negativen *Bild von der EU* und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wenngleich diese insgesamt deutlich schwächer, und in Portugal, Polen und Ungarn besonders schwach, ausgeprägt sind.

Es zeigt sich auch ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Gefühl der *politischen Machtlosigkeit* und der Neigung, schwache Gruppen abzuwerten. Auch hier gilt: Je stärker das Gefühl der politischen Machtlosigkeit vorherrscht, desto größer ist das Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Diese Tendenz zeigt sich besonders deutlich in den Niederlanden und Portugal. Eine höhere Neigung zur Abwertung besteht außerdem, umso eher die *Todesstrafe* befürwortet wird; dieser Zusammenhang findet sich in allen Ländern, ist in Großbritannien und Frankreich allerdings besonders ausgeprägt. Des Weiteren konnten wir nachweisen, dass die Sehnsucht nach einer starken *Führerfigur* mit dem Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in allen Ländern deutlich korreliert.

Das *politische Interesse* hat nur einen recht schwachen Einfluss auf die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Befragte, die sich generell nicht für Politik interessieren, neigen eher zur Abwertung schwacher Gruppen; das gilt besonders in Italien. Hingegen spielt die individuelle *Wahlbeteiligung* und die *Bedeutung der politischen Einflussnahme* so gut wie keine Rolle.

Abb. 25: Zusammenhänge der politischen Einstellungen mit GMF in Europa im Vergleich



Abgebildet sind die Korrelationskoeffizienten r . Je näher der Punkt der Mitte kommt, desto stärker ist der Zusammenhang der jeweiligen politischen Einstellung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Alle Korrelationen sind hoch signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau mit Ausnahme der nicht signifikanten Korrelationen zwischen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Bereitschaft zur Wahlbeteiligung (Nichtwähler) sowie der (Un-)Wichtigkeit politischer Einflussnahme.

8. Die Folgen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit für die Integration von Einwander/innen

In diesem Kapitel wird es um mögliche Konsequenzen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehen. Dabei stehen Einwander/innen als größte Minderheitengruppe im Fokus, um deren Integration und Gleichstellung in vielen europäischen Ländern heftig diskutiert und gerungen wird. Wir untersuchen, inwieweit Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als negative Einstellungen auch mit Handlungsintentionen zusammenhängen. Wir berichten über die Integrationsbereitschaft der alteingesessenen Mehrheiten (8.1), inwieweit die Befragten Einwander/innen das Recht auf Teilhabe zubilligen (8.2), wie sie sich zukünftiges Zusammenleben mit Einwander/innen vorstellen (8.3) und schließlich über ihre Bereitschaft, sich Einwander/innen gegenüber diskriminierend zu verhalten (8.4) und ihnen mit Gewalt zu begegnen (8.5). Jeweils im Anschluss überprüfen wir die erhobenen Einstellungen und Handlungsabsichten auf ihren Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Handlungsintentionen: Im Rahmen einer Meinungsumfrage ist es nicht möglich, das tatsächliche Verhalten der Befragten zu erfassen. Allerdings kann ermittelt werden, inwieweit die Befragten ein Verhalten gutheißen oder zumindest tolerieren und ob sie vorhaben, ihre Vorurteile in Verhalten umzusetzen. Aus der Einstellungsforschung ist bekannt, dass Einstellungen nicht zwangsläufig zu Verhalten führen. Tatsächliches Handeln wird aber sehr wohl von entsprechenden Einstellungen und vor allem von der Intention, ein Verhalten auszuführen, begünstigt. Einstellungen werden insbesondere dann in Verhalten umgesetzt, wenn wichtige Bezugspersonen die gleichen Einstellungen vertreten und das Verhalten innerhalb der sozialen Normen toleriert oder sogar erwünscht ist (Ajzen & Fishbein 1975). Die

Diskriminierung von Zuwanderer/innen in alltäglichen Situationen, zum Beispiel in der Schule oder bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und Wohnungen, ist dann wahrscheinlicher, wenn das soziale Klima, das durch individuelle Einstellungen, politische Akteur/innen, Medien und soziale Normen geprägt ist, sie zulässt oder sogar dazu einlädt. Vergleichsweise wenige Personen üben tatsächlich Gewalt gegen Zuwanderer/innen aus. Fast ausschließlich junge Männer, häufig aus niedrigeren sozialen Schichten, begehen fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten oder solche gegen andere Minderheiten, sogenannte Hasskriminalität. Nicht selten berufen sie sich aber auf die Unterstützung ihres sozialen Umfelds und verteidigen sich damit, lediglich auszuführen, was ohnehin die meisten denken (Wahl 2003).

8.1 Zwischen Integration und Separation

Rund zwei Millionen Menschen wandern jährlich in die Europäische Union ein, viele legal, einige illegal, ein Teil als Asylsuchende. Noch mehr Menschen immigrieren innerhalb der Europäischen Union.²¹ Im Jahre 2008 lebten insgesamt 31 Millionen Ausländer/innen aus EU- und Nicht-EU-Staaten in den 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union.²² Die Motive für Immigration sind vielseitig; Menschen immigrieren aus *privaten Gründen*, beispielsweise wenn Ehepartner oder Familienangehörige zuziehen, aus *wirtschaftlichen Gründen*, wegen beruflicher Karrieren, Armut und der Hoffnung auf ein besseres Leben in einer der wohlhabendsten Regionen der Welt, und aus *politischen Gründen*, beispielsweise fliehen sie aus Krisenregionen, vor politischer Verfolgung, Vertreibung und Krieg.

Vielerorts stoßen Einwanderer/innen – vor allem wenn sie aus armen Regionen außerhalb der EU kommen – auf Ablehnung, Ausgrenzung und Diskriminie-

21 Eurostat. *Statistics in focus 98/2008*. Population and Social Conditions.

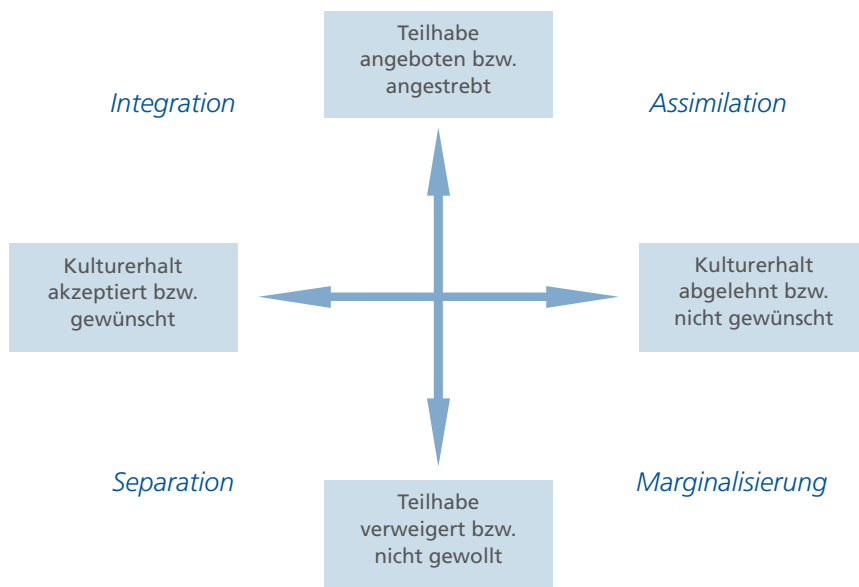
22 Eurostat. *Statistics in focus 94/2009*. Population and Social Conditions.

rung durch die einheimische Bevölkerung (Gauci 2009). Zugleich sehen sich etliche EU-Staaten mit dem Bevölkerungsrückgang und der Überalterung ihrer Bevölkerung konfrontiert. Die Einwanderung insbesondere junger, gut ausgebildeter Menschen kann somit zukünftigen Problemen wie Fachkräftemangel, der Überlastung der Rentensysteme und der Pflege alter Menschen begegnen. Unabhängig davon, ob Europa Einwanderer/innen aufnehmen möchte oder braucht, wird es auch in Zukunft Einwanderung geben. Dort, wo bereits heute viele Einwanderer/innen leben, ist Immigration und Integration ein heftig diskutiertes Thema. Wegen dieser besonderen Relevanz und Aktualität des Integrationsthemas haben wir im Folgenden die Einstellungen zur Integration und ihren Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit näher analysiert.

Integration kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten mitmachen. Dabei spielen die grundsätzlichen Einstellungen zur Integration sowohl aufseiten der Minderheit als auch aufseiten der Mehrheit eine zentrale Rolle (Zick 2010). Zuwanderer/innen müssen teilhaben können und wollen, Alteingesessene hingegen bereit sein, ‚Neuankömmlinge‘ als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft zu akzeptieren; das beinhaltet, sie teilhaben zu lassen, ihnen aber zugleich eine gewisse kulturelle Eigenständigkeit zuzubilligen.

Eben diese beiden Aspekte bezeichnet die Akkulturationsforschung als die zentralen Dimensionen, welche die Qualität von Integration maßgeblich bestimmen: die Teilhabe an der jeweiligen Kultur des Aufnahmelandes und das Beibehalten einer eigenen kulturellen Identität (Berry 2003; vgl. auch Zick 2010). Je nach *Akkulturationsorientierung* der Zuwanderer/innen – ihrem Wunsch, die eigene Kultur zu bewahren oder abzulegen, an der Kultur des Aufnahmelandes teilzunehmen oder sich von ihr zu distanzieren – verläuft Akkulturation in Form der Integration oder Assimilation, Separation oder Marginalisierung (vgl. Abb. 26).

Abb. 26: **Teilhabe und Kulturerhalt als zentrale Dimensionen der Integration (in Anlehnung an Berry 2003)**



Die Akkulturationsorientierung der aufnehmenden Gesellschaft äußert sich im Umkehrschluss in der Akzeptanz gegenüber der Beibehaltung der Ursprungskultur einerseits und andererseits der Bereitschaft, Einwander/innen Teilhabe zu ermöglichen. Beides kennzeichnet *Integration* aufseiten der Alteingesessenen. Knüpfen diese die Möglichkeit der Teilhabe daran, dass Zuwanderer/innen ihre Ursprungskultur aufgeben, streben sie nach *Assimilation*. Billigen sie umgekehrt den Einwander/innen kulturelle Eigenständigkeit zu, verweigern ihnen jedoch die Teilhabe, erzwingen sie *Separation*. Wollen sie weder zulassen, dass Einwander/innen ihre ursprüngliche Kultur bewahren, noch ihnen erlauben, am kulturellen Leben des Aufnahmelandes teilzuhaben, führt das zur *Marginalisierung*. Vermutlich lehnen die einheimischen Befragten in diesem Fall Zuwanderung generell ab. Es ist auch eine fünfte Form der Akkulturation möglich, die *Individualisierung*. Dabei löst sich der Einzelne aus seiner kulturellen Gruppe und definiert sich primär als Individuum ohne jegliche Gruppenbindung und -identität. Die Akkulturation ist dann Aufgabe und Problem des Einzelnen beziehungsweise wird als solche betrachtet. Viele Studien haben die Orientierungen zur Akkulturation untersucht (zur Übersicht vgl. Zick

2010). Verfolgen Einwander/innen und Alteingesessene die gleiche Strategie, geht das mit weniger Konflikten einher. Das kann unter Umständen auch die Strategie der Separation sein, bei der Einwander/innen und Alteingesessene nebeneinander her leben. Separation bringt allerdings häufig andere Probleme mit sich, etwa mangelnde Einbindung in den Arbeitsmarkt, was letztlich doch Konflikte verursachen kann. Für eine gelungene Integration ist eine beidseitige Integrationsorientierung erforderlich.

Im Rahmen der hier vorliegenden Daten haben wir die Akkulturationsorientierungen der Einheimischen untersucht; für die Analyse von Zuwanderer/innen wurden zu wenige Immigrant/innen befragt. Um die Integrationsbereitschaft der Alteingesessenen zu erfassen, haben wir die Befragten in Anlehnung an das oben vorgestellte Konzept von Berry (2003) mit drei Aussagen konfrontiert, die jeweils für eine Integrations-, Assimilations- oder Separationsorientierung stehen (vgl. Tab. 20).

Tab. 20: **Aussagen zur Integrationsbereitschaft gegenüber Zuwanderer/innen (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
1	Integration: Zuwanderer sollten ihre eigene Kultur beibehalten und zugleich die (jew. Landeskultur) übernehmen.	80,6	92,2	95,7	94,3	93,0	93,3	87,0	75,7
2	Assimilation: Zuwanderer sollten ihre ursprüngliche Kultur zugunsten der (jew. Landeskultur) aufgeben und die (jew. Landeskultur) übernehmen.	29,0	29,9	24,1	31,9	18,0	20,3	15,4	27,6
3	Separation: Zuwanderer sollten ihre ursprüngliche Kultur beibehalten und sie nicht mit der (jew. Landeskultur) vermischen.	34,8	22,8	43,2	23,9	35,3	30,5	72,3	70,6

Anm.: Mehrfachantworten waren mögliche, d.h. die Befragten gaben ihre Zustimmung/Ablehnung zu den drei Formen der Akkulturation an.

Eine sehr große Mehrheit der europäischen Befragten spricht sich *für die Integration* von Zuwanderer/innen aus. Sie finden, dass Zuwanderer/innen ihre eigene Kultur beibehalten und zugleich die neue Landeskultur übernehmen sollten. Diese Haltung wird in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Italien und Portugal von über 90 Prozent der Befragten vertreten. In Polen und Deutschland zeigen 87 und 81 Prozent der Befragten eine solch hohe Integrationsbereitschaft, in Ungarn äußern diese drei Viertel der Befragten.

Insgesamt deutlich weniger europäische Befragte fordern, dass Zuwanderer/innen sich *assimilieren*, also ihre ursprüngliche Kultur zugunsten der jeweiligen Landeskultur aufgeben. In Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Ungarn schließt sich ein Viertel bis knapp ein Drittel der Bevölkerung dieser Forderung an. In Portugal vertreten 20 Prozent der Befragten, in Italien 18 Prozent und in Polen 15 Prozent diese Haltung. Die Zahlen zu den ersten beiden Aussagen machen deutlich, dass die Befragten in ihrer Haltung gegenüber Zuwanderer/innen teilweise zwischen Integration und Assimilation schwanken.

Überraschend viele Befragte fordern *Separation* ein. In Deutschland, Italien und Portugal akzeptiert rund ein Drittel der Befragten, dass Zuwanderer/innen ihre ursprüngliche Kultur beibehalten, lehnen es aber zugleich ab, dass sie ihre ursprüngliche Kultur mit der des Aufnahmelandes vermischen. In Frankreich sind 43 Prozent der Befragten, in Portugal und Ungarn über zwei Drittel der Befragten dieser Ansicht. Weitere Analysen werden an späterer Stelle verdeutlichen, was die in diesen Ländern gemessene Orientierung zum Separatismus hauptsächlich bestimmt: Zeigt sich darin eher die Bereitschaft, Einwander/innen die Bewahrung ihrer Kultur zuzubilligen oder vielmehr die Sorge, dass sich deren Kultur mit der eigenen vermischt? In Großbritannien und den Niederlanden ist eine solche Haltung gegenüber Zuwanderer/innen bei 23 und 24 Prozent der Befragten verbreitet.

Insgesamt vertreten 41 Prozent der Befragten ein reines Integrationskonzept, ohne zugleich Assimilation oder Separation zu fordern. Diese rein integrative Haltung findet sich in Italien und den Niederlanden bei jeweils der Hälfte der Befragten, Großbritannien und Portugal liegen mit 54 und 55 Prozent knapp darüber. In Frankreich und Deutschland weisen 42 und 38 Prozent der Befragten, in Polen und Ungarn 21 und 14 Prozent diese Haltung auf.

Die drei hier berücksichtigten Akkulturationsorientierungen hängen sowohl für ganz Europa als auch in den einzelnen Ländern signifikant mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* zusammen (vgl. Tab. 21).

Tab. 21: Zusammenhänge der Integrationsbereitschaft gegenüber Zuwanderer/innen mit GMF

		Integration	Assimilation	Separation
GMF	EU	-.21**	.29**	.23**
	D	-.15**	.34**	.05
	GB	-.21**	.50**	.04
	F	-.12**	.39**	.09*
	NL	-.16**	.49**	.04
	I	-.18**	.35**	.08*
	PT	-.21*	.36**	.31**
	PL	-.09*	.27**	.19**
	HU	-.07*	.13**	.06

Korrelationen. * signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau; ** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; *** signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau; keine Angabe bedeutet nicht signifikant.

Europäische Befragte, die sich für Separation aussprechen, neigen eher zu Vorurteilen gegenüber schwachen Gruppen ($r = .23$). Dieser Zusammenhang ist in Polen und Portugal besonders stark ausgeprägt. Da liegt die Vermutung nahe, dass die dort gemessene Orientierung zum Separatismus dem Wunsch nach Sicherung der eigenen Kultur geschuldet ist. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich für die Forderung nach Assimilation und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Befragte, die von Einwander/innen verlangen, sich zu assimilieren, neigen eher zur Abwertung schwacher Gruppen als diejenigen, die diese Haltung nicht vertreten ($r = .29$). In Großbritannien und den Niederlanden ist dieser Zusammenhang besonders stark ausgeprägt. Umgekehrt zeigt sich für diejenigen, welche die Strategie der Integration bevorzugen, ein negativer Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Befragte, die Einwander/innen ihre kulturelle Eigenständigkeit zubilligen und sie zugleich

zur Übernahme der neuen Kultur ermutigen, sind sowohl gegenüber Einwander/innen als auch anderen schwachen Gruppen positiver eingestellt ($r = .21$).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den westlichen EU-Ländern Deutschland, Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Italien die Förderung von Assimilation besonders stark und positiv sowie das Integrationskonzept relativ stark und negativ mit der Verbreitung von Vorurteilen korreliert. In Polen und Portugal ist ein besonders starker Zusammenhang zwischen der Befürwortung von Separation und Menschenfeindlichkeit nachweisbar. In Ungarn hängt keines der drei Konzepte sonderlich stark mit der Abwertung von schwachen Gruppen zusammen, die Akkulturationsorientierung ist dort also weitgehend unabhängig von der Verbreitung von Vorurteilen.

Die Analyse, inwieweit die Akkulturationsorientierung mit den einzelnen Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängt, offenbart, dass diese nicht nur mit Fremdenfeindlichkeit, sondern auch mit den anderen berücksichtigten Vorurteilen in Zusammenhang steht (vgl. Tab. 22). So korreliert eine Separationsorientierung besonders mit Antisemitismus, Sexismus und Homophobie, eine Assimilationsorientierung mit Fremdenfeindlichkeit, aber ebenso hoch mit Sexismus. Und eine Integrationsorientierung hängt mit einem geringeren Ausmaß nicht nur an Fremdenfeindlichkeit, sondern auch an Rassismus und Antisemitismus zusammen.

Tab. 22: **Zusammenhang der Akkulturationsorientierung mit den einzelnen GMF-Elementen in Europa**

	Fremdenfeindlichkeit	Rassismus	Antisemitismus	Islamfeindlichkeit	Sexismus	Homophobie
Assimilation	.31	.17	.15	.24	.31	.12
Separation	.09	.16	.23	.06	.22	.w16
Integration	-.16	-.19	-.16	-.06	-.13	-.12

Alle Korrelationen sind mindestens auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant.

8.2 Angebot und Verweigerung gesellschaftlicher Teilhabe

Für die gesellschaftliche Teilhabe sind Rechte erforderlich. Die Integrationsbereitschaft der Alteingesessenen misst sich insbesondere auch an ihrer Bereitschaft, Einwander/innen diese Rechte zuzugestehen. Soll es Einwander/innen erlaubt sein, wählen zu gehen? Welche Bedingungen sollen an den Erwerb der Staatsbürgerschaft geknüpft werden? Wie steht es um das Recht der selbstbestimmten Religionsausübung, insbesondere wenn eine Religion in ihren Grundzügen oder ihrer Umsetzung mit anderen Grundrechten, beispielsweise die Gleichberechtigung der Geschlechter, individuelle Selbstbestimmung oder freie Meinungsäußerung, konfligiert? Im Folgenden prüfen wir, inwieweit die fehlende Bereitschaft, Einwanderer/innen die für gesellschaftliche Teilhabe nötigen Rechte zuzugestehen, mit der Abwertung von Einwanderer/innen Hand in Hand geht. Im Survey haben wir die Bereitschaft, Einwanderer/innen derartige Rechte zuzubilligen durch die Befürwortung bzw. Ablehnung eines allgemeinen Wahlrechts für Einwanderer/innen sowie einer erleichterten Einbürgerung für lange im Land lebende Einwanderer/innen erfasst. Tabelle 23 zeigt, wie viel Prozent der Befragten Einwanderer/innen diese Rechte verwehren.

Tab. 23: Aussagen zur Gewährung von Rechten an Zuwanderer/innen (Ablehnung in Prozent)

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
3	Zuwanderer sollten bei allen Wahlen wählen dürfen.	49,2	43,2	42,5	32,0	54,6	27,2	45,9	67,9
4	Zuwanderer, die schon seit einigen Jahren in (jew. Land) leben, sollten leichter eingebürgert werden.	22,3	32,1	19,0	37,2	37,9	19,6	32,9	50,9

Insgesamt gestehen 55 Prozent aller europäischen Befragten Zuwanderer/innen ein allgemeines *Wahlrecht* zu, 45 Prozent lehnen es ab. Auf Länderebene verhält es sich in Polen, Frankreich und Großbritannien ähnlich, auch dort sprechen sich rund 45 Prozent der Befragten gegen ein Wahlrecht für Zuwanderer/innen aus. Etwas häufiger wird dies in Deutschland und Italien, nämlich von 50 und 55 Prozent der Befragten, und sehr häufig in Ungarn, nämlich von zwei Dritteln der Befragten, verweigert. Lediglich in Portugal und in den Niederlanden bleibt der Anteil derjenigen, die kein Wahlrecht für Zuwanderer/innen bei allen Wahlen wollen, unter einem Drittel.

Auch die Forderung, dass die *Einbürgerung* für lange im Aufnahmeland lebende Zuwanderer/innen erleichtert werden sollte, wird in Ungarn von rund der Hälfte der Bevölkerung und damit vergleichsweise häufig abgelehnt. In Polen, Italien, den Niederlanden und Großbritannien spricht sich ein Drittel der Befragten gegen eine erleichterte Einbürgerung aus und in Deutschland, Frankreich und Portugal sind es etwa 20 Prozent. Über alle Länder hinweg sind 69 Prozent der Befragten dafür, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft für lange im Aufnahmeland lebende Zuwanderer/innen erleichtert werden sollte.

Die Verweigerung der für politische Teilhabe notwendigen Rechte hängt dabei positiv mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammen (vgl. Tab. 24). Befragte, die Zuwanderer/innen lediglich ein eingeschränktes Wahlrecht zugestehen und die Einbürgerungspraxis nicht erleichtern wollen, neigen eher zu Vorurteilen gegenüber schwachen Gruppen. Dieser Zusammenhang lässt sich auch in den einzelnen Ländern als statistisch signifikant bestätigen, ist jedoch in Großbritannien, Italien, Deutschland und Frankreich besonders stark ausgeprägt. Lediglich in Polen und Portugal besteht ein nur lockerer beziehungsweise kein statistisch signifikanter Zusammenhang (vgl. Tab. 24).

Tab. 24: **Zusammenhänge der Ablehnung von Rechten für Zuwanderer/innen mit GMF**

		Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts	Ablehnung der leichteren Einbürgerung
GMF	EU	.31**	.30**
	D	.35**	.36**

		Ablehnung des Wahlrechts	Ablehnung der leichteren Einbürgerung
GMF	GB	.44**	.39**
	F	.33**	.32**
	NL	.28**	.30**
	I	.41**	.39**
	PT	.05	.08*
	PL	.11**	.19**
	HU	.17**	.25**

Korrelationen. * signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau; ** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; *** signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau; keine Angabe bedeutet nicht signifikant.

Die weitere Analyse über den Zusammenhang zwischen der Ablehnung politischer Rechte für Einwander/innen und Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verdeutlicht: Wie es nahe liegt, bestehen die stärksten Zusammenhänge zwischen der Ablehnung politischer Rechte für Einwanderer/innen und Fremdenfeindlichkeit. Diese Ablehnung strahlt aber auch auf die anderen hier berücksichtigten Vorurteile ab (vgl. Tab. 25). Befragte, die Einwanderer/innen das allgemeine Wahlrecht verweigern und eine erleichterte Einbürgerung ablehnen, neigen auch häufiger zu Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie.

Tab. 25: Zusammenhang der Ablehnung von Rechten für Zuwanderer/innen und den einzelnen GMF-Elementen in Europa

	Fremden- feindlich- keit	Rassis- mus	Anti- semitis- mus	Islam- feind- lichkeit	Sexis- mus	Homo- phobie
Ablehnung des Wahlrecht	.37	.11	.22	.28	.14	.20
Ablehnung eine leichteren Einbürgerung	.42	.12	.19	.30	.11	.16

Alle Korrelationen sind mindestens auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant.

8.3 Integrationsaussichten

Wir haben die Befragten auch danach befragt, welche Erwartungen sie an die Einwanderungspolitik stellen und wie sie sich das zukünftige Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Einwanderer/innen vorstellen. Sie konnten auswählen, ob sie es „vielen“, „einigen“, „wenigen“ oder „keinen“ Zuwanderer/innen gestatten möchten, in ihr Land zu kommen. Tabelle 26 bildet die aufsummierten Häufigkeiten der beiden letzten Antwortkategorien ab. Außerdem sollten die Befragten einschätzen, ob sich die Beziehungen zwischen Einwanderer/innen und Alteingesessenen zukünftig positiv oder negativ entwickeln werden.

Tab. 26: **Aussagen zur gewünschten Einwanderungspolitik und dem zukünftigen Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderer/innen**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
6	Wie vielen Zuwanderern sollte es (jew. Land) erlauben, hierher zu kommen und hier zu leben? (Anteil derjenigen, die „wenige“ oder „keine“ antworten)	21,8	33,9	33,6	18,5	25,0	18,6	32,1	60,5
7	Erwarten Sie, dass sich die Beziehungen zwischen (jew. Einheimischen) und Zuwanderern in (jew. Land) in den nächsten Jahren verbessern oder verschlechtern? (Anteil der Pessimisten)	31,1	45,2	28,6	30,0	30,1	40,8	13,2	36,9

Insgesamt sprechen sich in den acht ausgewählten Ländern knapp 6 Prozent aller Befragten dafür aus, überhaupt *keine Zuwanderer* mehr in ihr Land zu lassen. Knapp ein Viertel aller Befragten möchte dies nur wenigen zulassen. 56 Prozent wollen zumindest einigen Zuwanderer/innen erlauben, in ihrem Land

zu leben, und knapp 14 Prozent sogar vielen. In den Niederlanden, Portugal und in Deutschland wollen rund 20 Prozent der Befragten die Zuwanderung auf wenige begrenzen oder ganz einstellen. In Polen, Frankreich und Großbritannien wünscht sich rund ein Drittel, in Italien ein Viertel der Befragten eine solche Begrenzung der Einwanderung. Auffällig weit verbreitet ist diese Meinung jedoch in Ungarn, wo über 60 Prozent der Befragten nur wenigen oder keinen Zuwanderer/innen die Einwanderung gewähren wollen.

In der Frage nach den *zukünftigen Beziehungen* zwischen Einheimischen und Einwander/innen ist Europa dreigeteilt; ungefähr je ein Drittel der europäischen Befragten schätzt diese pessimistisch, optimistisch und neutral ein. Die portugiesischen und britischen Befragten äußern sich in dieser Hinsicht besonders häufig pessimistisch und gehen zu über 40 Prozent von sich verschlechternden Beziehungen aus. In Ungarn, Deutschland, den Niederlanden, Italien und Frankreich glaubt rund ein Drittel der Befragten, dass sich das Verhältnis zwischen Einheimischen und Zuwanderer/innen negativ entwickeln wird. Und in Polen sind 13 Prozent der Befragten der Meinung, dass sich die Beziehung zwischen Einheimischen und Zuwanderer/innen zukünftig verschlechtern wird.

Für beide Aussagen offenbaren sich positive Zusammenhänge zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, besonders deutlich aber für den Wunsch nach einer Begrenzung der Einwanderung ($r = .45$). Diejenigen, die Zuwanderung nur für wenige zulassen oder ganz einstellen wollen, neigen stärker zu Vorurteilen als diejenigen, die Zuwanderung befürworten. Dieser Zusammenhang lässt sich in allen Ländern als signifikant bestätigen, ist jedoch in Deutschland, Großbritannien, Italien, Frankreich, Polen und Ungarn besonders stark ausgeprägt.

Der Zusammenhang einer pessimistischen Einschätzung des zukünftigen Zusammenlebens von Einheimischen und Zuwanderer/innen mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit fällt etwas schwächer aus ($r = .19$). Diejenigen, die eine negative Entwicklung der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Einwander/innen vorhersagen, neigen stärker zu Abwertung schwacher Gruppen als diejenigen, die diesbezüglich positiv in die Zukunft blicken. Dieser Zusammenhang lässt sich auch in den einzelnen Ländern als statistisch signifikant bestätigen, ist in Großbritannien und den Niederlanden jedoch besonders stark und in Ungarn, Italien, Polen und Portugal eher schwächer ausgeprägt.

Tab. 27: **Zusammenhänge von Integrationsaussichten und GMF**

		Wunsch nach einer Begrenzung von Einwanderung	Prognose sich verschlechternder Beziehungen zwischen Zuwanderern u. Alteingesessenen
GMF	EU	.45	.19
	D	.51	.27
	GB	.51	.30
	F	.43	.24
	NL	.36	.29
	I	.51	.18
	PT	.33	.20
	PL	.43	.19
	HU	.41	.13

Alle Korrelationen sind hoch signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau.

Die Analyse des Zusammenhangs dieser beiden Aussagen mit den einzelnen GMF-Elementen hat Folgendes ergeben (vgl. Tab. 28): Der Wunsch nach einer Zuwanderungsbeschränkung korreliert besonders deutlich mit Fremdenfeindlichkeit, aber auch substantiell mit allen anderen GMF-Elementen. Gleiches lässt sich für den pessimistischen Blick auf das zukünftige Zusammenleben von Einwander/innen und Einheimischen beobachten. Auch hier ist der Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit besonders ausgeprägt. Auch die Korrelationen mit den übrigen GMF-Elementen sind signifikant, jedoch vergleichsweise schwach ausgeprägt.

Tab. 28: **Zusammenhang von Integrationsaussichten mit den einzelnen GMF-Elementen**

	Fremden- feindlich- keit	Rassis- mus	Anti- semitis- mus	Islam- feind- lichkeit	Sexis- mus	Homo- phobie
Wunsch nach einer Begrenzung von Einwanderung	.50	.26	.29	.33	.26	.23
Prognose sich verschlechternder Beziehungen zwischen Zuwanderer/innen und Alteingesessenen	.29	.10	.11	.19	.08	.05

Alle Korrelationen sind hoch signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau.

8.4 Diskriminierung und Distanz

Abwertende Mentalitäten können sich auch unmittelbar in konkreten Alltagssituationen niederschlagen. Im Folgenden geht es daher um die Bereitschaft der Befragten, Einwanderer persönlich zu diskriminieren beziehungsweise um ihre Ablehnung von diskriminierendem Verhalten. Wie oben bereits erwähnt, konnten wir im Rahmen des telefonischen Interviews lediglich Handlungsabsichten, nicht aber das tatsächliche Verhalten der Befragten erfassen. Allerdings wissen wir aus der Einstellungsforschung, dass die Absicht, eine Handlung auszuführen, gegebenenfalls in tatsächliches Handeln münden kann, wenn auch nicht zwangsläufig muss.

Über vier Aussagen haben wir erhoben (vgl. Tab. 29), inwieweit die Befragten die Bereitschaft äußern, Zuwanderer/innen in unterschiedlichen Alltagskontexten zu diskriminieren und auf Abstand zu ihnen zu gehen. Hierfür wollten wir von den Befragten konkret wissen, ob sie ihr Kind auf einer Schule anmelden würden, die mehrheitlich von Zuwanderer/innen besucht wird, oder in eine Gegend ziehen wollten, in der viele Zuwanderer/innen leben. Abgefragt wurde außerdem ihre Absicht, solche Parteien zu wählen, die eine harte Linie in der Einwanderungspolitik vertreten und inwiefern sie eine Diskriminierung von Zuwanderer/innen durch Arbeitgeber/innen dulden.

Tab. 29: **Aussagen zur Diskriminierung von Zuwanderer/innen (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
8	Ich würde mein Kind nur ungern in einer Schule anmelden, in der die Mehrheit der Schüler Zuwanderer sind.	53,8	52,7	35,6	55,6	32,3	25,2	34,7	40,7
9	Ich hätte Probleme, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Zuwanderer leben.	56,3	54,4	42,4	68,5	48,6	32,9	36,6	54,1
10	Bei der nächsten Wahl werde ich nur solche Parteien wählen, die den weiteren Zuzug von Zuwanderern begrenzen.	25,8	52,7	21,6	37,8	35,2	16,4	31,3	46,2
11	Ein Arbeitgeber sollte das Recht haben, nur (jew. Einheimische) einzustellen.	16,6	21,8	9,8	11,1	18,4	17,8	26,4	42,8

In Bezug auf die *Schulwahl* stimmen insgesamt 41 Prozent aller europäischen Befragten eher oder sogar voll zu, ihr Kind nicht bei einer Schule anmelden zu wollen, in der die Mehrheit der Kinder aus Zuwandererfamilien stammt. In Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden vertritt jeweils über die Hälfte der Befragten diese Meinung. In Frankreich, Italien und Polen möchte jeweils rund ein Drittel der Befragten vermeiden, dass ihr Kind überwiegend mit Schüler/innen aus Zuwandererfamilien die Schulbank drückt, während es in Portugal für jeden Vierten nicht infrage kommt, sein Kind in eine solche Schule zu schicken.

Insgesamt 49 Prozent aller europäischen Befragten würden ungern *in eine Wohngegend ziehen*, in der viele Zuwanderer/innen leben. Ungefähr im euro-

päischen Durchschnitt liegen Italien, Ungarn, Großbritannien und Deutschland, wo ebenfalls ungefähr die Hälfte der Befragten nicht in einer Gegend leben will, in der viele Zuwanderer/innen wohnen. In Frankreich finden 42 Prozent und in Portugal und Polen jeweils ungefähr ein Drittel der Befragten derartige Wohnviertel problematisch. In den Niederlanden würden hingegen mit fast 69 Prozent auffällig viele Befragte nicht in Gegenden mit vielen Zuwanderer/innen ziehen.

Hohen Zuspruch erhält auch die Aussage, zukünftig *Parteien zu wählen*, die sich für eine Begrenzung der Zuwanderung einsetzen. Genau ein Drittel aller europäischen Befragten stimmt dieser Aussage eher oder voll zu. In Großbritannien und Ungarn ist Zuwanderungspolitik für viele Befragte ein relevantes Thema, denn rund die Hälfte der dortigen Befragten würde derartigen Parteien ihre Stimme geben. In den Niederlanden, Italien und Polen geben mit jeweils rund einem Drittel etwas weniger Befragte an, zukünftig Parteien zu wählen, die die Zuwanderung begrenzen wollen. In Deutschland sind es 26 und Frankreich 22 Prozent, die sich dieser Aussage anschließen. Mit 16 Prozent erhalten derartige Parteien in Portugal vergleichsweise wenig Zuspruch.

Schließlich erfragten wir, ob Arbeitgeber/innen das Recht haben sollten, *nur Einheimische einzustellen*. Dieser Aussage schließt sich jeder Fünfte aller europäischen Befragten an. In Frankreich und den Niederlanden fordern rund 10 Prozent der Befragten eine Bevorzugung von Einheimischen am Arbeitsplatz. Deutschland bleibt mit 17, Italien und Portugal mit 18 Prozent ebenfalls unter dem europäischen Durchschnitt von 20 Prozent. Leicht darüber liegen Großbritannien und Polen, wo rund ein Viertel die Diskriminierung von Zuwanderer/innen durch Arbeitgeber/innen akzeptieren würde. In Ungarn gestehen mit 43 Prozent auffällig viele Befragte den Arbeitgeber/innen das Recht zu, Einheimische bei der Einstellung zu bevorzugen.

Für alle vier Aussagen ergeben sich hohe positive Zusammenhänge mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Befragte, die Vorurteile hegen, neigen eher dazu, Diskriminierung von Einwander/innen zu befürworten oder sich ihnen gegenüber selbst diskriminierend zu verhalten. Besonders deutlich hängt die Abwertung schwacher Gruppen mit der Forderung eines Rechts für Arbeitgeber/innen zusammen, nur Einheimische einzustellen ($r = .51$). Ähnlich deutlich ausgeprägt ist der Zusammenhang zwischen Menschenfeindlichkeit und der Absicht, bei der nächsten Wahl nur eine Partei zu wählen, die eine Begrenzung der Einwanderung fordert ($r = .50$).

Tab. 30: **Zusammenhänge der Diskriminierung von Zuwanderer/innen mit GMF in Europa**

		Diskriminierung bei der Schulwahl	Diskriminierung bei der Wahl der Wohngegend	Diskriminierung durch die Wahl von Parteien gegen Einwand.	Diskriminierung bei der Arbeits- platzvergabe
GMF	EU	.26	.31	.50	.51
	D	.25	.44	.55	.45
	GB	.47	.53	.62	.52
	F	.36	.43	.54	.50
	NL	.29	.42	.56	.40
	I	.38	.46	.60	.44
	PT	.28	.25	.35	.44
	PL	.35	.21	.49	.56
	HU	.31	.38	.54	.43

Alle Korrelationen sind hoch signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau.

Letztgenannter Zusammenhang ist vor allem in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Italien besonders stark. In Polen, Frankreich und Großbritannien finden sich dagegen besonders hohe Zusammenhänge zwischen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Forderung, Einheimische bei der Arbeitsplatzvergabe bevorzugen zu dürfen. In Großbritannien und Italien korreliert die Verbreitung menschenfeindlicher Vorurteile hingegen besonders mit der Absicht, sein Kind nicht auf eine Schule mit vielen Zuwanderer/innen zu schicken und nicht in eine Gegend ziehen zu wollen, in der viele Zuwanderer/innen leben.

Die Analyse, inwieweit diskriminierende Verhaltensabsichten gegenüber Zuwanderer/innen und deren räumliche Meidung mit den einzelnen Elementen des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen, hat neben den naheliegenden, deutlichen Zusammenhängen mit Fremdenfeindlichkeit, auch Korrelationen mit anderen GMF-Elementen offenbart, insbesondere mit Islamfeindlichkeit, teilweise aber auch substantiell mit Rassismus, Antisemitismus und Sexismus.

Tab. 31: **Zusammenhang zwischen diskriminierenden Verhaltensabsichten gegenüber Zuwanderer/innen und den einzelnen GMF-Elementen in Europa**

Diskriminierung	Fremden- feindlich- keit	Rassis- mus	Anti- semitis- mus	Islam- feind- lichkeit	Sexi- smus	Homo- phobie
... bei der Schulwahl	.36	.16	.14	.28	.10	.07
... bei der Wahl der Wohngegend	.41	.15	.19	.37	.13	.09
... durch die Wahl von Parteien gegen Einwanderer/innen	.59	.29	.30	.42	.30	.21
... bei der Arbeitsplatzvergabe	.50	.33	.35	.33	.34	.25

Alle Korrelationen sind signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau.

8.5 Gewaltbereitschaft

Abschließend betrachten wir noch die Gewaltbereitschaft gegenüber Zuwanderer/innen als mögliche Folge Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir erwähnen vorweg, dass im Rahmen der Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland bereits gezeigt wurde, dass die Bereitschaft zu Gewalt gegen Einwanderer/innen eng mit einer allgemeinen Gewaltbereitschaft zusammenhängt (eigene Analyse von Daten des deutschen GMF-Surveys 2008). So können wir davon ausgehen, dass diejenigen, die sich potentiell gewaltbereit gegenüber Einwander/innen zeigen, überwiegend auch ganz allgemein eher zu Gewalt gegenüber anderen Menschen neigen.

Die *Gewaltbereitschaft gegenüber Zuwanderer/innen* haben wir über die Zustimmung zu zwei Aussagen erfasst (vgl. Tab. 32). Wir wollten zunächst von den Befragten wissen, ob sie sich vorstellen können, mit Gewalt zu reagieren, wenn sie von Zuwanderer/innen beleidigt werden. Insgesamt halten 12 Prozent aller europäischen Befragten diese Reaktion für möglich. In den Niederlanden würden 4 Prozent der Befragten in einer solchen Situation mit Gewalt

reagieren. In Deutschland und Großbritannien sind 8 Prozent der Befragten in beschriebener Situation zu Gewalt bereit, in Portugal und Italien ungefähr 12 Prozent der Befragten. In Ungarn können sich über 17 Prozent der Befragten vorstellen, infolge einer Beleidigung einen Zuwanderer/eine Zuwanderin zu schlagen. In Polen und Frankreich halten über 20 Prozent der Befragten ein solches Verhalten bei sich für möglich.

Außerdem haben wir danach gefragt, inwieweit sich die Befragten vorstellen können, wegen einer wichtigen Sache Gewalt gegen Zuwanderer/innen anzuwenden. Insgesamt halten 15 Prozent aller europäischen Befragten diese Reaktion für möglich. In Großbritannien würden 5 Prozent der Befragten wichtige Angelegenheiten mit Gewalt klären. Auch in Deutschland, Frankreich und Italien können sich knapp 10 Prozent der Befragten ein solches Verhalten vorstellen. In den Niederlanden, Portugal, Polen und Ungarn ist die Gewaltbereitschaft vergleichsweise höher, dort würden rund 20 Prozent mit Gewalt reagieren, wenn es um eine wichtige Sache geht.

Tab. 32: **Aussagen zu Gewaltbereitschaft gegenüber Einwanderer/innen (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
12	Wenn ein Zuwanderer mich beleidigt, könnte es sein, dass ich ihn schlage.	8,0	7,9	22,0	3,5	11,3	12,2	21,3	17,4
13	Wenn es um eine wichtige Sache für mich geht, würde ich auch Gewalt gegenüber einem Zuwanderer anwenden.	13,1	4,8	12,1	19,6	10,3	18,3	22,0	19,6

Die Bereitschaft zu Gewalt gegen Einwanderer/innen hängt positiv mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammen. Befragte, die eher zu menschenfeindlichen Vorurteilen neigen, können sich auch eher vorstellen Einwanderer/innen nach einer Beleidigung zu schlagen ($r = .24$) oder bei einer wichtigen Sache Gewalt gegen sie einzusetzen ($r = .21$). Der Zusammenhang

zwischen GMF und Gewalt bei Beleidigung lässt sich für alle Länder (außer Frankreich) als statistisch signifikant bestätigen, ist jedoch in den Niederlanden vergleichsweise stark. Der Zusammenhang zwischen GMF und Gewalt bei einer wichtigen Sache ist in allen Ländern signifikant, jedoch etwas schwächer in Frankreich, den Niederlanden, Polen und Ungarn.

Tab. 33: Zusammenhänge der Gewaltbereitschaft gegen Zuwanderer/innen mit GMF

		Gewalt gegen Einwanderer/innen bei Beleidigung	Gewalt gegen Einwanderer/innen bei wichtiger Sache
GMF	EU	.24**	.21**
	D	.25**	.26**
	GB	.29**	.27**
	F	.03	.11**
	NL	.33**	.10**
	I	.24**	.21**
	PT	.22**	.28**
	PL	.09**	.13**
	HU	.18**	.09**

Korrelationen. * signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau; ** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; *** signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau; keine Angabe bedeutet nicht signifikant.

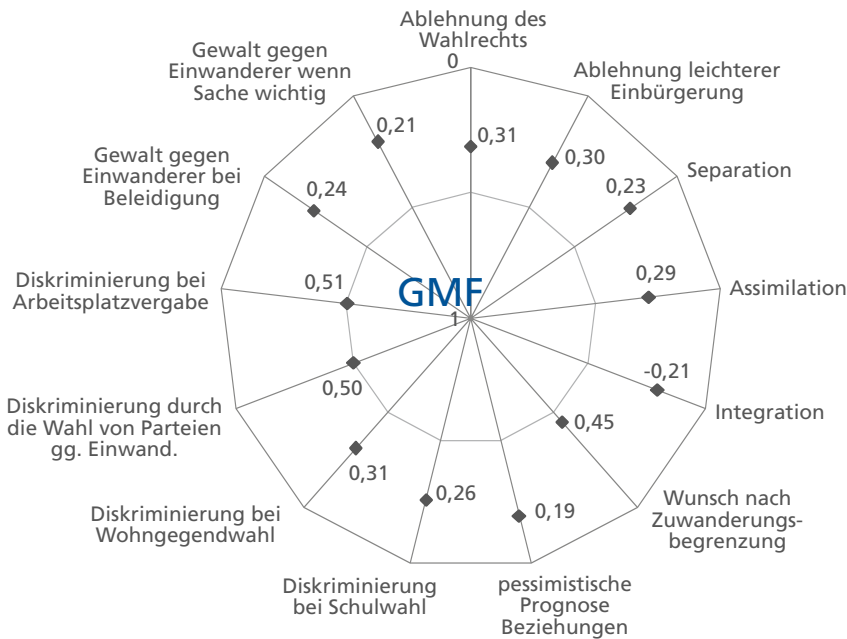
Die Bereitschaft, Zuwanderer/innen in bestimmten Situationen mit Gewalt zu begegnen, hängt ebenfalls nicht nur mit Fremdenfeindlichkeit zusammen, sondern korreliert mit den anderen GMF-Elementen auf ähnlichem Niveau. Die vergleichsweise schwachen Zusammenhänge deuten jedoch darauf hin, dass die Gewaltbereitschaft gegen Zuwanderer/innen nur bedingt durch Vorurteile motiviert ist, sondern eher auf allgemeine Gewaltbereitschaft zurückgeht.

Tab. 34: **Zusammenhang zwischen der Gewaltbereitschaft gegenüber Zuwanderer/-innen und den einzelnen GMF-Elementen in Europa**

Gewalt gegen Einwanderer/innen	Fremdenfeindlichkeit	Rassismus	Antisemitismus	Islamfeindlichkeit	Sexismus	Homophobie
... bei Beleidigung	.17	.22	.22	.13	.17	.13
... bei einer wichtigen Sache	.17	.19	.21	.13	.15	.05

Alle Korrelationen sind mindestens auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant.

Abb. 27: **Zusammenhänge der Handlungsintentionen mit GMF in Europa**



Abgebildet sind Korrelationskoeffizienten r . Alle Koeffizienten sind hoch signifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau. Je näher der Punkt der Mitte kommt, desto höher ist der Zusammenhang der Handlungsintention mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

8.6 Zusammenfassung

Als mögliche Handlungsintentionen im Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben wir die Akkulturationsorientierung, das Zugeständnis von Rechten an Einwander/innen, die Erwartungen an die zukünftige Einwanderungspolitik, die Bereitschaft zur Alltagsdiskriminierung sowie die Gewaltbereitschaft gegen Einwanderer/innen analysiert. Insgesamt hängen alle untersuchten Handlungsbereitschaften mit dem Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zusammen und die deutlichsten Zusammenhänge ergeben sich jeweils mit der Fremdenfeindlichkeit. Das macht deutlich, dass Menschenfeindlichkeit fatale Folgen für Zuwanderer/innen haben können.

Im Einzelnen hat sich gezeigt, dass eine hohe Integrationsbereitschaft, die in Europa insgesamt weit verbreitet ist, mit einer geringeren Ausprägung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängt, insbesondere in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Befragte, die Vorurteile gegenüber schwachen Gruppen hegen, neigen dagegen eher zur Forderung von Assimilation oder Separation. Ähnliches gilt für die Frage, inwieweit die Befragten Einwander/innen das Recht auf Teilhabe zubilligen: Insbesondere die Befragten, die ein hohes Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Homophobie aufweisen, lehnen ein allgemeines Wahlrecht sowie eine erleichterte Einbürgerung für Zuwanderer/innen eher ab. Von der zukünftigen Einwanderungspolitik erwarten Befragte, die stark zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit neigen, eher eine Begrenzung der Zuwanderung und schätzen zudem die zukünftigen Beziehungen zwischen Einheimischen und Einwander/innen eher negativ ein. Befragte, die Vorurteile gegenüber schwachen Gruppen hegen, sind zudem eher dazu bereit, Diskriminierung von Einwander/innen zu befürworten oder sich ihnen gegenüber selbst diskriminierend zu verhalten. Dies gilt besonders für die Forderung eines Rechts für Arbeitgeber/innen, nur Einheimische einzustellen sowie die Absicht, bei der nächsten Wahl nur eine Partei zu wählen, die eine Begrenzung der Einwanderung fordert. Schließlich sind menschenfeindliche Befragte auch eher dazu bereit, Einwanderer/innen in bestimmten Situationen mit Gewalt zu begegnen: Sie können sich eher vorstellen, bei einer wichtigen Sache gegen Zuwanderer/innen Gewalt einzusetzen oder mit Gewalt zu reagieren, wenn sie von Einwanderer/innen beleidigt würden.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschränkt sich nicht allein auf abwertende Einstellungen, sie kann auch handfeste Folgen haben. Diejenigen, die sich für die Integration von Einwanderer/innen aussprechen – Einwanderer/innen somit Teilhabe ermöglichen wollen und ihnen zugleich eine eigene kulturelle Identität zubilligen –, neigen nicht nur zu weniger Fremdenfeindlichkeit, sondern generell zu weniger Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auch gegenüber anderen Gruppen. Hingegen hängt die Forderung von Assimilation oder Separation mit einem höheren Ausmaß an Menschenfeindlichkeit zusammen. Gleiches gilt für diejenigen, die Einwanderer/innen politische Teilhabe erschweren wollen, indem sie sich gegen eine erleichterte Einbürgerung und die Teilnahme von Einwanderer/innen an Wahlen aussprechen. Die Zustimmung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf der Einstellungsebene hängt zudem mit einer höheren Bereitschaft zusammen, Einwanderer/innen zu diskriminieren und diesen mit Gewalt zu begegnen. Auch dieser Zusammenhang zeigt sich jedoch nicht nur hinsichtlich der Fremdenfeindlichkeit, sondern gilt auch für abwertende Einstellungen gegenüber anderen Gruppen.

Vergleichsweise wenige Personen üben tatsächlich Gewalt gegen Zuwanderer/innen aus. Fast ausschließlich junge Männer, häufig aus niedrigeren sozialen Schichten, begehen fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten, sogenannte Hasskriminalität. Nicht selten berufen sie sich aber auf die Unterstützung ihres sozialen Umfelds und verteidigen sich damit, lediglich auszuführen, was ohnehin die meisten denken (Wahl 2003).

9. Erklärungs- und Schutzfaktoren

Die Forschung über Vorurteile, Diskriminierungen und Rechtsextremismus hat in verschiedenen theoretischen Erklärungsansätzen ein umfassendes Repertoire von Faktoren zur Erklärung abwertender Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen vorgelegt (z.B. Wagner, van Dick & Zick 2001; Zick 1997). In den sozialwissenschaftlichen Disziplinen der Soziologie, Sozialpsychologie, Pädagogik, Kriminologie oder den Politikwissenschaften dominieren jeweils eigene Theorien und Erklärungskonzepte, die sich teils überschneiden, teils unterscheiden. Dabei ist nicht alles, was theoretisch diskutiert wird, bisher gut geprüft, ebenso hat sich nicht alles, was geprüft wurde, auch tatsächlich empirisch bestätigt. Die unterschiedlichen Bestimmungsfaktoren oder Determinanten lassen sich grob danach differenzieren, ob sie die Ursachen für die Entstehung von Vorurteilen in den Individuen selbst, im Gruppen- oder makro-sozialen Kontext verorten (Zick & Küpper 2007, Zick & Küpper 2009). Eine andere Unterscheidungsmöglichkeit ist, sie Einflussbereichen wie etwa der politischen, ökonomischen oder sozialen Umwelt zuzuordnen.

Wir skizzieren im Folgenden einen neuen alternativen Ansatz, der soziale Vorurteile durch die in Kapitel 2.4 beschriebenen Funktionen von Vorurteilen begründet und Vorurteile vor dem Erklärungshintergrund von fünf grundlegenden *sozialen Motiven* versteht. Den Motiven lassen sich unterschiedliche Erklärungsfaktoren für Vorurteile zuordnen. Wir stellen einige mögliche Determinanten vor, die theoretisch und/oder empirisch als wichtige Erklärungsfaktoren für Vorurteile diskutiert werden. Anschließend prüfen wir ihren Einfluss auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dabei unterscheiden wir Determinanten, die sich unter dem Sichtwort des *sozialen Kapitals beziehungsweise der sozialen Einbindung* subsumieren lassen, Determinanten, die eine *ideologische Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit* spiegeln, sowie Determinanten einer *ökonomischen Benachteiligung*. Anhand der Befunde lassen sich Schutzfaktoren gegen Vorurteile identifizieren, sie bieten somit auch Anknüpfungspunkte für die Entwicklung von Interventions- und Präventionsstrategien.

9.1 Soziale Motive: Eine funktional-motivationale Perspektive auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Warum denkt und tut ein Mensch etwas? Mit dieser Frage beschäftigt sich die psychologische Forschung über soziale Motive seit Langem. Soziale Motive steuern unser Denken, Fühlen und Handeln. Sie unterstützen unsere Ziele und lassen sich kreativ und flexibel in ganz unterschiedlichen Situationen umsetzen. Soziale Motive werden immer in Situationen relevant, in denen es um die Beziehung zu anderen Menschen geht. Es haben sich fünf Grundmotive zwischenmenschlichen Handelns herauskristallisiert, denen sich spezifische Bedürfnisse zuordnen lassen (Fiske 2004):

- Zugehörigkeit (*belonging*)
- Vertrauen (*trusting*)
- Verstehen (*understanding*)
- Kontrolle (*controlling*)
- Selbstaufwertung (*self-enhancement*)

Das Motiv der *Zugehörigkeit* bedient das Bedürfnis nach starken und stabilen Beziehungen. *Vertrauen* beruht auf dem Bedürfnis, Personen – insbesondere diejenigen, von denen wir abhängig sind – als grundsätzlich freundlich und wohlwollend wahrzunehmen. Das Motiv des *Verstehens* entspringt dem Bedürfnis, Sinn- und Bedeutungsgehalte mit anderen zu teilen. *Kontrolle* bezeichnet das Bedürfnis, Verhalten und dessen Ergebnis als übereinstimmend wahrzunehmen, also sowohl eigenes Verhalten zu kontrollieren, als auch Einfluss darauf zu haben, wie andere sich verhalten. *Selbstaufwertung* bezieht sich auf das Bedürfnis, das eigene Selbst als wertvoll und verbesserbar anzusehen, sprich, ein gutes Bild von sich selbst zu haben. Wir möchten Fiskes (2004) Definition des letztgenannten Motivs noch hinzufügen, dass Selbstaufwertung eng mit dem Bedürfnis verbunden ist, andere zu dominieren.

Wir schlagen vor, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vor dem Hintergrund dieser fünf Grundmotive zu verstehen. Wir nehmen an, dass Menschen Vorurteile, ob bewusst oder unbewusst, aus eben diesen Motiven äußern. Wir betrachten Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit somit aus einer funk-

tional-motivationalen Perspektive. Diese Sichtweise hält auch Ansatzpunkte für die Prävention und Intervention gegen Vorurteile bereit und erleichtert es, Hemmnisse beim Abbau von Vorurteilen zu erkennen. Dreh- und Angelpunkt ist, diese Kernbedürfnisse nicht durch Vorurteile, sondern durch menschenfreundliche Alternativen zu bedienen.

Das heißt mit exemplarischem Blick auf die Islamfeindlichkeit: Die grassierende und offene Islamfeindlichkeit, die in Europa gegenwärtig zu beobachten ist, lässt sich durch einige der eben genannten Motive verstehen. Vorurteile gegen Muslim/innen beruhen auf einer geteilten Wahrnehmung und einem gemeinsamen Verständnis, das voreingenommene Menschen von den ‚fremden‘ und ‚unbekannten‘ Muslim/innen haben, dessen sie sich stetig gegenseitig vergewissern und es damit festigen. Vorurteile bedienen folglich das soziale Motiv des *Verstehens* und der *Zugehörigkeit*. Muslim/innen als archaisch, patriarchalisch und aggressiv zu bewerten, geht zudem mit einer *Selbstaufwertung* der eigenen Gruppe und somit auch der eigenen Person einher, lässt sich daran doch die eigene Aufgeklärtheit und Liberalität demonstrieren. Grabenkämpfe in der Eigengruppe, etwa um die Gleichstellung von Frauen und Homosexuellen, treten dadurch in den Hintergrund, was ebenso der *Zugehörigkeit* dient. In der Islamfeindlichkeit wirkt schließlich noch das soziale Motiv der *Kontrolle*. Muslimische Einwanderer/innen, die zunehmend Anerkennung, Chancen und Rechte einfordern, werden durch Vorurteile in Schach gehalten, da diese sie in eine ständige Rechtfertigungsposition drängen.

Wir werden im Folgenden nun auf einige zentrale Erklärungsfaktoren eingehen, die mit diesen fünf Grundmotiven eng verbunden sind: auf soziales Kapital und soziale Einbindung (9.2) auf ideologische Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit (9.3) und auf ökonomische Benachteiligung (9.4).

Die Erklärungsfaktoren des sozialen Kapitals und der sozialen Einbindung berühren die Motive der *Zugehörigkeit* und des *Vertrauens*. In dieser Hinsicht spielen Freundschaften, das Vorhandensein eines Lebenspartners, die Mitgliedschaft in Vereinen, die Vertrauensfähigkeit, die Identifikation mit der Eigengruppe und der Kontakt zu Menschen aus als ‚anders‘ definierten Gruppen eine Rolle. Berücksichtigt wird hier außerdem die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Unter ideologischer Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit finden sich die Motive des *Verstehens* und der *Kontrolle*. Einige der hier berücksichtigten Ideologien und Werthaltungen haben wir bereits in Kapitel 5 als enge Korrelate

von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit behandelt, wie den Autoritarismus, die Soziale Dominanzorientierung und die Haltung gegenüber Diversität. Darüber hinaus betrachten wir an dieser Stelle den Einfluss von Religiosität und von weiteren ausgewählten Werthaltungen wie dem Universalismus und der Sicherheit. Auch Indikatoren von Unsicherheit, die dem Motiv der *Kontrolle* entgegenstehen, sind hier von Interesse, wie eine allgemeine Orientierungslosigkeit (Anomia) und ein Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen.

Der Erklärungsfaktor der ökonomischen Benachteiligung berührt das Motiv der *Selbstaufwertung*. Ökonomische Benachteiligung kann auf faktischer Armut basieren, sich allerdings auch in der subjektiven Einschätzung der eigenen finanziellen Lage und dem Gefühl äußern, im Vergleich zu anderen schlechter gestellt zu sein. Unserer Meinung spielt diesbezüglich auch das Bedürfnis nach Dominanz und Verbesserung des sozialen Status eine Rolle. In Anlehnung an die Theorie der Sozialen Dominanz (Sidanius & Pratto 1999) gehen wir davon aus, dass der Wunsch, den eigenen sozialen Status zu erhalten und zu verbessern, Vorurteile und Diskriminierung fördert. Wir möchten dieses Motiv jedoch im Unterschied zu dem eben genannten Ansatz nicht auf statushohe Gruppen beschränken, sondern halten es für ein grundlegendes menschliches Motiv (Küpper, Wolf & Zick 2010).

Hinweise zur statistischen Analyse

Mithilfe linearer Regressionsanalysen (siehe Glossar) prüfen wir im Folgenden jeweils empirisch den Einfluss der berücksichtigten Determinanten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF). Die verwendete Methode der linearen Regression hat den Vorteil, dass die verschiedenen Einflüsse in ihrer Höhe miteinander vergleichbar sind. So wird ersichtlich, welche Determinanten mehr, welche weniger und welche überhaupt nicht zur Erklärung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beitragen.

Die Stärke eines Prädiktors (das heißt eines Faktors oder einer Determinante) wird über Beta-Koeffizienten angegeben; je höher der Wert des Beta-Koeffizienten ist, desto stärker ist der Einfluss des jeweiligen Prädiktors. Ein Beta-Koeffizient nahe 0 bedeutet, dass dieser Faktor so gut wie keinen Einfluss auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat. Ein Beta-Koeffizient nahe -1

oder +1 zeigt an, dass ein starker negativer oder positiver Zusammenhang zwischen einem Faktor und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besteht. Unter den Abbildungen ist zudem die Gesamtvarianzaufklärung aller unter der jeweiligen Rubrik berücksichtigten Faktoren angegeben. Dies zeigt an, wie hoch der Erklärungswert dieser Faktoren insgesamt ist und wie viel Spielraum noch für weitere mögliche Erklärungsfaktoren besteht.

Für diese Berechnungen verwenden wir wieder den zusammenfassenden GMF-Index. Wir haben ermittelt, welchen Einfluss jeder einzelne Faktor auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat, wobei immer alle Faktoren der dazugehörigen Rubrik, also des sozialen Kapitals, der ideologischen Orientierung oder der ökonomischen Benachteiligung, gleichzeitig in ein Analysemodell eingespeist wurden. Bei diesen Analysen haben wir stets den Einfluss von Geschlecht, Alter und Bildung kontrolliert, also den Einfluss dieser Variablen neutralisiert. Die Analysen suchen bedeutsame Muster in der Variation der Meinungen, die nicht zwangsläufig auf einzelne Befragte zutreffen.

Hinweise zur Interpretation der Befunde

Bei der Darstellung der Ergebnisse sprechen wir in Bezug auf die theoretischen Annahmen der verschiedenen Erklärungskonzepte von Erklärungs- beziehungsweise Einflussfaktoren. Eine wirkliche kausale Prüfung ist allerdings auf Basis der vorliegenden Querschnittsdaten nicht möglich. Wir können hier lediglich statistische Zusammenhänge berichten, jedoch keine Aussagen über ihre kausale Richtung treffen. Diese Einschränkung besteht in vielen verwandten Studien, sodass die wenigsten Faktoren bislang einer wirklichen Kausalprüfung unterzogen wurden. Deshalb ist bei der Interpretation der Ergebnisse eine gewisse Vorsicht geboten. Beispielhaft sei hier auf die Lebenszufriedenheit verwiesen, von der angenommen wird, dass sie mit dem Ausmaß an Vorurteilen zusammenhängt. Eine gängige Interpretation lautet, dass eine geringere Lebenszufriedenheit zu mehr Vorurteilen führt. Umgekehrt ist jedoch auch denkbar, dass negative Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen die eigene Lebenszufriedenheit einschränken. Vorurteile basieren häufig auf bedrohlichen, angstmachenden Stereotypen. Teilt eine Person solche Stereotype, fühlt sie sich von ‚Fremden‘ in ihrer Umgebung bedroht, was durchaus ihre Lebenszufriedenheit beeinträchtigen könnte.

9.2 Soziales Kapital und soziale Einbindung

Das soziale Kapital, das heißt die soziale Einbindung einer Person in soziale Systeme ist eine mögliche Determinante von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF). Das Konzept wurde von Robert Putnam (2000) eingeführt. Dieser versteht unter sozialem Kapital das soziale Netz kooperativer Beziehungen zwischen Bürger/innen, das die Mitglieder einer Gesellschaft zusammenhält und aus dem die Zivilgesellschaft entsteht. Dieser Verbund trägt dazu bei, anstehende kollektive Probleme in einer Gesellschaft zu lösen. In seinem berühmten Buch *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community* (2000) vertritt Putnam die These, dass die Amerikaner, die Bürgergesellschaft par excellence, nach und nach die Bindung an soziale Netzwerke verlieren, und damit auch die darin etablierten Normen der Gegenseitigkeit und das Vertrauen, das aus sozialen Netzen erwächst. Stattdessen würden sie zunehmend zu Einzelspielern, was die Zivilgesellschaft, auf die sich die Demokratie stützt, und somit auch demokratische Werte wie Toleranz und Pluralität, gefährdet. Für den Einzelnen kann soziales Kapital darin bestehen, stabile und langfristige Beziehungen und Kontakte zu anderen Menschen zu haben, in einer Gemeinde eingebunden zu sein, sich in Vereinen und Organisationen zu engagieren sowie anderen vertrauen zu können. All das spielt für die eigene Lebenszufriedenheit eine große Rolle (Brehm & Rahn 1997). Die Einbindung in soziale Netzwerke durch Partnerschaften, Freundschaften oder Nachbarschaften wird in vielen theoretischen Ansätzen auch als ein wichtiger Schutzfaktor vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hervorgehoben (z.B. Anhut & Heitmeyer 2000).

Während Putnam in seinem Ansatz des Sozialen Kapitals den Kontakt mit Freunden und Nachbarn sowie die Einbindung in Vereine, Organisationen und Gemeinden in den Blick nimmt, rückt die *Kontakthypothese* (Allport 1954, Pettigrew 1998) den Kontakt zu Mitgliedern von Fremdgruppen in den Vordergrund. Aus Sicht der Theorie der *Sozialen Identität* (Tajfel & Turner 1986) ist bei der Abwertung bestimmter Fremdgruppen zudem die Identifikation mit der Eigengruppe von Bedeutung.

9.2.1 Indikatoren des sozialen Kapitals und der sozialen Einbindung

Im Folgenden geben wir zunächst einen kurzen Überblick über einzelne Indikatoren, die unter sozialem Kapital und sozialer Einbindung subsumiert werden können. Dem nachfolgenden Kasten ist zu entnehmen, wie diese Indikatoren im GMF-Europa-Survey genau erfasst wurden, und außerdem finden sich dort einige statistische Angaben zur Verbreitung der berücksichtigten Faktoren in den untersuchten Ländern. Welche Erklärungskraft besagte Indikatoren für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufweisen, berichten wir im Anschluss.

Die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen, Partnerschaften, Freundschaften und Nachbarschaften

Putnam (2000) betont insbesondere die zivilgesellschaft- und demokratiefördernde Rolle von Organisationen und Vereinen. Da aber nicht alle Organisationen und Vereine demokratische Ziele verfolgen sowie egalitär, anti-rassistisch und anti-ethnozentrisch ausgerichtet sind, ist diese These umstritten. Putnam führte deshalb eine wesentliche Unterscheidung ein und differenziert zwischen *bridging* und *bonding social capital*. Demnach gibt es sehr exklusive Organisationen, die ihre Mitglieder eng zusammenbinden, aber gegen andere abgrenzen. Diese sind in der Regel entlang sozialer Kategorien, etwa des Geschlechts, der Ethnie oder sozialen Klasse, aufgebaut. Das ist beispielsweise bei Standesvereinigungen der Fall. Im Gegensatz dazu vereinigen offene, sehr integrative Organisationen über diese Kategoriegrenzen hinweg ganz unterschiedliche Mitglieder in sich. Ein multi-ethnischer Fußballverein wäre hierfür ein Beispiel, welches jedoch zugleich verdeutlicht, dass eine Organisation sowohl *bridging* als auch *bonding* sein kann. Ein solcher Verein verbindet Männer mit unterschiedlicher ethnisch-kultureller Herkunft, grenzt sich aber zugleich von Frauen ab, es sei denn, dort gibt es auch eine Damenmannschaft.

Wir vermuten, dass die Zugehörigkeit zu Organisationen des exklusiven Typs bei ihren Mitgliedern weniger die Einstellung für mehr Gleichwertigkeit von unterschiedlichen sozialen Gruppen fördert, sondern eher mit Abgrenzungsprozessen einhergeht. Hingegen scheint es naheliegend, dass die Mitgliedschaft in Organisationen des inklusiven Typs bei ihren Mitgliedern Werte wie Gleichheit, Toleranz und Pluralität fördert (Mayer 2003). Unabhängig dieser Hypothesen wird Vereinen, insbesondere Sportvereinen, und anderen Organisationen, zum

Beispiel kirchlichen Gruppen, eine wichtige Rolle bei der Intervention und Prävention gegen Menschenfeindlichkeit zugeschrieben.

Vertrauen

Für die soziale Einbindung und das soziale Kapital spielt gegenseitiges Vertrauen zwischen Individuen eine wichtige Rolle. Aber auch für Gruppen, die im Konflikt stehen, ist der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen wichtig; was Politik als eine Grundlage für die Befriedung fortdauernder Gruppenkonflikte ja auch immer wieder betont. Ganz allgemein lässt sich Vertrauen als positive Verzerrung in der Verarbeitung unperfekter Information definieren (Yamagishi & Yamagishi 1994). Studien haben gezeigt, dass Vertrauen in andere entwickelt werden kann, um Unsicherheiten zu vermeiden (z.B. Kollock 1994). Bei erfolgreichem und wiederholtem sozialen Austausch ist Vertrauen mit positiven Affekten verknüpft (Lawler & Yoon 1996). Solch verlässlicher und beständiger Austausch kann in sozialen Beziehungen sowohl zwischen Einzelpersonen als auch zwischen Gruppen stattfinden. Vertrauen und zivilgesellschaftliches Engagement sind eng miteinander verbunden, denn Engagement fördert das Vertrauen (Brehm & Rahn 1997). Viele Studien verweisen auf die Bedeutung von Vertrauen für die Reduktion intergruppaler Konflikte. So führt der Kontakt zwischen Mitgliedern verfeindeter Gruppen zu mehr Vertrauen, das bei diesen wiederum positive Verhaltensintentionen bewirkt und negative abbaut. Dies wurde beispielsweise für den Nordirlandkonflikt zwischen Protestanten und Katholiken an einer studentischen Stichprobe nachgewiesen (Tam et al. 2009).

Lebenszufriedenheit

Auf Grundlage der theoretischen Überlegungen zu sozialem Kapital lässt sich annehmen, dass eine höhere Lebenszufriedenheit kausal zu weniger Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit führt. Die legitimierende Funktion von Vorurteilen – sie liefern Gründe für vorhandene Ungleichwertigkeiten – lässt jedoch auch eine umgekehrte These zu. Stehen Vorurteile zur Rechtfertigung von Ungleichwertigkeiten zur Verfügung, lässt es sich mit Ungleichwertigkeiten besser leben. Wir nehmen also ebenso einen positiven Zusammenhang an, allerdings in umgekehrter Richtung. Demnach führen Vorurteile sogar zu mehr Lebenszufriedenheit.

In der Tat gibt es für beide Überlegungen empirische Belege. Eine vergleichende Studie über 32 Länder des World Value Surveys hat in Bezug auf Sexismus beispielsweise das folgende Muster aufgezeigt (Napier, Thorisdottir & Jost 2010): Diejenigen, die einen feindseligen Sexismus offen vertreten, sind mit ihrem Leben weniger zufrieden. Diejenigen hingegen, die scheinbar positive Vorurteile gegenüber Frauen äußern, sogenannte benevolent sexistische Einstellungen vertreten, haben eine höhere Lebenszufriedenheit. Diese Zusammenhänge gelten jedoch nur in solchen Ländern, in denen insgesamt eine größere Gleichheit zwischen den Geschlechtern herrscht. In den Ländern dagegen, wo große Ungleichheit zwischen den Geschlechtern besteht, korreliert der offene Sexismus positiv mit einer hohen Lebenszufriedenheit. Während also in Ländern mit größerer Gleichheit zwischen den Geschlechtern nur die höflichere Variante von Sexismus emotionale Erleichterung verschafft, gelingt das in Ländern mit großer Ungleichheit zwischen Männern und Frauen auch der offenen und feindseligen Variante. Am GMF-Europa-Survey sind überwiegend Länder mit vergleichsweise größerer Egalität zwischen Männern und Frauen beteiligt. Übertragen auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die in der vorliegenden Studie offene und feindselige Vorurteile repräsentiert, ist eher ein negativer Zusammenhang von Lebenszufriedenheit und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit anzunehmen.

Identifikation mit der Region, der Nation und Europa

Die Soziale Identität ist ein Schlüsselkonzept, wenn es um abwertende Einstellungen gegenüber Fremdgruppen geht (Zick 2005). Legt zwar die Idee des sozialen Kapitals nahe, dass die Identifizierung mit einer Gemeinschaft eher mit demokratischen und somit pluralen und toleranten Einstellungen verbunden ist, lassen alternative theoretische Ansätze und eine Vielzahl empirischer Studien eher das Gegenteil vermuten. In der sozialpsychologischen Forschung über intergruppale Konflikte und Vorurteile hat die Theorie der Sozialen Identität einen zentralen Stellenwert (vgl. Kap. 2.2). Die Abwertung von Fremdgruppen ist eine einfache und bequeme Strategie, um eine positive soziale Identität zu gewinnen. Die starke Identifikation mit einer Eigengruppe – zum Beispiel mit der eigenen Nation, aber auch jeder anderen Gruppe, die als Eigengruppe verstanden wird – führt in der Regel zu mehr Vorurteilen und intoleranten Einstellungen gegenüber Fremdgruppen.

Dies gilt insbesondere für eine exklusiv überhöhte Identifikation, wie sie beispielsweise im Nationalstolz auftritt. In der Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Deutschland konnte nachgewiesen werden, dass der Stolz darauf, Deutscher oder Deutsche zu sein, und der Stolz auf die deutsche Geschichte kausal im Zeitverlauf zu mehr Fremdenfeindlichkeit führt (Wagner et. al., 2011). Patriotismus – der Stolz auf die soziale Sicherheit und Demokratie in Deutschland – ist negativ mit der Fremdenfeindlichkeit verbunden. Im vorliegenden GMF-Europa-Survey haben wir den Nationalstolz nicht erfasst, sondern lediglich, inwieweit sich die Befragten mit der Region, der Nation und Europa identifizieren. Auf Basis der bisherigen Befunde vermuten wir, dass eine regionale und nationale Identifikation eher mit einem höheren Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängt. Umgekehrt könnte eine Identifikation mit Europa gegebenenfalls sogar zu weniger Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit führen, da Europa eine inklusive Kategorie ist, die Länderkategorien überlagert.

Kontakt mit Einwander/innen

In der Theorie und in der Intervention besteht Einigkeit darüber, dass sich Gruppenkonflikte reduzieren, wenn deren Mitglieder miteinander in Kontakt treten (Allport 1954, Pettigrew 1998). Dies gilt insbesondere, wenn der Kontakt auf gleicher Augenhöhe stattfindet, beide Gruppen ein gemeinsames Ziel verfolgen und der Kontakt durch Autoritäten, beispielsweise Lehrer/innen, unterstützt wird. Eine Meta-Analyse über viele empirische Studien hat bekräftigt, dass intergruppaler Kontakt Vorurteile reduziert (Pettigrew & Tropp 2006), und zwar in unterschiedlichen Kontaktsituationen und in Bezug auf verschiedene Fremdgruppen. Außerdem hat sich gezeigt, dass nicht nur der direkte, persönliche Kontakt mit Mitgliedern einer sonst mit Vorurteilen behafteten Gruppe das Ausmaß an Abwertung verringert, sondern auch der bloß vorgestellte Kontakt (Turner et al. 2007) oder der indirekte Kontakt über Freunde eine positive Wirkung entfaltet (Wright et al. 1997). Diejenigen, die sich den Kontakt nur vorstellen, oder deren guter Freund mit einem Mitglied einer vorurteilsbehafteten Fremdgruppe befreundet ist, äußern sich dieser Gruppe gegenüber bereits weniger abwertend. Der Kontakt mit einer Gruppe, beispielsweise mit Einwander/innen, reduziert außerdem nicht nur Vorurteile gegenüber dieser spezifischen Gruppe, sondern darüber hinaus auch Vorurteile gegenüber anderen Gruppen wie zum Beispiel religiösen Minderheiten oder homosexuellen Menschen (Pettigrew 2009).

Erfassung des sozialen Kapitals und der sozialen Einbindung

Freundschaften: „Echte Freunde zu finden wird heute immer schwieriger“ und „Soziale Beziehungen werden immer instabiler“. Die Befragten konnten aus vier Antwortausprägungen von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“ wählen. Beide Aussagen wurden rekodiert und zur Skala „Freunde“ zusammengefasst, sodass hohe Skalawerte einem positiven Freundschaftsbild entsprechen (Cronbachs Alpha von $\alpha = .73$). 62 Prozent aller europäischen Befragten finden, es werde heute immer schwieriger, echte Freunde zu finden und 76 Prozent glauben, dass soziale Beziehungen immer instabiler werden. Damit drücken rund zwei Drittel der Europäer/innen eine Unsicherheit bezüglich Freundschaftsbeziehungen aus. In Ungarn, Polen, Portugal und Italien teilen diesen Eindruck mit ungefähr 80 Prozent besonders viele Menschen.

Kontakt in der Nachbarschaft: „Mit wie vielen Menschen in Ihrer Nachbarschaft pflegen Sie Bekanntschaft?“ Die Befragten konnten aus vier Antwortmöglichkeiten von „keinen“ bis „vielen“ wählen. 52 Prozent der europäischen Befragten geben an, mit vielen Menschen in ihrer Nachbarschaft Kontakt zu pflegen, weitere 29 Prozent sagen, immerhin mit einigen Menschen dort bekannt zu sein. Interessanterweise äußern gerade in den oben genannten Ländern Ungarn, Polen, Portugal und Italien mit 80 bis über 90 Prozent auffällig viele Befragte, viele Nachbarschaftskontakte zu pflegen. Das weist bereits darauf hin, dass Bekannte in der Nachbarschaft und das Gefühl, leicht oder nur schwer Freundschaften schließen zu können, empirisch völlig unabhängig voneinander sind (Korrelation $r = -.01$).

Kontakt mit Einwanderer/innen: „Wie viele Ihrer Freunde sind Zuwanderer, die aus einem anderen Land nach (jew. Land) gekommen sind?“ und „Wie viele Ihrer (jew. Nationalität) Freunde haben Freunde, die Zuwanderer sind?“. Die Befragten konnten aus vier Antwortausprägungen von „keine“ bis „viele“ wählen. Beide Fragen wurden zur Skala „Kontakt mit Zuwanderern“ zusammengefasst (Cronbachs Alpha $\alpha = .78$). 28 Prozent aller europäischen Befragten geben an, einige oder sogar viele Freunde zu haben, die aus dem Ausland eingewandert sind. In Portugal bestätigen dies sogar gut die Hälfte der Befragten. Dagegen geben nur 11 Prozent in Italien und um die 15 Prozent in

den Niederlanden und Polen an, selbst Freunde zu haben, die eingewandert sind. 42 Prozent aller europäischen Befragten haben Freunde, die gute Bekannte unter den Einwanderer/innen haben, in Portugal sind es 72 Prozent, in Italien und den Niederlanden dagegen nur um die 19 Prozent. In den übrigen Ländern zählen jeweils zwischen 40 und 50 Prozent der Befragten Zuwanderer/innen zu ihrem Bekanntenkreis.

Vertrauen: Zur Erfassung von Vertrauen wurden zwei Aussagen verwendet: „Allgemein betrachtet, würden Sie sagen, dass man a) den meisten Menschen vertrauen kann oder b) dass man im Umgang mit anderen nicht vorsichtig genug sein kann?“ und „Allgemein betrachtet, würden Sie sagen, dass die meisten Menschen a) versuchen Sie auszunutzen, wenn sie die Gelegenheit dazu haben, oder b) dass sie ihr Bestes tun, sich anständig zu verhalten?“. Die Befragten konnten jeweils einem Teil der Frage zustimmen. Die erste Frage wurde rekodiert und im Anschluss mit der zweiten Frage zur Skala „Vertrauen“ zusammengefasst, sodass hohe Skalawerte einem hohen Vertrauen entsprechen (Cronbachs Alpha $\alpha = .51$). 67 Prozent aller europäischen Befragten sagen, es sei besser, vorsichtig im Umgang mit anderen zu sein, 34 Prozent sind der Auffassung, andere würden versuchen, sie auszunutzen. Eher misstrauisch anderen gegenüber geben sich die Befragten in Portugal und Frankreich, jedoch nehmen gerade sie von den Menschen in ihrer Umgebung an, dass sie wenigstens versuchen, sich anständig zu verhalten.

Lebenszufriedenheit: Zur Erfassung der Lebenszufriedenheit wurde gefragt: „Sind Sie im Großen und Ganzen (*sehr / eher / eher nicht / überhaupt*) nicht zufrieden mit Ihrem derzeitigen Leben?“ 84 Prozent aller europäischen Befragten geben an, mit ihrem derzeitigen Leben eher oder sogar sehr zufrieden zu sein. Auf Länderebene antworten jeweils zwischen 85 und 95 Prozent der Befragten, eher oder sehr mit ihrem Leben zufrieden zu sein, einzig in Portugal und Ungarn sind es nur 64 Prozent.

Lebenspartner: Die Befragten wurden nach ihrem Familienstatus gefragt bzw. die nicht-Verheirateten danach, ob sie „einen festen Lebenspartner/eine feste Lebenspartnerin?“ haben. Der Ländervergleich zeigt, dass sich rund 70 Pro-

zent der Bevölkerung in einer festen Partnerschaft befindet, rund die Hälfte davon ist verheiratet.

Mitgliedschaften: „Wie vielen Organisationen und Vereinen gehören Sie an?“ Die Frage bezog sich auf Mitgliedschaften in Sport-, Kultur- oder Hobbyvereinen, in Gewerkschaften oder Wirtschaftsverbänden sowie in Kirchen-, Umwelt- oder Tierschutzgruppen. Hier wurde die Anzahl von Mitgliedschaften ermittelt, dann aber lediglich zwischen jenen mit und ohne Mitgliedschaft unterschieden. In Deutschland und Großbritannien haben rund 70 Prozent der Befragten eine Mitgliedschaft in einer Organisation oder einem Verein, in den Niederlanden sind es sogar 88 Prozent. In Ungarn sind mit 28 Prozent vergleichsweise wenige Befragte als Mitglied in einer Organisation oder einem Verein aktiv.

Identifikation: Es wurde das Ausmaß der regionalen, nationalen und europäischen Identifikation über drei Aussagen erfasst: „Ich fühle mich meiner Region zugehörig.“ „Ich fühle mich als (jew. Landesbevölkerung).“ „Ich fühle mich als Europäer/in.“ Die Befragten konnten aus vier Antwortausprägungen von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“ wählen. 74 Prozent aller europäischen Befragten identifizieren sich eher oder sehr mit Europa, 93 Prozent mit ihrem Land und 82 Prozent mit ihrer Region. Auch auf Länderebene identifiziert sich jeweils die Mehrheit der Befragten mit ihrer Region, die Zustimmung variiert in den Ländern zwischen 75 und 90 Prozent. Mit Europa identifizieren sich in Großbritannien nur 43 Prozent der Befragten, in den Niederlanden und Italien rund 70 Prozent und in den übrigen Ländern zwischen 80 und 87 Prozent. Relativ einheitlich fällt in den einzelnen Ländern die Identifikation mit der eigenen Nationalität aus, jeweils rund 90 Prozent der Befragten identifizieren sich mit ihrer Nation.

Tab. 35: **Indikatoren des sozialen Kapitals und der sozialen Einbindung**
(Zustimmung in Prozent)

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Freundschaft									
1	Echte Freunde zu finden, wird heute immer schwieriger.	56,7	36,2	58,2	30,4	72,6	86,6	78,1	80,4
2	Soziale Beziehungen werden immer instabiler.	67,9	69,1	70,2	60,5	79,7	88,4	85,2	84,9
Vertrauen									
3	Allgemein betrachtet, würden Sie sagen, dass man im Umgang mit anderen nicht vorsichtig genug sein kann?	64,5	53,7	80,2	39,3	56,4	83,7	77,4	78,5
4	Allgemein betrachtet, würden Sie sagen, dass die meisten Menschen versuchen Sie auszunutzen, wenn sie die Gelegenheit dazu haben?	33,7	25,0	40,2	13,4	39,4	51,8	30,2	38,2
Nachbarschaftskontakte									
5	Mit wie vielen Menschen in Ihrer Nachbarschaft pflegen Sie Bekanntschaft? (<i>viele, einige</i>)	79,6	70,6	74,8	78,4	82,7	89,1	94,4	80,8
Mitgliedschaften									
6	Wie vielen Organisationen und Vereinen gehören Sie an? (Mitgliedschaft in mindestens einer Organisation)	70,7	68,2	51,9	87,9	39,0	46,0	49,4	27,8
Kontakt mit Einwander/innen									
7	Wie viele Ihrer Freunde sind Zuwanderer, die aus einem anderen Land nach Deutschland gekommen sind? (<i>viele, einige</i>)	39,3	25,9	39,5	15,4	11,2	56,0	15,3	21,4
8	Wie viele Ihrer (eigene Nationalität) Freunde haben Freunde, die Zuwanderer sind? (<i>viele, einige</i>)	46,9	36,5	51,7	18,3	19,7	72,4	56,9	34,5

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Partnerschaft (verheiratet oder fester Lebenspartner)									
11	Anteil von Personen mit fester Partnerschaft (verheiratet oder Langzeit-Partnerschaft)	69,1	72,4	72,2	78,0	71,7	71,0	74,0	76,3
10	Anteil von Verheirateten (bezogen auf alle Befragten)	48,6	52,3	52,4	61,2	56,4	60,5	61,5	60,1
Soziale Identität									
12	Ich fühle mich als Europäer/ Europäerin.	82,7	43,2	68,4	68,0	82,6	76,3	86,9	86,2
13	Ich fühle mich als [Land der Befragung, z.B. Deutscher].	89,2	89,5	92,6	94,5	95,2	88,4	95,3	95,4
14	Ich fühle mich meiner Region zugehörig	76,9	81,1	80,9	83,9	81,5	86,4	90,0	73,3
Lebenszufriedenheit									
15	Sind Sie im Großen und Ganzen (überhaupt nicht – sehr) zufrieden mit Ihrem derzeitigen Leben?	89,6	92,5	84,9	96,3	89,5	63,9	87,5	64,3

9.2.2 Ergebnisse zu sozialem Kapital und sozialer Einbindung

Inwieweit wirken sich soziales Kapital und soziale Einbindung auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus? Verringert sich deren Ausmaß, umso mehr Befragte in soziale Netzwerke eingebunden sind? Die folgenden Analysen verdeutlichen den Einfluss des sozialen Kapitals auf das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Einige der zur Erfassung verwendeten Indikatoren konnten wir aus Kapazitätsgründen nur in einer zufälligen Hälfte der Stichprobe erheben. Dadurch reduziert sich die Stichprobengröße entsprechend auf rund 500 Befragte pro Land.

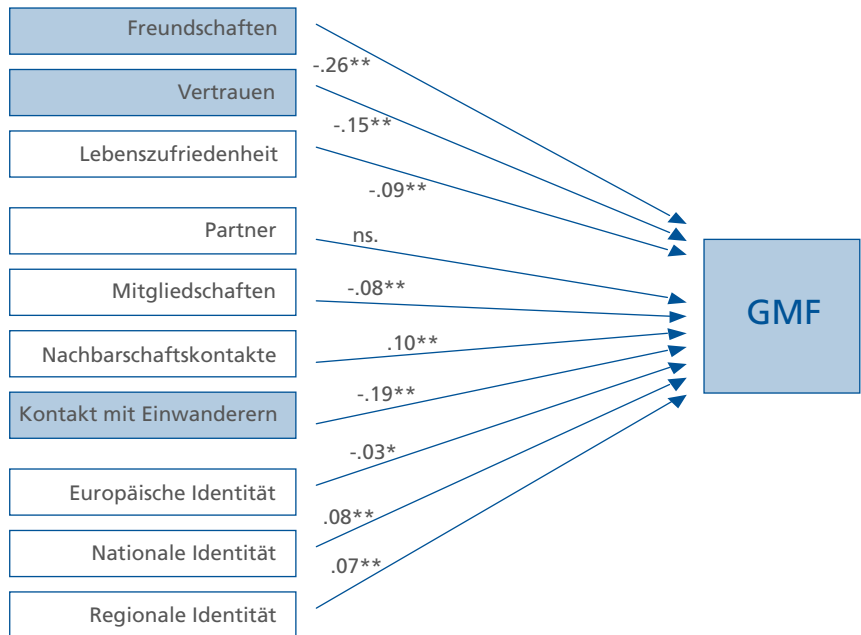
Die Indikatoren des *sozialen Kapitals* und der *sozialen Einbindung* haben durchaus Erklärungswert für das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschen-

feindlichkeit. Durch die berücksichtigten Faktoren werden insgesamt 32 Prozent der Varianz aufgeklärt (vgl. Abb. 28 und siehe Glossar). Es kann also auf Basis der Ausprägung der hier berücksichtigten Faktoren eine recht gute Prognose für das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei einer Person getroffen werden. In Großbritannien haben die hier berücksichtigten Indikatoren die größte Erklärungskraft, in Portugal und Ungarn die geringste. Daraus wird zugleich deutlich, dass darüber hinaus weitere Faktoren jenseits des sozialen Kapitals von Bedeutung sind.

In diesem Modell erweist sich der Eindruck, heutzutage leicht oder schwer *Freundschaften* schließen zu können, als der stärkste Einflussfaktor zur Erklärung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ($\beta = -.26^{**}$). Je negativer sich die Befragten zu Freundschaften in der heutigen Zeit äußern – wobei bei diesen Antworten stets auch ein Hauch von Nostalgie mitschwingen mag –, desto höher ist ihre Menschenfeindlichkeit. Dieser relativ starke Effekt lässt sich in allen Ländern mit Ausnahme Portugals bestätigen. Auch *Nachbarschaftskontakte* spielen für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eine Rolle, allerdings eine andere als vielleicht vermutet: Je mehr Bekanntschaften die Befragten in der Nachbarschaft pflegen, desto häufiger äußern sie Vorurteile. Dieser Effekt zeigt sich vor allem in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien und Italien.

Wie bereits in zahlreichen Studien der empirischen Vorurteilsforschung nachgewiesen, zeigt sich auch hier, wie deutlich und positiv sich der *Kontakt mit Einwander/innen* auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auswirkt. Je weniger die Befragten mit Einwander/innen in Kontakt kommen, desto stärker äußern sie Vorurteile. Dies gilt für direkte, persönliche Kontakte und für indirekte Kontakte über Freunde gleichermaßen. Darüber hinaus zeigt sich in allen untersuchten Ländern, dass der Kontakt mit Einwander/innen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit reduziert, in Frankreich besonders deutlich ($\beta = .35$) und in Portugal etwas weniger ($\beta = .08$). Wir können also festhalten, dass der Kontakt zu Personen im sozialen Nahraum der Nachbarschaft Vorurteile eher begünstigt, während der Kontakt mit Einwander/innen Vorurteile deutlich reduziert, ebenso wie das Gefühl, viele und leicht Freundschaften schließen zu können.

Abb. 28: **Soziales Kapital und soziale Einbindung als Determinanten für GMF in Europa**



Regressionsanalyse. Gesamtaufklärung: $R^2 = .32$ (ohne Kontrollvariablen Alter, Bildung, Geschlecht); in den einzelnen Ländern: GB: $R^2 = .35$, D: $R^2 = .31$, HU: $R^2 = .17$, I: $R^2 = .29$, NL: $R^2 = .32$, PT: $R^2 = .16$, PL: $R^2 = .19$, F: $R^2 = .31$. Je höher das Beta-Gewicht desto stärker der Einfluss einer Variablen. Die stärksten Prädiktoren sind grau unterlegt. ** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; * signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau, ns = nicht signifikant.

Auch das *Vertrauen* in andere Personen wirkt sich auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus. Je weniger die Befragten anderen Personen vertrauen, desto häufiger äußern sie Vorurteile. Dieser Einfluss hat sich in allen untersuchten Ländern gezeigt, außer in Ungarn. Ebenso offenbarte sich insgesamt ein schwacher, wenngleich signifikanter Einfluss der *Lebenszufriedenheit* auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Je unzufriedener Befragte mit ihrem Leben sind, desto häufiger äußern sie Vorurteile. Die jeweiligen Ergebnisse in den einzelnen Ländern verdeutlichen jedoch, wie schwach dieser Trend ist; in keinem Land erreicht der Zusammenhang die Signifikanzgrenze. Ein ebenso schwacher, aber signifikanter Einfluss hat sich für die *Mitgliedschaft in Verei-*

nen und Organisationen gezeigt. Befragte, die nicht in Organisationen oder Vereine eingebunden sind, tendieren durchschnittlich etwas mehr zur Abwertung schwacher Gruppen. Das Vorhandensein eines Lebenspartners spielt hingegen keine Rolle.

Schließlich haben wir noch untersucht, wie sich die *regionale, nationale und europäische Identität* auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auswirkt. Identifizieren sich Befragte besonders mit Europa, hat dies keinen auffälligen Effekt auf das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Für die Identifikation mit der eigenen Nationalität zeigt sich hingegen ein schwacher Effekt: Diejenigen, deren Identität sich stark über die nationale Zugehörigkeit definiert, äußern häufiger Vorurteile. Auch die Identifikation mit der Region hat einen schwachen Einfluss. Je stärker sich die Befragten ihrer Region zugehörig fühlen, desto häufiger äußern sie Vorurteile. Insgesamt wird deutlich: Die Identifikation mit der eigenen Region und Nation trägt eher zu Vorurteilen bei, die Identifikation mit Europa fängt Vorurteile kaum auf.

In der länderdifferenzierten Auswertung sind durchaus unterschiedliche Muster hinsichtlich des Einflusses der verschiedenen Identitäten auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erkennbar. Befragte, die sich als Europäer/innen definieren, äußern in den westeuropäischen Ländern Großbritannien, Deutschland, Italien, Niederlande, Portugal und Frankreich eher seltener, in Ungarn dagegen eher häufiger Vorurteile. Dafür ist in den westeuropäischen Ländern Großbritannien, Deutschland, Italien, Frankreich und Niederlande die starke Identifikation mit der eigenen Nation mit einem höheren Ausmaß an Menschenfeindlichkeit verknüpft, in Portugal, Polen und Ungarn verringert diese dagegen Vorurteile. Einzig für die regionale Identität zeigten sich einheitliche Effekte, für alle Länder gilt: Je stärker die Identifikation mit der Region, desto stärker ausgeprägt ist auch die Menschenfeindlichkeit.

Das soziale Kapital beziehungsweise die soziale Einbindung gilt theoretisch als ein wesentlicher Schutzfaktor vor Intoleranzen und Abwertungen. Die Ergebnisse bestätigen diese Vermutung für einige ausgewählte Indikatoren: Diejenigen, die anderen Menschen vertrauen und die den Eindruck haben, auch heutzutage noch gute und stabile Freundschaften leicht aufbauen

zu können, neigen weniger zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Außerdem hat sich gezeigt, dass der Kontakt mit Einwanderer/innen vor Vorurteilen schützt. Umgekehrt sind Vorurteile bei jenen weiter verbreitet, die wenig persönlichen oder auch über Freunde vermittelten Kontakt mit Einwanderer/innen haben. Für weitere Indikatoren zeigten sich zumindest schwache Effekte: Diejenigen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, neigen etwas weniger zur Abwertung von Fremdgruppen. Auch jene, die Mitglied in einer Organisation oder einem Verein sind, äußern etwas seltener Vorurteile. Viele Nachbarschaftskontakte wirken sich hingegen eher negativ aus, sie scheinen Vorurteile sogar zu begünstigen. Keine Rolle spielt das Vorhandensein eines Lebenspartners. Außerdem hat sich in der Tendenz gezeigt: Diejenigen, die sich mit ihrer Nation oder Region stärker identifizieren, neigen etwas eher zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Deutlich wurde außerdem, dass auch die Identifikation mit Europa nicht vor Vorurteilen schützt.

9.3 Ideologische Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit

In diesem Abschnitt untersuchen wir, wie sich ideologische Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit auf die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) auswirken. Unterschiedliche theoretische Traditionen heben ideologische Orientierungen als besonders relevant für die Einstellung gegenüber Fremdgruppen hervor. In Kapitel 5.3 haben wir bereits die Zusammenhänge von Autoritarismus, Sozialer Dominanzorientierung und Ablehnung von Diversität mit der Abwertung von schwachen Gruppen aufgezeigt. Im Folgenden stellen wir diese und weitere Konstrukte noch einmal ausführlich vor.

Bei den Konstrukten, die wir im Folgenden als ideologische Orientierung behandeln, sprechen Autor/innen anderer Theorietraditionen abweichend auch von Ideologien, generalisierten Einstellungen oder Persönlichkeitsmerkmalen.

Die hier besprochenen Konstrukte werden jedoch übereinstimmend als stabile und fest verankerte Grundüberzeugungen verstanden, die oft bereits während der Sozialisation im Kindes- und Jugendalter erlernt werden. Sie bestimmen unsere Sicht auf die Welt und auf soziale Beziehungen zwischen Individuen und Gruppen. Die Sozialpsychologie hebt hervor, dass diese Grundüberzeugungen allerdings prinzipiell veränderbar sind. Wir teilen diese Perspektive und gehen davon aus, dass der jeweilige Kontext einen gewissen moderierenden Einfluss auf Grundhaltungen ausübt. Es hängt also nicht nur von der Person und ihrer Sozialisation, sondern auch von den Umständen ab, inwieweit eine Grundhaltung zu spezifischen Einstellungen oder gegebenenfalls Verhalten führt. Für Einstellungen gegenüber Fremdgruppen spielen soziale Vergleichsprozesse eine wichtige Rolle, die davon abhängen, welche Vergleichsgruppe in einem gegebenen Kontext verfügbar ist und fokussiert wird (Zick 2005). Menschen aus zwei Nachbardörfern können sich als Fremdgruppen betrachten oder gemeinsam als Deutsche, sie können sich als Deutsche mit der Fremdgruppe der Franzosen/Französinen vergleichen und – bei noch weiter gestellter Linse – können sie sich zusammen mit den Franzosen/Französinen im Vergleich zur Fremdgruppe der Amerikaner/innen als Europäer/innen definieren.

Über die ideologische Orientierung hinaus nehmen wir allgemeine Werthaltungen genauer in den Blick und überprüfen konkret, inwieweit sich universalistische, auf Sicherheit orientierte und religiöse Werthaltungen auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auswirken. Schließlich betrachten wir auch generelle Unsicherheit als mögliche Determinante Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und untersuchen diesbezüglich das Konstrukt der Anomia, einer gefühlten Orientierungslosigkeit infolge gesellschaftlicher Veränderungen, und die gefühlte Bedrohung durch Einwanderer/innen.

9.3.1 Indikatoren der ideologischen Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit

Im Folgenden stellen wir die Konstrukte, die unter ideologischer Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit berücksichtigt wurden, einzeln vor. Dem nachfolgenden Kasten sind konkrete Angaben zu deren Erfassung und Verbreitung in den untersuchten Ländern zu entnehmen. Welche Erklärungskraft besagte Indikatoren für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufweisen, wird im Anschluss berichtet.

Autoritarismus

Unter dem Eindruck der Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands schreiben Theodor Adorno und Kolleg/innen im Jahre 1950 ihre Abhandlung *Die autoritäre Persönlichkeit*. Darin sehen sie einen autoritären Erziehungsstil, der Gehorsam und Unterwürfigkeit gegenüber Autoritäten verlangt sowie auf Disziplin und Strenge setzt, als unmittelbar mitverantwortlich für den Holocaust an. Sie entwerfen ein Syndrom der autoritären Persönlichkeit, das eng mit Antisemitismus zusammenhängt und neun Facetten beinhaltet: Dazu zählen unter anderem der Konventionalismus, das starre Festhalten an konventionellen Wertvorstellungen der Mittelschicht; autoritäre Unterwürfigkeiten, eine kritiklose Haltung gegenüber idealisierten moralischen Autoritäten der Eigengruppe; autoritäre Aggression, eine Recht-und-Ordnung-Mentalität, die nach Normverletzung Ausschau hält, verbunden mit der Bereitschaft, diese zu verurteilen und zu bestrafen; Aberglaube, Macht und ‚Robustheit‘, ein Denken in den Dimensionen von Herrschaft und Unterwerfung sowie übertriebene Zurschaustellung von Stärke und Robustheit; Destruktivität und Zynismus, die Verleumdung des Menschlichen und eine generalisierte Feindseligkeit; sowie Sexualität, ein übertriebenes Interesse an sexuellen Vorgängen (vgl. auch Decker et al., 2010).

In Anlehnung daran entwickelt Altemeyer das Konzept des Rechtsgerichteten Autoritarismus (*right-wing authoritarianism*, 1988) und eine Skala zu dessen Erfassung, welche die Dimensionen der autoritären Unterwürfigkeit, der autoritären Aggression und des Konventionalismus abdeckt. Neuere theoretische Arbeiten thematisieren den Autoritarismus oft in Verbindung mit dem Konzept der Sozialen Dominanzorientierung (vgl. Kap. 5.3 & unten) und verstehen darunter zwei Weltansichten: eine kompetitive, die das Leben als *competitive jungle* wahrnimmt und eine gefährliche, die die Welt als einen bedrohlichen Ort ansieht (*dangerous world view*). Autoritäre Personen fühlen sich demnach leicht durch andere Gruppen bedroht und reagieren infolgedessen mit Abwertung und Ausgrenzung. Dominanzorientierte Personen hingegen nehmen die Welt als Ort des Wettkampfs und der Konkurrenz wahr. Diese werten und grenzen sich von anderen Gruppen ab, um sich in diesem Wettbewerb durchzusetzen (Duckitt 2001). Der Autoritarismus, wie auch das im Folgenden näher beschriebene Konzept der Sozialen Dominanzorientierung, hat sich in zahlreichen Untersuchungen als besonders erklärungskräftig für die Abwertung schwacher Gruppen bestätigt (z.B. Ekehammar et al. 2004, Duriez & van Hiel 2002).

Soziale Dominanzorientierung

Das Konzept der Sozialen Dominanzorientierung ist vergleichsweise jung. Es zeigt an, inwieweit Menschen soziale Hierarchien zwischen Gruppen befürworten und entsprechend soziale Gleichheit ablehnen. Die Theorie der Sozialen Dominanz (Sidanius & Pratto 1999) geht davon aus, dass Menschen sich im Ausmaß der Sozialen Dominanzorientierung unterscheiden. Diesbezüglich wird theoretisch angenommen, dass Personen aus statushöheren Gruppen, zum Beispiel Weiße oder Männer, in der Regel eine höhere Soziale Dominanzorientierung aufweisen als Personen aus statusniedrigen Gruppen, wie zum Beispiel Schwarze oder Frauen. Personen, die statushöheren Gruppen angehören, rechtfertigen die bestehenden Hierarchien mit Vorurteilen, die im Rahmen der Theorie deshalb als legitimierende Mythen bezeichnet werden. Neben Vorurteilen wie beispielsweise Rassismus oder Sexismus gelten auch Ideologien wie der Nationalismus oder eine protestantische Arbeitsethik als Hierarchie legitimierende Mythen. Das sexistische Vorurteil, Frauen seien biologisch ‚anders‘ und deswegen eher emotional und weniger rational, dient als Argument dafür, Führungspositionen nicht mit Frauen zu besetzen. Auf Basis von eigenen empirischen Befunden gehen wir allerdings in Abgrenzung zur Theorie der Sozialen Dominanz davon aus, dass auch Personen aus – gemessenen an Macht, Einfluss oder Geld – statusniedrigen Gruppen Vorteile haben, indem sie sich gegen noch weiter ‚unten‘ gelegene Gruppen abgrenzen, beispielsweise gegen Einwanderer/innen (Küpper, Wolf & Zick 2010).

Diversität

Diversität benennt das Ausmaß an subjektiv wahrgenommener oder objektiv feststellbarer Unterschiedlichkeit zwischen Gruppenmitgliedern einer sozialen Gruppe (van Knippenberg & Schippers 2007). Diese tatsächliche oder wahrgenommene Heterogenität bezieht sich unter anderem auf Unterschiede des Geschlechts, Alters, der Ethnie, der Religion, des kulturellen oder sozialen Hintergrunds und auf Menschen mit und ohne Behinderungen. Das Konzept der Diversität wurde bislang vor allem in Arbeitskontexten untersucht, und zwar im Hinblick darauf, wie sich die Heterogenität von Arbeitsgruppen auf ihre Zusammenarbeit, Produktivität und Arbeitszufriedenheit auswirkt (zur Übersicht van Knippenberg & Schippers 2007). Vielfach wird angenommen, dass demographische Diversität in Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Erfahrungen, Fähigkeiten, Einstellungen, Werten, Persönlichkeiten, Emotionen und kognitiven Herangehensweisen einhergeht. Diese tatsächlichen oder vermuteten

Unterschiede können kreativ genutzt und als Bereicherung erlebt werden, sie können aber auch zu Missverständnissen und Belastungen führen. Neben dem Typus der zu bewältigenden Aufgabe hängt das auch von der grundsätzlichen Haltung der Beteiligten ab (van Dick et al. 2008). Sehen diese die Vielfältigkeit ihres Teams als einen Vorteil an, dann können sie sich eher mit ihrer Arbeitsgruppe identifizieren, was sich positiv auf ihre Produktivität und Arbeitszufriedenheit auswirkt. Somit kann eine positive Einstellung zur Diversität die negativen Effekte von sozialer Kategorisierung auffangen. Wir konnten auf Basis der Daten, die auch diesem Bericht zugrunde liegen, bereits nachweisen, dass diejenigen, die Diversität befürworten, also die Vielfalt von Kulturen und Religionen in ihrem Land schätzen, weniger zu Fremdenfeindlichkeit neigen (Küpper, Wolf & Zick 2010; Zick & Küpper 2010).

Universalismus und Sicherheitsorientierung

Die beiden Werthaltungen Universalismus und Sicherheit sind dem Wertekonzept von Shalom H. Schwartz (1992) entnommen. Schwartz definiert Werte als Überzeugungen, die situationsübergreifend gültig sind. Sie beziehen sich auf wünschenswerte Ziele und motivieren, entsprechend zu handeln. Wertorientierungen geben Personen Kriterien an die Hand, entlang derer sie ihre Handlungen, Ereignisse, andere und sich selbst bewerten. Jede Person verfügt über ein individuelles Wertesystem, innerhalb dessen die persönlichen Werte nach Wichtigkeit geordnet sind. Schwartz hat zudem zehn universelle Wertetypen identifiziert, die sich durch die verschiedenen ihnen zugrunde liegenden Motive unterscheiden. Aus diesen haben wir in vorliegender Studie die zwei Werthaltungen Sicherheit und Universalismus berücksichtigt. Eine auf Sicherheit orientierte Werthaltung betont Geborgenheit und Schutz als zentrale Ziele der gesellschaftlichen Stabilität. Schwache Gruppen und Minderheiten unterscheiden sich von der Mehrheitsgesellschaft durch bestimmte Merkmale wie Herkunft, Ethnie, Religion, Sexualität oder Geschlecht. Sie können als Bedrohung der eigenen Werte und Ziele erscheinen und somit als eine Gefahr für die Stabilität und Sicherheit der sozialen Ordnung wahrgenommen werden. In der Tat zeigt sich ein empirischer Zusammenhang zwischen einer auf Sicherheit ausgerichteten Werthaltung und negativen Einstellungen gegenüber Einwanderer/innen (Leong 2008). Menschen mit einer universalistischen Werthaltung streben nach Wertschätzung, Verständnis und Schutz des Wohlergehens bezogen auf alle Menschen und die Natur. Der Wert Universalismus steht somit der kategorialen Abwertung von Menschen entgegen.

Religiosität

Alle großen Religionen und insbesondere das Christentum, das im untersuchten europäischen Kontext die größte Rolle spielt, propagieren Friedfertigkeit und Nächstenliebe; viele Menschen berufen sich auf ihren Glauben, wenn sie sich für wohltätige Zwecke engagieren. Gleichzeitig werden jedoch nach wie vor Menschen aus religiösen Gründen unterdrückt, verfolgt oder sogar ermordet. Religionsgemeinschaften grenzen sich voneinander ab und Konfessionen bekämpfen sich. „*Religion makes and unmakes prejudice*“, erkannte Gordon Allport bereits in den 1950er Jahren (Allport 1954, S. 444). Seitdem haben sich zahlreiche empirische Studien dem Zusammenhang von Religiosität und Vorurteilen gewidmet. Im Rahmen der Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Europa haben wir den Zusammenhang von Religiosität und Vorurteilen gewidmet. Es hat sich gezeigt, dass in dieser Hinsicht nicht nur die Art und Weise der Religiosität eine Rolle spielt, sondern auch welche Gruppen gegebenenfalls Opfer von Vorurteilen werden. Im Rahmen der Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Europa haben wir den Zusammenhang von Religiosität und Vorurteilen differenziert nach den unterschiedlichen Elementen des GMF-Syndroms analysiert (Küpper & Zick 2010). Es kristallisierte sich heraus, dass das Ausmaß an Sexismus und Homophobie mit zunehmender Religiosität deutlich ansteigt. Religiöse Menschen neigen signifikant stärker zu Vorurteilen gegen Frauen und Homosexuelle. Für den Rassismus zeigt sich in abgeschwächter Form eine ähnliche Tendenz. Nur gering und von Land zu Land unterschiedlich wirkt sich Religiosität dagegen auf Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit aus, sodass sich in dieser Hinsicht keine klaren Aussagen treffen lassen, außer, dass Religiosität diesen Vorurteilen auch nicht unbedingt vorbeugt.

Anomia

In Anlehnung an das soziologische Konzept der gesellschaftlichen Anomie verstehen wir unter Anomia eine Folge des Verlusts von Normen in der Gesellschaft. Wenn sich in einer Gesellschaft sozialer Wandel in hoher Geschwindigkeit vollzieht, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass bestehende Normen ihre Gültigkeit verlieren (Durkheim 1983, Org. 1897). Menschen machen in kurzer Zeit die Erfahrung, dass das, was vorher als richtig galt, nun nicht mehr gilt. Ihre Ordnung gerät dadurch ins Wanken, was das Gefühl der Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit bei ihnen hervorrufen kann. Diese individuelle Reaktion auf fehlende verbindliche Normen in der Gesellschaft bezeichnet der Begriff der Anomia. Die Verbreitung von Anomia hat ihrerseits wiederum

Auswirkungen auf die Gesellschaft als Ganzes. In zahlreichen Studien hat sich bestätigt, dass diejenigen, die sich orientierungslos fühlen, auch stärker andere Gruppen abwerten. Nach ihrer Wahrnehmung können fremde Gruppen die eigene Gesellschaft zusätzlich verkomplizieren und die eigenen erodierenden Werte und Normen gefährden (Hüpping 2006).

Wahrgenommene Bedrohung durch Einwanderer/innen

Einige prominente Konflikttheorien, wie die sozialpsychologische Theorie des Realistischen Gruppenkonflikts (Sherif 1966, LeVine & Campbell 1972), sehen in Vorurteilen das Ergebnis von Konflikten um begrenzte Ressourcen. Dabei kann sowohl subjektiv wahrgenommener als auch tatsächlicher Wettbewerb um beispielsweise Land, Wasser oder Arbeitsplätze dazu führen, dass die konkurrierenden Gruppen abgewertet werden. Die tatsächlich oder vermeintlich konkurrierenden Gruppen werden dabei als Bedrohung des eigenen Wohlstands, der eigenen Sicherheit, aber auch der Definitionsmacht über ‚richtig‘ und ‚falsch‘ erlebt.

Nach der Integrativen Bedrohungstheorie (*integrative threat theory*, Stephan & Stephan 2000) führt eine wahrgenommene Bedrohung unmittelbar zu Vorurteilen gegen die vermeintlich bedrohende Gruppe. Diese Theorie unterscheidet zwischen realistischer Bedrohung, wobei materieller Besitz oder die eigene Sicherheit als durch die Fremdgruppe bedroht empfunden werden, und symbolischer Bedrohung. Letztere gründet sich auf die Vermutung, die eigenen Werte oder die eigene Lebensweise würden bedroht. Dieses Gefühl entsteht unter Umständen schon dadurch, dass eine andere Gruppe als sehr verschieden wahrgenommen wird. Damit rückt das Konzept der Bedrohung nah an das der subtilen Vorurteile, die unter anderem über die Wahrnehmung oder Unterstellung großer kultureller Differenzen erfasst werden (vgl. Kap. 2.3). Diese Theorie unterscheidet weiterhin zwischen der persönlichen Bedrohung, wobei die eigene Person als durch eine andere Gruppe bedroht wahrgenommen wird, und der kollektiven Bedrohung, also dem Gefühl, die eigene Gruppe sei durch eine andere Gruppe bedroht, beispielsweise die ‚Einheimischen‘ durch die ‚Ausländer‘. Eine Meta-Analyse über viele empirische Studien konnte belegen, dass gefühlte Bedrohung durch eine Fremdgruppe eng mit Vorurteilen zusammenhängt (Riek, Mania & Gaertner 2006). Zudem legen die Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung nahe, dass das Gefühl der Bedrohung kausal zu mehr Fremdenfeindlichkeit führt und nicht umgekehrt (Schlüter, Schmidt & Wagner 2008). Bemerkenswert ist ferner, dass als

Bedrohung wahrgenommene Konkurrenz nicht nur negative Einstellungen gegenüber der involvierten Fremdgruppe fördern kann, sondern unter Umständen auch gegenüber völlig unbeteiligten Gruppen (Sassenberg et al. 2007).

Wir haben in vorliegender Studie die wahrgenommene Bedrohung durch Einwanderer/innen erfasst, und zwar sowohl den Eindruck persönlicher als auch den der kollektiven Bedrohung. Wir möchten betonen, dass es sich hierbei um die *wahrgenommene* Bedrohung handelt, die sehr subjektiv sein kann und keinen Bezug zur Realität braucht. Das Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen kann beispielsweise dadurch entstehen, dass eine reale Erfahrung fehlt, die es erlaubt, realistische statt stereotype Bilder von Mitgliedern ‚fremder‘ Gruppen zu entwickeln, Gemeinsamkeiten wahrzunehmen und personenspezifisches anstelle der angenommenen gruppenspezifischen Unterschiede zu erkennen. In Regionen, in denen kaum Einwanderer/innen leben, oder in sehr geschlossenen Nachbarschaften ergeben sich für die Bewohner/innen wenige Möglichkeiten, Menschen mit Migrationshintergrund zu begegnen und das Gefühl der Bedrohung durch facettenreichere und eventuell positive Erfahrungen zu ersetzen.

Erfassung ideologischer Orientierungen, Werthaltungen und Unsicherheiten

Autoritarismus, Soziale Dominanzorientierung und Ablehnung von Diversität: (vgl. Kap. 5.3, Tab. 11)

Religiosität: „Wie religiös sind Sie?“. Die Befragten konnten aus vier Antwortausprägungen von „sehr religiös“ bis „überhaupt nicht religiös“ wählen. Das Item wurde rekodiert, sodass hohe Werte eine hohe Ausprägung von Religiosität anzeigen. Knapp 55 Prozent der Befragten sagen, eher oder sehr religiös zu sein. In Polen beschreiben sich mit rund 88 Prozent besonders viele Befragte als religiös, in Großbritannien und Frankreich mit rund 34 Prozent besonders wenige.

Anomia: „Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass man manchmal nicht mehr weiß, wo man eigentlich steht“ und „Die Dinge sind heute so

schwierig geworden, dass man manchmal nicht mehr weiß, was eigentlich los ist“. Die Befragten konnten aus vier Antwortmöglichkeiten von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll zu“ wählen. Beide *Items* wurden zur Skala „Anomie“ zusammengefasst (Cronbachs Alpha $\alpha = .81$). 77 Prozent aller europäischen Befragten empfinden, dass heute alles in Unordnung geraten ist, und 76 Prozent, dass die Dinge heute schwierig geworden sind. In Portugal und Polen stimmen diesen Aussagen mit über 85 Prozent besonders viele Befragte zu.

Universalismus: „Eine Person, die glaubt, dass es wichtig ist, dass alle Menschen auf der Welt gleich behandelt werden. Sie glaubt, dass alle Menschen die gleichen Chancen im Leben haben sollten“ und „Eine Person, für die es wichtig ist, Leuten zuzuhören, die anders sind als sie und die sogar wenn sie anderer Meinung ist als andere, diese Leute verstehen will“. Die Befragten konnten aus vier Antwortausprägungen wählen, ob sie sich der beschriebenen Person als „sehr ähnlich“ bis „überhaupt nicht ähnlich“ ansehen. Beide *Items* wurden rekodiert, sodass hohe Werte eine hohe Universalismus-Ausprägung anzeigen. Beide Aussagen wurden zur Skala „Sicherheit“ zusammengefasst (Cronbachs Alpha $\alpha = .52$). 88 Prozent aller europäischen Befragten geben an, der beschriebenen Person eher oder sehr ähnlich zu sein ($m > 2.5$). Eine universalistische Werthaltung ist in allen Ländern weit verbreitet, in Portugal vergleichsweise etwas weniger, gefolgt von Polen und Ungarn. Die italienischen Befragten bekennen sich vergleichsweise am häufigsten zum Universalismus.

Sicherheit: „Eine Person, für die es wichtig ist, in einer sicheren Umgebung zu leben. Sie vermeidet alles, was ihre Sicherheit gefährden könnte“ und „Eine Person, für die es wichtig ist, dass die Regierung ihre Sicherheit entgegen aller Bedrohungen garantiert. Sie möchte einen starken Staat, der seine Bürger verteidigen kann“. Die Befragten konnten aus vier Antwortausprägungen wählen, ob sie sich der beschriebenen Person als „sehr ähnlich“ bis „überhaupt nicht ähnlich“ ansehen. Beide Aussagen wurden zur Skala „Universalismus“ zusammengefasst (Cronbachs Alpha $\alpha = .56$). 75 Prozent aller europäischen Befragten geben an, beschriebener Person eher oder sehr ähnlich zu sein ($m > 2.5$). Die niederländischen Befragten messen Sicherheit signifikant den geringsten Wert bei, in Ungarn und Italien ist die Wertschätzung von Sicherheit signifikant am höchsten.

Bedrohung: „Zuwanderer, die hier leben, bedrohen die wirtschaftliche Lage in Deutschland“, „Zuwanderer, die hier leben, bedrohen meine eigene finanzielle Situation“, „Zuwanderer, die hier leben, bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland“ und „Zuwanderer, die hier leben, bedrohen meine persönliche Lebensweise und meine Werte“. Die Befragten konnten aus vier Antwortmöglichkeiten von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll zu“ wählen. Alle vier Aussagen wurden zur Skala „Bedrohung“ zusammengefasst (Cronbachs Alpha $\alpha = .78$). 16 Prozent aller europäischen Befragten erreichen auf dieser Skala einen Wert ($m > 2.5$), der anzeigt, dass sie sich (eher oder sehr) persönlich oder als Gruppe von Einwanderer/innen in ihrem Wohlstand oder ihrer Lebensweise bedroht fühlen. Vor allem in Ungarn, gefolgt von Portugal, Großbritannien und Deutschland ist das Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen signifikant höher als in den anderen Ländern.

Tab. 36: **Indikatoren der ideologischen Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Autoritarismus Soziale Dominanzorientierung Diversität (vgl. Kap. 5.3, Tab. 11)									
Religiosität									
1	Wie religiös sind sie? (Anteil derjenigen, die mind. „etwas religiös“ angeben)	48,2	34,3	34,6	52,0	65,9	54,7	88,3	59,3
Anomia (Orientierungslosigkeit) (Cronbachs Alpha $\alpha = .81$)									
2	Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass man manchmal nicht mehr weiß, wo man eigentlich steht.	61,5	70,3	86,1	65,7	73,4	92,4	88,7	76,6

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Anomia (Orientierungslosigkeit) (Cronbachs Alpha $\alpha = .81$)									
3	Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass man manchmal nicht mehr weiß, was eigentlich los ist.	65,5	70,4	78,3	62,6	78,6	88,3	86,2	80,6
Universalismus* (Cronbachs Alpha $\alpha = .52$)									
4	Eine Person, die glaubt, dass es wichtig ist, dass alle Menschen auf der Welt gleich behandelt werden und alle Menschen die gleichen Chancen im Leben haben sollten.	90,9	94,8	95,5	91,6	93,9	92,2	90,5	83,3
5	Eine Person, für die es wichtig ist, Leuten zuzuhören, die anders sind als sie und die sogar wenn sie anderer Meinung ist als andere, diese Leute dennoch verstehen will.	94,4	94,8	94,7	91,6	94,7	86,8	86,8	85,3
Sicherheit* (Cronbachs Alpha $\alpha = .56$)									
6	Eine Person, für die es wichtig ist, in einer sicheren Umgebung zu leben und die alles vermeidet, was ihre Sicherheit gefährden könnte.	77,6	77,4	75,9	62,7	86,0	80,1	77,6	83,6
7	Eine Person, für die es notwendig ist, dass die Regierung ihre Sicherheit entgegen aller Bedrohungen garantiert und die einen starken Staat möchte, der seine Bürger verteidigen kann.	82,2	83,7	86,8	76,2	87,2	89,4	86,6	80,5
Bedrohung (Cronbachs Alpha $\alpha = .78$)									
8	Zuwanderer, die hier leben, bedrohen die wirtschaftliche Lage in (jew. Land).	23,9	42,4	21,2	17,7	26,0	32,8	22,4	51,6

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Bedrohung (Cronbachs Alpha $\alpha = .78$)									
9	Zuwanderer, die hier leben, bedrohen meine eigene finanzielle Situation.	14,6	22,7	11,9	8,3	11,3	16,9	10,0	37,8
10	Zuwanderer, die hier leben, bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in (jew. Land).	28,2	40,9	27,3	35,7	36,2	26,2	16,3	41,2
11	Zuwanderer, die hier leben, bedrohen meine persönliche Lebensweise und meine Werte.	9,9	18,6	14,7	12,2	17,3	15,4	5,8	28,6

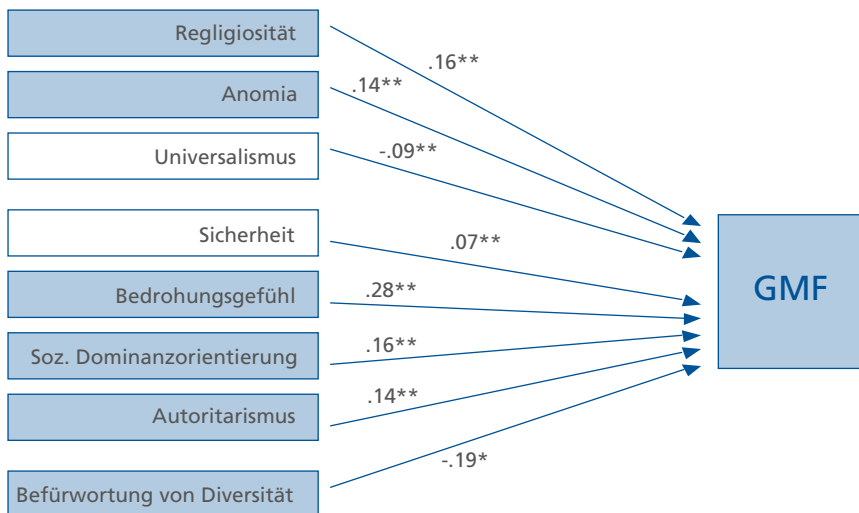
* Angegeben ist jeweils der Anteil derjenigen, die sich beschriebener Person als eher oder sehr ähnlich ansehen.

9.3.2 Ergebnisse zu ideologischer Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit

Welchen Einfluss haben die ideologische Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit auf die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit? Lassen sich die berichteten Zusammenhänge aus vorausgehenden Studien auch in den europäisch vergleichbaren Daten der vorliegenden Studie wiederfinden?

Insgesamt haben die berücksichtigten Indikatoren der ideologischen Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit einen bemerkenswert hohen Erklärungswert für das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ($R^2 = .53$; vgl. Abb. 29). Wir können durch sie in unserem Analysemodell über die Hälfte der Varianz aufklären. Wenn wir die ideologische Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit einer Person kennen, können wir also mit ziemlich guter Trefferquote auch das Ausmaß ihrer Vorurteile abschätzen. In Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden ist ihre Erklärungskraft besonders hoch, in Ungarn vergleichsweise niedriger. Im Folgenden betrachten wir die einzelnen Determinanten von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wobei wir jeweils den Einfluss der Kontrollvariablen Alter, Bildung und Geschlecht herausgerechnet haben.

Abb. 29: **Ideologische Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit als Determinanten für GMF in Europa**



Regressionsanalyse. Gesamtaufklärung: $R^2 = .53$ (ohne Kontrollvariablen Alter, Bildung, Geschlecht); in den einzelnen Ländern: GB: $R^2 = .61$, D: $R^2 = .62$, HU: $R^2 = .28$, I: $R^2 = .58$, NL: $R^2 = .61$, PT: $R^2 = .47$, PL: $R^2 = .44$, F: $R^2 = .52$. Je höher das Beta-Gewicht, desto stärker der Einfluss einer Variablen. Die stärksten Prädiktoren sind grau unterlegt. ** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; * signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau, ns = nicht signifikant.

Eine wahrgenommene *Bedrohung durch Einwanderer/innen* wirkt sich besonders deutlich auf die Verbreitung von Vorurteilen aus ($\beta = .28$). Je stärker sich Befragte durch Einwanderer/innen in Wohlstand und Lebensweise bedroht fühlen, desto stärker werten sie ab. Dieser Einfluss hat sich ohne Ausnahme in allen Ländern als auffallend stark erwiesen, in Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden und Portugal liegen die Werte der Beta-Koeffizienten teilweise über .30.

Auch die *Wertschätzung von Diversität* hat einen eindeutigen Einfluss auf das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Je stärker die Befragten Diversität ablehnen, desto häufiger äußern sie Vorurteile und umgekehrt. Dieser Einfluss zeigt sich in allen Ländern, ist in Portugal und Polen allerdings etwas schwächer. Die *Soziale Dominanzorientierung* und der *Autoritarismus* wir-

ken sich ähnlich stark auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus. Wie die in Kapitel 5.3 beschriebenen Korrelationen bereits andeuten, zeigen sich auch unter Kontrolle weiterer Indikatoren positive Zusammenhänge zwischen der Sozialen Dominanzorientierung beziehungsweise dem Autoritarismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Je mehr die Befragten Hierarchien in der Gesellschaft befürworten und je lauter sie nach härteren Strafen und Disziplin rufen, desto stärker neigen sie zu Vorurteilen. Diese Effekte lassen sich in allen Ländern statistisch signifikant nachweisen. In Portugal ist der Einfluss der sozialen Dominanzorientierung mit einem Beta-Wert von .26 besonders stark, in Italien und Ungarn hingegen mit .12 und .04 schwächer bis gering ausgeprägt. Der Einfluss des Autoritarismus zeigt sich in Polen, Frankreich und Italien mit Beta-Werten von über .20 besonders deutlich, in Portugal, den Niederlanden und Ungarn dagegen sind die Effekte mit .10 schwächer.

Die beiden Wertorientierungen *Universalismus* und *Sicherheit* wirken sich ebenfalls noch statistisch signifikant auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus. In den Daten zeigt sich, dass Befragte mit einer universalistischen Werthaltung tendenziell menschenfreundlicher eingestellt sind. Je mehr den Befragten das Wohlergehen aller Menschen und der Natur am Herzen liegt, desto seltener äußern sie Vorurteile. Dieser Effekt ist jedoch nur schwach und zeigt sich vornehmlich in den westlichen Industriestaaten Großbritannien, Deutschland, Niederlande und Frankreich; in Polen, Ungarn und Portugal hingegen ist er noch schwächer und teilweise nicht signifikant. Eine auf Sicherheit orientierte Werthaltung wirkt sich ebenso nur schwach auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus. Je mehr Wert die Befragten auf Sicherheit legen, desto eher neigen sie zu Vorurteilen. Der Effekt ist in allen Ländern allerdings auffallend schwach. Somit äußern viele Befragte nicht zwingend häufiger Vorurteile, obwohl sie Sicherheit als Wert schätzen. Am deutlichsten zeigt sich dieser Einfluss in Deutschland; am geringsten ist er in Großbritannien und Polen ausgeprägt, dort ist er nicht signifikant.

Anomia wirkt sich hingegen deutlich stärker auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus: Je stärker Befragte das Gefühl der Orientierungslosigkeit verspüren, desto häufiger werten sie schwache Gruppen ab. Dieser Effekt zeigt sich vor allem in Deutschland, Ungarn, Italien und Polen, hingegen ist er in Portugal statistisch nicht signifikant.

Schließlich hat auch das Ausmaß der selbsteingeschätzten *Religiosität* einen signifikanten Einfluss auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Religiöse Befragte äußern häufiger Vorurteile als nicht religiöse Befragte; dieser Einfluss gilt auch dann, wenn die Variablen Alter, Geschlecht und Bildung sowie die anderen erwähnten Wertkonzepte kontrolliert werden. Dieser durchaus wesentliche Effekt ist in allen Ländern erkennbar, mit Ausnahme Ungarns. In Großbritannien und den Niederlanden ist der Einfluss von Religiosität besonders stark.²³

Zusammenfassend lässt sich hervorheben, dass die ideologische Orientierung und Unsicherheit eine erhebliche Rolle für die Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit spielen. Wir konnten insbesondere das Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen, die Ablehnung von Diversität, die Soziale Dominanzorientierung, den Autoritarismus und die Religiosität als wesentliche Determinanten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bestätigen. Je höher diese ausgeprägt sind, desto stärker neigen die Befragten zu Vorurteilen gegen schwache Gruppen. Für Anomia hat sich ein leicht geringerer, aber nach wie vor deutlicher Effekt gezeigt; Menschen, die sich orientierungslos fühlen, neigen tendenziell stärker dazu, schwache Gruppen abzuwerten. Die Werthaltungen Universalismus und Sicherheit spielen für das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ebenso eine Rolle, wenn auch nur eine geringe. Befragte mit einer universalistischen Werthaltung neigen etwas weniger zur Abwertung schwacher Gruppen; Befragte, die Sicherheit besonders hoch halten, neigen mit etwas größerer Wahrscheinlichkeit dazu, schwache Gruppen abzuwerten. Auffällig ist darüber hinaus, dass der Einfluss der unter ideologischer Orientierung, Werthaltung und Unsicherheit berücksichtigten Faktoren auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in allen Ländern recht ähnlich ausfällt.

23 Die Daten lassen zunächst vermuten, dass sich der Einfluss von Religiosität hauptsächlich auf das Ausmaß an Homophobie und Sexismus beschränkt, also auf Vorurteile, die das Christentum und anderen Religionen – anders als Vorurteile gegen Schwarze oder Arme – nicht eindeutig ächten. Tatsächlich korreliert Religiosität mit diesen Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auch am stärksten ($r = .34/.30$). Aber auch wenn wir Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in dem Modell ohne Homophobie und Sexismus messen, zeigt sich weiterhin ein leicht positiver Effekt der Religiosität ($\beta = .08^{**}$). In Abweichung zu früheren Analysen (Küpper & Zick 2010) berichten wir hier die Werte über die berücksichtigten Länder hinweg, nicht adjustiert nach der Größe des jeweiligen Landes in Europa.

Die ideologische Orientierung und allgemeine Werthaltung gelten in vielen theoretischen Ansätzen als wesentliche Determinanten von Vorurteilen und anderen antidemokratischen Einstellungen. Gleiches gilt für eine allgemeine Orientierungslosigkeit und das spezifische Gefühl der Bedrohung durch Fremdgruppen. Die Ergebnisse unterstreichen, dass mit Ausnahme der Werthaltung all diese Faktoren für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit relevant sind: Diejenigen, die sich in der heutigen Zeit orientierungslos fühlen, sich von Einwanderer/innen bedroht sehen, Diversität ablehnen, soziale Hierarchien zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘ generell befürworten und/oder eine autoritäre Grundhaltung teilen, neigen mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit zu Abwertung schwacher Gruppen. Kritisch hervorzuheben ist die konzeptionelle Nähe von einigen der hier untersuchten Konzepte zu Vorurteilen, insbesondere der wahrgenommenen Bedrohung. Außerdem hat sich gezeigt, dass Religiosität eher zu Vorurteilen beiträgt, als vor ihnen schützt. Während eine Werthaltung, die Universalismus betont, in der Tendenz mit weniger Vorurteilen zusammenhängt, gilt Umgekehrtes für eine Werthaltung, die Sicherheit besonders hervorhebt. Allerdings spielen diese generellen Werthaltungen nur eine untergeordnete Rolle für die individuelle Ausprägung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

9.4 Ökonomische Benachteiligung

Viele einflussreiche Konflikttheorien sehen begrenzte Ressourcen als eine zentrale Ursache für intergruppalen Konflikte und die Abwertung anderer Gruppen (z.B. Blalock 1957, LeVine & Campbell 1972, Sherif 1966, Olzak 1992). Einige Theorien richten ihren Blick dabei allein auf begrenzte, mangelnde oder bedrohte Ressourcen wie Wasser, Land oder Einkommen. Andere Ansätze betonen den sozialen Vergleich; fühlt sich eine Person im Vergleich zu anderen Personen (Crosby 1976) oder eine Gruppe im Vergleich zu anderen Gruppen (Gurr 1970) schlechter gestellt, können feindselige Einstellungen und Verhaltensweisen die Folge sein. Ähnliches wird für den Vergleich über die Zeit ver-

mutet. Auch wenn eine Person sich oder ihre Gruppe heute schlechter gestellt sieht als in der Vergangenheit, können abwertende Einstellungen entstehen, ebenso wenn sie befürchtet, in Zukunft schlechter gestellt zu sein (Redersdorff & Guimond 2006), oder glaubt, die eigene Lage würde sich im Vergleich zu der von anderen zukünftig verschlechtern (Runciman 1966). Dieses Gefühl der Benachteiligung im Vergleich zu anderen, zu den eigenen Erwartungen oder zu dem, was eine Person denkt, das ihr zusteht, fasst der Begriff der *Relativen Deprivation* zusammen.

Die genannten konflikttheoretischen Ansätze unterscheiden sich zudem darin, ob eine Gruppe als tatsächliche oder vermeintliche Konkurrenz um knappe Ressourcen ausdrücklich benannt wird oder ob Ressourcenmangel nicht explizit durch eine andere Gruppe begründet wird. Beispiele hierfür wären die Aussagen „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ und „Es gibt nicht genug Arbeitsplätze für alle, die arbeiten wollen“. Bei der materiellen und ökonomischen Deprivation können wir zudem zwischen objektiver und subjektiver Deprivation differenzieren. *Objektive Deprivation* bezieht sich auf begrenzte, bedrohte oder mangelnde Ressourcen, die objektiv fassbar sind, beispielsweise ein Einkommen, das gemessen am Durchschnittseinkommen absolut gering ist oder unter dem Existenzminimum eines Landes liegt. Die *subjektive Deprivation* bezieht sich auf eine subjektive Einschätzung der eigenen finanziellen Lage und auf das Gefühl, gemessen an anderen oder den eigenen Erwartungen benachteiligt zu sein (Pettigrew et al. 2008). Die objektive Situation und die subjektive Einschätzung sind nicht immer identisch. Manche Personen, die faktisch über ein eher geringes Einkommen verfügen, fühlen sich eventuell gar nicht depriviert, wie zum Beispiel Studierende; Andere wiederum, deren Einkommen objektiv gar nicht so niedrig ist, können sich im Vergleich zu reicheren Menschen als finanziell benachteiligt ansehen (Pettigrew et al. 2008).

Zahlreiche Studien haben bisher untersucht, wie sich ökonomische Deprivation auf Proteste, Gewalt und auch auf Vorurteile auswirkt. Die bisherigen Befunde heben vor allem die Bedeutung der sogenannten Fraternalen Relativen Deprivation für die Verbreitung von Vorurteilen hervor, des Gefühls, dass die Eigengruppe im Vergleich zu einer Fremdgruppe schlechter gestellt ist (Pettigrew et al. 2008). Auch wir konnten im Rahmen des Projekts *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland* nachweisen, dass das Gefühl der relativen Benachteiligung der Deutschen im Vergleich zu Ausländer/innen nicht nur dazu führt, dass Einwanderer/innen vermehrt abgewertet werden, sondern auch die Abwertung weiterer Gruppen nach sich zieht (Zick et al. 2008).

9.4.1 Indikatoren der ökonomischen Benachteiligung

Im Folgenden benennen wir kurz die einzelnen Indikatoren der ökonomischen Benachteiligung und schildern im nachfolgenden Kasten, wie diese im GMF-Europa-Survey konkret erfasst wurden. Welche Erklärungskraft besagte Indikatoren für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufweisen, berichten wir im Anschluss.

Auf Basis der genannten Konflikttheorien prüfen wir den Einfluss von objektiven und subjektiven Indikatoren einer ökonomischen Deprivation. Als objektives Kriterium verwenden wir das *Einkommen* einer Person, das hier als Einkommen pro Kopf unter Berücksichtigung der Anzahl von Personen im Haushalt (Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen) berücksichtigt wird. Als subjektive Indikatoren berücksichtigen wir die *subjektive ökonomische Deprivation*. Dazu haben wir die Befragten gebeten, sowohl die wirtschaftliche Lage ihres Landes als auch ihre persönliche finanzielle Situation einzuschätzen. Außerdem haben wir eine *Zukunftsprognose* aufgenommen, indem die Befragten einschätzen sollten, wie sich ihre persönliche finanzielle Lage in den nächsten Jahren entwickeln wird. Darüber hinaus haben wir die *Relative Deprivation* erhoben: zum einen die Individuelle Relative Deprivation als Vergleich der eigenen finanziellen Situation mit der der meisten anderen Landsleute und zum anderen die Fraternal Relative Deprivation, bei der die finanzielle Situation der jeweiligen Einheimischen mit der von Einwanderer/innen verglichen wird.

Erfassung ökonomischer Benachteiligung

Einkommen Zunächst wurden die Befragten nach der Höhe ihres Einkommens gefragt: „Wenn Sie das Einkommen aus allen Quellen zusammenzählen, wie hoch ist dann das Nettoeinkommen in Ihrem Haushalt pro Monat?“ Hier stand eine 10-stufige Antwortskala zur Verfügung, adjustiert an der Einkommenshöhe in einem jeweiligen Land der Befragung. Das genannte Haushaltseinkommen wurde durch die Anzahl der Personen geteilt, erfasst über die Frage: „Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt, alle Erwachsenen, Kinder und Sie selbst mit eingeschlossen?“ Die Anzahl der Personen ging gewichtet ein. Das Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen wurde relativ zum Landesdurchschnitt, nicht zum europäischen Durchschnitt,

standardisiert. Das bedeutet, in jedem Land gibt es ähnlich viele Befragte mit höheren und mit niedrigeren Einkommen unabhängig von dem Lohnniveau der verschiedenen Länder.

Subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der eigenen finanziellen Situation „Wie ist Ihrer Ansicht nach die wirtschaftliche Lage in (*jew. Land*)?“ und „Wie schätzen Sie Ihre eigene finanzielle Lage ein?“ Die Befragten konnten aus vier Antwortausprägungen von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“ wählen. Kurz nach Beginn der Finanzkrise im Herbst/Winter 2008 schätzten knapp 76 Prozent aller europäischen Befragten die wirtschaftliche Lage in ihrem Land als eher oder sogar sehr schlecht ein. In Großbritannien, Frankreich, Italien, Portugal und Ungarn werten mit 84 bis zu 92 Prozent sehr viele Befragte die wirtschaftliche Lage ihres Landes schlecht oder sogar sehr schlecht ein. In Polen sind es mit 56 Prozent weniger Befragte und in den Niederlanden mit 40 Prozent vergleichsweise am wenigsten Befragte. 42 Prozent aller europäischen Befragten bewerten ihre eigene finanzielle Situation als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. In Portugal sind es mit 59 Prozent und in Ungarn mit 65 Prozent vergleichsweise viele Befragte, die ihre eigene finanzielle Lage als negativ bewerten, in den Niederlanden hingegen empfinden nur knapp 9 Prozent der Befragten so. Beide Einschätzungen hängen nur moderat miteinander zusammen ($r = .39$).

Finanzielle Zukunftsprognose: „Erwarten Sie, dass Ihre eigene finanzielle Lage in den nächsten Jahren besser, gleich oder schlechter werden wird?“ Knapp 30 Prozent aller europäischen Befragten befürchten eine Verschlechterung ihrer eigenen finanziellen Situation in den nächsten Jahren. In Deutschland, Frankreich, Portugal und Ungarn sind die Zukunftssorgen mit über 30 Prozent der Befragten weiter verbreitet, gefolgt von Italien mit 26 Prozent, hingegen in Großbritannien, den Niederlanden und Polen mit rund 20 Prozent vergleichsweise weniger verbreitet.

Relative Deprivation: Zur Erfassung der Individuellen Relativen Deprivation wurde gefragt: „Wenn Sie Ihre eigene finanzielle Lage mit der der meisten anderen (*Einheimischen*) vergleichen, würden Sie sa-

gen, es geht Ihnen persönlich besser, gleich oder schlechter?“ Die Internationale Relative Deprivation wurde mit der folgenden Aussage erfasst: „Wenn Sie die wirtschaftliche Lage der meisten (*jew. einheimische Mehrheitsbevölkerung*) mit der von Zuwanderern, die in (*jew. Land*) leben, vergleichen, würden Sie sagen, die Lage der (*jew. einheimische Mehrheitsbevölkerung*) ist besser, gleich oder schlechter?“ Rund 15 Prozent aller europäischen Befragten fühlen sich persönlich benachteiligt, rund 17 Prozent sehen alteingesessene Einheimische im Vergleich zu Einwanderer/innen als benachteiligt an. In Polen und Ungarn fühlt sich fast jeder Vierte im Vergleich zu anderen im Land schlechter gestellt, in den Niederlanden deutlich weniger als jeder Zehnte. In Großbritannien, Portugal und Ungarn fühlt sich rund jeder Vierte Alteingesessene gegenüber Einwanderer/innen benachteiligt, in Frankreich und Italien dagegen empfinden das nur rund 8 Prozent so.

Tab. 37: **Indikatoren der subjektiven ökonomischen Deprivation und der Relativen Deprivation**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Subjektive ökonomische Deprivation^a									
1	Wie ist Ihrer Ansicht nach die wirtschaftliche Lage in (<i>jew. Land</i>)? (<i>eher/sehr schlecht</i>)	60,5	89,8	84,0	40,0	91,6	92,4	55,6	90,5
2	Wie schätzen Sie Ihre eigene finanzielle Lage ein? (<i>eher/sehr schlecht</i>)	36,4	30,3	40,3	8,7	48,4	58,9	43,0	64,7
3	Erwarten Sie, dass Ihre eigene finanzielle Lage in den nächsten Jahren (<i>besser/ gleich/ schlechter</i>) werden wird? (<i>schlechter</i>)	30,0	19,5	38,6	18,5	25,6	39,8	20,5	44,1

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Relative Deprivation ^b									
4	Individuell: Wenn Sie Ihre eigene finanzielle Lage mit der der meisten anderen (Einheimischen) vergleichen, würden Sie sagen, es geht Ihnen persönlich (<i>besser/gleich/schlechter</i>)? (<i>schlechter, viel schlechter</i>)	12,8	10,7	9,4	6,8	10,8	18,7	26,6	23,8
5	Fraternal: Wenn Sie die wirtschaftliche Lage der meisten (jew. Einheimischen) mit der von Zuwanderern, die in (jew. Land) leben, vergleichen, würden Sie sagen, die Lage der (jew. Einheimischen) ist (<i>besser/gleich/schlechter</i>)? (<i>schlechter, viel schlechter</i>)	16,9	23,3	8,2	12,0	8,4	24,5	14,7	27,8

- a Angegeben ist der Anteil derjenigen, die mit „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ antworten beziehungsweise ihre in Zukunft als „schlechter“ einschätzen.
- b Angegeben ist der Anteil derjenigen, die ihre eigene Lage beziehungsweise die der einheimischen Bevölkerung als vergleichsweise „schlechter“ einschätzen.

9.4.2 Ergebnisse zur ökonomischen Benachteiligung

Welchen Einfluss hat die ökonomische Deprivation auf die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit? Auch in dieser Analyse haben wir den Einfluss von Bildung, Alter und Geschlecht neutralisiert.

Insgesamt haben die Indikatoren der ökonomischen Benachteiligung keinen sehr großen Erklärungswert für das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ob eine Person sich ökonomisch benachteiligt fühlt oder nicht, ist demnach für das Ausmaß ihrer Vorurteile relativ unerheblich. In allen Ländern können die berücksichtigten Indikatoren relativ einheitlich nur 15 Prozent der Varianz in der GMF-Skala aufklären, lediglich in Italien ist die Gesamtaufklärung mit 22 Prozent etwas höher. Somit sind neben der ökonomischen Benachteiligung zahlreiche weitere Determinanten für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verantwortlich.

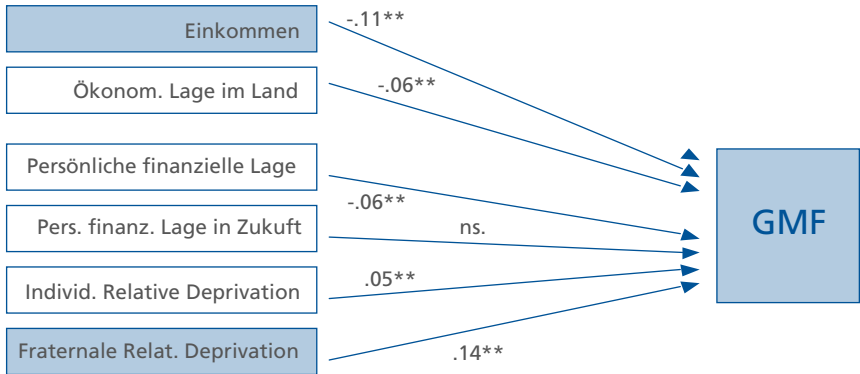
Betrachten wir die Indikatoren der ökonomischen Benachteiligung einzeln, ergibt sich jedoch ein differenzierteres Muster: Für den objektiven Indikator des *Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens* zeigt sich durchaus ein negativer Einfluss auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Je geringer das Einkommen der Befragten, desto stärker neigen sie unter Umständen zu Vorurteilen. Dieser Effekt zeigt sich besonders stark in Polen, Ungarn und Portugal; in Großbritannien, Italien und Frankreich ist er dagegen statistisch nicht signifikant, wenn die Bildung mitberücksichtigt wird.

Die *subjektive ökonomische Deprivation* wirkt sich insgesamt nur geringfügig auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus. Das gilt sowohl für die negative Einschätzung der ökonomischen Lage im Land als auch für die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation. Dennoch zeichnet sich ab, dass die Befragten, die ihre eigene finanzielle Lage oder die ihres Landes als schlecht einschätzen, in der Tendenz stärker zu Vorurteilen neigen. Betrachten wir die Ergebnisse für die einzelnen Länder, zeigt sich, dass die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes nur in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden für die Verbreitung von Vorurteilen relevant ist, nicht aber in den übrigen Ländern. Umgekehrt wirkt sich in Ungarn und Polen die Einschätzung der persönlichen finanziellen Lage deutlich auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus. In den Niederlanden, Großbritannien und Portugal ist es für die Verbreitung von Vorurteilen dagegen völlig unerheblich, wie die Befragten ihre eigene finanzielle Situation bewerten. In Deutschland und Frankreich zeichnet sich sogar ein schwacher, entgegengesetzter Trend ab: Je besser die deutschen und französischen Befragten ihre eigene wirtschaftliche Lage einschätzen, desto eher neigen sie durchschnittlich zu Vorurteilen. Allerdings ist dieser Effekt nur schwach, weswegen er auch auf viele Befragte nicht zutrifft.

Insgesamt ist für das Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vollkommen unerheblich, wie die Befragten ihre *zukünftige finanzielle Situation* im Vergleich zu heute einschätzen. Der Einfluss der prognostizierten persönlichen Finanzsituation ist für Europa statistisch nicht signifikant. Zwischen den Ländern zeigen sich allerdings vereinzelt Unterschiede. In Deutschland, den Niederlanden, Italien und Portugal zeigen sich keine Auswirkungen. In Großbritannien jedoch ist ein signifikanter Effekt entgegen der Erwartung nachweisbar: Je optimistischer die Briten ihre finanzielle Zukunft einschätzen, desto stärker neigen sie zu Vorurteilen. In Ungarn, Polen und Frankreich zeichnet sich ein leichter Effekt in entgegengesetzter Richtung ab: Je pessimistischer

die Befragten dort in ihre finanzielle Zukunft blicken, desto häufiger äußern sie Vorurteile. In Ungarn und Polen führt die negative Einschätzung sowohl der aktuellen, als auch der zukünftigen persönlichen Finanzsituation zu mehr Menschenfeindlichkeit.

Abb. 30: **Ökonomische Benachteiligungen als Determinanten für GMF in Europa**



Regressionsanalyse. Gesamtaufklärung: $R^2 = .15$ (ohne Kontrollvariablen Alter, Bildung, Geschlecht); in den einzelnen Ländern: GB: $R^2 = .15$, D: $R^2 = .14$, HU: $R^2 = .12$, I: $R^2 = .14$, NL: $R^2 = .15$, PT: $R^2 = .18$, PL: $R^2 = .22$, F: $R^2 = .14$. Je höher das Beta-Gewicht desto stärker der Einfluss einer Variablen. Die stärksten Prädiktoren sind grau unterlegt. ** signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; * signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau; ns = nicht signifikant.

Die *Fraternale Relative Deprivation*, das Gefühl der Benachteiligung von Einheimischen gegenüber Einwander/innen, ist für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hingegen von nicht unerheblicher Relevanz: Je stärker sich die Befragten in Europa Einwander/innen gegenüber benachteiligt fühlen, desto häufiger äußern sie Vorurteile. Insbesondere in Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Frankreich lassen sich bemerkenswerte Effekte beobachten. In Ungarn und Polen zeigt sich für die *Fraternale Relative Deprivation* hingegen kein signifikanter Effekt auf die Verbreitung von Vorurteilen. Deutlich weniger wirkt sich die *Individuelle Relative Deprivation* auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus. Es zeichnet sich insgesamt nur ein schwacher Effekt ab: Einzig in Deutschland zeigt er sich in etwas stärkerem Ausmaß.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die ökonomische Benachteiligung spielt insgesamt eine vergleichsweise geringe Rolle für das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wenn sich negative Effekte auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zeigen, dann für das Einkommen und das Gefühl der Befragten, im Vergleich zu Einwander/innen schlechter gestellt zu sein. Interessanterweise zeigt sich in Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden eine leichte Tendenz in die entgegengesetzte Richtung. Je besser die Befragten dort die wirtschaftliche Lage ihres Landes einschätzen, desto eher neigen sie zur Abwertung schwacher Gruppen.

Hinsichtlich des Einkommens erscheint uns noch folgender Zusatz relevant: In einer alternativen Berechnung (Küpper, Zick & Wolf 2010) hatten wir zu den hier verwendeten Indikatoren der ökonomischen Benachteiligung zusätzlich das Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen (hier unter Kap. 9.3 abgehandelt) in die Analyse aufgenommen. Dabei ist der Effekt des Einkommens auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vollkommen verschwunden. Das weist darauf hin, dass ein geringes Einkommen vor allem dann zur Abwertung schwacher Gruppen beiträgt, wenn diese als Bedrohung empfunden werden.

Ökonomische Deprivation wird von vielen konflikttheoretischen Ansätzen als zentrale Ursache für Gruppenkonflikte – angefangen von feindseligen Einstellungen bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen – betrachtet. Die empirischen Analysen verweisen allerdings auf einen eher begrenzten Erklärungswert der Ökonomie und darauf, dass es auf die Form der Deprivation ankommt. Zwei Faktoren sind hier für das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit relevant: Das Einkommen und das Gefühl der Benachteiligung der eigenen Gruppe. Diejenigen, die de facto über ein niedriges Einkommen verfügen, vertreten mit größerer Wahrscheinlichkeit abwertende Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen. Wenn sich dieser Effekt zeigt, dann jedoch nur in den ärmeren Ländern Portugal, Polen und Ungarn. Ebenso neigen jene eher zu Vorurteilen, die der Ansicht sind, die alteingesessenen Einheimischen würden im Vergleich zu

Einwanderer/innen benachteiligt. Dieser Faktor ist vor allem in Ländern mit einer höheren Einwanderungsquote relevant, allerdings nicht in Polen und Ungarn. Dort ist es vor allem das Gefühl der individuellen Benachteiligung im Vergleich zu anderen, das zu mehr Vorurteilen beiträgt. Finanzielle Zukunftssorgen sind für das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit völlig unerheblich. Die subjektive Einschätzung der eigenen finanziellen Lage und die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes spielt nur eine geringe Rolle. Bemerkenswert ist dabei allerdings, dass in den wohlhabenden Ländern Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden sich eine entgegengesetzte Tendenz abzeichnet: Dort neigen diejenigen, die die wirtschaftliche Lage im Land als besser einschätzen, zu einer erhöhten Feindseligkeit gegenüber Einwanderer/innen.

10. Resümee mit Ausblick

Die Qualität einer Gesellschaft oder Gemeinschaft lässt sich an den Beziehungen ihrer Mitglieder untereinander und vor allem an der Qualität dieser Beziehungen ablesen. Für Europa und die europäischen Länder ist die Frage nach dem Integrationsniveau entscheidend, die nicht nur die Integration von Zuwanderer/innen betrifft, sondern auch von weiteren Gruppen wie beispielsweise von Muslim/innen, Juden/Jüdinnen, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Homosexuellen und Frauen. Zentrale Voraussetzungen des Zusammenhalts sind, dass Europa und seine Mitgliedstaaten die Identität von Gruppen schützt und diesen die Teilnahme an Gemeinschaft ermöglicht.

Soziale Beziehungen und ihre Integration in demokratischen Gemeinschaften hängen dabei maßgeblich von der Gleichwertigkeit der verschiedenen Gruppen ab, denen die Gesellschaftsmitglieder angehören. Das Kriterium der Gleichwertigkeit ist in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union aus dem Jahr 2010 aufgenommen:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Die Gleichwertigkeit von Gruppen ist Maßstab und Richtschnur der demokratischen Verfasstheit. Sie anzuerkennen bedeutet, kulturelle Vielfalt und Differenz wertzuschätzen und Gleichwertigkeit nicht unterschiedlich zu bemessen, je nachdem von welcher Gruppe gerade die Rede ist. Dazu hat sich die Europäische Union in ihrer Verfassung übereinstimmend verpflichtet. Die Realisierung dieser gemeinsamen Verpflichtung im Alltag ist jedoch keineswegs einfach oder selbstverständlich. Denn Gesellschaften, wie sie die europäischen Länder darstellen, sind keine juristischen Körper oder verordneten Gebilde. Sie bestehen aus vitalen Gruppen, die partikulare Interessen, Werte, Normen und Ideologien aufweisen und aushandeln. Auch wenn Gleichwertigkeit in Demo-

kratien als Regel und Norm verordnet und geschützt wird, bleibt entscheidend, dass auch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und ihre Mitglieder diese aushandeln, akzeptieren, verinnerlichen und leben. Demokratie und Gleichwertigkeit ergeben sich nicht zwangsläufig aus festgelegten Regeln, sondern aus Aushandlungsprozessen. Genau deshalb sind sie stets gefährdet und bedroht, denn einflussreiche Personen oder Gruppen können Gleichwertigkeit zur Disposition stellen. Gesellschaftliche Gruppen grenzen sich voneinander ab, um Identitäten zu sichern, Beziehung und Kohäsion herzustellen, Macht und Kontrolle zu erhalten sowie Vertrauen zwischen den Mitgliedern auszudrücken. Das gilt für soziale und politische Beziehungen gleichermaßen.

Artikel 2 des EU-Vertrags verweist auf Intoleranzen, soziale Vorurteile und Diskriminierungen als wesentliche Bedrohungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gemeinwesen. Insbesondere Vorurteile, die sich aus einer gemeinsamen Ideologie der Ungleichwertigkeit speisen, hinterlassen ihre Signaturen, denn sie können zerstörerisch und zugleich verbindend und ordnend sein. Die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* ist ein wesentliches Instrument der Identitätsstiftung und Abgrenzung. Sie legitimiert die Ungleichwertigkeit zwischen Gruppen, indem sie Gruppen durch verallgemeinernde negative Meinungen diskreditiert und die Diskriminierung vorbereitet, die Gruppenunterschiede schafft und aufrechterhält. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ordnet sich in das Konzert der rechtsextremistischen und -populistischen Ideologeme ein, da sie auf ähnlichen sozialen Motiven beruht: Vorurteile als Bestandteile Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vermögen es, Selbstwert, Vertrauen und Identität zu stiften, Bande zu schaffen, Kontroll- und Machtmotive zu bedienen und scheinbar komplexe gesellschaftliche Prozesse zu erklären. Diesbezüglich ist die Wirkung von Vorurteilen simpel und effektiv, insbesondere wenn Normen sie nicht zurückzuhalten oder zu unterdrücken vermögen. Antisemitismus, Fremden- und Islamfeindlichkeit, Sexismus, Feindseligkeiten gegenüber homosexuellen Personen oder gar Rassismus stoßen so in vielen Bevölkerungsschichten auf Zuspruch oder werden zumindest toleriert.

Vorurteile sind das Lebenselixier des Rechtspopulismus und -extremismus – beides Bedrohungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und friedlichen Zusammenlebens in der Europäischen Union. Der Populismus leitet von Vorurteilen die Forderung nach Exklusion ab, der Rechtsextremismus neigt auf Basis von Vorurteilen darüber hinaus dazu, Gewaltideologien gegen Fremde und Andere zu propagieren und auszuhandeln. Kurz gesagt: Der Populismus

beschimpft, der Extremismus bekämpft; beide Ideologien bedienen sich dabei menschenfeindlicher Vorurteile, und bedienen sie zugleich.

Das ist in allen Ländern der Europäischen Union zu beobachten. Dabei wird zudem deutlich, dass zumindest der Rechtspopulismus, dem es gelingt, die Gewaltneigung zu verbergen, das Vorurteil relativ erfolgreich bedient, indem er Menschen dort abholt, wie ihre Ängste und Befürchtungen liegen. Er versucht, Menschen, deren Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, Selbstwert, Vertrauen, Kontrolle und Verständnis durch Politik, Parteien und wichtige Institutionen scheinbar nicht mehr befriedigt werden, mit Vorurteilen zu ködern, gerade weil sie diese Bedürfnisse vermeintlich erfüllen. Dies zeigt sich derzeit vor allem in extremistischen wie bürgerlich gemäßigten Diskursen, die Islamfeindlichkeit anheizen und propagieren und die Union gewissermaßen nach rechts rutschen lassen. Wie unsere Daten zeigen, greift dieser Mechanismus jedoch auch bezogen auf andere Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und Sexismus.

Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Adressatengruppen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind miteinander verknüpft und werden aus einem gemeinsamen Kern gespeist, der sich als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit identifizieren lässt. Eben diese auf Gruppen bezogene generalisierte Menschenfeindlichkeit gefährdet die Demokratie und hinterlässt ihre Signaturen in Konflikten und Gewalt. Wenn Vorurteile, die häufig als Urteile verkauft werden, in der Europäischen Union akzeptiert und nicht bekämpft werden, steht Europa in der Gefahr, intoleranter zu werden. Das Ausmaß an Menschenfeindlichkeit in einer Gesellschaft ist deshalb ein Indikator nicht nur für den Extremismus in einer Gesellschaft, sondern auch für das Versagen der etablierten demokratischen Kräfte.

Vor diesem Hintergrund zeigt die vorliegende Studie einen kleinen, für die Mentalitätsgeschichte und das demokratische Bewusstsein Europas jedoch wichtigen, Ausschnitt dieser extremistischen Realität. Sie dokumentiert Vorurteile, wie diese aussehen, wer sie vertritt und wo in Europa sie besonders verbreitet sind. Sie liefert ein Bild darüber, wie es um das Ausmaß an Menschenfeindlichkeit in ausgewählten europäischen Ländern bestellt ist.

Wir möchten zum Abschluss noch einmal die wesentlichen Aspekte der Ungleichwertigkeit, auf welche die zugrunde liegenden Daten hinweisen, kenntlich machen und empirische Beobachtungen akzentuieren, die für die politische

Debatte bedeutsam sein könnten. Damit möchten wir über nationale Grenzen hinweg eine innereuropäische Diskussion über menschenfeindliche und rechts-extremistische Ideologien anstoßen. Dabei lassen wir uns von zwei zentralen Fragen leiten: Wo nisten sich Ungleichwertigkeiten in die Mehrheitsgesellschaften der europäischen Länder ein? Und welche Strategien und Maßnahmen lassen sich daraus ableiten?

10.1 Ungleichwertigkeiten

Resümieren wir die wichtigsten Beobachtungen der Studie, dann lassen sich Gruppen und Stellen ausfindig machen, die in besonderer Weise demokratiegefährdende Potenziale bergen. Diese werden wir im Folgenden benennen und daraus Fragen ableiten, die Impulse für die zukünftige innereuropäische Diskussion liefern sollen.

Wir können zunächst grundsätzlich festhalten, dass sich in den hier untersuchten Ländern etwas abspielt, was wir in Deutschland schon seit Längerem beobachten: GMF ist keineswegs ein Phänomen von politischen Randgruppen, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft. Vorurteile finden sich keineswegs nur in Randgruppen, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Auch nach vielen Jahren der Migrationsgeschichte ist die *Fremdenfeindlichkeit* gegenüber Immigrant/innen und sogenannten ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ in Europa sehr weit verbreitet. Trotz der langen Zuwanderungsgeschichte und der objektiv geringen Einwanderungsquote findet die sogenannte Überfremdungsideologie immer noch viel Zuspruch. Die Bereitschaft, Zuwanderer/innen auszugrenzen, ist hoch, was sich insbesondere in der Neigung der Bürger/innen zeigt, den Aufenthaltsstatus von Zuwanderer/innen leichtfertig zur Disposition zu stellen. Das trifft weniger für die niederländischen Befragten zu; auch in Italien ist die Stimmung, zumindest in Bezug auf die Frage nach der subjektiven Belastung durch Immigrant/innen, besser als in anderen Ländern. Dennoch sind auch dort wie in den übrigen untersuchten Ländern viele Menschen für die Diskriminierung und die Begrenzung von Zuwanderung popularisierbar, und zwar trotz der Tatsache, dass Migration und das Zusammenleben mit Zuwanderer/innen im europäischen Alltag ein Fakt ist.

Europa muss sich fragen, warum sich dieses gelingende Alltagsleben bisher kaum in den Einstellungen gegenüber Zuwanderer/innen niedergeschlagen hat. Warum reichen die möglichen interkulturellen Kontakte in den Ländern

Europas angesichts der jahrelangen Migrationsgeschichte nicht aus, das hartnäckige Vorurteil abzubauen?

Populisten und Extremisten sehen die Antwort auf diese Fragen in der mangelnden Integrationsbereitschaft der Migrant/innen. Diese einseitige Meinung erkennt jedoch, dass interkulturelle Beziehungen vom Willen und den Möglichkeiten aller Beteiligten abhängen. Die Distanz, die sich in solch emotional gefärbten Einstellungen kundtut, ist hoch. Integration ist jedoch ein gemeinsamer Prozess, bei dem es nicht nur auf die Einstellungen und Verhaltensweisen von Zuwanderer/innen ankommt, sondern auch auf die Akzeptanz und Beteiligung der Mehrheitsgesellschaft (Zick 2010). Es ist fatal, wenn die Integrationsbereitschaft und die Integration von Minderheiten von den Mehrheitsgesellschaften nicht anerkannt werden. So ist es besorgniserregend, dass sich die Mehrheitsgesellschaft in Europa, gemessen an den von uns ermittelten Einstellungen, als äußerst distanz und nur wenig anerkennend erweist.

Was die *Islamfeindlichkeit* anbetrifft, verschwimmen die Grenzen zwischen den Ländern und Kulturen in Europa, insofern dass dieses Vorurteil scheinbar überall in Europa nahezu gleichermaßen stark verbreitet ist. Die hier vorliegenden Daten wie auch andere Studien offenbarten das erstaunliche Ausmaß an Distanz, Argwohn und Misstrauen, das den Muslim/innen und dem Islam in Europa entgegengebracht wird. Der Generalverdacht gegenüber dem Islam, der die Abwertung von Muslim/innen befördert, kann nicht durch eine erhöhte Präsenz von Muslim/innen erklärt werden. Auch in den osteuropäischen Ländern, in denen die Anzahl der Muslim/innen verschwindend gering ist, grassieren starke Vorurteile. Auch darin besteht die Macht des Vorurteils, das auch dann existiert, wenn kein Kontakt zu der Gruppe, gegenüber der Vorurteile gehegt werden, besteht. Gerade dann werden häufig Informationen bezüglich dieser Gruppe zurückgewiesen beziehungsweise der Kontakt gemieden, da keine gegenteiligen Erfahrungen vorliegen, welche die Vorurteile widerlegen könnten.

Das ist keine neue Erkenntnis, aber für Europa hinsichtlich der zukünftigen Beziehungen zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Menschen ein Problem von entscheidender Tragweite. Was die hier präsentierten Daten in unvergleichbarer Deutlichkeit aufzeigen ist jedoch, dass die religiöse Differenz – die Unterstellung, dass der Islam eine Religion der Intoleranz sei – überaus konsistent ist. Zudem empfindet insbesondere in Deutschland und Polen eine überaus große Mehrheit, dass der Islam nicht mit der eigenen Kultur kompatibel ist.

An der Islamfeindlichkeit ist gut zu erkennen, wie sich die Menschenfeindlichkeit politisch aufladen und immunisieren lässt. An der von uns verwendeten Skala der Islamfeindlichkeit ist abzulesen, dass das islam- und muslimfeindliche Vorurteil aus einzelnen Meinungen besteht, die sich gegenseitig bestätigen und rechtfertigen. Die Aussagen, zu welchen wir die Zustimmung der Befragten abgefragt haben, erscheinen jede für sich noch nicht als Vorurteil (vgl. Kap. 4.4); so zum Beispiel die Aussage, dass muslimische Ansichten über Frauen unseren Werten widersprechen, der sehr viele Menschen in allen Ländern zustimmen. Mit den einzelnen Aussagen assoziieren die Befragten jedoch häufig weitere negative und abwertende Meinungen über den Islam, die sich zusammengenommen zum Vorurteil verdichten. Um die Dynamik des Spiels mit den einzelnen Aussagen eines Vorurteils nachzeichnen zu können, sind weitere qualitative Analysen und andere Verfahren notwendig. Gleichwohl deuten die Meinungsskalen, die wir anhand der Einstellungen beobachten können, auf konsistente und konforme anti-islamische und muslimfeindliche Meinungskonstellationen hin.

Der *Antisemitismus* hat eine lange und ohne Frage unvergleichbar schreckliche, katastrophale Geschichte in Europa. Wir konnten nicht nur in den deutschen Studien, die wir seit 2002 regelmäßig durchführen, sondern auch für weitere europäische Länder – mit einer anderen Geschichte der Judenverfolgung – nachweisen, dass der Antisemitismus ein wesentlicher Bestandteil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist. Er fällt in den osteuropäischen Ländern besonders auf. Zugleich scheint in allen europäischen Ländern eine Verschiebung vom traditionellen Antisemitismus zum sekundären Antisemitismus stattgefunden zu haben. In Deutschland, Italien und den osteuropäischen Ländern ist erschreckend häufig eine Täter-Opfer-Umkehrung zu beobachten; viele Befragte stimmen der Unterstellung zu, Juden/Jüdinnen würden Vorteile daraus ziehen, in der Vergangenheit Opfer von Verfolgung gewesen zu sein. Außerdem hat sich in den vorliegenden Daten gezeigt, dass Antisemitismus häufig unter dem Deckmantel der Israelkritik erscheint. Die sogenannte antisemitische Israelkritik ist nahezu mehrheitsfähig in allen europäischen Ländern. Messen wir an dieser Beobachtung das Verhältnis der Europäer/innen zu Israel, dann müssen wir auf die Gefahr hinweisen, dass die Wahrnehmung von Israel von antisemitischen Ressentiments durchsetzt ist. Vor diesem Hintergrund gilt es auch zu diskutieren, inwieweit ein sekundäre Antisemitismus, der unter die Geschichte des Holocaust einen Schlussstrich ziehen möchte, an die Stelle des traditionellen Antisemitismus tritt.

Zwei Elemente, die nach unseren Befunden ebenfalls empirischer Bestandteil des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind, werden in den aktuellen politischen Diskursen in Europa selten an prominenter Stelle diskutiert; gemeint sind hier der Sexismus und der tradierte (*old-fashioned*) Rassismus. In unserer Studie wurde deutlich, wie stark ein altmodischer Sexismus, der sich u.a. in der Befürwortung einer traditionellen Rollenverteilung spiegelt, in Europa nach wie vor verbreitet ist. Unbeantwortet bleibt die Frage nach der Verbreitung moderner Formen von Sexismus. Als solcher gilt z.B. die starke Betonung von individueller Freiheit, welche die Wirkmächtigkeit von diskriminierenden Normen und Strukturen übersieht oder negiert.

Ein offener, biologistischer *Rassismus*, der sich z.B. in der Ablehnung der Ehe zwischen ‚Schwarzen und Weißen‘ manifestiert, ist in Europa nicht sehr weit verbreitet. Die kulturalistische Variante eines Rassismus, der beispielsweise von einer geringeren Begabung manchen Kulturen ausgeht, nimmt dagegen starke und erschreckende Ausmaße an. Ebenso glauben erstaunlich viele Menschen an eine natürliche Hierarchie zwischen Schwarzen und Weißen, insbesondere in Osteuropa. In Portugal sind die Befragten mehrheitlich, in Polen fast mehrheitlich der Meinung, dass die eigene Kultur vor dem Einfluss fremder Kulturen geschützt werden müsse. Diese Einstellung, die insgeheim auf kulturelle Vorrechte der eigenen Nation rekurriert, kann für Europa ein schwerwiegendes Problem darstellen und die Entwicklung eines multikulturellen Europas bremsen; unsere Rassismusanalysen zeigen, dass die Bürger/innen äußerst zurückhaltend dabei sind, andere und vermeintlich fremde Kulturen zu akzeptieren.

Auch die Vorurteile gegenüber Menschen mit homosexueller Orientierung, die weithin als *Homophobie* bezeichnet werden, auch wenn sie keine Phobie im strengen Sinne darstellen, stehen der Gleichwertigkeit entgegen. Vor allem in Osteuropa sind negative Vorurteile gegenüber Homosexuellen, die durch die Unterstellung mangelnder Moral und eine Diskriminierungsabsicht gekennzeichnet sind, weit verbreitet. In Westeuropa ist das weniger der Fall, möglicherweise da dort die Bekämpfung feindseliger Meinungen gegenüber Homosexuellen eine lange Geschichte hat. Aus den vorliegenden Daten könnte man den Eindruck gewinnen, dass sich in Osteuropa heute Einstellungen finden lassen, die zuvor in Westeuropa zu finden waren.

Insgesamt zeichnete sich in unseren Analysen – gemessen am GMF-Index – eine ausgeprägte *Ost-West-Differenz* in der allgemeinen syndromatischen Men-

schenfeindlichkeit ab. In den osteuropäischen Ländern hängen die einzelnen Elemente der Menschenfeindlichkeit weniger stark miteinander zusammen als in den westeuropäischen, dennoch lässt sich aber auch dort ein verknüpftes Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nachweisen. In den osteuropäischen Ländern ist insgesamt die Zustimmung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit höher als im Westen. Es existieren also Niveauunterschiede im Ausmaß der Abwertung von Minderheiten, die Konstitution der Menschenfeindlichkeit ist jedoch ähnlich.

Die Vorurteile gegenüber den hier betrachteten Bezugsgruppen, die wir als Bestandteile des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ansehen, sind nur eine Facette intoleranter und antidemokratischer Mentalitäten. Das Vorurteil, so wie wir es hier verstehen, ist ein Werkzeug, das zur Adjustierung und Zementierung der Ungleichwertigkeit beiträgt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist zudem eng mit anderen Ideologien verbunden. Unsere kulturvergleichenden Analysen weisen darauf hin, dass vor allem Menschen mit einem triangulären Ideologiemuster anfällig dafür sind, menschenfeindliche Einstellungen zu vertreten: Europäer/innen stimmen menschenfeindlichen Aussagen besonders häufig zu, wenn sie kulturelle, religiöse und ethnische Diversität in einer Gesellschaft ablehnen und ein höheres Maß an Dominanzorientierung aufweisen, das heißt soziale Hierarchie in einer Gesellschaft grundsätzlich befürworten und somit eine Ideologie der Ungleichwertigkeit vertreten. Gleiches gilt für jene Europäer/innen, die autoritär orientiert sind, also Unterwürfigkeit und Gehorsam gegenüber Autoritäten fordern, zudem eine auf Recht und Ordnung setzende Grundhaltung aufweisen sowie zur Punitivität neigen. Es ist diese trianguläre ideologische Formation aus *einer ablehnenden Haltung gegenüber Diversität, Autoritarismus und Sozialer Dominanzorientierung*, die in allen Ländern die Befragten disponiert, Gruppen abzuwerten. Dabei finden punitive, autoritäre Meinungen in allen untersuchten Ländern überaus großen Zuspruch, und auch Dominanzorientierungen sind relativ weit verbreitet. Was das Ausmaß der Befürwortung kultureller Homogenität anbetrifft, zeigen sich große Unterschiede zwischen den Ländern. Nichtsdestotrotz macht die vorliegende Studie deutlich: Der Abbau derartiger ideologischer Grundüberzeugungen beziehungsweise die Schaffung eines Klimas, das autoritären und dominanzorientierten Orientierungen abträglich ist und die Akzeptanz kultureller, ethnischer und religiöser Vielfalt begünstigt, kann vor der leichtfertigen Zustimmung zu Vorurteilen schützen. Das gibt einen wichtigen Hinweis für die Intervention und Prävention.

Die *demographischen Analysen* weisen darauf hin, welche Gruppen die Präventions- und Interventionsmaßnahmen dabei insbesondere erreichen müssen. Das sind vor allem die Älteren, Menschen mit geringem Bildungsniveau, Menschen aus osteuropäischen Ländern, Menschen mit schwachem ökonomischen Status und Menschen mit einer politisch konservativen Orientierung. Die Analysen machen deutlich, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und das trianguläre Ideologiemuster, das sie befördert, somit keine Randgruppenphänomene, sondern Phänomene der *gesellschaftlichen Mitte Europas* sind.

Nach den Ergebnissen dieser Umfrage erscheint diese Mitte zwar politisch interessiert, wenn auch nicht aktiv, und fühlt sich aber in hohem Ausmaß politisch machtlos. Rekurren wir auf die in dieser Studie zusätzlich erhobenen *Einstellungen zur Politik* und beurteilen sie vorsichtig als Hinweis auf demokratische Potenziale, dann wird folgender besorgniserregender Zusammenhang deutlich: Das Ausmaß subjektiv fehlender Einflussnahme auf Politik ist über alle Länder hinweg sehr groß. Die Indikatoren der mangelnden politischen Partizipation – sei es als Wahrnehmung gedacht oder als Intention, sich zu engagieren – korrelieren in fast allen Ländern mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Zudem gehen damit negative Einstellungen zur Europäischen Union einher, außerdem ein mangelndes politisches Interesse, ein Gefühl der Machtlosigkeit und die Sehnsucht nach einem starken Führer im eigenen Land. Diese Zusammenhänge können für den politischen Diskurs und die Integration von Menschen im politischen Raum bedeutsam sein. Sie machen deutlich, dass sich in Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine politische Haltung oder politisches Desinteresse ausdrücken kann; auf jeden Fall, dass Menschenfeindlichkeit mit dem subjektiven Gefühl mangelnder Partizipation und einer starken Distanz gegenüber dem politisch etablierten System verbunden ist. Gerade Letzteres erschwert die Konstitution von Gleichwertigkeit um ein Vielfaches, gerade da rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppen nicht nur an die Menschenfeindlichkeit, sondern ebenso an die politische Unzufriedenheit appellieren können. Und noch einmal anders gewendet: Wenn sich die politischen Orientierungen der Bürger/innen nicht mehr in das politische System integrieren lassen beziehungsweise sich die Bürger/innen mit ihren Orientierungen in dem etablierten politischen System nicht mehr wiederfinden, dann liegt nicht nur Menschenfeindlichkeit nahe, wie es sich in den Korrelationen zeigt, sondern auch die Intention sich politisch extremen Gruppen zu öffnen. So zumindest unsere Befürchtung.

Diese Entkopplung politischer Bindungen, die sich in den Daten nur andeutet und genauer zu analysieren ist, zeigt sich entsprechend in den Integrationsorientierungen gegenüber Zuwanderer/innen und den geringen Zugeständnissen in Bezug auf die Einbürgerungspraxis. Eine Umfrage, wie sie hier durchgeführt wurde, kann politisches Handeln kaum messen. Zudem kann sie nur Intentionen beziehungsweise Verhaltensabsichten gegenüber Gruppen und Systemen empirisch nachvollziehen. Die Ablehnung von Rechten für Zuwanderer/innen und ihre Zusammenhänge zu Fremden- und Islamfeindlichkeit weisen aber darauf hin, dass die Einstellungen auch politische Handlungsabsichten nach sich ziehen.

Darauf verweisen auch die starken, einstellungsbasierten *Diskriminierungsabsichten*, die vor allem in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden auffallen. Auch wenn in diesen Ländern menschenfeindliche Einstellungen weniger verbreitet sind als in Osteuropa, würden dort sehr viele Menschen ihr eigenes Kind ungerne auf eine Schule schicken, auf die viele Zuwandererkinder gehen, oder in eine Gegend ziehen wollen, wo viele Zuwanderer/innen leben. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einigen westeuropäischen Ländern sich weniger in der Zustimmung zu feindseligen Vorurteilsaussagen ausdrückt, als vielmehr in sozialer Distanzierung. Aber auch diese macht deutlich, wie stark die Ressentiments in der gesellschaftlichen Mitte Europas verhaftet sind.

10.2 Analyse, Prävention & Intervention

Die vorliegende Studie ist keine Präventions- oder Interventionsstudie, dennoch identifiziert sie relevante Implikationen für Handlungen gegen Intoleranz und rechtsextreme Ideologien. Insbesondere der politische Diskurs um anzustrebende Präventions- und Interventionsmaßnahmen kann auf Basis dieser Studie eindeutiger geführt werden und sich auf wissenschaftliche Evidenz berufen. Im Folgenden möchten wir nun auf einige Aspekte eingehen, die uns für die zukünftige Diskussion sinnvoll erscheinen. Im besten Falle werden diese von der Politik und jenen demokratischen Institutionen aufgegriffen, die stark genug sind, Normen gegen die Menschenfeindlichkeit zu setzen:

Zunächst appellieren wir nachdrücklich dafür, dass die Europäische Union sich ein wissenschaftlich unabhängiges und kontinuierliches europäisches *Moni-*

toring der rechtsextremen und -populistischen Meinungen und Handlungsintentionen in Europa leistet. Die gegenwärtigen Institutionen, die derartige Aufgaben leisten, oder ein Sammeln an mehr oder minder objektiven Diskriminierungsdaten, sind dafür nicht ausreichend. Für eine fundierte Diskussions- und Handlungsgrundlage benötigen wir wesentlich mehr Fakten darüber, wo, wie und warum sich Ideologien, Meinungen und Handlungsabsichten in den europäischen Ländern entwickeln oder verfestigen.

Unsere Ergebnisse geben ein Bild bestehender Vorurteile, dokumentieren aber auch Ängste und Befürchtungen der europäischen Mehrheitsbevölkerung.

Populisten verlangen immer wieder, Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen und begründen damit härtere Maßnahmen, Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten. Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen, sollte jedoch vielmehr bedeuten, sie als eine Gefahr für die Demokratie zur Kenntnis zu nehmen, die auf Toleranz und Pluralität baut. Ihnen zu begegnen kann nicht bedeuten, strengere Gesetze und Regelungen für Minderheiten zu fordern, sondern ggf. auch gegenseitige Ängste und Vorurteile abzubauen. Hier sind europäische Initiativen der Intervention und Prävention gefragt, statt ein simpler *Law and Order* Populismus, der an die Effektivität eines blinden Gehorsams glaubt. Eine präzise Analyse von vorhandenen Ängsten der Bürger/innen spiegelt Potenziale und Gefahren der Intoleranz in Europa und gibt Hinweise für eine Verbesserung des Zusammenlebens von Mehrheiten und Minderheiten.

Der *European Social Survey* oder das Eurobarometer erscheinen uns für oben genannten Auftrag nicht ausreichend, da sie menschenfeindliche Tendenzen, deren Ursachen und Konsequenzen nur begrenzt kenntlich machen können; allerdings stellt das auch nicht ihre primäre Aufgabe dar. Auch wir können mit der vorliegenden Studie nicht mehr als eine Grundlage für ein *Monitoring* bieten. Die Politik braucht Fakten und Evidenz, um handeln zu können. Deshalb sollte sich politisches Handeln nicht nach singulären Evidenzen richten müssen, die über Länder hinweg methodisch nicht vergleichbar sind. Über Taten und Diskriminierungshandlungen liegen einigermaßen vergleichbare Daten vor (z.B. durch die European Union Agency for Fundamental Rights). Allerdings müssen diese ergänzt werden; denn den Taten und Diskriminierungshandlungen sind menschenfeindliche Meinungen, Emotionen, Handlungsbereitschaften und Normen vorgelagert, die unter bestimmten Umständen das Handeln befördern. Diese Meinungen sind es auch, die Menschen dazu bewegen, rechtspopulistischen und -extremistischen Parteien ihre Stimme zu geben.

Zweitens appellieren wir an die Akteur/innen der Intervention und Prävention, die Fakten ernst zu nehmen; insbesondere die Politik sollte diese dringend in gesellschaftspolitisches Handeln umsetzen. In den hier untersuchten europäischen Ländern finden sich viele identische Ursachen für menschenfeindliche Einstellungen, sodass es äußerst sinnvoll erscheint, gemeinsame europäische Anstrengungen im Kampf gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu unternehmen. Grundsätzlich können zwei Ursachengruppen unterschieden werden: *individuelle Ursachen*, die Menschen an Gruppen binden und gewissermaßen eine individuelle kollektive Disposition beschreiben; und *kontextuelle Ursachen*, die außerhalb von Personen in ihren Lebensumständen liegen.

Zu den individuellen Ursachen gehört die oben genannte trianguläre Ideologie der Ablehnung von kultureller Diversität, des Autoritarismus und der Sozialen Dominanzorientierung. Menschen, die durch ihre Sozialisation diese Einstellungsneigungen annehmen, übernehmen eher rechtsextreme und -populistische Meinungen. Das konnten wir in fast allen europäischen Ländern beobachten. An dieser Stelle kann das gemeinsame Bemühen ansetzen, Einstellungen zu etablieren, die der Gleichwertigkeit positiv gegenüberstehen. Um Gleichwertigkeit zu fördern, brauchen wir mehr Akzeptanz kultureller Unterschiedlichkeit anstelle von Ablehnung des Multikulturalismus; weniger autoritär orientierte Einstellungs- und Verhaltensorientierungen und mehr Befürwortung horizontaler statt vertikaler Gesellschaftsstrukturen. Wenn in einem Land die Mehrheit der Bürger/innen kulturelle Diversität infrage stellt, kann es von anderen Ländern lernen, bei denen es diesbezüglich besser läuft. Diese sollten sich wiederum fragen, wie sie ihre positiven Diversitätsüberzeugungen vermitteln können.

Noch liegen keine hinreichend guten Daten zum Einfluss makro-sozialer Kontexteinfüsse vor. Einige Kontextfaktoren, die menschenfeindliche Einstellungen scheinbar begünstigen, konnten wir in der vorliegenden Studie allerdings identifizieren. Laut unseren Analysen gehören zu den bedeutsamen vergleichbaren Kontextbedingungen, die Menschen für menschenfeindliche Meinungen anfällig machen, ein niedriger Bildungsstand, in einkommensschwachen Regionen ein geringes Einkommen und eine Kultur, in der Vorurteile insgesamt weiter verbreitet sind, wie es teilweise in Osteuropa der Fall ist.

Die individuellen Dispositionen, Meinungen oder Emotionen sind für die Menschenfeindlichkeit insgesamt weniger entscheidend. Menschenfeindlichkeit ist eine *soziale* Haltung. Sie ist eine Haltung, die Gruppen gegenüber Gruppen

einnehmen und die von der Umwelt der Vorurteilsträger, durch die sozial überformte negative Meinungen über Gruppen entstehen, beeinflusst wird. Darauf verweisen auch die von uns ermittelten Potenziale oder Gefahren, die in der politischen Orientierung der Befragten liegen. Vor diesem Hintergrund wird der Einfluss einer europäischen politischen Bildung weitaus gewichtiger, als das bislang der Fall war. Laut der Ergebnisse der Studie sind die Bürger/innen nicht politisch desinteressiert, nehmen sich wohl aber subjektiv vom politischen System entkoppelt wahr. Viele Bürger/innen beklagen sich über die politische Machtlosigkeit, was häufig mit Ängsten und Befürchtungen – unter anderem im Hinblick auf Zuwanderung – einhergeht. Wer klagt, sucht Ansprechpartner/innen und das wahrscheinlich nicht mehr in den etablierten politischen Systemen. Denn diese macht sie/er für die politische Machtlosigkeit verantwortlich.

Die Erfolge von Rechtspopulisten zeigen, dass sich die Klagen der Bürger/innen nicht mehr gegen die etablierten politischen Systeme richten, sondern gegen Zuwanderer/innen, Muslim/innen und andere Minderheiten, weil das System angeblich versagt hat. Die politische Distanz verbindet sich mit dem Vorurteil und diese ideologische Mixtur ist für Demokratien gefährlich. Da verwundert es nicht, wenn auch die Diskriminierungsabsichten mit der Menschenfeindlichkeit einhergehen und die europäische Identität sie nicht verhindert. Die europäischen Befragten äußern sich sehr pessimistisch, was das interkulturelle Zusammenleben angeht. Das ist eine Basis, welche die Integration aller Bürger/innen in den Ländern und in der Europäischen Union erschwert.

Die Befunde unterstreichen die Notwendigkeit von Strategien zu Intervention und Prävention, um der kollektiven Ausbildung von Menschenfeindlichkeit gegen „die Anderen“ weiter entgegenzuwirken. Die Frage der Demokratiebildung in Gruppen sollte ernst genommen werden. Die hier dokumentierten Bedürfnisse nach politischer Teilhabe und Mitsprache von Mitgliedern der Gesellschaft müssen anerkannt und im politischen Diskurs aufgenommen werden. Die Aushandlung darüber muss aber immer an Toleranz und die Akzeptanz von Vielfalt geknüpft sein – wenn nötig gilt es auch diese anzumehmen.

Politische Partizipation in etablierten demokratischen Systemen, Gruppen und Einrichtungen sowie Investitionen in eine politische Bildung, welche die Gleichwertigkeit befördert, stellen ein solides Netz bereit, das Menschen vor rechtspopulistischen und -extremen Einstellungen schützt.

Unser Appell lautet, Gleichwertigkeit zu einem zentralen Topos in Europa zu machen. Das gilt auch für den Teil, den wir selbst leisten können. Die Beobachtung und Analyse der Entwicklung menschenfeindlicher, intoleranter und antidemokratischer Mentalitäten in Europa sind Instrumente, mit denen sich identifizieren lässt, wo die politische Bildung ansetzen kann. Gleichzeitig halten derartige Studien, den Europäer/innen den Spiegel vor, der ihnen unverfälscht die europäischen Zustände hinsichtlich der Abwertung und Ausgrenzung von Gruppen vor Augen führt. Wir hoffen, dass dieser „Blick in den Spiegel“ zu einem demokratischeren toleranten Europa beiträgt.

Tab. 38: **Zustimmung zu Einzelindikatoren Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (in Prozent)**

Fremdenfeindlichkeit								
Es gibt zu viele Zuwanderer in (jew. Land).								
	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	20.7	16.3	29.8	30.8	26.6	14.8	8.3	4.9
3 stimme eher zu	29.3	24.0	32.4	27.9	35.8	31.2	18.8	54.7
2 stimme eher nicht zu	35.5	34.6	22.7	27.9	19.7	35.5	52.1	35.7
1 stimme überhaupt nicht zu	14.4	25.2	15.1	13.4	17.8	18.5	20.8	4.7
N (gewichteter Datensatz)	971	996	976	903	942	1003	912	968
Durch die vielen Zuwanderer hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.								
	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	15.2	16.1	18.9	18.4	9.8	12.4	5.4	1.8
3 stimme eher zu	22.4	14.8	26.9	26.2	17.2	25.3	14.1	17.3
2 stimme eher nicht zu	39.1	29.0	26.2	26.7	28.8	34.6	45.0	66.2
1 stimme überhaupt nicht zu	23.3	40.1	27.9	28.6	44.2	27.7	35.5	14.7
N (gewichteter Datensatz)	991	1003	993	950	995	1005	934	981
Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten (jew. Bevölkerung) mehr Recht auf eine Arbeit haben als Zuwanderer.								
	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	20.5	13.2	23.4	50.4	31.0	7.0	44.5	11.4
3 stimme eher zu	21.9	16.3	26.9	20.7	25.0	17.7	29.5	46.8
2 stimme eher nicht zu	37.2	26.6	32.7	16.5	23.6	39.9	17.8	37.9
1 stimme überhaupt nicht zu	20.5	43.9	17.0	12.3	20.5	35.5	8.1	4.0
N (gewichteter Datensatz)	985	992	978	972	958	998	991	973

Fremdenfeindlichkeit

Zuwanderer bereichern unsere Kultur.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
1 stimme voll und ganz zu	26.7	26.9	21.7	21.0	15.3	20.2	14.8	7.4
2 stimme eher zu	48.3	44.0	49.5	36.0	45.7	54.6	49.4	66.3
3 stimme eher nicht zu	20.5	21.2	20.0	24.8	23.7	18.6	26.8	24.9
4 stimme überhaupt nicht zu	4.5	8.0	8.8	18.2	15.3	6.5	9.0	1.4
N (gewichteter Datensatz)	994	997	977	928	961	1005	936	971

Rassismus

Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern. [FR: Es gibt keine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern].

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	9.5	40.0	8.3	19.9	5.6	4.4	9.0	3.9
3 stimme eher zu	21.0	21.5	26.3	21.9	13.1	28.0	32.6	41.1
2 stimme eher nicht zu	27.9	19.6	27.3	33.2	16.1	22.5	33.1	43.9
1 stimme überhaupt nicht zu	41.6	19.0	38.1	25.0	65.2	45.1	25.3	11.1
N (gewichteter Datensatz)	983	987	966	872	970	998	936	959

Schwarze und Weiße sollten besser nicht heiraten. [FR: Es ist kein Problem, wenn Schwarze und Weiße heiraten].

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	6.5	68.1	4.5	16.6	3.4	.8	8.0	2.0
3 stimme eher zu	7.0	18.3	6.1	13.7	4.1	3.9	15.5	15.9
2 stimme eher nicht zu	26.9	7.6	19.3	24.4	16.8	19.4	35.1	57.6
1 stimme überhaupt nicht zu	59.6	6.0	70.1	45.3	75.7	75.9	41.3	24.4
N (gewichteter Datensatz)	977	1001	991	895	961	1008	941	982

Islamfeindlichkeit

Die muslimische Kultur passt gut nach (jew. Land). [HU und PL: Die muslimische Kultur passt gut nach Europa].

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	3.3	11.7	5.9	8.3	3.0	3.7	2.4	4.7
3 stimme eher zu	13.3	38.2	33.1	21.9	24.4	35.0	16.6	45.4

Islamfeindlichkeit

Die muslimische Kultur passt gut nach (jew. Land). [HU und PL: Die muslimische Kultur passt gut nach Europa].

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
2 stimme eher nicht zu	60.0	38.7	39.3	28.3	47.5	41.5	56.9	43.6
1 stimme überhaupt nicht zu	23.3	11.5	21.7	41.5	25.0	19.8	24.1	6.3
N (gewichteter Datensatz)	964	949	929	767	877	979	882	819

Es gibt zu viele Muslime in (jew. Land).

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	18.4	17.2	20.5	28.0	20.5	13.3	17.6	2.5
3 stimme eher zu	27.6	19.0	24.2	32.7	29.2	28.3	29.5	24.6
2 stimme eher nicht zu	43.5	37.2	36.1	24.2	30.5	39.1	46.5	66.8
1 stimme überhaupt nicht zu	10.4	26.6	19.2	15.1	19.8	19.3	6.4	6.1
N (gewichteter Datensatz)	923	917	910	516	792	966	736	706

Muslime in (jew. Land) stellen zu viele Forderungen.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
1 stimme voll und ganz zu	24.9	26.2	20.2	29.2	28.2	18.0	22.6	1.1
2 stimme eher zu	29.2	26.6	29.8	30.8	36.5	33.8	39.7	33.3
3 stimme eher nicht zu	38.6	33.2	34.8	21.3	19.7	37.5	31.3	59.2
4 stimme überhaupt nicht zu	7.3	13.9	15.2	18.7	15.6	10.7	6.4	6.3
N (gewichteter Datensatz)	912	920	925	599	879	974	762	748

Antisemitismus

Juden haben in (jew. Land) zu viel Einfluss.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	9.9	11.6	3.6	43.2	3.4	1.4	20.3	1.0
3 stimme eher zu	9.7	16.1	10.3	26.0	17.8	4.2	29.6	18.9
2 stimme eher nicht zu	56.7	43.1	54.1	18.5	42.3	56.2	38.0	74.8
1 stimme überhaupt nicht zu	23.6	29.1	32.0	12.2	36.4	38.2	12.1	5.3
N (gewichteter Datensatz)	929	942	912	778	783	960	883	767

Antisemitismus

Juden im Allgemeinen kümmern sich um nichts und niemanden außer um ihre eigene Gruppe.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	11.0	10.7	5.8	27.3	8.9	5.1	22.0	4.8
3 stimme eher zu	18.4	15.1	16.7	23.7	18.1	15.4	34.9	49.4
2 stimme eher nicht zu	46.0	33.8	34.7	26.0	31.2	43.3	31.2	41.7
1 stimme überhaupt nicht zu	24.6	40.4	42.9	23.1	41.9	36.2	11.9	4.1
N (gewichteter Datensatz)	912	938	935	808	826	959	867	820

Juden bereichern unsere Kultur.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
1 stimme voll und ganz zu	23.9	19.6	19.5	25.5	14.3	15.7	14.7	3.8
2 stimme eher zu	45.0	41.0	52.0	31.7	35.4	56.1	36.5	48.1
3 stimme eher nicht zu	25.1	25.3	24.5	21.7	29.1	22.7	34.2	44.3
4 stimme überhaupt nicht zu	6.1	14.1	4.0	21.0	21.2	5.5	14.6	3.8
N (gewichteter Datensatz)	951	958	926	821	783	963	919	819

Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	22.9	13.4	5.4	39.1	9.4	3.9	30.2	4.9
3 stimme eher zu	26.0	19.0	16.4	28.9	30.8	13.4	42.0	47.2
2 stimme eher nicht zu	32.3	38.4	39.4	17.2	24.0	41.2	22.7	43.9
1 stimme überhaupt nicht zu	18.8	29.2	38.8	14.7	35.8	41.6	5.1	3.9
N (gewichteter Datensatz)	969	948	948	779	883	986	922	836

Homophobie

Es gibt nichts Unmoralisches an Homosexualität.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
1 stimme voll und ganz zu	39.3	41.1	36.4	15.6	28.1	53.2	11.2	7.3
2 stimme eher zu	22.6	22.8	26.4	16.7	29.4	30.3	13.0	48.6
3 stimme eher nicht zu	23.0	18.7	16.9	19.7	19.9	9.7	26.3	33.5
4 stimme überhaupt nicht zu	15.0	17.5	20.4	48.0	22.7	6.8	49.4	10.5
N (gewichteter Datensatz)	971	992	977	876	914	994	945	933

Homophobie

Es ist eine gute Sache, Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern zu erlauben.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
1 stimme voll und ganz zu	34.5	24.4	27.4	13.9	16.0	51.5	2.6	5.1
2 stimme eher zu	25.8	23.3	30.4	16.8	19.8	31.6	9.2	32.5
3 stimme eher nicht zu	19.1	20.8	13.9	14.0	15.5	7.5	26.0	36.4
4 stimme überhaupt nicht zu	20.7	31.5	28.2	55.3	48.7	9.4	62.2	26.0
N (gewichteter Datensatz)	986	1002	976	911	965	998	973	940

Sexismus

Frauen sollten ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	22.0	31.3	18.7	69.2	31.8	12.8	57.6	15.6
3 stimme eher zu	30.7	25.7	34.5	19.2	31.4	23.6	29.6	52.3
2 stimme eher nicht zu	25.8	21.7	20.4	6.1	15.1	25.6	7.6	26.0
1 stimme überhaupt nicht zu	21.5	21.2	26.4	5.5	21.7	38.0	5.2	6.2
N (gewichteter Datensatz)	989	1002	977	943	980	998	981	979

Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten Männer mehr Recht auf eine Arbeit haben als Frauen.

	D	F	GB	HU	I	NL	PL	PT
4 stimme voll und ganz zu	5.7	7.3	7.0	22.1	8.2	5.8	14.7	4.7
3 stimme eher zu	6.3	5.7	8.0	13.9	12.8	9.1	14.0	20.5
2 stimme eher nicht zu	30.8	21.0	19.4	23.8	19.1	22.8	36.2	52.0
1 stimme überhaupt nicht zu	57.2	66.1	65.7	40.2	59.9	62.3	35.1	22.8
N (gewichteter Datensatz)	992	1001	992	969	983	1011	972	1001

Aufgeklärte Varianz R^2 : Dieser Wert gibt an, wie viel Prozent ein bestimmtes Merkmal (eine unabhängige Variable wie z.B. Autoritarismus) an der Varianz des untersuchten Merkmals, hier Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, erklären kann.

Beta-Gewichte: Sie geben den Anteil der aufgeklärten Varianz an, das heißt der unterschiedlichen Ausprägung eines Merkmals wie der Menschenfeindlichkeit, durch den jeweiligen Einflussfaktor im Vergleich zu den anderen verwendeten Einflussfaktoren (vgl. Varianzanalyse). So wird beispielsweise erklärt, ob Menschenfeindlichkeit zwischen den Befragten im Vergleich eher durch Autoritarismus oder Soziale Dominanzorientierung variiert.

CATI-Survey (Computer Assisted Telephone Interview): Dieser Begriff bezeichnet eine computerunterstützte Befragung per Telefon. Im Gegensatz zum CAPI-Survey (Computer Assisted Personal Interview) führen die Interviewer die Befragung nicht in direkter Anwesenheit des Befragten durch, sondern von einem Telefonstudio aus. Die telefonische Durchführung der Interviews ist zeit- und kostensparend. Die Ergebnisse liegen direkt nach Ende der Erhebung in digitalisierter Form vor.

Faktorenanalyse/Hauptachsenanalyse: Eine Methode der Faktorenanalyse mit dem grundsätzlichen Ziel, Dimensionen zu reduzieren und Struktur zu entdecken. Mittels der Hauptachsenanalyse wird versucht, aus mehreren *Items* Faktoren zu bilden, welche die *Items* zusammenfassen. In der vorliegenden Studie wurde ein gemeinsamer Faktor für die sechs *Items* des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit) gesucht, der inhaltlich das GMF-Syndrom ausdrückt, also dem entspricht, was den sechs *Items* gemeinsam ist. Dabei werden ein Eigenwert und eine aufgeklärte Varianz ausgewiesen, die angeben, wie viel Varianz aus allen Variablen durch den gemeinsamen Faktor erklärt wird. In der Interpretation der Hauptachsenanalyse wird eine Ursache gesucht, die für die Korrelation zwischen den *Items* verantwortlich ist. In unserem Beispiel wird das GMF-Syndrom als Ursache für die entstehenden Zusammenhänge der sechs Elemente verstanden.

GINI-Index: Der GINI-Index (oder auch GINI-Koeffizient) ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Einkommensverteilungen innerhalb eines Landes. Der Index wird vor allem als Kennzahl für die Ungleichverteilung von Einkommen eingesetzt. Er kann Werte zwischen 0 (das Vermögen eines Staates ist auf alle Bewohner/innen gleich verteilt) und 1 (das gesamte Vermögen eines Staates gehört einem einzigen Bewohner/einer einzigen Bewohnerin) annehmen. Je näher der GINI-Index dem Wert 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit.

GMF-Projekt/GMF-Survey: Damit bezeichnen wir die Langzeiterhebung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Projektleitung: Wilhelm Heitmeyer), aus dem das hier dokumentierte Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa (GFE-Europe: Group-focused Enmity in Europe) hervorgegangen ist. Das deutsche Mutterprojekt hat eine 10-jährige Laufzeit (2002–2012) mit einer jährlichen repräsentativen Erhebung und einer begleitenden Panel-Studie. Näheres zum Projekt unter: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/einfuehrung.html>.

Item: Ein Item ist das kleinste Element innerhalb eines Fragebogens, mit dem ein Konstrukt gemessen werden kann. *Items* sind Aufgaben oder einzelne Aussagen, zu denen die Befragten ihre Zustimmung beziehungsweise Ablehnung auf einer Skala zwischen „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme voll und ganz zu“ angeben sollen.

Korrelation/Produkt-Moment-Korrelation: Die Korrelation gibt an, wie eng der lineare Zusammenhang zwischen zwei Konstrukten oder Merkmalen ist. Sie kann einen Wert zwischen -1 und +1 annehmen. Der Wert 0 zeigt an, dass kein Zusammenhang vorliegt. Der Wert -1 zeigt einen perfekt-negativen, der Wert +1 einen perfekt-positiven Zusammenhang an. Ein positiver Zusammenhang bedeutet konkret: je höher die Ausprägung auf Merkmal a, desto höher ist sie auch auf Merkmal b. Umgekehrt gilt bei einer negativen Korrelation: je höher die Ausprägung auf Merkmal a, desto niedriger ist sie auf Merkmal b. Liegt kein Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen vor, bedeutet das, dass Merkmal a nicht gemeinsam mit Merkmal b auftritt. Eine Korrelation ist nur interpretierbar, wenn diese statistisch signifikant ist und lässt keine Schlüsse über die Richtung des kausalen Zusammenhangs zwischen a und b zu.

Post-hoc-Test: Dabei handelt es sich um eine Sammelbezeichnung für Tests, nachdem allgemeine Tests, sogenannte Omnibustests, über mehrere Gruppen

(z.B. Varianzanalyse) Signifikanz ergeben haben. *Post-hoc*-Tests dienen der Datenexploration und werden verwendet, wenn vor einem allgemeinen Test keine Hypothesen formuliert wurden. *Post-hoc*-Tests dürfen nur durchgeführt werden, wenn der allgemeine Test im Vorfeld Signifikanz erbracht hat, denn der allgemeine Test beleuchtet alle Gruppen auf einmal und hat somit eine größere (Gesamt-)Aussagekraft. In der vorliegenden Studie wurde auf den *Post-hoc*-Test nach Duncan zurückgegriffen, da dieser den Fokus auf die Einzel-Fehlerwahrscheinlichkeiten legt.

Reliabilität / Cronbachs Alpha: Die Reliabilität drückt die interne Konsistenz einer Skala aus zwei oder mehr *Items* aus, d.h., inwieweit alle *Items* zuverlässig das gleiche Konstrukt messen. Die Berechnung des Cronbachs Alpha gilt als Standardmethode zur Schätzung der Reliabilität (Zuverlässigkeit) einer Skala, wobei Werte $< .50$ auf eine nicht reliable Messung hinweisen. Laut Konvention zeigen Werte $> .50$ eine ausreichende Reliabilität. Darüber hinaus ist der Alpha-Koeffizient von der Anzahl der *Items* abhängig; je mehr *Items* verwendet werden, umso höher fällt der Wert aus.

Regressionsanalyse: Bei der Regressionsanalyse wird ein bestimmtes Merkmal über ein anderes Merkmal vorausgesagt. Dabei wird ein Merkmal als unabhängige Variable angenommen, welche das andere Merkmal als abhängige Variable beeinflusst. Es wird also untersucht, wie stark und welcher Art der Einfluss des einen auf das andere Merkmal ist. Im Gegensatz zu Korrelationen wird die Regressionsanalyse oft kausal interpretiert, indem die unabhängige Variable (z.B. Alter) als Ursache für die abhängige Variable (z.B. Menschenfeindlichkeit) angenommen wird. Streng genommen prüft die Regressionsanalyse in einem Querschnittsdatensatz jedoch nicht auf Kausalität.

Signifikanz/statistische Bedeutsamkeit: Wenn sich zwei Gruppen beispielsweise in ihren Mittelwerten unterscheiden, ist dieser Unterschied nicht zwangsläufig statistisch signifikant. Es muss stets überprüft werden, ob der Unterschied auch zufällig entstanden sein könnte. Es wird also getestet, mit welcher Wahrscheinlichkeit die sich unterscheidenden Werte tatsächlich auf zwei unterschiedliche Gruppen zurückzuführen sind. Dabei wird die Irrtumswahrscheinlichkeit p dafür berechnet, dass der Unterschied zufällig bedingt ist und somit fälschlicherweise als bedeutsam angenommen wird. Bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 5 Prozent gilt ein Unterschied als statistisch signifikant. Die Irrtumswahrscheinlichkeit wird in Dezimalzahlen angegeben; sie ist entweder kleiner als 5 Prozent ($p < .05$), kleiner als 1 Prozent ($p < .01$)

oder kleiner als 0.1 Prozent ($p < .001$). Je nach Art des Unterschiedes (z.B. Mittelwertsunterschiede oder sich unterscheidende Häufigkeiten) wird die statistische Signifikanz mit unterschiedlichen Testverfahren berechnet.

Varianz: Die Varianz wird berechnet, indem die Summe der quadrierten Abweichungen aller einzelnen Messwerte vom Mittelwert durch die Anzahl aller Messwerte geteilt wird. Generell wird eine bestimmte Gruppe von Befragten über ihren Mittelwert beschrieben, zum Beispiel die mittlere Ausprägung der deutschen Befragten auf dem Merkmal Menschenfeindlichkeit. Dieser Mittelwert kann die jeweilige Gruppe mehr oder weniger gut beschreiben, je nachdem wie sehr die einzelnen Messwerte von diesem Mittelwert abweichen. Die durchschnittliche Abweichung der einzelnen Werte vom Mittelwert wird auch als Standardabweichung bezeichnet. Je höher die Standardabweichung ist, desto schlechter beschreibt der Mittelwert die Ausprägung der jeweiligen Gruppe auf einem bestimmten Merkmal. Da sich die Varianz aus der Quadrierung der Standardabweichung ergibt, fallen hier große Abweichungen noch stärker ins Gewicht.

Varianzanalyse: Eine Varianzanalyse überprüft den Einfluss von einem (*univariat*) oder mehreren (*multivariat*) Faktoren auf eine oder mehrere abhängige Variablen. Mittels der Varianzanalyse könnte zum Beispiel der Einfluss des Faktors Deprivationserleben auf die abhängige Variable Menschenfeindlichkeit untersucht werden. Als Ergebnis wird angegeben, wie viel der Abweichung vom Mittelwert durch ein oder mehrere andere Merkmale verursacht wird; in diesem Fall also, ob der Faktor Deprivationserleben die höheren oder niedrigeren Werte von Menschenfeindlichkeit erklärt. Wie viel von dieser Abweichung durch den untersuchten Faktor erklärt wird, wird in Prozent als Wert der Varianzaufklärung angegeben.

Abkürzungsverzeichnis

D	Deutschland
EU	Europäische Union
F	Frankreich
GB	Großbritannien
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
HU	Ungarn
I	Italien
NL	die Niederlande
ns	nicht signifikant
PT	Portugal
PL	Polen
SDO	Soziale Dominanzorientierung

- Aboud, F.E. (1988). *Children and prejudice*. Oxford: Basil Blackwell.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (1950). *The authoritarian personality*. New York: Harper & Row.
- Allport, G. (1954). *The nature of prejudice*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Altemeyer, R. (1988). *Enemies of freedom: Understanding right-wing authoritarianism*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Anhut, R. & Heitmeyer, W. (2000). Desintegration, Konflikt und Ethnisierung: Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: W. Heitmeyer & R. Anhut (Hg.), *Bedrohte Stadtgesellschaft*. Weinheim: Juventa, S. 17–75.
- Aronson, E., Wilson, T. D. & Akert, R. M. (2004). *Sozialpsychologie*. München: Pearson Studium, 4. Auflage.
- Berry, J. W. (2003). Conceptual approaches to acculturation. In: K. M. Chun, P. B. Organista & G. Marín (Hg.), *Acculturation: Advances in theory, measurement, and applied research*. Washington, DC: American Psychological Association, S. 17–37.
- Bizumic, B., Popadic, J. D., Dru, V. & Krauss, S. (2009). A cross-cultural investigation into a reconceptualization of ethnocentrism. *European Journal of Social Psychology*, 39, S. 871–899.
- Blalock, H. (1957). Per cent non-white and discrimination in the South. *American Sociological Review*, 22, S. 677–682.
- Brehm, J., & Rahn, W. (1997). Individual-level evidence for the causes and consequences of social capital. *American Journal of Political Science*, 41, S. 999–1023.
- Chopin, I. & Gounari, E.-M. (2010). *Developing anti-discrimination law in Europe. The 27 EU member states compared*. European Commission, Luxembourg: : Office for Official Publications of the European Communities.
- Crosby, F. (1976). A Model of Egoistical Relative Deprivation. *Psychological Review*, 83, S. 85–113.

- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- DellaPergola, S. (2010). World Jewish Population 2010. *Current Jewish Population Reports*, 2.
- Devine, P. G. (1989). Stereotypes and prejudice: Their automatic and controlled components. *Journal of Personality and Social Psychology*, 56, S. 5–18.
- de Weerd, Y., de Witte, H., Castellani, P. & Milesi, P. (2004). *Turning right? Socio-economic change and the receptiveness of European workers to the extreme right*. Vienna: SIREN.
- Duckitt, J. (2001). A dual-process cognitive-motivational theory on ideology and prejudice. In: M. P. Zanna (Hg.), *Advances in experimental social psychology*, 33, San Diego, CA: Academic Press, S. 41–113.
- Duckitt, J., & Sibley, C. (2006). Right-wing authoritarianism, social dominance orientation, and the dimensions of generalized prejudice. *European Journal of Personality*, 20, S. 1–18.
- Duriez, B. & van Hiel, A. (2002). The march of modern fascism. A comparison of social dominance orientation and authoritarianism. *Personality and Individual Differences*, 32, S. 1199–1213.
- Durkheim, E. (1983, Orig. 1897). *Der Selbstmord*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ekehammar, B., Akrami, N., Gylje, M. & Zakrisson, I. (2004). What matters most to prejudice: Big five personality, social dominance orientation, or right-wing authoritarianism? *European Journal of Personality*, 18, S. 463–482.
- European Commission (2008). *Special Eurobarometer 296: Discrimination in the European Union: Perceptions, Experiences and Attitudes*. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_296_en.pdf, letzter Aufruf am 22.11.2010.
- Fishbein, M. & Ajzen, I. (1975). *Belief, attitude, intention, and behavior: An introduction to theory and research*. Reading, MA: Addison.
- Fiske, S. T. (2004). *Social beings: core motives in social psychology*. Hoboken, NJ: Wiley.

- Freire, A., Lobo, M. C. & Magalhães, P. (2009). The clarity of policy alternatives, left-right and the European Parliament vote in 2004. *The Journal of European Integration*, 31, S. 665–683.
- Gaertner, S. L. & Dovidio, J. F. (1986). The aversive form of racism. In: J. F. Dovidio & S. L. Gaertner (Hg.), *Prejudice, discrimination and racism*. Orlando: Academic Press, S. 69–81.
- Gauci, J.-P. (2009). *Racism in Europe. ENAR Shadow Report*. Brüssel.
- Gurr, T. R. (1970). *Why Men Rebel Princeton*. New Jersey: Princeton University Press.
- Heitmeyer, W. (1987). *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen*. Weinheim: Juventa.
- Heitmeyer, W. (2002). *Deutsche Zustände, Folge 1*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hentges, G. & Meyer, M. (2003). *Right-wing extremist attitudes in Germany: implications of neoliberalism and competitive nationalism; a report from the project „Socio-economic change, individual reactions, and the appeal of the extreme right“*. Cologne: SIREN.
- Hentges, G., Meyer, M.-H., Flecker, J., Kirschhofer, S., Thoft, E., Grinderslev, E. & Balazs, G. (2003). *The abandoned worker. Socio-economic change and the attraction of right-wing populism*. Vienna: SIREN.
- Human Rights First (2009). *Hate Crime Survey Report 2008*. <http://www.humanrightsfirst.org/our-work/fighting-discrimination/2008-hate-crime-survey/>, letzter Aufruf am 22.12.2010.
- Hüpping, S. (2006). Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände, Folge 4*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 93–107.
- Kettani, H. (2010). World Muslim Population: 1950–2020. *International Survey of Environmental Science and Development*, 1.
- Klein, A. & Hüpping, S. (2008). Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten. In: W. Heitmeyer (Hg.): *Deutsche Zustände, Folge 6*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 164–185.
- Klein, A., Küpper, B. & Zick, A. (2009). Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände, Folge 7*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 93–112.

- Kollock, P. (1994). The emergence of exchange structures: An experimental study of uncertainty, commitment, and trust. *American Journal of Sociology*, 100, S. 313–345.
- Küpper, B., Wolf, C. & Zick, A. (2010). Social status and anti-immigrant attitudes in Europe: An examination from the perspective of social dominance theory. *International Journal of Conflict and Violence*, 4, S. 205–219.
- Küpper, B. & Zick, A. (2005). Status, Dominanz und legitimierende Mythen. Eine kritische Bestandsaufnahme der Theorie der Sozialen Dominanz. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 13, S. 31–53.
- Küpper, B. & Zick, A. (2010). *Religion and Prejudice in Europe. New empirical findings*. Dossier for the Network of European Foundations – Initiative for Religion and Democracy in Europe. London: Alliance Publishing Trust.
- Lawler, E. J. & Yoon, J.K. (1996). Commitment in exchange relations: Test of a theory of relational cohesion. *American Sociological Review*, 61(1), S. 89–108.
- Leong, C.-H. (2008). A multilevel research framework for the analyses of attitudes toward immigrants. *International Journal of Intercultural Relations*, 32(2), S. 115–129.
- LeVine, R. A. & Campbell, D. T. (1972). *Ethnocentrism: Theories of conflict, ethnic attitudes, and group behavior*. New York: Wiley.
- Mayer, N. (2003). Democracy in France: Do Associations Matter? In: M. Hooghe & D. Stolle (Hg.), *Generating social capital. Civil society and Institutions in Comparative Perspective*. New York: Palgrave Macmillan, S. 43–66.
- Mendelberg, T. (2001). *The Race Card: Campaign Strategy, Implicit Messages, and the Norm of Equality*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Muenz, R. (2006). *Population and Migration in 2005*. Migration Policy Institute. <http://www.migrationinformation.org/USFocus/display.cfm?ID=402>, letzter Aufruf am 14.1.2011.
- Napier, J. L., Thorisdottir, H. & Jost, J. T. (2010). The Joy of Sexism? A Multinational Investigation of Hostile and Benevolent Justifications for Gender Inequality and Their Relations to Subjective Well-Being. *Sex Roles*, 62, S. 405–419.
- Olzak, S. (1992). *The Dynamics of Ethnic Competition and Conflict*. Stanford: Stanford University Press.

- Pettigrew, T. F. (1998). Intergroup contact theory. *Annual Review of Psychology*, 9, S. 65–85.
- Pettigrew, T. F. (2009). Secondary Transfer Effect of Contact. Do Intergroup Contact Effects Spread to Noncontacted Outgroups? *Social Psychology*, 40, S. 55–65.
- Pettigrew, T. F., Christ, O., Wagner, U., Meertens, R. W., van Dick, R. & Zick, A. (2008). Relative deprivation and intergroup prejudice. *Journal of Social Issues*, 64, S. 385–401.
- Pettigrew, T. F. & Meertens, R. W. (1995). Subtle and blatant prejudice in Western Europe. *European Journal of Social Psychology*, 25, S. 57–75.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Interpersonal Relations and Group Processes*, 90, S. 751–783.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling alone: the collapse and revival of American community*. New York: Simon and Schuster.
- Redersdorff, S. & Guimond, S. (2006). Comparing oneself over time: The temporal dimension in social comparison. In: S. Guimond (Hg.), *Social comparison and social psychology: Understanding cognition, intergroup relations, and culture*. New York, US: Cambridge University Press, S. 76–96.
- Riek, B. M., Mania, E. W. & Gaertner, S. L. (2006). Intergroup Threat and Outgroup Attitudes: A Meta-Analytic Review. *Personality and Social Psychology Review*, 10, S. 336–353.
- Runciman, W. A. (1966). *Relative deprivation and social justice: a study of attitudes to social inequality in twentieth-century England*. Berkeley, C.A.: University of California Press.
- Sassenberg, K., Moskowitz, G. B., Jacoby, J. & Hansen, N. (2007). The carry-over effect of competition: The impact of competition on prejudice towards uninvolved outgroups. *Journal of Experimental Social Psychology*, 43, S. 529–538.
- Schlüter, E., Schmidt, P. & Wagner, U. (2008). Disentangling the Causal Relations of Perceived Group Threat and Outgroup Derogation: Cross-national Evidence from German and Russian Panel Surveys. *European Sociological Review*, 24(5), S. 567–581.
- Schwartz, S. H. (1992). Universals in the Content and Structure of Values: Theory and Empirical Tests in 20 Countries. In: M. Zanna (hg.), *Advances in Experimental Social Psychology*, 25, New York: Academic Press, S. 1–65.

- Sherif, M. (1966). *The common predicament: Social psychology of intergroup conflict and cooperation*. Boston: Houghton Mifflin.
- Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). *Social Dominance: An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression*. New York, NY: Cambridge University Press.
- Stellmacher, J. (2004). *Autoritarismus als Gruppenphänomen: Zur situationsabhängigen Aktivierung autoritärer Prädispositionen*. Marburg: Tectum.
- Stephan, W. G. & Stephan, C. W. (2000). An integrated threat theory of prejudice. In: S. Oskamp (Hg.), *Claremont symposium on applied social psychology*. Hillsdale, NJ: Erlbaum, S. 23–46.
- Sumner, W. G. (1906). *Folkways: a study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores, and morals*. Boston: Ginn and Company.
- Tam, T., Hewstone, M., Kenworthy, J., & Cairns, E. (2009). Intergroup trust in Northern Ireland. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 35, 45–59.
- Turner, R., Crisp, R. J. & Lambert, E. (2007). Imagining intergroup contact can improve intergroup attitudes. *Group Processes and Intergroup Relations*, 20, S. 427–441.
- Tajfel, H. & Turner, J. C. (1979). An integrative theory of intergroup conflict. In: W. G. Austin & S. Worchel (Hg.), *The social psychology of intergroup relations*. Monterey, CA: Brooks/Cole, S. 33–47.
- Tajfel, H. & Turner, J. C. (1986). The social identity theory of intergroup behavior. In: S. Worchel & W. G. Austin (Hg.), *Psychology of intergroup relations*. Chicago: Nelson-Hall, 2. Auflage, S. 7–24.
- van Dick, R., van Knippenberg, D., Hägerle, S., Guillaume, Y.R.F. & Brodbeck, F.C. (2008). Group diversity and group identification: The moderating role of diversity beliefs. *Human Relations*, 61, S. 1463–1492.
- van Knippenberg, D., Schippers, M.C. (2007). Work-group diversity. *Annual Review of Psychology*, 58, S. 514–541.
- Wahl, K. (2003). *Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wagner, U., Becker, J.C., Christ, O., Pettigrew, T.F. & Schmidt, P. (2011). A Longitudinal Test of the Relation between German Nationalism, Patriotism, and Outgroup Derogation. *European Sociological Review*. DOI: 10.1093/esr/jcq066.

- Wagner, U., van Dick, R. & Zick, A. (2001). Sozialpsychologische Analysen und Erklärungen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 32, S. 59–79.
- Williams, D. R. & Williams-Morris, R. (2000). Racism and mental health: the African-American experience. *Ethnik & Health*, 5, S. 243–268.
- Wright, S.C., Aron, A., McLaughlin-Volpe, T. & Ropp, S.A. (1997). The extended contact effect: Knowledge of cross-group friendships and prejudice. *Journal of Personality and Social Psychology*, 73, S. 73–90.
- Yamagishi, T. & Yamagishi, M. (1994). Trust and commitment in the United States and Japan. *Motivation and Emotion*, 18, S. 129–166.
- Zick, A. (1997). *Vorurteile und Rassismus – eine sozialpsychologische Analyse*. Münster: Waxmann.
- Zick, A. (2005). Die Konflikttheorie der Theorie der sozialen Identität. In: T. Bonacker (Hg.), *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien: Eine Einführung (Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 5)*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 3. Auflage, S. 409–426.
- Zick, A. (2010). *Psychologie der Akkulturation. Neufassung eines Forschungsbereichs*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zick, A. (2010a). Antisemitism. In: J. M. Levine & M. A. Hogg (Hg.), *Encyclopedia of group processes and intergroup relations*, Newbury Park: Sage, S. 22–25.
- Zick, A. & Küpper, B. (2007). Vorurteile, Diskriminierung und Rechtsextremismus: Phänomen, Ursachen und Hintergründe. In: K. J. Jonas, M. Boos. & V. Brandstätter (Hg.), *Zivilcourage trainieren!* Göttingen: Hogrefe, S. 33–57.
- Zick, A. & Küpper, B. (2009). Rechtsextremismus: Erscheinungsformen, Strategien und Ursachen. In: A. Beelmann & K. Jonas (Hg.), *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsaspekte*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 283–302.
- Zick, A. & Küpper, B. (2010). Vorurteile und Toleranz von Vielfalt – von den Fallen alltäglicher Wahrnehmung. In: E. van Keuk, C. Ghaderi, L. Joksimovic & D. David (Hg.), *Diversity – transkulturelle Kompetenz in klinischen und sozialen Handlungsfeldern*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 54–65.

- Zick, A., Küpper, B., & Heitmeyer, W. (2010). Prejudices and group-focused enmity – a socio-functional perspective. In: A. Pelinka, K. Bischof & K. Stögner (Hg.), *Handbook of prejudice*. Amherst, NY: Cambria Press, S. 273–302.
- Zick, A., Wagner, U., van Dick, R. & Petzel, T. (2001). Acculturation and Prejudice in Germany: Majority and Minority Perspectives. *Journal of Social Issues*, 57, S. 541–557.
- Zick, A., Wolf, C., Küpper, B., Davidov, E., Schmidt, P. & Heitmeyer, W. (2008). The syndrome of Group-focused Enmity. The interrelation of prejudices tested with multiple cross-sectional and panel data. *Journal of Social Issues*, 64(2), S. 363–383.

Autorin und Autoren

Andreas Zick, Dr. rer.-nat., phil. habil., Dipl.-Psych., Jahrgang 1962, ist Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld und Mitglied des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Andreas Zick hat über Vorurteile und Rassismus promoviert (publiziert im Waxmann Verlag) und zur Psychologie der Akkulturation habilitiert (publiziert im VS Verlag). Er hat an den Universitäten Bielefeld, Bochum, Dresden, Jena und Wuppertal gelehrt und forscht seit den 1980er Jahren zum Thema Vorurteile. Die nationalen und internationalen Projekte und Schriften sind unter www.uni-bielefeld.de/ikg/zick dokumentiert.

Beate Küpper, Dr., Dipl.-Psych., Jahrgang 1968, ist seit 2004 am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Derzeit leitet sie das Projekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland*. Zuvor war sie Projektleiterin der in diesem Band vorgestellten Studie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa*. Nach ihrer Promotion über pluralisierte Lebensformen war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Bochum und Wuppertal und hat die Professur für Sozialpsychologie an der TU Dresden vertreten. Ihre Forschungsinteressen liegen auf intergruppalen Konflikten, insbesondere der Verknüpfung von sozialem Status und Vorurteilen, auch aus einer Genderperspektive. Homepage: http://www.uni-bielefeld.de/ikg/personen/beate_kuepper.html

Andreas Hövermann, Dipl. Soz., Jahrgang 1983, ist seit Juli 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Andreas Zick. Seit 2007 arbeitet er am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld in verschiedenen Positionen (Praktikant, studentische Hilfskraft). In seinem Anfang 2010 abgeschlossenen Studium der Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität Bielefeld legte er seine Schwerpunkte auf die Themenbereiche Soziale Probleme (Kriminalitätsforschung, Anomietheorien, Armutsforschung), Einstellungs-, Wert- und Vorurteilsforschung sowie quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus



Ziele der weltweiten Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. Als eine gemeinnützige, private, kulturelle Institution ist sie den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet. Die FES leistet Beiträge zur sozialen Demokratie

- durch politische Bildung, die ihre Grundwerte stärkt,
- durch die Förderung junger Wissenschaftler, die ihr verpflichtet sind,
- durch öffentliche Dialoge, die ihr politisch die Wege ebnen,
- durch Entwicklungszusammenarbeit, die globaler Gerechtigkeit dient,
- durch Forschung und Politikberatung, die ihre Grundlagen erforschen und vermitteln, und
- durch Brücken internationaler Kooperation, die zum Aufbau weltweiter Demokratie beitragen.

Größere Niederlassungen der Stiftung befinden sich in Bonn und Berlin. Daneben gibt es deutschlandweit Landes- und Regionalbüros sowie über 100 Einsatzorte im Ausland. Nähere Informationen zur FES finden Sie im Internet unter www.fes.de.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in Deutschland

Rechtsextremismus als dringliche Herausforderung für Demokratie und Menschenrechte erfordert ein wachsaues und kontinuierliches Engagement aller

Akteure unserer Gesellschaft. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus sowie fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen und für Demokratie stellt daher auch ein zentrales Arbeitsfeld der Friedrich-Ebert-Stiftung dar. Verschiedenste Arbeitseinheiten der FES bieten bundesweit Tagungen, Seminare und Ausstellungen an, die über Erscheinungsformen der extremen Rechten informieren und effektive Strategien für Demokratie und Zivilcourage aufzeigen. Gerade weil die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus lokalspezifisch geführt werden muss, ist dieser dezentrale Ansatz wichtig.

Die Notwendigkeit der kontinuierlichen Arbeit gegen Rechts unterstreicht die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2005 zudem durch ihr zentrales Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ in Berlin. Dieses begleitet aktuelle gesellschaftspolitische Debatten zum Thema aus bundespolitischer Perspektive, lädt Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft regelmäßig zu Konferenzen ein und trägt mit seinen Publikationen zum Fachdiskurs bei. Weiterhin dient es als zentraler Anlaufpunkt der Stiftung zum Thema Rechtsextremismus.

Einen Überblick über die Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus bietet das Internetportal www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.

Hier sind bundesweit sämtliche Veranstaltungen aufgeführt sowie alle Materialien der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus mit der Möglichkeit zum kostenlosen Download oder Bestellung gelistet.

Ausgewählte Publikationen



Decker, Oliver; Brähler, Elmar:
Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2006.



Decker, Oliver; Rothe, Katharina; Weißmann, Marliese, Geißler, Norman/Brähler, Elmar: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer

und demokratischer Einstellungen. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2008



Decker, Oliver; Rothe, Katharina; Weißmann, Marliese, Geißler, Norman/Brähler, Elmar: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2008.

 Decker, Oliver; Brähler, Elmar: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2008.

 Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Hrsg. von Nora Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2010.

 Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie (Hg.): Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen – NRW für Toleranz und Menschlichkeit. Bonn 2008.

 Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hg.): Die Ursachen von Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien der Politik. Dokumentation einer Bürgerkonferenz. Berlin 2006.

 Grumke, Thomas; Klärner, Andreas: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2006.

 Korgel, Lorenz; Pauli, Bettina; Ziegenhagen, Martin (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechts-

extremismus – Handeln für Demokratie. Bonn 2008.

 Langenbacher, Nora; Molthagen, Dietmar: Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2008.

 Molthagen, Dietmar; Klärner, Andreas; Korgel, Lorenz; Pauli, Bettina; Ziegenhagen, Martin (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie. Bonn 2008.

 Roth, Roland: Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Hrsg. von Nora Langenbacher, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin 2010.

Kontakt

Nora Langenbacher
Projekt „Aus-
einandersetzung
mit dem Rechts-
extremismus“

Forum Berlin
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

Tel. 030/269 35-73 09
Fax 030/269 35-92 40
Mail forum.rex@fes.de



